Bericht
über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale

für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922

1922
VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Erscheint gleichzeitig in deutscher, russischer, französischer und englischer Sprache unter Redaktion von G. SINOWJEW und KARL RADEK und ständiger Mitarbeit von Lenin, Bucharin, Trotzki, Kamenew, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow (Rußland), Kuusinen, Sirola, Manner (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Ström (Schweden), Friis, Tranmael (Norwegen), Ravensteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Koritschoner, Strasser (Österreich), Clara Zetkin, Thalheimer, Pieck, Heckert, Meyer (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Frossard, Loriot, Sadoul, Souvarine, Ker, Sellier (Frankreich), Bordiga, Terracini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Platten (Schweiz), Bela Kun, Alpari, Rudas, Varga (Ungarn), Marchlewski, Warski, Walecki (Polen), Blagojew, Kabaktschieff, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin, Carr (Amerika), Sen Katayama (Japan), Marcowic, Milkic (Jugoslavien), Kreibich, Smeral, Neurath (Tschechoslowakei), Ivon Jones (Süd-Afrika) u. a.

Bis Oktober 1922 sind 23 Hefte erschienen.

Preis je nach Umfang der Nummer. Von der Bibliotheksausgabe steht noch eine geringe Anzahl gebundener Exemplare zur Verfügung. Bestellungen sind direkt an den Verlag zu richten.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

bringt das wichtigste Originalmaterial über Sowjet-Rußland. Vier Bände des ersten und zweiten Jahrganges (Jahrgang I, 1920, 1216 Seiten stark mit 10 Photographien und 8 Mehrfarbendrucken, Jahrgang II, 1921, 1848 Seiten stark mit 12 Photographien, 7 Mehrfarbendrucken und 5 Karten) liegen abgeschlossen vor und sind bis auf wenige Exemplare vergriffen. Lieferung vorbehalten für Bibliotheken und Parteiarchive. Bestellungen sind direkt an den Verlag zu richten.

JAHRGANG III. mit Beiträgen von N. Lenin, L. Trotzki, G. Sinowjew, Karl Radek, L. Kamenew, N. Ossinski, M. Chintschuk, N. Krestinski, A. Chrjaschtschew, Art. Chalatow, S. Strumilin, M. Pokrowski, N. Meschtscherjakow. P. Kerschenzew, I. Wardin, G. Tschitscherin, L. Sosnowski, M. Tomski, A. Lomow, G. Sokolnikow u. a.

WIRTSCHAFTSBEILAGEN DER RUSSISCHEN KORRESPONDENZ

Bereits erschienen:

I. Die Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands im Jahre 1920. II. Die Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands im 1. Vierteljahre 1921. III. Die Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands im ersten Halbjahre 1921.

KLEINE BIBLIOTHEK DER RUSSISCHEN KORRESPONDENZ

Bis jetzt sind 75 Nummern erschienen.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Bericht
über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale

für die Zeit vom

6. März bis 11. Juni 1922

*

1922
VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

IIX
11
I 15
A 467

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. März 1922 . . 1

Tagesordnung: Österreichische Frage; Jahrbuch der Kommunistischen Internationale; Redaktionssekretariat der Zeitschrift „Kommunistische Internationale"; Frauensekretariat; Amerikanische Frage; Zusammenberufung der panamerikanischen Konferenz; Französische Frage; Moskauer Korrespondent der Internationalen Pressekorrespondenz in Berlin; Italienische Frage; Vertreter der Exekutive auf dem italienischen Parteitag; Spanische Frage; Kanada; Die Thesen der Genossin Zetkin; Vertreter des Exekutiv-Komitees der K. I. bei der Balkanberatung.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 8. März 1922 . . 2

Tagesordnung: Italienische Frage; Das Wiener Büro; Sitzungen des Präsidiums; Die Hungerhilfskommission; Vertreter der Exekutive auf dem Balkan; Jugoslavische Frage; Der russische Teil der Inprekorr.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 16. März 1922 . . 3

Tagesordnung: Die Delegation zur Vorbereitung der Weltkonferenz; Ungarische Frage; Jugendfrage; Poale Zion; Die Broschüre des Genossen Trotzki; Aufruf über die Bedeutung der Genueser Konferenz; Aufruf zum 1. Mai; Ergänzung der Koreanischen Parteizentrale; Organisator der Berliner Delegation.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 17. März 1922 . . 4

Tagesordnung: Ungarische Frage.

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 17. März 1922 5

Tagesordnung: Die Delegation der Komintern zur Vorbereitung der in Aussicht genommenen Weltkonferenz der drei Internationalen; Ungarische Frage; Protesttelegramm der belgischen und holländischen sozialistischen Parteien; Wahl des Sekretariats.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. am 17. März 1922 abends 8

Tagesordnung: Agrarkonferenz.

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 18. März 1922 8

Tagesordnung: Aufruf für Südafrika; Amerikanische Frage.

12361

Seite

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 26. März 1922 10
Tagesordnung: Frage der Poale Zion; Vertreter der Exekutive zum russischen Parteitag; Vertreter der K. I. in der ungarischen Redaktion.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 3. April 1922 . . 13
Tagesordnung: Maiaufruf; Ungarische Frage; Die Ergänzung der Bibliothek der Exekutive; Organisationsfragen; Französische Frage.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 4. April 1922 . . . 14
Tagesordnung: Aufruf zum 1. Mai; Norwegische Frage; Der Jugendverband in Frankreich; Internationale Sportverbände; Bericht der Agrarkommission; Bericht über die Erweiterte Exekutive; Die Ausgabe der Broschüre des Genossen Trotzki über Georgien; Koreanische Frage.

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 5. April 1922 15
Tagesordnung: Bericht über den Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 18. April 1922 . . 22
Tagesordnung: Mitteilung des Genossen Sinowjew über die Konferenz der drei Internationalen; Zur Genueser Konferenz.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 18. April abends 23
Tagesordnung: Literarische Kampagne gegen die Menschewiki; S.-R. und Anarchisten; Italienische Frage; Tschechoslowakische Frage; Norwegische Jugend; Berliner Delegation und Jugend; Spanische Jugend; Die Gruppe des Anarchisten Struwe; Der Brief in der französischen Gewerkschaftsfrage; Der 1. Mai in Rußland.

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 20. April 1922 24
Tagesordnung: Berliner Beratungen; Bericht über Genua; Agrar-Kommission; Vertreter der R. K. P. in der Komintern; Maifeier in Sowjet-Rußland.

Aufruf des Exekutivkomitees der K. I. zur Berliner Konferenz der drei Internationalen 27

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 5. Mai 1922 . . . 30
Tagesordnung: Zur Ermordung des Genossen Kingisepp; Französische Frage; Berliner Beratung; Prozeß der S.-R.; Sekretär des E.-K. der K. I.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. Mai 1922 . . . 30
Tagesordnung: Prozeß der S.-R.; Ergänzung der Budget-Kommission; Hungerhilfe für die Ukraine; Sitzung der Exekutive.

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 8. Mai 1922 31
Tagesordnung: Die Ermordnung des Genossen Kingisepps; Die französische Frage.

Sitzung der Exekutive des K. I. vom 9. Mai 1922 37
Tagesordnung: Fortsetzung der französischen Frage; Der Fall Lian.

Seite

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 9. Mai 1922 (Abendsitzung) . . . 46
Tagesordnung: Bulgarischer Bericht; Prozeß der S.-R., Erweiterte Exekutive; Protestkundgebung anläßlich der Ermordung Kingisepps; Bericht über die Berliner Verhandlungen.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 17. Mai 1922 . . 50
Tagesordnung: Zur Sitzung der Neunerkommission; Zum Prozeß der S.-R.; Entwurf des Aufrufes der Komintern anläßlich des S.-R.-Prozesses; Zustellung des Materials über den S.-R.-Prozeß; Französische Frage; Norwegische Frage; Vertreter des E.-K. K. I. auf dem Schweizer Parteitag; Hungerhilfe für die Ukraine; Bericht über die Bukowina; Aufnahme der K. P. Uruguays in die Komintern; Erklärung der Jugendinternationale; Kongreß der Konsumvereine in Deutschland und Frankreich; Vertreter des E.-K. K. I. bei der Kooperativsektion; Arbeitsteilung des Sekretariats; Sitzung der Exekutive; Teilnahme von Genossen an den Sitzungen der Exekutive mit beratender Stimme; Materialsammlung über Südafrika; Ungarische Frage; Koreanische Frage; Antwort an Großmann; Vertreter des Z.-K. der K. P. R. im Internationalen Frauensekretariat; Spezielle Vertretung des Frauensekretariats bei der Profintern; Unterstützung des Poale Zion.

Aufruf der Exekutive der K. I. zum Prozeß der S.-R. 52

Sitzung der Exekutive der K. I. vom 19. Mai 1922 57
Tagesordnung: Bericht über die Neunerkommission; Französische Frage; Prozeß der S.-R.; Sprachgruppen.

Aufruf der Exekutive der K. I. über die Genueser Konferenz. (Die Lehren der Genueser Konferenz. Die bürgerliche Entente zerfällt — Sowjet-Rußland erstarkt.) 68

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 2. Juni 1922 . . . 73
Tagesordnung: Prozeß der S.-R.; Norwegische Frage; K. P. Luxemburgs; K. P. Ägyptens; Ostabteilung; Syndikalistenkongreß in Berlin; Bericht der Revisionskommission.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 5. Juni 1922 . . . 74
Tagesordnung: Tagesordnung der Erweiterten Exekutive; Prozeß der S.-R.; Prozeß des polnischen Genossen Dombal.

Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. Juni 1922 . . . 74
Tagesordnung: Prozeß der S.-R.; Über die Erweiterte Exekutive; IV. Kongreß der K. I.; Erziehungs- und Verlagsfragen der Jugend.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 7. Juni 1922 mittags 76
Tagesordnung: Aufruf für Irland; Prozeß der S.-R.; Prozeß des Genossen Dombal; Berliner Beratungen; Einheitsfront.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 7. Juni 1922 nachmittags . . . 84
Tagesordnung: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 8. Juni 1922 nachmittags . . . 88
Tagesordnung: Bericht über die Jugend; Französische Frage.

Seite

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 9. Juni 1922 mittags 101

Tagesordnung: Norwegische Frage.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 9. Juni 1922 abends 104

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über die französische Frage.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 10. Juni 1922 mittags 109

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über die französische Frage.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 11. Juni 1922 abends 118

Tagesordnung: Resolution zu den Berliner Beratungen; Bericht der tschechischen Kommission; Italienische Frage; Gewerkschaftsfrage; Französische Frage (Struktur der Partei: Das Zentralkomitee; Disziplin; Der Seineverband; Gewerkschaftsfrage; Die Einheitsfront; Die Ordnung der Presse; Die Angelegenheit der Fraktionen; Die „Internationale" und ihr Leiter, Genosse Daniel Renoult; Die Angelegenheit Fabre; Der nächste Parteitag; Manifest des Zentralkomitees); Norwegische Frage (Resolution der Erweiterten Exekutive zur norwegischen Frage); Der IV. Weltkongreß.

Sprechregister 137

Namenregister 138

Sachregister 140

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Radek, Zetkin, Brandler, Carr, Kuusinen, Thalheimer, Souvarine, Humbert-Droz, Terracini, Rakosi, Safarow, Münzenberg, Sellier, Varga, Thomas, Cachin, Ziegler, Walecki, Kreibich, Renoult, Kollontai, Losowski, Kasparowa.*

1. Österreichische Frage.

Eine Kommission, bestehend aus den Genossen Brandler, Kuusinen und Kreibich, wird beaufragt, einen Brief an die K. P. Ö. zu schreiben. Wenn die Kommission den Text einstimmig annimmt, wird er als bestätigt angesehen und dem Präsidium des Parteitages der österreichischen Bruderpartei zugeschickt.

2. Jahrbuch der Kommunistischen Internationale.

Zur Führung der Arbeiten zu der Vorbereitung des Jahrbuches in Rußland wird an Stelle des Genossen Humbert-Droz die Genossin Rubiner bestellt.

3. Redaktionssekretariat der Zeitschrift „Kommunistische Internationale".

Für die Redaktion der „Kommunistischen Internationale" wird die ganze Verantwortung dem Genossen Kuusinen übertragen, der das Recht hat, selbst die nächsten Mitarbeiter zu bestimmen.

4. Frauensekretariat.

Die Verlegung des Frauensekretariats nach Berlin wird für notwendig erachtet. Die Organisation soll unter der Verantwortung der K. P. D. selbständig als Organ des E. K. K. I., und nicht der K. P. D. arbeiten. Alle organisatorischen Fragen, die mit der Verlegung des Sekretariats in Verbindung stehen, sollen der Organisationskommission übergeben werden. Als unbedingt notwendig wird die Beibehaltung der Ostabteilung in Moskau befunden. Die Leiterin dieser Abteilung soll in der Exekutive beratende Stimme haben.

5. Amerikanische Frage.

Zur Verhandlung mit dem neuangekommenen Genossen wie auch mit dem offiziellen Vertreter soll eine Kommission, bestehend aus Humbert-Droz, Kuusinen, Brandler, beauftragt werden.

6. Zusammenberufung der panamerikanischen Konferenz.

Zur Zeit des 4. Kongresses soll eine panamerikanische Konferenz aus Delegierten, die auch sonst zum 4. Kongreß kommen, zusammenberufen werden. Mit den Vorbereitungsarbeiten wird Genosse Humbert-Droz beauftragt.

7. Französische Frage.

Zur Beschuldigung gegen Genossen Cachin wegen der Übergabe des Vorschlages des Genossen Radek an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Die schriftliche Erklärung des Genossen Radek und die mündliche des Genossen Cachin wird zur Kenntnis genommen.

8. Moskauer Korrespondent der Intern. Pressekorrespondenz in Berlin.

Genosse Thalheimer wird beauftragt, mit Genossen Safarow zu verhandeln, und im Falle eines Übereinkommens wird letzterer für diesen Zweck ernannt.

9. Italienische Frage.

Die Kommission wird mit dem Genossen Losowski erweitert und hat das Recht, die Kritik der Thesen über die Gewerkschaften endgültig im Namen der Exekutive zu formulieren. Diese Kommission wird beauftragt, alle italienischen Fragen zu überprüfen.

10. Vertreter der Exekutive auf dem italienischen Parteitag.

Die Genossen Kolarow und Humbert-Droz werden als Vertreter delegiert.

11. Spanische Frage.

Die Genossen Kolarow und Humbert-Droz werden beauftragt, während ihres Aufenthaltes in Italien sich eingehend über die spanische Frage zu informieren und entsprechende Schritte einzuleiten.

12. Kanada.

Das Telegramm über die Spaltung der kanadischen sozialistischen Partei wird zur Kenntnis genommen.

13. Genosse Humbert-Droz.

Es wird nicht für möglich erachtet, den Genossen Humbert-Droz zur Verfügung seiner Partei zu stellen. Nach der Ausführung seines Auftrages in Italien und nach der Herstellung seiner Gesundheit steht Genosse Humbert-Droz wieder zur Verfügung der Exekutive.

14. Die Thesen der Genossin Zetkin.

Die Kommission wird an Stelle des verreisenden Genossen Cachin mit Genossen Sellier und Trotzki ergänzt, mit dem Auftrage, ihre Arbeit in zwei Tagen zu beendigen.

15. Vertreter des E. K. K. I. bei der Balkanberatung.

Die Genossen Kreibich, Safarow und Rakosi werden delegiert.

Es wurden außerdem 14 Fragen vertraulicher Natur und der inneren Administration etc. behandelt.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 8. März 1922.

Vorsitzender Sinowjew.

Anwesend: *Kuusinen, Kolarow, Schatzkin, Piatnitzki, Thalheimer, Brandler, Carr, Walecki, Terracini, Humbert-Droz, Souvarine, Schüller, Sellier, Thomas, Hertha, Münzenberg, Varga, Rakosi, Kreibich, Vujowits.*

1. Italienische Frage.

a) Durch die Genossen Kolarow und Humbert-Droz soll dem italienischen Parteitag vorgeschlagen werden, die Thesen über die Taktik, die von dem italienischen Z. K. unterbreitet sind, nicht endgültig anzunehmen, sondern sie nur der Diskussion unterbreiten und die endgültige Entscheidung dem neuen Z. K. zusammen mit dem E. K. K. I. zu überlassen.

b) Genosse Walecki wird in die italienische Kommission aufgenommen.

c) Dem Genossen Terracini wird vorgeschlagen, zum Entwurf schriftlich seine Bemerkungen zuzufügen. Die Kommission bestätigt endgültig den Entwurf.

d) Genosse Böttcher soll — nach Übereinkommen mit der deutschen Delegation der erweiterten Exekutive — auf dem italienischen Parteitag als Vertreter der K. P. D. teilnehmen.

2. Das Wiener Büro.

Das Wiener Büro wird liquidiert.

3. Sitzungen des Präsidiums.

Das Präsidium hält wöchentlich am Freitag seine Sitzung.

4. Die Hungerhilfskommission.

a) Die russische Kommission besteht aus den Genossen Wompe, Carr und Kreibich.

b) Genosse Münzenberg geht zur Fortsetzung seiner Arbeit nach Berlin zurück.

5. Vertreter der Exekutive auf dem Balkan.

Das Sekretariat wird beauftragt, spätestens bis zum 1. April diese Frage zu stellen.

6. Jugoslavische Frage.

Die Kommission, bestehend aus den Genossen Walecki, Brandler, Popow und aus den jugoslavischen Genossen, soll die jugoslavische und die rumänische Frage behandeln.

Der Vertreter Jugoslaviens bei der Exekutive ist Genosse Vujovits.

7. Der russische Teil der Inprekorr.

Es wird zur Kenntnis genommen, daß Genosse Safarow mit der Handhabung des russischen Teiles der Inprekorr einverstanden ist.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 16. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Souvarine, Sellier, Walecki, Carr, Münzenberg, Thomas, Varga, Kun, Schüller, Losowski, Piatnitzki, Schatzkin, Radek, Kuusinen, Kreibich, Brandler, Rakosi.*

1. Die Delegation zur Vorbereitung der Weltkonferenz.

a) Der Plan der Instruktion des Genossen Sinowjew zusammen mit den Bemerkungen und Vorschlägen wird bestätigt.

b) Genosse Radek unterbreitet ein Projekt des Mandates.

c) Die Delegation soll womöglich die Genossen Bucharin, Radek, Zetkin, Frossard oder Cachin, Carr, Katayama, Smeral, Bordiga, Mac Manus, Stanitsch, Warski, Vujovits umfassen.

2. Ungarische Frage.

Wird auf die morgige Sitzung des Präsidiums verlegt.

3. Jugendfrage.

a) Der Bericht des Genossen Kreibich wird zur Kenntnis genommen.

b) Der erweiterten Sitzung der Jugend-Exekutive wird geraten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Jugend tritt nur im Rahmen der allgemeinen Einheitsfront auf.
2. Dieser Beschluß wird in jedem Lande, den gegebenen Verhältnissen angepaßt, durchgeführt.

c) Zur Berichterstattung an die erweiterte Jugend-Exekutive werden die Genossen Kreibich und Sinowjew bestimmt.

4. Poale-Zion.

Zur Behandlung dieser Fragen wird eine Kommission, bestehend aus Carr, Brandler, Walecki und Rakosi bestimmt.

5. Die Broschüre des Genossen Trotzki.

Die Broschüre soll auch in russischer Sprache in Berlin erscheinen. Für Rußland wird sie in Petersburg verlegt.

6. Aufruf über die Bedeutung der Genueser Konferenz.

Genosse Radek soll in drei Tagen den Entwurf eines Aufrufes unterbreiten.

7. Aufruf zum 1. Mai.

Genosse Souvarine soll in drei Tagen den Entwurf eines Aufrufes zum 1. Mai unterbreiten.

8. Ergänzung der Koreanischen Parteizentrale.

Es wird dem koreanischen Z. K. vorgeschlagen, die Genossen Chan-Men-She von der Irkutsker Gruppe und Kim Don Shan von der Shanghaier Gruppe in das Z. K. der koreanischen Partei aufzunehmen, mit der Verpflichtung, daß sie beiderseits einheitliche Linie führen.

Jedes Vergehen dagegen wird die Exekutive als Bruch der Parteidisziplin ansehen.

9. Organisator der Berliner Delegation.

Genosse Felix Wolf wird mit der Organisierung der Arbeiten der Delegation zur Vorbereitung der Weltkonferenz beauftragt.

Es wurden außerdem mehrere Fragen der inneren Verwaltung besprochen.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 17. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Zetkin, Kuusinen, Ambrogi, Souvarine, Sellier, Carr, Valecki, Brandler, Schatzkin, Münzenberg, Thomas, Rakosi, Radek, Eberlein,*

Kun, Pogany, Lekai, Szekely, Bajaki, Szabados, Kurella, Ulrich, Feldmann, Szanto, Landler, Hirossek, Rudas, Komor.

1. Ungarische Frage.

Der einstimmig angenommene Vorschlag der Kommission für die ungarische Frage wird zwecks Bestätigung der heutigen Sitzung der Exekutive unterbreitet.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 17. März 1922.

Vorsitzender: Sinowjew.

Anwesend: *Kreibich, Eberlein, Schüller, Vujovits, Marshall, Olschewitsch, Szalagyi, Pogany, Nin, Radek, Popow, Levien, Roy, Carr, Bell, Kun, Lekai, Szanto, Valecki, Landler, Kuusinen, Rosmer, Reinstein, Katayama, Schneider, Szabados, Komor, Zetkin, Rudas, Herzog, Renner, Borodin, Ambrogi, Jansen, Bajaki, Ulrich, Brandler, Hirossek, Wallenius, Gonzales, Souvarine, Leontjew, Zchakaja, Rakosi, Jones.*

1. Die Delegation der Komintern zur Vorbereitung der in Aussicht genommenen Weltkonferenz der drei Internationalen.
2. Protesttelegramme der belgischen und holländischen Sozialdemokraten in der Frage der Sozialrevolutionäre.
3. Sekretariatswahl des E. K. K. I.

Sinowjew berichtet über die bisherigen Vorgänge. Wir erhielten zwei Telegramme von der 2½. Internationale, in denen wir davon verständigt werden, daß die erste vorbereitende Sitzung mit einer Vertretung von je 10 Genossen von jeder Internationale am 2. April in Berlin stattfindet. Wir schlagen die folgenden Genossen zur Delegation vor:

Bucharin, Radek, Klara Zetkin, Frossard oder Cachin, Smeral, Carr, Bordiga, Katayama, Rosmer, Stanitsch, Warski, Mac Manus.

Das Präsidium hat auch Richtlinien für die Delegation ausgearbeitet.

Die Richtlinien werden vorgelesen. Die Instruktion, sowie die Zusammensetzung der Delegation wird ohne Debatte einstimmig bestätigt.

Ungarische Frage:

Zu der ungarischen Frage referiert *Radek*. Er legt die Resolution der Kommission vor.

I.

„Die Exekutive stellt fest, daß die beiden Fraktionen, aus denen das Zentralkomitee der K. P. U. gebildet worden ist, das Augustabkommen sabotiert haben, obwohl die sachlichen Differenzen die Spaltung der Partei keinesfalls notwendig machen."

Zur Begründung dieses Punktes führt Radek verschiedene Vorfälle an, die beweisen, daß beide Fraktionen die Schuld tragen. Es handelt sich bei der ganzen Polemik um keine sachlichen Differenzen, die eine Abspaltung notwendig gemacht hätten.

II.

„Die politische Lage in Ungarn, die Verschärfung des Kampfes im Lager der Konterrevolution, die Belebung der Arbeiterbewegung machen

die Einigung der Partei zur gebieterischen Notwendigkeit. Diese Einigung kann erfolgen, indem die ungarischen Kommunisten alle Kräfte anstrengen, um in den Gewerkschaften und in den sozialdemokratischen Organisationen, wo sie als Massenorganisationen bestehen, wie außerhalb ihr, die kämpfenden Arbeiter um sich sammeln und zum Kampfe um ihre Interessen führen. Die Ausnützung der Gewerkschaften, wie der sozialdemokratischen Organisationen als Boden zur Zusammenfassung der revolutionären Arbeiter und Bildung einer legalen Arbeiterpartei erfordert die Existenz einer illegalen Organisation, die die Bewegungen zusammenfassen und den kommunistischen Direktiven zugänglich machen wird."

Die Differenzen bestehen darin, daß einerseits ein ungeduldiges Zerren, das Agitieren für Ausbrüche der Arbeiter etc., vorhanden ist, daß ferner versucht wurde, sich in die bestehenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen einzunisten, ohne eine feste illegale Partei zu haben, die als legale Arbeiterpartei auftreten, in ihrem Kern aber illegal sein muß.

Diese beiden Tendenzen waren aber keinesfalls so, daß die beiden Fraktionen je eine andere vertreten würden, sondern sie mengen sich durcheinander in beiden Fraktionen. Was die Bildung einer legalen Partei anbetrifft, so muß man, wie die finnischen Genossen es taten, die legalen Organisationen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften auch erobern, die Mitglieder gegen die Parteiführer kämpfen lassen, in diesem Kampf Massen um sich sammeln und dann aus diesen eine legale Partei bilden, die dann immer mehr den Charakter einer kommunistischen Partei annehmen muß.

Die Vorbedingung dazu ist, daß die Kommunistische Partei als illegale Organisation existiert, die immer klare Parolen hat, immer weiß, was sie will.

Die Quelle des Übels ist die Emigration, der Umstand, daß die Zentrale, die Leitung in der Emigration ist. Wenn es nicht möglich ist, das Zentrum nach Ungarn zu verlegen, werden wir die Krise jetzt nicht überwinden. In dieser Richtung müssen jetzt unsere Bemühungen gehen. Wir werden deshalb nur eine Zentrale anerkennen, die in Ungarn arbeitet. Im Ausland wollen wir nur eine Redaktion haben. Diese Redaktion erhält die Direktiven von der Partei. Da die Lage eines illegalen Zentralkomitees sehr unsicher ist, und es leicht vorkommen kann, daß eine Fraktion in diesem Z. K. die Oberhand gewinnt und das Zentralorgan im Ausland entsprechend ändern will, schlagen wir vor, daß Änderungen in der Redaktion des Zentralorgans bis zum Zustandekommen einer Parteikonferenz nicht ohne Zustimmung der Exekutive stattfinden kann. Zum Schluß ein paar organisatorische Maßnahmen:

„Bettelheim wird wegen seiner Broschüre aus der K. P. U. und Unger aus der tschechischen Partei ausgeschlossen, falls er Mitglied derselben ist. Die am meisten am Parteistreit beteiligten Genossen R. und P. werden der Exekutive zur Verfügung gestellt. Allen anderen an Disziplinbrüchen beteiligten Genossen wird die schärfste Rüge ausgesprochen."

Was den Ausschluß anbetrifft, so möchte ich sagen: Wie schwer auch die Kämpfe sein mögen, ein Kommunist darf nie eine Broschüre veröffentlichen, die die Vergangenheit der Partei mit Dreck bewirft, wenn er nicht imstande ist, alle Vorwürfe zu belegen. Leute, die so etwas tun, müssen ausgeschlossen werden.

Was die Genossen R. und P. anbetrifft, wird es auch zum Nutzen der Exekutive sein, wenn man die Genossen auf anderen Posten verwendet. Zum Schluß:

„Die Exekutive erklärt, daß, falls sich Disziplinarbrüche wiederholen werden, sie zum Ausschluß der Schuldigen schreiten wird."

Dazu muß ich sagen, daß jeder von Ihnen verstehen wird, daß die Kommunistische Internationale kein zweites Mal diesen Skandal dulden kann. Ich glaube, die Anwendung der energischsten Mittel liegt nicht nur im Interesse der Komintern, sondern auch der Emigration selbst.

Genosse Sinowjew schlägt noch zwei Zusatzanträge vor, mit denen wir einverstanden sind:

„Alle Zeitungen in Wien werden aufgelöst. In Wien kann keine ungarische Parteikörperschaft bestehen. Die ungarischen Genossen in Wien müssen in der K. P. Ö. organisiert sein (als Sektion)."

„Alle bisherigen Fraktionen werden aufgelöst (Fraktionskassen usw.). Die Exekutive erklärt in der kategorischsten Weise: wer sich diesem Beschluß nicht fügt, wird ohne weiteres aus der 3. Internationale ausgeschlossen."

Die Genossen Landler und Hirossek schrieben uns einen Brief, in dem sie erklären, daß sie im großen und ganzen einverstanden sind, nur bitten sie, einen russischen Genossen in das Z. K. zu schicken. Wenn wir aber einen Genossen geben, der nicht genügend orientiert ist, wird die ungarische Partei keinen Nutzen haben.

Es ist eine Mode, über eine Partei in der Emigration zu lachen. Wir haben eine lange Zeit der Emigration hinter uns und wir wissen aus Erfahrung, daß Kämpfe in der Emigration Abspiegelungen der Kämpfe in der Arbeiterbewegung sind. Nur treten diese Kämpfe in der Emigration leider in sehr verzerrter Form zutage. Wir hatten einen ähnlichen Fall in der finnischen Bruderpartei, und wir müssen feststellen, daß es nicht nur Schuld der ungarischen Genossen allein war, sondern auch die der Verhältnisse einer geschlagenen Revolution.

Brandler und *Kun* schlagen eine Kommission zur Liquidierung und Abrechnung der Fraktionen vor.

Landler spricht gegen die Ausschließung Bettelheims, und ist nur für eine Rüge. Genossen Sinowjew und Szabados sprechen dagegen.

Die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Landler wird einstimmig abgelehnt.

Für Zusammensetzung des Zentralkomitees und Erledigung der organisatorischen Fragen wird die alte Kommission (Radek, Zetkin, Kuusinen) mit dem Genossen Sinowjew erweitert.

Zur Liquidierung der Fraktionen wird eine Kommission, bestehend aus Brandler, Piatnitzki und Unschilcht, bestellt.

Pogany gibt im Namen seiner Fraktionsgenossen eine Erklärung ab. Sie halten die Entscheidung für mangelhaft, werden sie aber absolut loyal durchführen.

Protesttelegramm der belgischen und holländischen Soz. Parteien.

Sinowjew: Wir erhielten heute zwei Protesttelegramme von der belgischen und holländischen sozialistischen Partei, in denen gegen den Prozeß und die Hinrichtung von Sozialrevolutionären protestiert wird. Es wird beschlossen, das Präsidium zu beauftragen, nach Rücksprache mit der Sowjetregierung eine Antwort zu erteilen.

Wahl des Sekretariats.

Zur Umstellung des Sekretariats soll die Organisationskommission einen Plan unterbreiten. Wir müssen vorläufig ein Sekretariat bestimmen. Die Kommission macht folgenden Vorschlag:

Genosse Kuusinen als Generalsekretär,

Genosse Rakosi für den Verkehr mit den Parteien und Genosse Eberlein für die technischen und organisatorischen Arbeiten.

Der Vorschlag der Kommission wird angenommen.

Ende der Sitzung 10½ Uhr.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 17. März 1922, abends.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Souvarine, Schüller, Ambrogi, Sellier, Eberlein, Kreibich, Carr, Brandler, Kuusinen, Rakosi.*

1. Agrar-Konferenz.

a) Die Konferenz wird ausschließlich aus Delegierten des 4. Weltkongresses bestehen.

b) Die Delegierten können nur Parteimitglieder sein.

c) Genosse Prochniak wird in die Agrarkommission gewählt.

d) Inprekorr und „Kommunistische Internationale" werden ihre Räume zur Verfügung der Agrarkommission stellen.

e) Tagesordnung wird etwa folgende sein:

1. Bericht der Agrarkommission.
2. Bericht der Einzeldelegationen über die Agrarverhältnisse in ihren Ländern.
3. Referat über die Sozialisierung des Ackerbaues und die Probleme der Revolution.
4. Organisation des Kampfes zwischen Groß- und Kleinbauern.
5. Die Zentralisation des Bauerntums.
6. Frage der Zusammenberufung einer allgemeinen Agrarkonferenz.
7. Organisation eines Agrarbüros.

Es wurden außerdem Fragen innerer Organisation und Verwendung einzelner Genossen besprochen.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 18. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Brandler, Carr, Kreibich, Marshall, Kuusinen, Bell, Wilkinson, Jones, Moore, Popow, Valecki, Borodin, Rakosi, Stanitsch, Zchakaja, Levien, Reinstein, Haywood, Janson, Herzog, Lawin, Rosmer, Gonzales, Eberlein, Wallenius, Sultan Sade, Katayama, Souvarine.*

Aufruf für Südafrika.

Vor der Tagesordnung wird beschlossen, einen Aufruf für die südafrikanischen Genossen zu schreiben. Beauftragt werden damit die Genossen Jones und Borodin.

Amerikanische Frage.

Über die amerikanische Frage berichtet *Brandler*. Die Parteidifferenzen in Amerika sind darauf zurückzuführen, daß man sich über das Wie der Gründung einer legalen Partei, statt sich zu einigen, gespalten hat. Die Linie, die die Mehrheit durchgeführt hat, indem sie einen legalen Apparat schafft, ist eine richtige, den Thesen des dritten Kongresses entsprechende Taktik. Aus dem Bericht, den der Vertreter der Minderheit, Genosse Moore, uns gegeben hat, geht sachlich nichts Neues hervor. Höchstens, daß die Mehrheit bei der Durchführung des an sich richtigen Beschlusses etwas rigoros und manchmal nicht geschickt genug vorgegangen ist. Demgegenüber hat die Minderheit zweifellos grob gegen die kommunistische Parteidisziplin und gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen.

Die Kommission versuchte, Wege ausfindig zu machen, um die Spaltung zu beseitigen und die 4800 Mitglieder wieder mit der amerikanischen Partei zu vereinigen, da keine wirklichen grundsätzlichen Differenzen vorhanden waren. Moore selbst behauptet, daß sie nicht gegen die Gründung der legalen Parteien seien, sondern daß sie nur den Zeitpunkt als falsch betrachten, da die Vorbereitungen nicht genügend seien. Ob das stimmt, wollen wir nicht prüfen, denn es hat sich schon überholt, und wenn die Genossen von der Minderheit die ungenügende Vorbereitungstätigkeit der Mehrheit dadurch ergänzt hätten, daß sie sich in den Dienst dieser Vorbereitungsarbeit gestellt und sich dann über die etwas überstürzte Arbeit der Mehrheit beschwert hätte, so würde ihr die Exekutive wahrscheinlich Recht gegeben haben. Sie taten aber gerade das Umgekehrte.

Genosse Moore hat außerdem Forderungen aufgestellt, wonach die neue Partei als Sektion der Komintern anerkannt werden soll. Die legale Partei soll nicht in die Komintern aufgenommen werden. Das Mandat Carr soll annulliert werden. Ein Vertreter der Exekutive soll nach Amerika geschickt werden.

Demgegenüber stellt die Kommission, bestehend aus Kuusinen, Rakosi und Brandler, nach Anhörung der ausführlichen mündlichen Berichterstattung des Genossen Moore, einen schriftlichen Antrag, dessen Gesichtspunkte sind:

1. Die amerikanische Sektion der Kommunistischen Internationale ist nur die K. P. A., deren Vertreter zur erweiterten Exekutive die Genossen Carr und Marshall sind.

2. Die Exekutive der K. I. erklärt, daß die Majorität des Z. K. der K. P. A. nur im Sinne und in Übereinstimmung der Thesen des 3. Weltkongresses gehandelt hat, wenn sie die Gründung der legalen Partei vorbereitet und durchführte, selbst dann, wenn sie bei der Durchführung dieser richtigen Beschlüsse zu rigoros und etwas ungeschickt vorgegangen sein sollte.

3. Das E. K. K. I. kann nicht dulden, daß eine Minderheit durch Spaltung ihre Meinung durchsetzen will und daß die abgespaltete Gruppe den Namen K. P. A. und deren Enbleme benützt, und im Namen der Komintern Literatur herausgibt.

4. Die Exekutive fordert alle Mitglieder der von Moore geführten Fraktion auf, sich so schnell wie möglich mit der K. P. A. zu vereinigen. Alle Mitglieder, die zwei Monate nach der Versendung dieser Instruktion sich nicht fügen, stehen außerhalb der K. P. A. und damit auch der Komintern.

5. Die Exekutive der K. P. A. ist verpflichtet, die wieder eintretenden Mitglieder der abgesplitterten Fraktion in ihre Mitgliederrechte einzusetzen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich an den Wahlen der Delegierten zum Frühjahrsparteitag der K. P. A. zu beteiligen.

6. Genosse Moore soll sofort nach Amerika zurückkehren und dem Genossen Marshall helfen, diese Beschlüsse durchzuführen. Fügt sich die abgesplitterte Fraktion, so wird die Exekutive dem Wunsche des Genossen Moore entsprechen und einen Vertreter nach Amerika schicken.

Moore liest einen Gegenvorschlag von 10 Punkten vor, dessen erster Punkt heißt, es soll eine Konferenz der Kommunistischen Partei abgehalten werden, an der beide Fraktionen teilnehmen.

Sinowjew tritt energisch gegen diesen Antrag auf. Wir waren wenigstens fünfmal in der amerikanischen Partei vor eine ähnliche Frage gestellt. Wir gaben immer nach, und nach einigen Monaten war wieder die Spaltung. Jetzt müssen sich die Genossen entscheiden, ob sie sich dem Beschluß fügen wollen oder nicht. Leider haben auch manche russische Genossen in Amerika zu dieser Lage beigetragen. Sie verstehen die Taktik der Komintern nicht und schädigen dadurch in ernster Weise die Bewegung in Amerika. Es wäre von unserem Standpunkt aus ein Verbrechen, jetzt noch eine Minute zu zögern, in Amerika eine legale Partei zu gründen. Wenn es sich herausstellt, daß ein Teil der Genossen wirklich die internationale Disziplin nicht schätzt, und nicht zu uns gehören will, muß er andere Wege gehen. Wir können behaupten, daß keine Frage von uns gründlicher geprüft worden ist, als die amerikanische.

Moore gibt darauf schriftlich eine neue Erklärung ab, in der er gegen die Art der Führung der Kommissionsverhandlungen, die ohne Stenotypisten und ohne zulängliche Übersetzer vor sich gingen, protestiert und bittet um genauere Untersuchung.

Brandler widerlegt die Behauptungen des Genossen Moore. In der Kommission hat der Genosse Moore 5½ Stunden lang seinen Standpunkt vertreten.

Sinowjew schlägt vor, einen Brief im Namen der Exekutive an die Abgespaltenen zu richten.

Souvarine schlägt vor, noch ein bis zwei Sitzungen mit Genossen Moore abzuhalten, damit er in Amerika nicht sagen kann, daß man ihn nicht genügend angehört hat. Es wird beschlossen, den Vorschlag der Kommission im Prinzip anzunehmen und die Kommission mit Genossen Reinstein und Souvarine zu ergänzen. Die Kommission soll mit Genossen Moore verhandeln und einen Brief an die amerikanischen Genossen abfassen.

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Schluß der Sitzung.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 26. März 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Brandler, Leontjew, Sultan Sade, Schüller, Sulzbacher, Kuusinen, Walecki, Sellier, Ambrogi, Zchakaja, Wilkinson, Losowski, Wallenius, Rakosi, Popow, Landler, Gonzales, Awerbuch, Eberlein, Haywood, Schatzkin, Jansen, Kreibich, Kasparowa, Nagler, Carr, Nin, Jones, Bell, Moore, Saar, Serpow.*

1. Poale-Zion, ihr Eintritt in die III. Internationale.
2. Vertretung der Exekutive zum russischen Parteitag.
3. Vertretung der Exekutive in der ungarischen Redaktion.

Frage der Poale-Zion:

Über Poale-Zion berichtet *Brandler*. Diese Frage hat die Exekutive schon einigemale beschäftigt. Nach dem 3. Kongreß wurden folgende Bedingungen zum Eintritt gestellt:

„Auflösung des Weltverbandes, Eintritt in die nationalen Sektionen der Komintern, bedingungslose Annahme der Thesen und Beschlüsse des II. und III. Kongresses der Komintern. Der Weltverband Poale-Zion hat in fünf Monaten einen Kongreß einzuberufen, zum Zwecke der Auflösung. Zwei Monate nach dem Kongreß haben die nationalen Sektionen ihre Auflösung und ihren Beitritt in die Kommunistischen Parteien durchzuführen. Zur Leitung der Propaganda unter den jüdischen Proletariern wird bei dem Exekutivkomitee der Komintern ein Propaganda-Büro eingerichtet."

Dieser Beschluß wurde dem Poale-Zion in einem Briefe mitgeteilt. Im Oktober wurde dann eine Verbandsberatung des Poale-Zion abgehalten, die zu diesen Fragen Stellung genommen hat. Es wurde ein Antwortschreiben an die Exekutive beschlossen. Dieses Schreiben versucht den Brief der Exekutive so auszulegen, als ob damit die Tätigkeit des Poale-Zion, die im Palästinapunkt gipfelt, von der Exekutive gebilligt würde. Es wird demgemäß vorgeschlagen, neue Verhandlungen über die Palästinafrage anzuknüpfen. Zur Auflösung des Weltverbandes schlagen sie zwei Möglichkeiten vor:

1. Die Sektionen des Weltverbandes schließen sich den Landesparteien der Komintern als jüdische Sektionen an mit einem Aktionsprogramm, das u. a. besagt: die „aktive Beeinflussung und Regulierung der Wanderung der jüdischen arbeitenden Massen in der Richtung, deren Konzentrierung in Palästina". Zur Durchführung dieses Aktionsprogrammes „wird bei dem E. K. der K. I. ein jüdisches Büro — jüdische Sektion — errichtet. Dieses wird auf den jeweiligen Kongressen der Komintern durch die anwesenden Vertreter der jüdischen Sektionen aller Länder gewählt."
2. Die andere Möglichkeit wäre die Aufnahme des Weltverbandes als sympathisierende Organisation mit demselben Aktionsprogramm und mit einer Bedingung: „Die Komintern annulliert den Teil des Briefes an die Poale-Zion, der die Idee der Konzentrierung der jüdischen Wanderung in Palästina als gegenrevolutionär bezeichnet".

Die Kommission hat während der Verhandlungen gerade bei den Ausführungen in der Palästinafrage sich davon überzeugt, wie richtig der Beschluß der Exekutive war, als sie die Palästinafrage als kleinbürgerlich, und sogar konterrevolutionär bezeichnete. Die ganze Antwort ist nach der Meinung der Kommission eine völlige Ablehnung der Hauptbedingungen, die die Exekutive für den Eintritt stellte. Die Kommission arbeitete dementsprechend eine Resolution aus, die nochmals im Sinne des ersten Beschlusses, auf alle Einwände eingehend, der Exekutive zur Bestätigung unterbreitet wird. Die Mehrheitsvertreter der Verbandsdelegation haben die darin aufgestellten Bedingungen abgelehnt. Dagegen erklärte der Vertreter der Minderheit, die Bedingungen, die die Komintern gestellt hat, ohne Vorbehalt anzunehmen.

Im Anschluß zu dieser Frage wurde auch der Beschluß mit behandelt, der sich mit dem Vertreter der Kommunistischen Partei Palästinas ergeben hat. Die K. P. P. hat in der Exekutive einen Vertreter mit beratender Stimme. Dieser Vertreter hat auf der Verbandsberatung nicht die Beschlüsse der Komintern, sondern die der Poale-Zion unterstützt. Damals wurde auf Antrag der dafür eingesetzten Kommission das Mandat des betreffenden Vertreters suspendiert. Die jetzige Kommission sieht in dem Verhalten des Ver-

treters der K. P. P., der gegen den eindeutigen Beschluß der Komintern aufgetreten ist, den schwersten Disziplinbruch, den ein Mitglied der Exekutive begehen kann, und schlägt vor, den Genossen Saar von der Ausübung seines Mandates zu entheben. Die K. P. P. hat weiter Anrecht auf eine Vertretung; sie muß aber, wenn sie weiter Mitglied der Komintern bleiben will, offiziell und förmlich den Austritt aus dem Weltverbande Poale-Zion vollziehen.

Nach der Vorlesung der Resolution der Kommission, des Antwortschreibens der Verbandstagung, der Erklärung der Delegation und der Resolution zur Vertretung der K. P. Palästinas erhielt *Serpow*, Vertreter der Mehrheit in der Delegation von Poale-Zion, das Wort. Er unterstreicht die schweren und verwickelten Probleme der jüdischen Arbeiter und bestreitet, daß auf Grundlage der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution eine jüdische kommunistische Massenbewegung zu schaffen möglich sei. Das Aktionsprogramm des Weltverbandes entspricht den revolutionären Bedürfnissen des jüdischen Proletariats und hofft er, die Exekutive von der Richtigkeit seiner Auffassung durch revolutionären Kampf zu überzeugen.

Nagler, Vertreter der Minderheit in der Delegation, schildert, wie sie im alltäglichen Kampfe und in unmittelbarem Kontakt mit den Massen zu der Einsicht kamen, daß die althergebrachte Einstellung des Poale-Zion nicht mit der K. I. zu vereinbaren ist. Er spricht sich für die bedingungslose Annahme der Resolution aus, doch schlägt er kleine Änderungen vor, die den Weg der im Poale-Zion vorhandenen kommunistischen Arbeiter zu der Internationale erleichtern, und die der Majorität die Möglichkeit nehmen, die Annahme der Resolution zu hemmen.

Sinowjew ist mit den Vorschlägen Naglers einverstanden, und beantragt zur Resolution folgendes: „Nachdem das nichtkommunistische Palästinaprogramm aufgegeben und der Weltverband aufgelöst sein wird, und damit der Wunsch, zur Kommunistischen Internationale zu gehören, bewiesen ist, — wird die Exekutive allen kommunistischen Parteien die weiteste organisatorische Toleranz den jüdischen Organisationen und Gruppen gegenüber empfehlen. Wo kompakte Massen jüdischer Arbeiter leben und wirken, können provisorisch auch selbständige Organisationen bestehen bleiben, damit die volle und dauernde Vereinigung genügend vorbereitet werde und glatt ablaufen kann. Das E. K. wird dafür sorgen, daß die kommunistische Arbeit innerhalb der werktätigen jüdischen Massen nicht vernachlässigt wird und an die konkreten Erscheinungen im Tageskampfe der jüdischen Proletarier anknüpft.

Der Geist unseres Vorschlages geht dahin, daß wir alle möglichen Konzessionen in der Organisationsfrage machen; eben weil wir wissen, daß es sich um ein kompliziertes und altes Problem handelt, das sich nicht im Handumdrehen lösen läßt. Es ist aber für uns ganz klar, daß das Bestehen einer Weltorganisation oder die Behandlung der Emigrationsfrage im Palästinaprogramm nur mit antikommunistischen Argumenten verteidigt werden kann. Wir fordern nicht, daß man im Nu alle jüdischen Fragen löst, und wir wissen, daß man diese schweren Probleme nur allmählich lösen kann. Was wir fordern, ist aber für jeden aufrichtigen Kommunisten eine solche Selbstverständlichkeit, daß es angenommen werden muß. Wir müssen den Genossen im Poale-Zion unsere Meinung klar und offen sagen.

Saar erklärt seine Stellungnahme bei der Verbandsberatung und findet, daß die Exekutive recht hat, wenn sie ihm sein Mandat entzieht.

Die Resolution der Kommission wird mit den Vorschlägen Naglers und Sinowjews, wie auch in der Frage Saar endgültig angenommen.

Vertreter der K. I. zum Parteitag der R. K. P.

Zu Vertretern der Exekutive zum Parteitage der russischen kommunistischen Partei wurden die Genossen: Brandler, Souvarine, Sellier, Kreibich, Bell, Ambrogi, Walecki, Eberlein und Popow gewählt.

Vertreter der K. I. in der ungarischen Redaktion.

Als Vertreter der Exekutive in der ungarischen Redaktion wird Genosse Brandler bestellt.

Schluß der Sitzung.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 3. April 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Brandler, Souvarine, Sellier, Walecki, Rakosi, Losowski, Eberlein, Kuusinen, Safarow, Piatnitzki, Schüller.*

1. *Mai-Aufruf.*

Der Entwurf des Gen. Souvarine wird allen Mitgliedern des Präsidiums vorgelegt.

2. *Ungarische Frage.*

a) Bericht des Gen. Brandler wird zur Kenntnis genommen.

b) Es wird für absolut notwendig erachtet, daß in der nächsten Woche ein Aufruf, unterzeichnet von den Vertretern aller drei gewesenen Fraktionen, erscheine.

c) Von diesem Beschluß werden alle daran interessierten ungarischen Genossen verständigt.

3. *Die Ergänzung der Bibliothek der Exekutive.*

Der Vorschlag des Sekretariats mit der Bemerkung des Genossen Souvarine wird zur Kenntnis genommen.

4. *Organisationsfragen.*

a) Das Sekretariat soll den Plan der Reorganisation ins französische und englische übersetzen, allen Mitgliedern des Präsidiums zustellen und die Frage morgen wieder stellen.

b) Das Sekretariat wird verpflichtet, die schriftlichen Entwürfe der Kommissionen in französischer, englischer und deutscher Sprache vor der Behandlung der Fragen im Präsidium zu verteilen.

5. *Französische Frage.*

Die Genossen Losowski, Sellier und Souvarine sollen den Entwurf eines Briefes in der Frage der Gewerkschaften, des Verhältnisses zu Rußland usw. ausarbeiten. Genosse Losowski ruft in drei Tagen die Kommission zusammen.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 4. April 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Eberlein, Brandler, Kreibich, Sellier, Walecki, Ambrogi, Schüller, Losowski, Souvarine, Safarow, Kuusinen, Rakosi.*

1. *Aufruf zum 1. Mai.*

Gen. Souvarine und Walecki werden beauftragt, den Aufruf im Sinne der geäußerten Wünsche auszuarbeiten; der Entwurf wird dann als endgültig angenommen betrachtet.

2. *Norwegische Frage.*

Genosse Kuusinen wird beauftragt, an das Z. K. der K. P. Norwegens ein Telegramm zu richten mit der Anfrage, ob die Nachricht, daß Lian, ein Mitglied der Zentrale, als Expert der norwegischen Regierung nach Genua reiste, wahr ist, und wenn ja, was dann in dieser Frage das Z. K. der K. P. N. zu unternehmen gedenkt.

3. *Der Jugendverband in Frankreich.*

Die Erklärung des Jugendvertreters im Präsidium, des Genossen Schüller, wird zur Kenntnis genommen.

4. *Internationale Sportverbände.*

Nach dem Bericht des Genossen Kreibich wird die Sektion für Sportverbände gebeten, vom Aufbau eines großen Apparates, Herausgabe eines internationalen Blattes usw. abzusehen.

5. *Bericht der Agrarkommission.*

a) Das Projekt der Enquete wird bestätigt, falls die französischen Genossen dagegen nicht Einspruch erheben. Sollte das der Fall sein, so wird die Frage noch einmal dem Präsidium vorgelegt.

b) Genosse Hevesi wird zum Sekretär der Agrarkommission bestellt.

c) Genosse Sellier und Ambrogi werden in die Agrarkommission delegiert.

6. *Bericht über die erweiterte Exekutive.*

Der Bericht über die erweiterte Exekutive soll auch in russischer Sprache erscheinen. Genosse Eberlein soll die zur Ausgabe notwendigen Maßnahmen treffen.

7. *Die Ausgabe der Broschüre des Genossen Trotzki über Georgien.*

Die schnellste Veröffentlichung der genannten Broschüre wird für absolut notwendig erachtet.

Genosse Souvarine wird beauftragt, die Exekutive über die Kommission für Propaganda gegen die S. R. und Menschewiki zu informieren und Vorschläge zur Ergänzung dieser Agitation seitens der ganzen Exekutive und ihrer einzelnen Sektionen zu machen.

8. *Koreanische Frage.*

Zur Behandlung der koreanischen Frage wird eine Kommission, bestehend aus den Genossen Brandler, Safarow und Kuusinen, bestellt.

Es wurden außerdem drei Fragen der inneren Organisation und persönlicher Natur behandelt.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 5. April 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Walecki, Wallenius, Zchakaja, Schüller, Eberlein, Rheinstein, Sulzbacher, Sultan Sade, Kuusinen, Brandler, Bell, Popow, Sellier, Rakosi, Schatzkin, Ambrogi, Johnson, Jansen, Gonzales, Kreibich, Levien.*

1. *Bericht über den Parteitag der russischen Kommunistischen Partei.*

Den Bericht erstattet *Sinowjew.*

Vor der Tagesordnung teilt er die neuesten Telegramme, die über die Verhandlungen der Delegationen der drei Internationalen aus Berlin einliefen, mit.

Zum Parteitag der R. K. P. wurden 478 Delegierte mit beschließender Stimme geschickt; das entspricht etwa eben so viel tausend Mitgliedern, da jeder Genosse 1000 Mitglieder vertrat. Nach der Reinigung, wo ungefähr 140 000 Mitglieder entfernt wurden, hat also unsere Partei knapp 500 000 Mitglieder. Die Vertretung war fast vollzählig, da dies der erste Parteitag ohne Krieg war und fast sämtliche Organisationen die Wahlen veranstalten konnten.

Der erste Eindruck ist, daß wir als Partei noch sehr jung sind und die meisten Delegierten, etwa 50 %, waren erst seit 1917 in der Partei. Ältere Genossen, die schon vor 1905 in der Partei waren, oder an der Revolution von 1905 teilnahmen, waren nur 65 unter den Delegierten. 122 Delegierte waren solche, die früher der Partei der Menschewiki, der S. R., den Bundisten, Anarchisten usw. angehörten; also ein Viertel bis ein Fünftel der Delegierten gehörte früher zu anderen Parteien. Diese Tatsache ist wichtig, speziell wenn man bedenkt, daß die Spitze der Reinigung in erster Reihe auch gegen solche Genossen gerichtet wurde.

Die lebhafteste Diskussion fand bei dem Bericht der Zentrale und bei der Erörterung der inneren Lage und der neuen Aufgaben der Partei statt. Den Bericht über die Tätigkeit der Zentrale erstattete Genosse Lenin, wie es immer üblich ist, und gab nach seiner Gewohnheit weniger einen Geschäftsbericht über das verflossene Jahr, als vielmehr eine Perspektive dessen, was die Partei in Zukunft als Aufgabe habe.

Am 10. Parteitage, also vor einem Jahre, hatten wir vier oder fünf Richtungen und sehr hitzige Kämpfe. Fast alle diese Richtungen waren mit der Änderung unserer Taktik auf ökonomischen Gebieten einverstanden (auch die Gruppe der 22, die der erweiterten Exekutive eine Eingabe einreichten). Es ist möglich, daß sie im Innern gewisse Zweifel hatten, äußerlich aber waren sie einverstanden. Diesmal war das Fraktionswesen fast nicht vorhanden, was nicht besagen will, daß diese Stimmungen vollkommen erledigt sind.

Lenin sprach in erster Linie über das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum. Das ist die wichtigste Frage bei der Bestimmung der ökonomischen Politik. Die Bourgeoisie als Klasse ist in Rußland sehr geschwächt, besteht fast nicht; es bleiben nur zwei große Klassen: die wirklich das Leben Rußlands bestimmen: die Arbeiterklasse und das Bauerntum. Die schwierige Frage ist eben die, wie das Verhältnis auf ökonomischem und politischem Gebiete zwischen beiden Klassen so reguliert werden soll, daß trotz aller Schwierigkeiten die Revolution vorwärts marschieren kann. Das Stichwort, das Lenin gebrauchte, lautete: Verbindung der Arbeiterklasse mit dem Bauerntum, Anschluß, Angliederung der beiden Klassen aneinander.

Das Bauerntum hat uns während der ersten drei Jahre des Krieges unterstützt, hat uns die Möglichkeit gegeben, die Rote Armee zu bilden, hat mit uns an den Fronten gekämpft und hat uns in dem Bürgerkriege zum Siege verholfen, da es sich klar war, daß der Sieg der Weißen, der Grundbesitzer, bedeuten würde, daß man ihm den Boden wegnimmt. Darum leistete der Durchschnittsbauer uns ohne weiteres, ohne viel Nachdenken, Hilfe. Diese Periode ist aber vorüber. Der Bauer schenkte uns viel Vertrauen, wie keiner anderen Regierung der Welt. Er hat drei, vier und fünf Jahre gewartet, er wird vielleicht jetzt noch ein paar Jahre warten. Aber er wird mit jedem Monat ungeduldiger, sieht uns mit kritischen Augen an, will sehen, daß wir nicht nur als Politiker und Soldaten etwas taugen, sondern auch gute Wirte sind, die ihm bei der Sanierung seiner Wirtschaft behilflich sein können. Das ist für ihn jetzt die Hauptfrage. Wir haben von den Bauern sozusagen einen Wechsel erhalten, und wir wissen nicht, wann wir diesen Wechsel einlösen müssen. Es besteht für uns deshalb die Notwendigkeit, auf dem wirtschaftlichen Gebiete alles und zwar so schnell wie möglich zu tun. Unsere neue ökonomische Politik zielte darauf ab. Manche sehen in ihr nur die neuen Läden in Moskau, freien Handel in den Städten usw., was nur Begleiterscheinungen sind. Die neue ökonomische Politik aber besteht in einem neuen Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauern; das ist sozusagen die Seele der neuen ökonomischen Politik. Und in dieser Beziehung hat sie sich bewährt. Und der Bauer billigt im allgemeinen diese Politik. Der Beweis liegt darin, daß wir fast ein ganzes Jahr keine Bauernunruhen hatten, was früher nicht der Fall war. Die Stimmung der Armee, die die Seele des Bauerntums widerspiegelt, zeigt uns dasselbe.

Auch die Arbeiterklasse ist damit zufrieden. Wir haben entsprechendes Material aus Petrograd, Moskau, aus dem Ural, Donbassin und auch aus anderen wichtigen Teilen Rußlands, die beweisen, daß, wenn wir den Lohn, der ziemlich bescheiden ist, und die Lebensmittelration, die auch nicht ganz genügend, aber doch mehr oder weniger erträglich ist, geben können, so arbeiten unsere Arbeiter gut. Von der neuen ökonomischen Politik war die Produktion in vielen Zweigen auf fast Null gesunken, da man die gleiche Ration erhielt und dadurch kein Impuls zur Arbeit vorhanden war. Man hat prophezeit, daß es in dem neuen ökonomischen Kurs auch nicht besser wird, daß die Arbeiter nur in den Betrieben arbeiten werden, die in Privathänden sind, aber nicht in den staatlichen Fabriken. Die Erfahrungen der letzten acht Monate zeigen aber das Gegenteil. In vielen wichtigen Zweigen hat die Produktivität die Ziffern der Vorkriegszeit erreicht und der Erfolg der Produktionserhöhung hat die Stimmung nicht nur unter unsern Genossen, sondern unter den unparteiischen Arbeitern, die dadurch, daß nicht gearbeitet wurde, sehr demoralisiert waren, gehoben.

Diese beiden Tatsachen, die Beruhigung der Bauern und die wirkliche Steigerung der Produktion, sind zwei wichtige objektive Beweise dessen, daß wir den richtigen Weg endlich gefunden haben.

Wir müssen aus dieser Tatsache für die Arbeiter anderer Länder, die die Revolution erst vor sich haben, die Lehre ziehen, daß man auch nach der proletarischen Revolution, um den durchschnittlichen, parteilosen Arbeiter zur Arbeit zu bewegen, ein solches Lohnsystem anwenden soll, bei welchem der Arbeiter, wenn er mehr arbeitet, mehr erhält.

Es tauchte auch eine andere Frage auf. An der Spitze unserer staatlichen Trusts stehen gute alte erfahrene Genossen, die an den Revolutionen teilnahmen, in Gefängnissen saßen, die besten Kämpfer in der Armee waren, die aber nicht die nötigen Sachkenntnisse haben. Sie müssen sich bürger-

licher Spezialisten, Ingenieure usw. bedienen, und dabei kommt es oft vor, daß sie statt zu leiten, verleitet werden. Lenin zeigte klar und rücksichtslos auf diesen Fehler hin und der Parteitag war auch der Meinung, daß eine strengere Auswahl der Leute, eine wirkliche Prüfung ihrer Tätigkeit nach den praktischen Erfolgen notwendig ist.

Eine andere Frage war die Abgrenzung der Parteiinstitutionen von den Staatsinstitutionen. Während des Bürgerkrieges kam es sehr oft vor, daß in einem Kreis oder einer Stadt nur 2—3 gute Genossen waren, die alles machten, sowohl die Partei, wie Staatsangelegenheiten. Oft mischten sich die Parteikomitees in die Tätigkeit der Staatsinstitutionen, was die Quelle großer Unordnung wurde. Lenin hat im Berichte auch diese Frage angeschnitten und es entstand eine zweitägige Diskussion darüber.

Den neuen ökonomischen Kurs haben wir als einen Rückzug auf dem ökonomischen Gebiete aufgefaßt. Der Parteitag war der Meinung, daß von neuen Konzessionen auf ökonomischem Gebiete keine Rede mehr sein kann. Man hat die Formel geprägt: „Der Rückzug ist beendet."

Es wurde zur Tätigkeit des Z. K. eine Resolution angenommen, die

1. die politische und organisatorische Tätigkeit des Z. K. vollkommen gutheißt,
2. erklärt, daß der ökonomische Rückzug ein Ende hat,
3. daß eine bessere und strengere Einteilung der Arbeit in staatlichen Institutionen durch die Partei durchgeführt werden muß,
4. daß das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauerntum im Auge behalten werden muß, und man darauf bedacht sein soll, daß dieses Verhältnis sich nicht verschlechtert.

Demgegenüber war die Resolution Matwejews, einer der 22, die die ganze Philosophie der Arbeiter-Opposition widerspiegelte, und die behauptete, daß das Z. K. im Unrecht sei, wenn es immer darauf aufmerksam mache, daß die Arbeiterklasse sozusagen Schulden gegenüber den Bauern hat, daß wir zuviel auf das Bauerntum blicken, daß wir vergessen, daß wir eine Arbeiterregierung seien und nicht eine Arbeiter- und Bauernregierung. Die Resolution zählt außerdem eine Anzahl kleinerer Fragen, die organisatorische Mängel betreffen, auf. Die Resolution Matwejews hatte keine einzige Stimme erhalten — Matwejew hatte nur beratende Stimme —; bei vier Stimmenthaltungen wurde die andere Resolution angenommen.

Die zweite meines Erachtens nach wichtigste Frage war die innere Lage der Partei nach der Reinigung und ihre weitere Tätigkeit. Den Bericht darüber habe ich erstattet und machte speziell von dem Material, das unsere Feinde, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Emigrantenpresse lieferten, Gebrauch. Sie verfolgen sozusagen mit der Lupe in der Hand jede Änderung bei uns und warfen bei der neuen ökonomischen Politik sofort die Frage auf: ist das Evolution oder Taktik, eine wirkliche ökonomische Evolution in der Richtung zur Verbürgerlichung oder nur eine Maßregel, ein taktisches Manöver unserer Partei. In den ersten drei Jahren war ihre Hoffnung der Bürgerkrieg, der bewaffnete Kampf, im vierten Jahre der Hunger und jetzt die innere Lage unserer Partei. Typisch ist in dieser Beziehung die Auffassung Dalins, der Mitglied des Z. K. der Menschewiki ist. Vor einem Jahr sagte er aus, daß der Fall der Sowjetregierung durch einen Offizier der Roten Armee, einem kleinen Napoleon, herbeigeführt wird, der die Erschöpfung der Massen dazu ausnützt, daß er die Macht an sich reißt. Das

war seine Prognose vor einem Jahr. Jetzt schrieb er ein Buch, das in seinem Hauptteil der Frage der Soziologie unserer Partei gewidmet ist. Er philosophiert folgenderweise: Die bolschewistische Partei trat 1917 in die Revolution mit etwa 5000 alten Mitgliedern. Das war das Einsatzkapital, mit dem sie in die Revolution eintrat und sie lebt bis heute aus den Zinsen dieses Kapitals. Zu diesem Kern kam dann eine Anzahl junger Arbeiter, dann eine Welle von Bauern und dann eine Welle von Karrieristen. Dadurch hat sich die soziale Zusammensetzung der Partei verändert, und sie verbürgerlicht sich allmählich. Innerhalb der Partei bestehen eigentlich drei Parteien und er macht die neue Prognose, daß dadurch die Dialektik der Geschichte, die Klassenkämpfe sich jetzt innerhalb der kommunistischen Partei abspielen werden. Dementsprechend wird der ganze politische Kampf der nächsten Jahre durch die Kämpfe der einzelnen Gruppen innerhalb der Partei ausgefochten.

Wir sehen also, er arbeitet mit einer fast marxistischen Theorie.

Wir sind uns der Gefahren bewußt, die unserer Partei drohen. Ich zeigte in meinen Thesen in erster Linie auf die Gefahr hin, die aus dem Umstand erwächst, daß wir sozusagen das Monopol der Legalität haben. Das ist ein großer Vorzug und ich bin der Meinung, daß die Diktatur des Proletariats ohne ein solches Monopol, ohne die Unterdrückung aller, die gegen die Diktatur kämpfen, nicht möglich ist. Wir werden das auch in andern Ländern nicht vermeiden können. Aber dieses Monopol der Legalität hat auch eine gefährliche Seite. Da wir am Ruder sind und die einzige Staatspartei bilden, kommen fremde Elemente, Karrieristen usw., zu uns; das ist aber nicht die größere Gefahr und wir können sie teilweise durch mechanische Mittel, wie z. B. die Reinigung, bekämpfen. Wir haben jetzt 100 000 ihres Schlages ausgeschlossen. Die größere Gefahr besteht darin, daß Elemente, die sich selbst aufrichtig für Kommunisten halten, die aber keine sind und die bei einer andern Situation in andern Parteien wären, zu uns strömen. Es ist ein ganz elementarer Prozeß. Es handelt sich nicht um Leute, die bewußt zu uns kommen, um Karriere zu machen. Es ist ein Ausfluß der Klassenverhältnisse in Rußland, wo nicht das städtische Proletariat, sondern das Bauerntum zahlenmäßig überwiegt, und wo alle aktiven Elemente der Jugend, speziell der Bauernjugend, eine ganz bedeutende Schicht von Leuten, die sich aufrichtig zum Kommunismus zählen, aber keine Kommunisten sind, bei uns landen. Das ist eine Schwierigkeit, die vielleicht in Deutschland, wo das Proletariat in der Mehrheit ist, nicht so bedeutend sein wird, wie bei uns. Es werden aber auch dort halb Bauern, halb Arbeiter in der Übergangsperiode zur kommunistischen Partei kommen, ohne daß sie Kommunisten sind, und das wird der Partei große Schwierigkeiten bereiten.

Nun die zweite Frage: die soziale Zusammensetzung unserer Partei, von der man sagt, daß sie nicht mehr so einheitlich ist, wie sie war; es sind nicht nur Arbeiter in der Partei. Unsere westeuropäischen Genossen, deren Parteien immer aus Arbeitern zusammengesetzt waren und keine große Schicht von Intellektuellen in sich hatten, verstehen uns in dieser Frage sehr schwer. Warum? Weil wir noch vor fünf Jahren in Rußland den Zarismus hatten. Während der ganzen Epoche des Zarismus ging die bürgerliche Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes zu den Arbeitern. Sie wollten den Zarismus stürzen, waren aber numerisch sehr schwach. Was waren die Intellektuellen in Rußland? Numerisch nichts. Sie suchten also die Kraft, mit der sie den Zarismus schlagen konnten. Das Bauerntum war nicht organisiert, die einzige organisierte Kraft war die Arbeiterklasse. Die bürgerlichen Sozialrevolutionäre

prägten die Formel, daß die Arbeiterklasse sehr wichtig für die Revolution sei; dem trat Plechanow entgegen, der sagte, daß nicht die Arbeiterklasse für die Revolution wichtig ist, sondern die Revolution für die Arbeiterklasse. Fast zwei Jahrzehnte lang nahmen die bürgerlichen Sozialrevolutionäre an der Arbeiterbewegung am regsten teil. Bis 1905 hatten wir eine ganze Welle solcher Leute in der Partei. Es war sogar eine Zeitlang eine Lage, wo die führenden Teile der bolschewistischen Organisationen nicht aus Arbeitern, sondern aus Intellektuellen, Studenten usw. bestanden. Erst nach der Niederlage der ersten Revolution in den Jahren 1907 und 1908, wo der Prozeß klarer wurde und wo man sah, daß die Revolution eine proletarische und keine bürgerliche sein wird, wandten sich die bürgerlichen Demokraten von uns ab und gingen zu den Menschewiki und dergleichen. Unter solchen Umständen ist es verständlich, wenn wir davon sprechen, daß die Zusammensetzung der Partei lange Zeit nicht rein proletarisch war. Erst im Jahre 1917 kam eine rasche Wendung und die Organisationen waren nicht nur dem Programm nach, sondern auch der Zusammensetzung nach proletarisch. Ende 1917 fängt eine neue rasche Wendung an. Es kamen zu uns in bedeutender Zahl die Bauern. Vor der Revolution hatten wir nur 3 % Bauern in der Partei, jetzt haben wir etwa 25 %.

Wir erlangten den Sieg dadurch, daß wir der Armee, die 10 Millionen der jüngsten, kräftigsten und energischsten Köpfe der Bauern in sich vereinigte, das gaben, was sie verlangte, die Beendigung des Krieges und die Wegnahme des Bodens der Großgrundbesitzer. Wir gewannen sie auf unsere Seite und auf den Schultern dieser Massen haben wir gesiegt. Die beste Schicht dieser zehn Millionen Soldaten hat sich zu uns bekehrt; durch die Rote Armee und durch die Armeeschulen kam später allmählich ein solcher Strom zu uns. Seit April 1917, wo wir ca. 50 000 Mitglieder hatten, hat sich die Partei verzehnfacht. Dabei hat sich die soziale Zusammensetzung der Partei in der Weise geändert, daß viele Intellektuelle von uns gingen und viele Bauern und Halbbauern kamen. Zum Verständnis unserer Partei muß man das wissen.

Die letzte Statistik zeigt, daß 50 % der Partei aus reinen Proletariern besteht, 26 % das, was man Bauern nennt, 20 % unklar, also Sowjetbeamte, alte Revolutionäre, Intellektuelle usw. Es ist klar, was die erste Gruppe bedeutet. Sie ist das Rückgrat der Partei und enthält die besten Elemente, trotz der Deklassierung, die unserem Proletariat in den letzten Jahren zu teil wurde. Was die letzte Gruppe anbetrifft, die Angestellten, Intellektuellen, so sind unter ihnen noch solche, die wir noch aus der Partei entfernen müssen. Was die Zwischengruppe anbetrifft, wird ihre Frage noch damit kompliziert, daß viele Tausende von guten Arbeitern, durch den Hunger getrieben, in die Dörfer gingen und sich jetzt zu den Bauern zählen. In der Roten Armee haben wir 98 000 Kommunisten, davon fast zwei Drittel Bauern. Selbst unter den Kursanten, unter den Kommandanten der Roten Armee sind die Bauern und Halbproletarier 60—65 % und nur der übrige Teil wirkliche städtische Arbeiter. Können wir auf diese Elemente in der Partei verzichten? Keineswegs. Diese Elemente, halb Bauern, halb Arbeiter, haben ihre schlechten Seiten, bringen ihre kleinbürgerlichen Vorurteile mit, aber sie haben auch große Vorzüge. Sie sind gesunde kräftige robuste Elemente, die, wenn sie die Partei umarbeitet, ihr neue Kräfte bringen werden und eine lebendige Brücke zwischen Stadt und Land bilden. Dies ist eine Streitfrage zwischen uns und einigen aus der Arbeiteropposition. Aus letzterer sind viele, die auf die Bauern in der Partei verzichten möchten. Wir wollen das aber keinesfalls. Eben weil eine proletarische Partei die Aufgabe hat, allmählich

die ganze Bevölkerung zum Sozialismus zu bekehren und eine solche Partei auf so gute Elemente nicht verzichten kann.

Wir verhehlten nicht die Gefahren und Schwierigkeiten, die unserer Partei drohen. Wir haben beschlossen, das nächste Jahr dazu zu verwenden, daß die Qualität der Partei sich verbessere. Die drei Jahre des Krieges erlaubten uns nicht, unsere Organisationen genügend durchzusehen, die neuangekommenen Halbproletarier entsprechend zu schulen, und die nicht wünschenswerten Elemente auszumerzen. Diese Arbeit der Erziehung und der Reinigung müssen wir jetzt nachholen. Es wurden drei Kategorien aufgestellt, die der Arbeiter, die wirklich gute Elemente sind, und Rotarmisten, die aus den Arbeitern kommen, dann Bauern und drittens alle übrigen. Bis zum nächsten Parteitag, also für das nächste Jahr, sollen die Türen der Partei fast vollkommen geschlossen sein und nur unter gewissen Bedingungen dürfen neue Mitglieder aus der ersten und zweiten Kategorie aufgenommen werden. Aus der dritten Kategorie, zu der auch Angehörige aus anderen Parteien zählen, wird im nächsten Jahr niemand aufgenommen.

Wie die Genossen sehen, das Problem der Arbeiterklasse und des Bauerntums, die Frage, wie man eine Koordination zwischen Arbeitern und Bauern herstellen kann, bei der die Arbeiter die Führer der Revolution bleiben, wurde auch innerhalb der Partei aufgeworfen. Der Fluch der Arbeiteropposition besteht eben darin, daß sie die Notwendigkeit dieser Koordination nicht versteht; sie verübeln uns, daß wir trotz der schlechten Lage der Arbeiter auch an die Bauern denken und das erscheint ihnen als Verrat an der Arbeiterschaft.

Es wurden auch die Fragen der Finanzen besprochen; die Meinung war, daß dieses Übel nur durch die wirkliche Hebung der Produktivität und durch die gute Ernte zu beseitigen ist.

Dann die Frage der Einheitsfront. Wir mußten natürlich dazu Stellung nehmen. Unsere Auffassung war folgende: Einheitsfront in einem Lande, wo die Bourgeoisie an der Macht ist, bedeutet Einheit aller Arbeiter, die gegen das Kapital kämpfen wollen. Nachdem ein Teil der Arbeiter in der 2. und 2½. Internationale ist, oft sogar die Majorität, müssen wir mit diesen verhandeln. Bei uns in Rußland und überhaupt in jedem Lande, wo die Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist, besteht die Durchführung der Einheitsfront darin, daß die kommunistische Partei versteht, allmählich die ganze Arbeiterklasse, die parteilosen Arbeiter, die besten Teile des werktätigen Volkes überhaupt, zu sich heranzuziehen. Durch parteilose Konferenzen, durch Organisierung der Bauern und Arbeiter, durch Erziehung der Arbeiterjugend, durch die Gewinnung des ganzen Proletariates für den Kommunismus, wird bei uns die einheitliche Front errichtet. Die Kommunistische Internationale hat darauf hingewiesen, daß die Einheitsfront in jedem Lande, den konkreten Verhältnissen angepaßt durchgeführt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß in Rußland, wo die Arbeiterklasse schon die Macht erobert hat, die Durchführung der Einheitsfront eine ganz andere sein muß, als in Deutschland oder Italien. Wir haben schon bemerkt, daß die besten Elemente der Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Laufe des fünfjährigen Kampfes schon zu uns gekommen sind. Diejenigen Menschewiki und S. R., die auch jetzt noch nicht auf dem Boden der Sowjet stehen und auch jetzt noch diesen Boden umstürzen wollen, sind nicht wie die Sozialdemokraten, die oft, ohne es zu wollen, doch in eine gemeinsame Front mit der ganzen Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie stehen müssen. Wir haben in dem Schlußsatz unserer diesbezüglichen Resolution auf die Machinationen der Führer der 2. und 2½. Internationale hingewiesen, die jetzt mit der Aufrollung der russischen Frage

versuchen, die internationale Einheitsfront zu durchkreuzen, und haben unserer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es ihnen nicht gelingen wird, die Einheitsfront, die aus allen Ereignissen so gebieterisch entspringt, zu sabotieren.

Noch etwas über die 22, die zur erweiterten Exekutive eine Eingabe einreichten. Man hat eine Kommission eingesetzt, die ihre Angelegenheit untersuchte, nicht weil sie sich an die Kommunistische Internationale gewandt haben — dazu hatten sie das Recht —, sondern weil sie ein illegales Fraktionswesen getrieben haben. Es wurden die Unterzeichner der Eingabe, soweit sie in Moskau waren, alle angehört. Es waren unter ihnen drei Typen. Die eine Gruppe sind, wie Schlapnikow, alte Bolschewiki, die eben den Kopf verloren haben. Die zweite Gruppe waren frühere Menschewiki, die unsere Auffassung den Bauern gegenüber nie gut begriffen haben, die unsere Taktik vom Standpunkt der Menschewiki bekämpften und die sich mit Schlapnikow in diesem Punkte gefunden und eine Fraktion zu bilden begonnen haben. Die dritte Gruppe bestand aus Karrieristen.

Die führenden Genossen haben beschlossen, in dieser Frage nicht aufzutreten, damit man die wirkliche Stimmung unbeeinflußt sehen kann. Die Genossen wissen ja, daß z. B. das Auftreten Lenins zu 90 % den Ausgang der Sache bestimmt. Zum Berichterstatter der Kommission wurde ein einfacher Arbeiter aus der Ukraine bestellt. Dann diskutierten die Genossen von der Opposition ziemlich sentimental. Die erste Abstimmung ergab, daß die Hälfte des Parteitages für den sofortigen Ausschluß, die andere Hälfte dafür war, daß das Z. K. das Recht zum Ausschluß erhält, wenn die Opposition in demselben Geiste weiterfährt. Um den Parteitag in dieser Frage zu vereinigen, hat man nachgegeben und mit großer Mehrheit die Entschließung angenommen, daß das Z. K. ausschließen soll, wenn sie auch weiter in diesem Sinne arbeiten. Sofort ausgeschlossen wurde nur ein früherer Menschewist und ein früherer Kaufmann. In dieser Frage ist natürlich nicht die Fraktionsbildung die wichtigste, sondern ob diese Genossen in der Frage der Hegemonie des Proletariats den richtigen Weg finden können.

Über die Gewerkschaftsfrage hat man die früheren Thesen mit ganz kleinen Änderungen angenommen.

Bei der Wahl des Z. K. herrschte eine ziemliche Einstimmigkeit. Es zeigte sich auch, daß noch etwas Brennstoff aus den alten Fraktionskämpfen vorhanden war. Etwa 20 Genossen waren auf dem Parteitag, die sich mit der Politik der Partei noch nicht ganz versöhnt haben und von denen manche schwarze Zettel in die Urne gelegt haben. Von den Fraktionen, die im vorigen Jahre gegen uns kämpften, ist nur ein kleiner Teil vorhanden; im Verhältnis zu dem, was im vorigen Jahre war, ist das alles im Abflauen.

Die Zusammensetzung des Parteitages zeigte, daß sie aus kerngesunden, auf allen Fronten des Klassenkampfes erprobten Genossen besteht, die in ihrer Person die Partei mit all ihren Stärken und mit all ihren schwachen Seiten widerspiegeln. Im allgemeinen war es ein Parteitag, der die Partei sehr vorwärts bringen wird. Das Fraktionswesen ist im großen und ganzen doch liquidiert, die Partei hat den Weg der neuen Politik studiert und ihn fest und klar gezeichnet.

Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Schluß der Sitzung.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 18. April 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend sind: *Eberlein, Sellier, Souvarine, Ambrogi, Kreibich, Losowski, Kuusinen, Rakosi, Walecki, Brandler, Schüller.*

1. *Mitteilung des Genossen Sinowjew über die Konferenz der drei Internationalen.*

Es wird beschlossen:

A. Der nächsten Sitzung der Exekutive vorzuschlagen, das Berliner Übereinkommen in Form folgender Resolution zu ratifizieren:

„Nachdem die Exekutive der K. I. Kenntnis genommen hat von den Mitteilungen und Protokollen der Sitzungen der Delegation und solchen der offiziellen Sitzungen der Berliner Konferenz, beschließt das E. K. der K. I. die getroffenen Übereinkommen zu ratifizieren und in die Neunerkommission die Genossen Zetkin, Frossard und Radek, als Ersatzleute die Genossen Heckert und Bucharin zu delegieren."

B. Unserer Delegation den Vorschlag zu unterbreiten, die Berichte der Delegation (die hier schon von den in Berlin weilenden Genossen entgegengenommen worden sind) in Form einer Broschüre in französischer und deutscher Sprache herauszugeben.

C. Der Berliner Delegation vorzuschlagen, die Berichte der Sitzungen der Delegation in Berlin an die Zentralen sämtlicher kommunistischer Parteien zu versenden.

D. Dem Sekretär ist der Auftrag zu geben, die wichtigsten Materialien, die aus Berlin empfangen worden sind, in deutscher und französischer Sprache übersetzen und an die Mitglieder des E. K. der K. I. verteilen zu lassen.

E. Dem Sekretariat des E. K. der K. I. den Auftrag zu geben, die Protokolle der Berliner Konferenz in russischer Sprache herauszugeben.

F. Im Namen des E. K. der K. I. ein Manifest an alle klassenbewußten Arbeiter zu veröffentlichen, das zu den Lehren der ersten Konferenz der drei Internationalen Stellung nimmt. Mit der Ausarbeitung des Manifestes soll der Genosse Sinowjew beauftragt werden.

Sich an die 2. und 2½. Internationale mit dem offiziellen Vorschlage zu wenden, dieses Manifest in ihrer gesamten Presse zum Abdruck zu bringen. Der 2. und 2½. Internationale mitzuteilen, daß wir in der kommunistischen Presse auf Grund der Gegenseitigkeit bereit sind, die evtl. Erklärungen der 2. und 2½. Internationale in Fragen derselben Berliner Konferenz erscheinen zu lassen, wobei alle Teile die Pflicht anerkennen, die entsprechenden Dokumente unverkürzt zu bringen. Das Recht der Kritik ist selbstverständlich.

G. Das Sekretariat zu beauftragen, einen speziellen Brief an die Mitglieder der Neunerkommission, die Genossen Zetkin, Frossard und Radek, zu richten mit dem Hinweis, daß diese Frage der R. G. I. mit der Amsterdamer G. I. unverzüglich zur Debatte stellen. Unsere Vertreter sollen auf die diesbezüglichen Beschlüsse der Berliner Konferenz hinweisen und darauf bestehen, daß ein Brief nach Moskau und Amsterdam gerichtet wird, in dem eine bestimmte Antwort innerhalb einer bestimmten Frist gefordert wird.

Falls die Amsterdamer den Vorschlag annehmen, soll die russische Delegation folgende Tagesordnung vorschlagen:

1. Der Kampf gegen die Möglichkeit eines Krieges.
2. Der Kampf gegen die Offensive des Kapitals.

Der Delegation wird vorgeschlagen, anzuregen, daß zur Konferenz der Gewerkschaften auch die Syndikalisten eingeladen werden.

2. Zur Genueser Konferenz.

Unsere Berliner Delegation wird beauftragt, durch die Neunerkommission die öffentliche Meinung der Arbeiterschaft auf die Möglichkeit des Bruches in Genua und auf die unruhige internationale Situation aufmerksam zu machen.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 18. April 1922 abends.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Eberlein, Souvarine, Sellier, Ambrogi, Kreibich, Losowski, Kuusinen, Rakosi, Walecki, Brandler, Schüller, Safarow, Piatnitzki.*

1. Literarische Kampagne gegen die Menschewiki, S. R. und Anarchisten.

Der Plan einer erhöhten literarischen Kampagne gegen die Menschewiki, S. R. und Anarchisten wird angenommen.

2. Italienische Frage.

Das E. K. K. I. hält die Lage, die in Italien nach dem Kongreß entstand, für ernst und in der gegebenen Form für unhaltbar. Um Klarheit zu schaffen, besteht die Exekutive kategorisch auf der sofortigen Reise einer Delegation von drei Genossen, unter ihnen Genosse Bordiga, nach Moskau, um mit der Exekutive zu verhandeln.

3. Tschechoslowakische Frage.

Der Bericht des Genossen Piatnitzki wird zur Kenntnis genommen.

4. Norwegische Jugend.

Das Sekretariat wird beauftragt, dringend vom Z. K. der K. P. Norwegens einen Bericht über die Abstimmung in der Frage des Gesetzes für Zwangsschlichtungsgerichte zu verlangen.

5. Berliner Delegation und Jugend.

Das Sekretariat soll der Berliner Delegation schreiben, damit in der Neunerkommission die Jugendfrage in dem Geiste der Beschlüsse der erweiterten Exekutive der K. I. gestellt wird.

6. Spanische Jugend.

Das Sekretariat soll unseren Vertreter telegraphisch beauftragen, daß er sich speziell auch mit der Regelung des spanischen Jugendkonfliktes befasse.

7. Die Gruppe des Anarchisten Struwe.

Die Genossen Eberlein und Souvarine werden mit der Verhandlung beauftragt.

8. Der Brief in der französischen Gewerkschaftsfrage.

Alle Mitglieder des Präsidiums sollen sich spätestens bis morgen mit dem Brief bekannt machen; der Brief wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Präsidiums gestellt.

9. Der 1. Mai in Rußland.

Das Z. K. der R. K. P. wird verständigt, daß das E. K. der K. I. bei den Feierlichkeiten am 1. Mai es für notwendig hält, der Frage der Einheitsfront erhöhte Beachtung zu schenken. Das Präsidium schlägt dem Z. K. vor, eine Reihe großer Demonstrationen und Versammlungen zu veranstalten, und das Sekretariat wird beauftragt, von der Exekutive Redner nach Moskau, Petrograd, Iwanowo-Wossnessensk, Nischni-Nowgorod usw. zu bestellen. Die Exekutive ist der Meinung, daß gleichzeitig mit der Verteidigung der Taktik der Einheitsfront in den Reden am 1. Mai die Stellungnahme der 2. und 2½. Internationale einer speziellen Kritik unterzogen werden soll.

10. Sitzung der Exekutive.

Die nächste Sitzung der Exekutive wird auf den 20. April abends anberaumt.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 20. April 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Kuusinen, Rakosi, Brandler, Eberlein, Nin, Gonzales, Carlo, Schatzkin, Sellier, Janson, Bell, Wallenius, Popow, Heywood, Heimo, Johnson, Levien, Losowski, Schneider, Idelson, Ambrogi, Kreibich, Ziegler, Prochniak, Wilkinson, Angaretis, Zchakaja, Schüller, Wompe, Jaroschewski, Schoenhaar, Piatnitzki.*

1. Die Berliner Beratungen.
2. Information über Genua.
3. Bericht der Agrarkommission.
4. Mitteilung des Z. K. der R. K. P. (über die Vertretung in der Exekutive).
5. Maifeier in Sowjetrußland.

Berliner Beratungen:

Über die Berliner Beratungen berichtet *Sinowjew:* Die wichtigsten Dokumente haben wir bereits erhalten und sie dürften Ihnen allen bekannt sein. Das Endresultat, die einstimmig angenommene Erklärung, liegt vor, wie auch der Bericht unserer Delegation. Die beiden Reden unseres Vertreters Radek, der allein die Möglichkeit hatte, aufzutreten, waren sehr gut, sogar glänzend, bedeuten einen moralischen Sieg der Kommunistischen Internationale. Aus den Berichten mehr intimer Art, aus den Briefen von Radek und Bucharin und anderer Genossen der Delegation ist zu unterstreichen, daß in der 2. Internationale die deutsche Sozialdemokratie der ganzen Konferenz absolut feindlich gegenüberstand und damit auch der Einheitsfront. In der 2. Internationale waren aber drei Parteien entscheidend: Die S. P. D., die englische Labour-Party und die belgische Arbeiterpartei. Die deutsche Partei hatte alles getan, um die Konferenz zu sabotieren. Bei den Engländern war der von Tom Shaw vertretene Teil nahe den deutschen Sozialdemokraten, der zweite, von Mac Donald vertretene, mehr schwankend und als Vertreter von pazifistisch-zentristischen Ideen dem Gedanken der Einheitsfront näher. Die Engländer waren im allgemeinen gegen die Einberufung einer Weltkonferenz,

weil sie sich nicht kompromittieren wollten vor den bevorstehenden allgemeinen Wahlen durch ein Zusammengehen mit den Kommunisten. Sie waren aber gegen eine offene Sabotage der Einheitsfront. Die Belgier, die durch Vandervelde vertreten waren, scheinen in der Form etwas freundlicher der Einheitsfront gegenüberzustehen als die Deutschen. Darum hat sich am Ende die 2. Internationale doch dazu bewegen lassen, daß sie nicht offen den ersten Versuch, die Einheitsfront zu bilden, sabotiert hat; sie macht das jetzt auf Umwegen.

Die weiteren Ereignisse, besonders in Deutschland, haben gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie hartnäckig auf ihrem Sabotagestandpunkt verharrt, die Demonstration zum 20. April sabotiert. Der Vertreter der S. P. D., Wels, hat in seinem Berichte in Berlin in einer solchen Form referiert, die sogar einem Blinden den Beweis gibt, daß die deutsche Sozialdemokratie die Verständigung jetzt sprengen will. Nur die 2½. Internationale hat sich zu einem gewissen, wenn auch nicht formellen Bündnis mit der K. I. bewegen lassen, denn sie war formell die Initiatorin dieser Konferenz und sie wollte nicht, daß die Konferenz auseinandergeht, ohne etwas erreicht zu haben.

Dieses „Bündnis" ist ganz unsicher, und wir können erwarten, daß auch die 2½. uns in den Rücken fällt, und in jedem Moment sich auf die Seite der deutschen Sozialdemokratie schlägt.

Was die Konzessionen in der russischen Frage anbetrifft, waren prominente Vertreter der russischen Partei, wie Genosse Lenin, der Ansicht, daß diese Konzessionen als zu weitgehend aufgefaßt werden müssen. Dennoch hat das russische Z. K. beschlossen, daß sich, da die Vertreter der Kommunistischen Internationale dem zugestimmt haben, die russische Partei selbstverständlich fügen muß, und alles wird getan werden, um diese Verständigung auch durchzuführen.

Soweit man übersehen kann, sollen heute in Deutschland Demonstrationen stattfinden, die von der K. P. D. und U. S. P. D. organisiert werden; die Rolle der S. P. D. ist noch unklar. Aus andern Ländern haben wir wenig Nachrichten. In Österreich will man eine stumme Demonstration ohne Reden veranstalten.

Das Präsidium hat den Berliner Mitgliedern unserer Delegation das Recht erteilt, im Namen der Exekutive in diesen Fragen mit speziellen Manifesten aufzutreten, überhaupt alle Vorbereitungsarbeiten auszuführen, da das von Berlin aus besser und bequemer gemacht werden kann, als von hier.

Unsere Delegation war fast in allen entscheidenden Fragen der Konferenz vollkommen einstimmig. Nach den Mitteilungen der Genossen hat sich Genosse Frossard ziemlich nahe unserem Standpunkt gestellt und sich in den Standpunkt der erweiterten Exekutive eingearbeitet. Genosse Bordiga äußerte ziemlich starke Zweifel und war der Meinung, daß es vielleicht nicht möglich sei, die Neunerkommission zu bilden.

Was die weiteren Perspektiven anbetrifft, hat die Idee der Einheitsfront, wie wir früher schon oft betont haben, tiefe Wurzeln. Jeder Streik, jeder Abwehrkampf, der in den verschiedenen Ländern stattfindet, führt dazu, daß die breiten Massen immer mehr für die Einheitsfront sind. Jetzt handelt es sich darum, ob unsere Organisationen die Kraft, Energie und Elastizität aufbringen werden, die jetzt notwendig ist, um in allen Ländern die Gegner an die Wand zu quetschen und zu nötigen, Farbe zu bekennen. Denn die Absicht der 2. und 2½. Internationale wird jetzt darin bestehen, daß man jetzt nichts weiter macht und sich jetzt mit dem Surrogat einer Konferenz

begnügt. Unsere deutsche Partei führt jetzt den Kampf unter der Parole: sofortige Einberufung eines Weltkongresses der Arbeiterschaft. Diese Parole müssen wir jetzt in allen Parteien durchführen und eine energische Kampagne in internationalem Maßstabe organisieren.

Wir schlagen vor:

1. Das Berliner Übereinkommen zu akzeptieren und zu ratifizieren und mit der Forderung aufzutreten, daß auch die 2. und 2½. Internationale erklären soll, ob sie die Beschlüsse ratifiziert.

2. Einen Brief an die Arbeiter der ganzen Welt zu richten, in dem wir erklären, warum wir ratifizieren und in dem wir diesen ersten Versuch in Berlin kritisieren. Ein Entwurf dazu von mir wurde schon verteilt. Wir machen jetzt zum ersten Male den Versuch, daß dieses Dokument in die Presse der 2. und 2½., Internationale kommt. Wir schlagen ihnen vor, es abzudrucken, und erklären uns bereit, ihre Manifeste abzudrucken, wenn sie antworten. Wenn sie das nicht tun, müssen wir das sofort denunzieren.

3. Nachdem wir die drei Genossen, die uns in der Neunerkommission vertreten sollen, bestimmt haben, diesen Genossen den Auftrag zu geben, einen oppositionellen Kampf in der Kommission zu beginnen. In der Genueser Frage, wie auch in der Frage der Profintern und Amsterdam soll eine Kampagne von offenen Briefen eröffnet werden. Radek und unsere Genossen müssen wenigstens wöchentlich ein paar offene Briefe an die übrigen Mitglieder der Neunerkommission schicken. Wenn sie diese ablehnen, sofort Mitteilung in die Presse, wenn sie diese annehmen, ebenfalls sofort Mitteilung in die Presse. Was das weitere Verbleiben der Genossen in Berlin anbetrifft, ist man der Meinung, daß Genosse Radek weiter dort bleibe und Genosse Bucharin sofort hierher kommen möge.

In der Diskussion bemerkt *Bell*, daß er ganz und gar nicht entzückt über den Erfolg der Konferenz ist. In den wichtigsten Fragen: Imperialismus, Versailler Frieden, Sowjetrußland, hatten wir keinen Erfolg, und in der Frage der Sozialrevolutionäre hätten wir eine solche Konzession nicht machen sollen. Was Mac Donald und die Engländer anbetrifft, war eben Mac Donald und seine Genossen die, die während des Krieges ruhig zusahen, wie der englische Imperialismus Hunderte einkerkerte und erschießen ließ, bis sie jetzt plötzlich ihr gutes Herz für die Sozialrevolutionäre entdeckt haben. Für die Haltung dieser Herren ist die Meinung des Genossen Lenin, daß sie bessere Diplomaten waren, keine genügende Erklärung. Daß die Labour-Party und die deutschen Sozialdemokraten in dieser Weise auftreten konnten, war ein Zeichen ihrer Stärke, mit der wir rechnen müssen. Daß wir in der Frage der Sozialrevolutionäre eine solche Konzession machen mußten, wird sich in der Haltung der Labour-Party, in der Frage der Aufnahme der K. P. Englands widerspiegeln. Wir müssen aus dieser Erfahrung heraus unsere Anstrengungen auf der ganzen Linie verdoppeln.

Eberlein ist der Ansicht, daß, wenn wir uns auch bereit erklärten, Konzessionen auf der Konferenz zu machen, wir es nur taten, um die Einheitsfront zu erreichen. Wir müssen aber jetzt sagen: Bildet Euch nicht ein, daß wir zu weiteren Konzessionen bereit sind.

Sinowjew schlägt die vom Präsidium angenommene Formel der Ratifizierung vor, was auch einstimmig angenommen wird. Ebenso einstimmig wird der vom Präsidium vorgeschlagene Bestand in der Neunerkommission gewählt.

Der Aufruf wird nach einer Diskussion, an der *Kreibich*, *Kuusinen*, *Brandler* und *Ambrogi* teilnahmen, in dem Originalentwurf angenommen.

Sinowjew teilt noch mit, daß unserer Delegation die Weisung erteilt wurde, die Frage der Verhandlungen der Profintern mit den Amsterdamern in den Vordergrund zu stellen.

Bericht über Genua:

Dies, sowie ein Bericht über die Genueser Konferenz wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Agrar-Kommission:

Über die Tätigkeit der Agrarkommission berichtet *Kreibich.* Es ist eine Konferenz zur Agrarfrage geplant. Zur Vorbereitung derselben wurden Enqueten ausgearbeitet, Fragebogen verschickt. Es ist notwendig, daß die Genossen aus der Exekutive einen Druck auf ihre Parteien ausüben, damit diese Fragebogen und Enqueten aufs sorgfältigste ausgefüllt, baldigst der Kommission zugestellt werden. Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Vertreter der R. K. P. in der Komintern.

Kuusinen teilt mit, daß das Z. K. zu Vertretern der R. K. P. in die Exekutive die Genossen Sinowjew, Bucharin, Radek, Lenin und Trotzki gewählt hat.

Maifeier in Sowjetrußland.

Sinowjew informiert über die Maifeier, die im Zeitabschnitt der Einheitsfront im Rahmen großer Demonstrationen in allen Städten Sowjetrußlands mit möglichst großer Anteilnahme der Mitglieder der Exekutive abgehalten wird.

Schluß der Sitzung.

An die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt!

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale hat die Resultate der Berliner Konferenz der drei Internationalen aufmerksam geprüft und hat einstimmig die in Berlin stattgefundene Verständigung ratifiziert. Die Exekutive fordert jetzt von der 2. und 2½. Internationale eine ebenso offene, klare und formelle Bestätigung der in Berlin zustande gekommenen Beschlüsse. Wir sagen Euch aber mit voller Offenheit: Die erst im Entstehen begriffene Einheitsfront befindet sich in großer Gefahr. Die Führer der 2. Internationale wollen sie im Keime ersticken und werden kein Mittel unversucht lassen, um dieses ihr Ziel zu erreichen. Der Verlauf der Berliner Konferenz der drei Internationalen hat das mit voller Klarheit bewiesen.

Die Führer der 2. Internationale haben in Berlin abgelehnt, auf die sofortige Einberufung eines Weltkongresses der gesamten Arbeiterschaft einzugehen. Sie hatten den traurigen Mut, die Parole der Revision des räuberischen Versailler Vertrages, der wie ein Alp auf der Arbeiterschaft der ganzen Welt lastet, abzulehnen. In dem Moment, wo die bürgerlichen Gewalthaber der ganzen Welt sich in Genua versammelt haben, mit dem Hauptziel, die Kosten des ersten imperialistischen Krieges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, in diesem Moment haben die Führer der 2. Internationale unseren Antrag abgelehnt, der dahin zielte, die Vertreter der Arbeiterschaft der ganzen Welt zusammenzuführen, um den Willen der Proletarier aller Länder zum Ausdruck zu bringen.

Was wünscht die Bourgeoisie im gegebenen Moment? Daß die Arbeiterschaft taub und stumm bleibt, bis die imperialistischen Gewalthaber in Genua ihr dunkles Werk vollbracht haben. Was haben, objektiv genommen, die Führer der 2. Internationale in Berlin durchgesetzt? Das, was diese bürgerlichen Gewalthaber wünschen und brauchen. Und die Führer der 2½. Internationale haben im Grunde diese bedauerliche Taktik mitgemacht.

Und dennoch sind wir voll Hoffnung, daß die Einheitsfront der Proletarier der ganzen Welt sich ihren Weg bahnen wird.

Was ist die Einheitsfront, was soll sie werden? Die Einheitsfront will nicht und soll nicht einfach eine Verbrüderung der Parteiführer sein. Die Einheitsfront wird nicht in Konventikeln mit denjenigen Sozialisten, die noch vor kurzer Zeit bürgerliche Minister waren, geschaffen werden. Die Einheitsfront bedeutet: Vereinigung aller Arbeiter, ob Kommunist, ob Anarchist, ob Sozialdemokrat, Unabhängiger oder Parteiloser oder sogar christlicher Arbeiter, gegen die Bourgeoisie, m i t den Führern, wenn diese das wünschen, o h n e die Führer, wenn sie indifferent beiseite stehen, t r o t z der Führer und g e g e n die Führer, wenn sie die Einheitsfront der Arbeiter sabotieren.

Und diese wirkliche Einheitsfront des gemeinsamen Kampfes ist unvermeidlich. Sie muß kommen, wenn die Arbeiterschaft ihre ureigensten und elementarsten Interessen gegen die Offensive des Kapitals verteidigen will.

Seht die Lage in der ganzen Welt an: Die Bourgeoisie hat die Arbeiterschaft am Kragen gepackt, sie hat ihre Hand an der Gurgel der Proletarier, sie wünscht, sie auf die Knie zu zwingen. Seht die großen Streiks und Aussperrungen, in denen im letzten Jahre in Amerika wie in England, in Deutschland wie in Italien, in Norwegen wie in Spanien, kurz in der ganzen Welt diese Kämpfe gipfeln. Die Arbeiterklasse befand sich im letzten Jahre auf dem Rückzuge, in der Defensive. Aber jetzt gibt es kein weiteres Zurück. Sollen wir Euch noch Beispiele anführen, sollen wir Euch daran erinnern, wie die englischen Kapitalisten die Grubenarbeiter und die Metallarbeiter, wie der freie deutsche Staat die Eisenbahner, wie die tschechoslovakischen bürgerlichen Magnaten fast sämtliche Gruppen der Arbeiterschaft des Landes oder wie die Bourgeoisie aller Länder „ihre" Arbeiter in den letzten Monaten behandelt? Das ist Euch allen nur zu bekannt. Den Widerstand gegen diesen Raubzug der Bourgeoisie zu organisieren, ist eine Lebensfrage für alle Proletarier, Kommunisten, Sozialisten und Parteilose.

Und da erklärt die Kommunistische Internationale: Wir sind bereit, alles zu tun, um diesen Widerstand der Arbeiterklasse der ganzen Welt gegen die Bourgeoisie zu organisieren. Wir sind bereit, sogar mit denjenigen Führern der 2. und 2½. Internationale zu verhandeln, die während des ganzen imperialistischen Krieges von 1914 bis 1918 eigentlich auf der Seite der Bourgeoisie gestanden haben. Wir sind bereit, alle Opfer zu bringen, um die Bildung dieser wirklichen Einheitsfront der kämpfenden Proletarier zu erleichtern.

Die Kommunistische Internationale erklärt: Ob die Bildung der wirklichen Einheitsfront beschleunigt wird, das hängt nur von Euch ab. Fordert in allen Versammlungen, in jeder Werkstatt, in jeder gewerkschaftlichen Delegiertenversammlung, in jeder Fabrik und in jeder Grube, überall und überall die Einheitsfront, unterstützt durch spezielle Resolutionen und Demonstrationen die Forderung der sofortigen Einberufung eines Weltkongresses von Vertretern aller Arbeiterorganisationen, politischer wie gewerkschaftlicher, ohne jeden Unterschied der Richtungen. Wir wenden uns besonders an die parteilosen Arbeiter und an diejenigen Proletarier, die bisher noch die 2. und

2½. Internationale unterstützen. Wir erklären Euch: Ihr seid noch keine Kommunisten, manche von Euch sind gegen den Kommunismus noch direkt feindlich gesinnt. Die Zeit wird kommen, wo Ihr die Richtigkeit der kommunistischen Auffassung erkennen werdet. Wir werden mit Geduld diesen Zeitpunkt abwarten, der der Anfang der wirklichen Befreiung der ganzen Arbeiterklasse sein wird. Aber schon jetzt reichen wir Euch brüderlich die Hand und fordern Euch auf: Trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten kommt mit uns zusammen, organisiert gemeinsam mit uns die Einheitsfront gegen die Kapitalisten. Um ein Stück Brot, gegen die Herabdrückung des Arbeitslohnes, um Hilfe für die Arbeitslosen wollen und sollen wir zusammen kämpfen trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten. In diesem Kampfe müssen wir zusammen durchhalten. Entweder Einheitsfront aller Proletarier der ganzen Welt oder Hungertod und Degradierung der Arbeiterklasse. So steht das Problem.

Fordert von den Gewerkschaftsführern und von den politischen Führern der 2. und 2½. Internationale eine klare unzweideutige Antwort auf die Frage: Zusammen mit den Arbeitern, die für den Kommunismus sind, gegen die Bourgeoisie, oder mit der Bourgeoisie gegen den Kommunismus und damit für die Reduzierung des Arbeitslohnes, für die Vergrößerung des Heeres der Arbeitslosen, für Elend und Tod in der Arbeiterfamilie?

Bildet die Einheitsfront auch lokal aus, wartet nicht auf die Erlaubnis der Führer der 2. Internationale, die zu lange in geistiger Gemeinschaft mit der bürgerlichen Welt standen, als daß sie sich jetzt schnell von dieser Gemeinschaft lösen können. In jeder Fabrik, in jeder Grube, in jeder Stadt, in jedem Bezirk sollen sich die kommunistischen Arbeiter mit den sozialistischen und parteilosen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie rüsten. Die Kommunistische Partei bleibt eine selbständige Partei, sie ist überzeugt, daß in kurzer Zeit alle ehrlichen Proletarier in ihre Reihen kommen werden, aber die Kommunistische Partei ist überall bereit, mit jedem Arbeiter Schulter an Schulter gegen die Kapitalisten zu kämpfen.

Noch einmal: Fordert die sofortige Einberufung eines Weltkongresses der Arbeiterklasse. Das ist der nächste Schritt auf dem Wege zur wirklichen Einheitsfront aller Proletarier. Die Kommunistische Internationale erklärt auch feierlich, daß sie alles zurückstellen wird, was die wirkliche Einheit aller Proletarier beeinträchtigen kann. Es lebe der gemeinsame Kampf gegen die Offensive des Kapitals! Diese Parole muß jetzt die Parole von Millionen und Abermillionen der Arbeiter der ganzen Welt werden.

Wir wenden uns an die gesamte Presse der 2. und 2½. Internationale ebenso wie an die der Anarchisten, Syndikalisten, Parteilosen usw. mit der Aufforderung, diese unsere Erklärung vollständig abzudrucken, und sind bereit, die entsprechenden Erklärungen der genannten Organisationen auch in unserer Presse vollständig abdrucken zu lassen. Die Zeit ist gekommen, wo offen gesagt werden muß, wer für, wer gegen die Einheitsfront der Proletarier ist.

Executiv-Komitee der Kommunistischen Internationale.

Aus dem Protokoll des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 5. Mai 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Kuusinen, Ambrogi, Kreibich, Bucharin, Kon, Sellier, Souvarine, Losowski, Rakosi, Brandler, Kobecki, Eberlein, Piatnitzki, Leiciague* und *Doriot.*

1. Ermordung des Genossen Kingissep.

Die Genossen Kuusinen, Kreibich und Kon werden beauftragt, auf Grund des zu verschaffenden Materials einen Aufruf diesbezüglich zu erlassen, ihn per Radio wegzusenden und denselben auch in der russsischen Presse zu veröffentlichen. Auszuführen in einem Tag.

2. Französische Frage.

Die französische Frage wird erst nach dem Referat der Genossin Leiciague behandelt. Es wird ihr und den beiden anderen Vertretern der französischen Partei vorgeschlagen, bis dahin das entsprechende Material zu sammeln und es nach Möglichkeit den Mitgliedern der Exekutive zuzustellen.

3. Berliner Beratung.

Nach dem Bericht des Genossen Bucharin ist es notwendig, aus Berlin sofort die Protokolle unserer Delegation hierher senden zu lassen.

4. Der Prozeß der S. R.

Die Frage wird bis zum Eintreffen der Beschlüsse des Z. K. R. K. P. in dieser Angelegenheit verschoben.

5. Sekretär des E. K. K. I.

Genosse Kon wird zum Sekretär ernannt.

Aus dem Protokoll des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. Mai 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Bucharin, Kuusinen, Kreibich, Eberlein, Doriot, Leiciague, Rakosi, Souvarine, Brandler, Ambrogi, Sellier, Losowski, Ancelowitsch* und *Kon.*

1. Prozeß der S. R.

Das Präsidium des E. K. K. I. spricht sich dafür aus, daß die im Telegramm des Genossen Radek angeführten 10 Personen als Verteidiger zum Sozialrevolutionärenprozeß zugelassen werden sollen. Die Genossen Souvarine und Kreibich bitten, im Protokoll anzuführen, daß sie gegen die Zulassung der drei russischen Verteidiger gestimmt haben.

2. Reise der Exekutivmitglieder nach Donbassin und ins Wolgagebiet.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz der Komintern werden die Mitglieder der Exekutive gebeten, nicht zu reisen.

3. Ergänzung der Budget-Kommission.

Die Budgetkommission wird durch die Genossen Leiciague und Kon ergänzt.

4. Hungerhilfe für die Ukraine.

Die Genossen Kuusinen, Jansen und Doriot sollen mit dem Zentralkomitee der Hungerhilfe diesbezügliche Besprechungen führen, deren Resultat sie dem Präsidium unterbreiten.

5. Sitzung der Exekutive.

Die nächste Sitzung wird auf den 8. Mai, 6 Uhr abends, einberufen.

Außerdem wurden einige Fragen der irischen, italienischen und ungarischen Partei behandelt.

Aus dem Protokoll der Exekutive der K. I. vom 8. Mai 1921.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Kreibich, Losowski, Nin, Sultan Sade, Prochniak, Eberlein, Bell, Schoenhaar, Kon, Sellier, Zchakaja, Ambrogi, Jansen, Rakosi, Katayama, Trotzki, Nikolini, Leiciague, Gonzales, Kobecki, Rubiner, Wilkinson, Kuusinen, Wallenius, Budich, Landler, Gylling, Souvarine, Doriot, Popow, Angaretis, Brandler, Heywood, Johnson, Safarow* und *Jordanow.*

1. Die Ermordung des Genossen Victor Kingissep.
2. Die französische Frage.

Die Ermordung des Genossen Kingissep:

Sinowjew berichtet in bewegten Worten über die Ermordung des Genossen Kingissep in Reval. Er war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estland, arbeitete seit 3½ Jahren illegal in Estland, wurde am 3. Mai verhaftet und fünf Stunden später durch ein Militärtribunal erschossen. Auf Intervention des Vertreters der Sowjet-Republik erhielt dieser zwar Zusicherung, daß ihm nichts geschehe. Das Versprechen des Außenministers Piep wurde aber nicht eingehalten. Gleichzeitig damit beginnt eine wüste Kommunistenverfolgung in Estland, die ihre Begründung darin findet, daß es unseren Genossen, trotz der ungeheuren Unterdrückung, gelungen ist, die Majorität der Arbeiter in Estland auf unsere Seite zu bringen. Es wurde ein kleiner Aufruf in dieser Frage erlassen und die Vertreter der einzelnen Parteien werden ersucht, zu veranlassen, daß ihre Parteien Protestkundgebungen veranstalten.

Französische Frage:

Leiciague, neuangekommene Vertreterin der K. P. Frankreich, berichtet über den Empfang, der von dem Zentralkomitee den Beschlüssen der erweiterten Exekutive bereitet wurde. Das Zentralkomitee gab dem Genossen Frossard, der laut Beschluß der Erweiterten Exekutive als Mitglied der Neunerkommission nach Berlin fuhr, ein Mandat mit, in dem es hieß:

„Das Zentralkomitee billigt die oppositionelle Haltung seiner Delegation in der Frage der Einheitsfront . . . Nach Anhören des Berichtes über die Verhandlungen der Exekutive über diese Frage verharrt das Zentralkomitee auf seinem früheren Standpunkte . . . Das Zentral-

komitee beugt sich aber dem Beschluß der Exekutive und erklärt sich aus Gründen der Disziplin bereit, zu der projektierten gemeinsamen Konferenz seinen Vertreter zu entsenden . . . Hält es aber für notwendig, zu betonen, daß die Entsendung Frossards in keiner Weise als eine Absage von der Opposition des Zentralkomitees gegen die Taktik der Einheitsfront aufzufassen wäre."

Es ist klar, daß diese Resolution etwas widerspruchsvoll erscheint und, mit einem solchen Mandat bewaffnet, konnte Frossard nur eine passive Haltung einnehmen. Nach der Berliner Konferenz kehrte Frossard nach Paris zurück und die Zentrale rief den Nationalrat zusammen, der sich über die Beschlüsse der Berliner Konferenz aussprechen sollte.

Auf diesem Nationalrat war Frossard der Meinung, daß die Einheit der Aktion in Frankreich in fataler Weise zur Einheit der Organisation führen müsse. Der Nationalrat hat beschlossen, die für den 20. April projektierte Demonstration auf den 1. Mai zu verschieben, da dieser Tag dem verfolgten Zwecke besser entspreche und die Demonstration mit der Aktion der einheitlichen Gewerkschaften (C. G. T. U.) zusammenfallen würde. Es herrschte die Ansicht vor, daß eine gemeinsame Aktion mit den abgespalteten Sozialdemokraten oder mit den reformistischen Gewerkschaften nicht möglich sei.

In dem Nationalrat waren zwei Tendenzen bezüglich der Einheitsfront. Die eine davon ist der Einheitsfront absolut feindlich und wird von Renaud Jean, Ernst Lafond, Méric und anderen vertreten. Die andere wird von Frossard, Kerr, Cachin etc. vertreten, die die Einheitsfront im Prinzip annehmen, dabei aber die weiteste Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse verlangen.

Trotz der scheinbaren Konfusion kann man sagen, daß die Behandlung der Frage in eine neue Etappe übergegangen ist. Von der anfänglichen Überraschung ist man zum Nachdenken und Studium der Frage der Einheitsfront gekommen. Als eine vermittlende Tendenz kann man die Auffassung der Nordföderation betrachten, die für die Einheitsfront ist, die aber der Meinung ist, daß die Frage schlecht gestellt und schlecht verstanden worden sei. Der Nationalrat hat schließlich beschlossen, die Frage der Einheitsfront zwecks endgültiger Entscheidung dem 4. Weltkongreß zu unterbreiten.

Zum Verständnis dieser Resolutionen muß man wissen, daß die Frage immer unter Bedingungen behandelt wurde, die nie eine tiefgehende Diskussion über dieses Problem zuließen. So war es auf dem Kongreß von Marseille, wo die Frage plötzlich und ohne Vorbereitung gestellt wurde; so war es auf der Konferenz der Föderationssekretäre, wo viele erklärten, daß sie kein Votum abgeben können, da sie die Frage noch nicht diskutierten. Ebenso fand der Nationalrat statt, ohne vorhergehende tiefere Diskussionen.

Was jetzt nottut, ist eine entsprechende Behandlung dieser Frage, und man muß diesbezüglich einen kleinen Fortschritt konstatieren. Statt der Ablehnung ist man dazu gekommen, daß man die Frage diskutiert und die Resolution der Majorität drückt diesen Wunsch aus.

Die Zeit, die jetzt zur Verfügung steht, muß dazu verwendet werden, daß alle notwendigen Erklärungen, die zur richtigen Auffassung der Frage beitragen können, gegeben werden sollen. Es wäre von großem Nutzen, wenn man die Natur der parlamentarischen Zusammenarbeit, die in gewissen Ländern geübt wird, mehr beleuchtet und erklärt, da sie in Frankreich große Verwirrung erzeugt und viele in ihr die Rückkehr zum Reformismus erblicken. Dasselbe betrifft auch die Tagesforderungen.

Was die Wiedereinsetzung der vier Mitglieder der Zentrale, die in Marseille abgedankt haben, anbetrifft, war dagegen eine ziemliche Opposition,

die sich daraus erklären läßt, daß viele in diesem Beschluß der Exekutive eine Verletzung der Parteistatuten gesehen haben. Die Krise wird durch die Wiedereinsetzung der Genossen sehr gemildert.

Souvarine, der andere Vertreter der K. P. Frankreichs, teilt nicht den Optimismus der Genossin Leiciague. Er findet, daß die Opposition der Einheitsfront gegenüber weiterbesteht. Ja, sie ist seit der erweiterten Exekutive womöglich noch stärker geworden. Er führt Beispiele an, die dies beweisen. Der Beschluß über die Disziplin besagt in dieser Frage wenig. Die Taktik der Einheitsfront läßt sich mit Widerwillen nicht anwenden und erst recht nicht so, wie man es in Frankreich macht, indem man sie unter Betonung der Disziplin bekämpft. Dabei beweist die Stellungnahme der Nordföderation, wo die Massen trotz dem Einfluß der Führer die richtige Orientierung fanden, die Berechtigung der Taktik der Einheitsfront in Frankreich. Der Beschluß zur Appellation zum 4. Kongreß bedeutet eine ständige Opposition gegen die allgemeine Taktik der Kommunistischen Internationale. Was das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften anbetrifft, ist charakteristisch der Fall mit den einheitlichen Gewerkschaften (C. G. T. U.), deren Vorstand mit merklicher Spitze gegen Sowjet-Rußland eine Resolution gegen „sämtliche Regierungen" gefaßt hat. Auf diese Demonstration gegen Sowjet-Rußland, welche sich die reformistischen Gewerkschaften nie zu erlauben wagten, antwortete nicht die offizielle Partei, sondern ein syndikalistischer Genosse (Monatte), dem die Partei die Verteidigung der kommunistischen Anschauungen überließ. Die Partei legte sich in allen diesen Fragen die größte Reserve auf und die „Humanité" veröffentlichte die Erklärung der C. G. T. U., in der ein Redakteur der „Humanité" angegriffen wurde, weil er zu der oben erwähnten Resolution einige Kommentare hinzufügte. Die C. G. T. U. wird Ende Juni ihren konstituierenden Kongreß haben. Die Anarchisten haben schon eine große Kampagne eingeleitet, damit sie dort die Führung erobern. Von der Tätigkeit unserer Partei ist diesbezüglich noch nichts zu vermerken.

Was die Wiedereinsetzung der vier abgedankten Mitglieder der Zentrale betrifft, war unsere Ansicht, daß wir mit der Einsetzung dieser Genossen gleichzeitig Fabre aus der Partei jagen und seine Mitarbeiter zur Ordnung rufen. Dies war unsere Einstellung. Demgegenüber hat man im Nationalrat die Frage so gestellt, als ob die Wiedereinsetzung der vier Genossen eine Art Strafe für sie wäre.

Was die Ausschließung Fabres anbetrifft, ist er der Ansicht, daß die Massen es nicht verstehen werden, warum nur Fabre ausgeschlossen wird, wo doch andere, wie Verfeuille, Meric, die dieselbe Politik treiben, weiter in der Partei verbleiben. Übrigens sind seit diesen Beschlüssen zwei Monate vergangen und in dieser Frage ist noch nichts geschehen.

Es ist eine falsche Einstellung, wenn man behauptet, daß die jetzige Krise eine Folge der Einheitsfront, und daß sie die Ursache der Stockung des Eintrittes neuer Mitglieder ist. Frossard hat bereits Anfang September vorigen Jahres in einem Artikel, betitelt „Die Stunde der Schwierigkeiten", auf die Krise hingewiesen. Die französische Partei macht eine moralische, intellektuelle Krise durch und die materielle Krise geht nur aus der moralischen hervor. Zur Gesundung der Lage soll die Exekutive mit der größten Klarheit einen Kommentar der Politik der französischen Partei verfassen und diesen der Beurteilung sämtlicher Parteimitglieder unterbreiten.

Trotzki war während des 3. Kongresses etwas optimistisch. Nach der erweiterten Exekutive war er weniger Optimist, und angesichts der Lage, wie sie Genossin Leiciague geschildert hat, ist er etwas pessimistisch geworden. Zu der Frage der Einheitsfront sieht man die Stellungnahme von drei Gruppen

innerhalb der Partei. Die opportunistischen Elemente, die ganz rechts stehen, gebärden sich äußerst revolutionär und lehnen die Einheitsfront ab. Die Elemente wie Loriot, Treint, Souvarine, Dunois, verteidigen sie und zwischen ihnen sind Elemente, die sich noch in dieser Frage nicht klar ausgesprochen haben und in einer abwartenden Stellung verharren. Trotz der Disziplin, die die Partei in dieser Frage versprochen hat, sehen wir in der „Humanité" lauter Leitartikel, die gegen die Einheitsfront eingestellt sind und die die Taktik der Kommunistischen Internationale und der ihr angehörenden Parteien desavouieren. Für diese Parteien ist die Frage nicht mehr eine theoretische, sondern eine Frage der unmittelbaren Aktion. Es ist eine unhaltbare Lage, daß wir in dieser Aktion von der französischen Bruderpartei desavouiert werden. Vergrößert wird diese Verwirrung über die Einheitsfront mit der Auffassung, die Renaud Jean verfolgt, der an Stelle der Politik der Einheitsfront die Forderungen des „gesamten Proletariates", d. h. der Bauernschaft und der Arbeiterschaft, stellen will und einen ganz vulgären, verschwommenen Antimilitarismus treibt. Mit seiner Politik will er sich dem Gehirn des Bauern anpassen und entstellt zu diesem Zwecke die marxistische Lehre des Begriffes der Arbeiterklasse, des Proletariats.

Als Hauptargument gegen die Einheitsfront führt man an, daß wir durch sie die einheitlichen Gewerkschaften verlieren werden. Wir haben sie bereits durch die verschwommene Taktik, durch die Taktik des Kleinmutes, der Halbheiten und der Abwartung, die die Partei den Anarchisten gegenüber trieb, verloren. Eine solche Taktik kann nie und nimmer zum Siege führen. Die Partei ebnete durch ihr Verhalten den Weg zum Konfusionismus. Durch das Abwarten entstand in den Köpfen der Arbeiter eine Leere, die mit Naturnotwendigkeit durch die Dummheiten der Anarchisten ausgefüllt werden mußte.

Man sprach auch von einer verfrühten Aktion. Was bedeutet das? Man sagt uns: Wir haben da und da Arbeiter, die die neue Taktik noch nicht begriffen haben. Das ist ganz natürlich, man muß ihnen eben die Sache erklären. Aber wenn sie statt dessen von organisatorischer Verbindung mit den Reformisten sprechen, erscheint ihnen eine solche Aktion nicht nur verfrüht, sondern unverständlich.

Was die Wiedereinsetzung der vier anbetrifft, wurde sie in einer so verschwommenen Form durchgeführt, daß die Arbeiter nicht den richtigen Sinn erfassen können. Was die Ausschließung Fabres anbetrifft, bringt die „Humanité" einen etwas veränderten Text, in dem statt „Ausschließung" steht: „Fabre und seine Zeitung werden außerhalb der Parteikontrolle gestellt." Statt zu sagen, daß wir ihn wegjagen wie einen Hund, weil wir mit diesem Agenten der Bourgeoisie, der mit seiner Zeitung nur Verwirrung und Korruption in die Reihen der Partei hineinträgt, weil wir mit diesem Papierhändler, dessen Papier aber durch vergiftete Artikel verdorben ist, nichts zu tun haben wollen. Man hat es aber unterlassen, der Masse zu erklären, worin der Fall Fabre besteht, und man liest darüber in der „Humanité" keine Zeile.

Was die C. G. T. U. anbetrifft, werden wir sie nicht verlieren. Nein, es handelt sich vielmehr darum, sie wiederzugewinnen, weil sie für uns vollständig verloren ist. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir nicht nur Fabre, sondern Leute wie Quinton, Vertier und Farguet, die in den Gewerkschaften hervorragende Rollen spielen und dort, trotzdem daß sie Mitglieder unserer Partei sind, eine Politik treiben, die ganz gegen uns gerichtet ist, entfernen. Sie müssen davongejagt werden, denn sie sind Feinde in unserer Zitadelle. Zur Verhandlung schlägt er vor:

1. Von der französischen Partei nicht nur in Worten, sondern in Taten Disziplin zu fordern.
2. Eine autentische Interpretation der Beschlüsse und der von der französischen Partei übernommenen Verpflichtung in der „Humanité".
3. Die Ausschließung Fabres und derjenigen, die ihre feindlichen Angriffe auf die Grundsätze der Kommunistischen Internationale fortsetzen.

Kreibich zeigt die internationalen Folgen der Politik der französischen Bruderpartei. Sie unterließen in Frankreich, dessen Regierung auf der Konferenz in Genua und im Kampfe gegen Sowjet-Rußland die reaktionärste imperialistischste Rolle spielt, die Demonstration am 20. April für Sowjet-Rußland, statt stärker als in anderen Ländern zu protestieren. Als Vertreter der tschechoslowakischen Partei fragt er, welchen Eindruck macht es, wenn die Aktion gegen den Imperialismus bei den Vasallen der Entente kräftiger ist als in ihren Hauptländern, wenn sie stärker ist gegen den Lakaien Poincarés als gegen den Chef selbst. Die französische Partei stand, trotz ihrer Furcht vor den Reformisten, in dieser Frage in Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, schwächte unsere internationale Aktion und lieferte unseren Feinden aus der 2½. Internationale Material gegen uns, das sie auch reichlich ausgenutzt haben.

Die Konsequenz der Politik unserer französischen Bruderpartei war die Desorganisation unserer Aktion. Es kann daher uns und unseren Parteien in den anderen Ländern eine formale Disziplin nicht mehr genügen.

Losowski sieht in der Resolution des Nationalrates die ganze Krise ausgedrückt und weist darauf hin, daß die Resolution die ministerielle Beteiligung (participation ministerielle) als Folge der Einheitsfront betrachtet. In Frankreich bedeutet aber Ministerialismus Millerandismus. Hat etwas ähnliches die Kommunistische Internationale propagiert? Nie. Es ist eine vollkommen unzulässige Demagogie, die Taktik der Einheitsfront als Ministerialismus hinzustellen, und man versteht einen jeden französischen Arbeiter, der nach einer solchen Auslegung gegen die Einheitsfront ist.

Dann die Disziplin. Genossin Leiciague sagte, man unterwirft sich, aber man läßt die Frage offen. Das ist ganz unbegreiflich, entweder man unterwirft sich, dann läßt man die Frage nicht offen, oder man läßt die Frage offen, und dann unterwirft man sich nicht. Die ganze Resolution beweist, daß die Genossen die Taktik der Einheitsfront noch nicht begriffen haben.

In der Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften betont er, daß wir die C. G. T. U. nicht verlieren können, da wir sie nie besessen haben, und wir werden sie nie besitzen, wenn die Kommunisten nicht als Kommunisten handeln. Wenn die Partei nicht von ihren Mitgliedern in den Gewerkschaften verlangt, dort kommunistische Arbeit zu leisten. Zur Illustration der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zitiert er Artikel von Quinton und anderen, die trotzdem, daß sie Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, in einer durchaus anarchistischen oder föderalistisch-syndikalistischen Weise schreiben.

Wenn es so weitergeht, wird nicht die Kommunistische Partei die anderen Arbeiterorganisationen beherrschen, sondern die Anarchisten werden die Kommunistische Partei beherrschen und zersetzen.

Die Partei leidet an einer Krise, die zwei Seiten hat. Es ist eine Krise des Opportunismus, geführt von dem rechten Flügel, der jetzt die Rolle der Linken spielt. Es gibt aber auch eine Krise, die darin besteht, daß die Anarchisten immer größeren Einfluß auf die Partei gewinnen. Wenn das so

weitergeht, wird die Partei nicht nur einige zehntausend Mitglieder verlieren, sondern sie wird zu einer parlamentarischen Wahlpartei. Er stimmt den Vorschlägen Trotzkis zu und erwartet von ihnen eine Besserung der Lage.

Sinowjew: Wenn Genossen wie Renoult, Lafond und andere die französische Arbeiterklasse vor „Opportunismus" der Kommunistischen Internationale retten wollen, so erinnert uns das lebhaft an die Kampagne, die Serrati am Anfang seines Verrates geführt hat. Auch er fing damit an, die Arbeiter vor dem „Opportunismus" der Komintern zu retten, und ist im Lager Turratis gelandet. Man kann ruhig sagen, daß Renoult, Lafond viel eher auf einen Ministerialismus hereinfallen würden als die Kommunistische Internationale. Was wir in Frankreich jetzt beobachten, ist eine Schwankung zwischen vulgärstem Pazifismus und vulgärstem Anarchismus. Wir wissen aus der Praxis verschiedener Parteien, daß sich dies ganz gut paaren kann. Eine Anzahl rechtsstehender Genossen, die sich äußerst links und revolutionär gebärden, scheinen ganz bewußt die Taktik der Kommunistischen Internationale zu sabotieren. Sie erklären, sich dem Willen der 3. Internationale zu beugen und tun das Gegenteil. Wenn es so weitergeht, diskreditieren sie die Kommunistische Internationale, und das erste, was wir fordern müssen, ist, daß die Zeitungen, die in Frankreich im Namen der Kommunistischen Internationale erscheinen, die Beschlüsse der Internationale auch richtig auslegen. Wir müssen diesbezüglich Garantien haben.

In der Frage der Einheitsfront hat Trotzki recht, wenn er sagt, daß wir uns nicht mehr in einer Diskussion, sondern bereits in einer A k t i o n befinden. Die von uns verlangte Aktion am 20. April wurde nicht nur von unseren Feinden sabotiert, sondern auch von unserer französischen Bruderpartei abgelehnt, die so Wasser auf die Mühle der Scheidemänner lieferte. Dasselbe wiederholte sich in der Frage der Neunerkommission. Die 2. und 2½. Internationale sabotiert sie, und was macht die französische Partei? Sie verlangt, daß Frossard aus der Kommission abberufen wird. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Kommunistischen Internationale haben wir einen so krassen Disziplinbruch.

Wenn wir so was dulden, so ist die Kommunistische Internationale verloren, und ich glaube, es ist besser, einen Teil einer Sektion zu verlieren, wenn es unumgänglich ist, als die ganze Kommunistische Internationale degradieren zu lassen. Sie können in der „Internationale", die von Renoult redigiert wird, Artikel lesen, in denen über die Kommunistische Internationale in einem Ton gesprochen wird, wie ihn Herr Serrati niemals gewagt hat anzuwenden.

Was das Verhältnis zwischen der C. G. T. U. und der Partei anbetrifft, ist bezeichnend die Stellungnahme für die Demonstrationen am 1. Mai. Die C. G. T. U. befindet sich jetzt in den Händen von Anarchisten schlechtesten Schlages, und unsere Partei, die die Einheitsfronttaktik ablehnte, hat beschlossen, sich bei der Demonstration am 1. Mai der Initiative der C. G. T. U. anzuschließen.

Die Konfiguration ist ganz klar. Die opportunistischen Elemente wollen jetzt als linke Löwen brüllen und wollen die französische Arbeiterschaft vor dem „Opportunismus der Einheitsfront" retten. Diese Mechanik ist uns gut bekannt. Die Löwenhaut wird nach zwei Monaten von ihnen abfallen und sie werden vor der Arbeiterklasse als das dastehen, was sie sind: als Gegner des revolutionären Kommunismus. Ich schlage vor, auf Grund des § 9 unseres Statutes einen dieser Herren, Fabre, auszuschließen und seinen Ausschluß radiotelegraphisch bekanntzugeben. Wir sollen ebenso verfahren wie beim Fall Levi, und darauf bestehen, daß ein jeder, der sich mit ihm solidarisiert,

ebenfalls ausgeschlossen wird. Wir müssen Garantien haben, daß die „Humanité" und „Internationale" wirklich die Linie der Komintern durchführen. Wir müssen außerdem einen Brief an die Partei schicken, in dem wir unsere ganze Kritik in dieser Sache festlegen.

Wir werden bei der Einheitsfront viel gewinnen, aber nur unter einer Bedingung, daß die kommunistische Disziplin bewahrt wird. Wenn aber einerseits Lian in Norwegen und andererseits Renoult und Lafond in Frankreich die kommunistische Disziplin verletzen, dann ist die Kommunistische Internationale gefährdet.

Die Sitzung wird auf den nächsten Tag vertagt.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 9. Mai 1922.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Sellier, Wallenius, Ambrogi, Doriot, Katayama, Brandler, Budich, Kramarow, Leiciague, Zchakaja, Losowski, Nin, Wilkinson, Sultan Sade, Souvarine, Nikolini, Kon, Kuusinen, Prochniak, Johnson, Bucharin, Popow, Bell, Rakosi, Kreibich, Eberlein, Angaretis, Jansen, Haywood, Jordanow.*

1. Fortsetzung der französischen Frage.
2. Der Fall Lian.

Französische Frage.

Ambrogi, Vertreter der Kommunistischen Partei Italiens, sieht den charakteristischen Zug der Krise in dem absoluten Mangel an Disziplin und führt den Fall des Genossen Toti an, der als Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs und Vertreter der einheitlichen Gewerkschaften (C. G. T. U.) auf dem Kongreß der Italienischen Syndikalisten alles Mögliche tat, um die Eroberung der syndikalistischen Gewerkschaftsvereinigungen Italiens durch die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale zu sabotieren. Er unterstützt den Vorschlag zur Ausschließung Fabres, ferner möchte er andere Genossen, die in den Gewerkschaften antikommunistische Arbeit leisten, ausschließen lassen, unter ihnen auch Toti. Er schlägt vor, eine Kommission nach Frankreich zu senden, die zusammen mit der Zentrale der Kommunistischen Partei dort im kommunistischen Sinne arbeiten soll.

Nin, Vertreter der spanischen Syndikalisten bei der Roten Gewerkschaftsinternationale, schildert die schwierige Lage, in der sich die Rote Gewerkschaftsinternationale befindet, und die dadurch entstand, daß die Kommunistische Partei Frankreichs gegen die Führer der französischen Syndikalisten keine energische Aktion unternahm. Durch die Untätigkeit der Partei wurden Genossen, die für die Rote Gewerkschaftsinternationale eintraten, systematisch aus den syndikalistischen Gewerkschaften verdrängt. Trotzdem daß es unter den französischen Syndikalisten viele Elemente gibt, die dem Kommunismus nahestehen und bereit sind, der Partei beizustehen, macht die Partei nichts, den Beitritt dieser Elemente zu erleichtern. Es kommen Fälle vor, daß französische Kommunisten uns bei der Arbeit nicht nur nicht behilflich sind, sondern uns Schwierigkeiten bereiten. Nur durch die Untätigkeit der Kommunistischen Partei ist es erklärlich, daß eine Gruppe

von Anarchisten, die eigentlich ohne jegliche Kraft sind, sich der Leitung der einheitlichen Gewerkschaften (C. G. T. U.) bemächtigen konnten. Der Fall Toti wurde bereits erwähnt. Aber es sind noch viele Fälle, die beweisen, wie das Verhalten der französischen Syndikalisten, die von der Kommunistischen Partei Frankreichs unterstützt werden, der Roten Gewerkschaftsinternationale große Schwierigkeiten bereitet. Alle revolutionären Syndikalisten, die sich mit Moskau vollständig identifizieren, befinden sich infolge der Verständnislosigkeit, die der syndikalistischen Organisation seitens mehrerer kommunistischer Parteien entgegengebracht wird, in schwerer Lage. Dieser Lage der Dinge muß durch strenge Anwendung der Disziplin ein Ende gemacht werden.

Sellier, Vertreter der K. P. Frankreichs, bittet die Exekutive um die größte Vorsicht bei der Feststellung der Maßnahmen, die getroffen werden müssen. Er möchte außerdem seine Partei gegen die über sie gefällten übertriebenen Urteile verteidigen. Er ist auch der Meinung, daß in der Frage der Gewerkschaften, in der Angelegenheit Fabres und in der Frage der Einheitsfront Änderungen durchzuführen sind, muß aber feststellen, daß seiner Partei gegenüber bei der Exekutive eine gewisse Geringschätzung vorhanden ist und man überträgt gewisse Irrtümer der Mitglieder auf die Gesamtheit der französischen Partei. Er bestreitet, daß die journalistischen Äußerungen gewisser Mitglieder der Partei es gestatten, eine Meinung über den Wert der Partei zu bilden.

Die Krise datiert seit der Demission der vier Genossen in Marseille, die wie eine der Partei erteilten Ohrfeige gewirkt hat und Umstände schuf, in denen die zur Untersuchung des Problemes der Einheitsfront nötige Ruhe fehlte.

Gewisse Sätze der Resolution des Nationalrates beweisen, daß sie bezüglich der Theorie der Einheitsfront ungeheure Irrtümer in den Geist der französischen Partei hineingetragen hat. Es ist offenkundig, daß Renoult, Meric, Lafond, sich irren und die Theorie der Einheitsfront der Kommunistischen Internationale in einer vollkommen irrtümlichen Weise auslegen. Den Grund findet er darin, daß die Frage auf dem Kongreß von Marseille in einer ganz unerwarteten Weise gestellt wurde, in einem Moment, wo die Partei dabei war, die abgespalteten Reformisten an der Kehle zu fassen. Es ist verständlich, daß, wenn bei dieser Situation plötzlich der Vorschlag der Einheitsfront kam, die überwiegende Mehrheit der Partei das Gesicht verzerrte, wo sie auf Befehl der Kommunistischen Internationale dieses unangenehme Medikament verschluckt hatte. Es ist aber nicht wahr, daß diese Grimasse schon eine antikommunistische Geste bedeutet.

Die Konferenz der Verbandssekretäre und später der französische Nationalrat hatten auch nicht die unerläßlichen materiellen Möglichkeiten gehabt, die neue Taktik zu verdauen. Da die Partei aus Gründen, die von ihr unabhängig sind, in einer Lage war, die ihr die Durchführung der Taktik der Einheitsfront sehr erschwerte, hat sie natürlich nach Hintertüren oder nach Gründen zu einer Fristverlängerung gesucht. So kam die Resolution zustande, die die endgültige Regelung der Frage dem 4. Kongreß zu überlassen wünscht.

Dazu kam noch, daß die ersten Anhänger und Fürsprecher der Einheitsfront eben diejenigen Genossen waren, die sich um die vier Demissionierten vereinigten und deren Unterstützung den Gedanken der Einheitsfront nicht sehr förderte. Man irrt sich aber, wenn man den Widerstand gewisser Genossen, wie Daniel Renoult, der Einheitsfront gegenüber als Geste der Rebellen gegen die Kommunistische Internationale deutet. Daniel Renoult

irrt sich wahrscheinlich. Er übertreibt. Aber mit ihm irrt sich die ganze Partei, welche noch physisch nicht die Zeit hatte, die Theorie der Einheitsfront zu begreifen und verdauen und in sich aufzunehmen.

Er schlägt vor, mit neuen oder ausführlicheren Gründen auf die Partei einzuwirken und man wird sehen, daß man sie sehr rasch überzeugen kann. Er schildert die Stellungnahme Frossards, Daniel Renoults und Jean Renauds und zeigt, daß ihr Widerstand nicht als eine der Internationale selbst entgegengesetzte Orientierung gedeutet werden darf.

Zur Gewerkschaftsfrage bemerkt er, daß über das Verhalten der Partei diesbezüglich viele Irrtümer und oberflächliche Behauptungen vorhanden sind und dadurch bereits eine Atmosphäre bei der Exekutive entstand, in der es sehr schwer ist, Gerechtigkeit für die Partei zu erlangen. Er stellt fest, daß in der Frage der Gewerkschaften die Zentralorgane der Partei nicht getan haben, was sie hätten tun sollen. Er war immer dafür, daß die Partei und ihre Presse aus der vollständigen Enthaltsamkeit, die sie auf gewerkschaftlichem Gebiete beobachtet haben, heraustreten.

Es gab 2 taktische Richtungen. Die eine bestand darin, in die Gewerkschaftsbewegung brutal und offen einzugreifen. Wir waren alle überzeugt, daß die Anwendung einer derartigen Taktik zunächst die gewerkschaftliche Einheit und gleichzeitig die kommunistische Partei zertrümmern würde. Was den Fall Monatte anbetrifft, schrieb er seinen Artikel im Auftrage der Partei. Was den Beschluß der C. G. T. U., der gegen Sowjet-Rußland ausgelegt werden konnte, anbelangt, hat die Partei ebenfalls entsprechend geantwortet. Beide Fälle sind nicht dazu geeignet, aus ihnen einen Grund zum Vorwurf gegen die „Humanité" oder gegen die Partei zu machen.

Man wirft auch der Partei vor, sie hätte geduldet, daß Genossen, die für die Rote Gewerkschaftsinternationale eintraten, aus der C. G. T. U. verdrängt wurden. Es handelt sich um die Genossen, die die Thesen, die die organische Verbindung der Roten Gewerkschaftsinternationale mit der Kommunistischen Internationale forderten, unterschrieben. Wir waren damals auf der Höhe des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften, aber die Lage war noch zu unreif, diese Thesen ins praktische Leben umzusetzen, und die Genossen, die sich dafür einsetzten, sind aus der Bewegung ausgeschieden.

Das in die veröffentlichten Thesen in naiver Weise aufgenommene Prinzip der organischen Verbindung errichtet in Frankreich einen Granitblock, an dem jedermann den Schädel zerschlagen wird, heiße er nun Quinton, Frossard, Sellier oder gar Kommunistische Partei.

Zur Frage der Ausschließung Fabres. Er begreift und teilt vollkommen die Ungeduld und den Zorn der Exekutive, findet dennoch das Eingreifen in der Weise, wie Sinowjew es vorschlägt, für frühreif, und bezeichnet die Ausschließung Fabres in dieser Weise als ein zweischneidiges Schwert, dessen eine Schneide das Opfer treffen würde, die andere aber die Kommunistische Partei schwer verletzen würde.

Er warnt im allgemeinen vor vorzeitigen Schritten und ist dafür, daß man, bevor man einen entscheidenden Schritt macht, die Partei noch einmal warnt, an die betreffenden Genossen schreibt oder sie hierher ruft. Man möge im Prinzip die schärfsten Maßnahmen beschließen, aber sie nicht anwenden, bevor die französische Sektion darüber benachrichtigt wird. Denn in dem Zustande der Geistesverwirrung, in dem sich die französische Organisation befindet, würden die Maßregeln nicht mit der notwendigen Ruhe aufgenommen werden. Er weist noch auf die politische Lage hin, auf die Genueser Konferenz, auf die Kriegsabsichten Poincarés und er findet es für

nicht opportun, in einer solchen Situation den Bruch mit der französischen Bruderpartei zu riskieren. Dies um so mehr, als eine Hoffnung besteht, daß man hier Beschlüsse fassen kann, die mit den Interessen der französischen Partei ebenso übereinstimmen, wie mit jenen der Kommunistischen Internationale.

Losowski macht einige Bemerkungen zur Rede Selliers. Es handelt sich darum, die Taktik der Kommunistischen Partei Frankreichs in die richtigen Bahnen zu lenken. Wenn man unterläßt, die Fragen anzuschneiden und sie in entschiedener Form aufzustellen, so werden die Krankheitserscheinungen aufeinander folgen und man wird nicht nur mit einer Krise der Leitung, sondern mit einer Krise der Organisation zu tun haben, und niemand wird in der Lage sein, die gesunden Elemente des französischen Kommunismus zu retten. Ebenso weil das leitende Komitee es unterläßt, die Aufmerksamkeit der Massen auf diese unumgänglichen Angelegenheiten zu lenken, muß die Exekutive die Frage in einer Form aufstellen, die die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse Frankreichs auf sie lenkt. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Internationale, als höchstes Organ des internationalen Kommunismus, der Arbeiterklasse ganz aufrichtig zu sagen, wie sie über das Verhalten der Partei denkt. Und wenn Mitglieder des Zentralrates behaupten, die Kommunistische Internationale beantragte die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, so müssen wir gegen diese unstatthafte Demagogie und ihre Führung einschreiten. Wenn wir das zulassen, würde es zur Zersetzung der Kommunistischen Internationale führen.

Genosse Sellier sagt, man müsse nicht so erregt sein. Aber wenn man sieht, daß es Kommunisten gibt, die die Entwicklung des Kommunismus in Frankreich behindern, so ist es angebracht, sich zu erregen. Was wir fordern, ist, daß die Kommunisten wie Kommunisten arbeiten.

Brandler: Durch die Tätigkeit der französischen Bruderpartei wird die Entwicklung der deutschen Partei und der deutschen Revolution in hohem Maße beeinflußt, und die unbedingte Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Partei ist ein unmittelbares Lebensinteresse für beide. Es muß eine Gesundung herbeigeführt werden; aber die alte Methode, Briefe an die Parteileitung zu schreiben, von denen die Öffentlichkeit nichts weiß, reicht nicht mehr aus. Unser Eingreifen soll sich auf das allernotwendigste beschränken und außer der Ausschließung Fabres soll man das Schwergewicht darauf legen, daß in der „Humanité", durch die Einsetzung neuer Genossen, endlich der wirkliche Standpunkt der Kommunistischen Internationale in der Frage der Einheitsfront den französischen Arbeitern unterbreitet wird. Bisher ist in den französischen Zeitungen der Standpunkt der Kommunistischen Internationale in dieser Frage nie wirklich klargelegt worden, was teilweise dadurch sich erklären läßt, daß die Führer selbst diesen Standpunkt nicht begriffen haben. Es ist außerdem unbedingt notwendig, in die Leitung der Partei mehr Arbeiterelemente hineinzubringen, wie das auf dem letzten Kongreß schon verlangt wurde.

Was die Verschiebung der Taktik der Einheitsfront bis zum 4. Kongreß anbetrifft, müssen die französischen Genossen endlich einsehen, daß die Kommunistische Internationale völlig klar über diese Frage ist. Sie befindet sich sogar in einer Aktion im Weltmaßstabe. Anstatt an uns die Forderung zu richten, daß wir am 4. Kongreß noch einmal die Frage diskutieren, muß die Internationale von Euch verlangen, daß Ihr endlich Euch gründlich damit beschäftigt und unsere Maßnahmen müssen so eingerichtet sein, daß wir Euch dabei behilflich sind. Und wenn wir da eingreifen und die bewußte und unbewußte Sabotage beseitigen wollen, so handelt es sich in erster Linie

um die Interessen des französischen Proletariates und wir müssen die Kommunistische Internationale bei dieser Tätigkeit unterstützen.

Doriot, Vertreter der französischen Jugend findet, daß Sellier bei der Verteidigung der französischen Partei fast immer die Ursachen mit den Wirkungen verwechselt hat. So stellte er z. B. die Krise der französischen Partei als eine Folge der Demission der vier Genossen auf dem Kongreß von Marseille hin, wo doch die Demission nicht eine Ursache, sondern die Folge der Krise war, die in der Partei bereits seit 6 Monaten andauerte.

Er wirft der Parteileitung eine große Passivität vor und findet, daß die Kritik der Kommunistischen Internationale gegen die französische Partei vollkommen berechtigt ist. Es ist bereits eine Lage entstanden, wo Frossard, Renoult, gegen die Einheitsfront schreiben und für die Rechten bewußt und unbewußt eine Gefälligkeit bei der Mitarbeit an der „Humanité" und an der „Internationale" erwiesen wird, wogegen die Linken sehr selten zum Wort kommen. Er ist auch der Ansicht Brandlers, daß es nicht mehr ausreicht, mit den Führern der Partei Erörterungen zu pflegen. Er kritisiert scharf den Bericht, den Frossard nach seiner Rückkehr aus Berlin erstattete und der darin gipfelte, daß die III. Internationale, die vor einem Jahr noch Bedingungen stellte, jetzt Zugeständnisse macht und die Neunerkommission als ein Band hinstellte, dessen Wichtigkeit man nicht verhehlen darf. Daniel Renoult druckte den Teil des Artikels von Lenin ab, wo er den Preis, den wir in der Neunerkommission zahlten, zu teuer findet. Er unterließ aber, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen mitzudrucken. Auch Frossard sprach von einer organisatorischen Verbindung, die in Frankreich als Folge der Einheitsfront entstehen muß und als Verfeuille weiterhin und in einem Artikel, betitelt: „Einer Umgruppierung entgegen" auf die Vereinigung mit den Longuetisten anspielte, unterließ die Parteileitung dagegen Stellung zu nehmen. Unter solchen Umständen sind die Vorschläge der Exekutive nicht nur gerechtfertigt, sie kommen der wirklichen Frage in Frankreich noch gar nicht genügend nahe. Er schildert noch die Auffassung Renoults, der den Zentralismus der Komintern den Zentralismus der Unverantwortlichkeit nennt und in langen Erörterungen den Geist der Einheitsfront vollkommen verstümmelt.

Er findet, daß die Parteimitglieder ideologisch nicht das Wesen der jetzigen Krise erfassen können und es wäre deshalb vor allem notwendig, in entsprechender Polemik in der „Humanité" den Mitgliedern zu zeigen, daß seit dem 3. Kongreß alle Vorschläge der Internationale, so auch die Einheitsfront, entstellt wiedergegeben worden sind.

Bell, Vertreter von England, findet, daß die englische Partei bereits ähnliche Krisen durchmachte. Er sieht den Grund der Krise darin, daß die Partei noch eigentlich keine kommunistische ist und erst die verschiedenen Entwicklungsphasen durchmacht. Die Argumentation der französischen Genossen, daß die Einheitsfront in anderen Ländern gut sein kann, aber auf die französischen Verhältnisse nicht paßt, erinnert stark an die II. Internationale, wo unter der Argumentation der speziellen Verhältnisse jede Partei machte, was ihr gefiel. Wenn wir das zulassen, droht uns das Schicksal der II. Internationale. Die Krise ist teilweise dadurch verursacht, daß es in der Partei sehr viel Intellektuelle gibt, die nicht mit der notwendigen Verantwortlichkeit arbeiten. Es ist für den sofortigen Ausschluß Fabres und all derer, die mit ihm gehen.

Sinowjew liest noch die Rede von Renoult vor, die er im Nationalrat hielt und die mit Entstellungen und Unwahrheiten gespickt ist. Renoult war

selbst hier. Er kennt unsere Absichten und wenn er solche Sachen behauptet, so irrt er sich nicht, sondern er will die anderen täuschen.

Was die Behauptungen anbetrifft, daß jedermann, der die organisatorische Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften fordert, den eigenen Kopf zerschellt, so ist das nur solange richtig, bis die Partei nicht eine wirklich kommunistische ist. Solange aber die Partei eine so unsichere verschwommene Politik der Halbheiten treibt, solange sie keine wirklich revolutionäre Arbeiterpartei ist, ist die Psychologie eines jeden einfachen ehrlichen revolutionären Arbeiters, der der Partei nicht beitreten will, verständlich.

Genosse Sellier findet, daß die Exekutive zu schnell handelt, wogegen er der Ansicht ist, daß in diesem Falle bereits eine Verspätung vorhanden ist. Er bittet um die sofortige Annahme seiner Resolution bezüglich der Ausschließung Fabres; ist einverstanden damit, daß man mit den nächsten Schritten wartet, bis Frossard ankommt. Er versteht die Gefühle Selliers, der seine Partei verteidigt, und ist überzeugt, daß Sellier Hilfe leisten wird, die großen Irrtümer der Partei zu beseitigen.

Leiciague bittet um die Aufschiebung des Beschlusses bis zum Urteil der Konfliktkommission. Man wird sonst diese Resolution in Frankreich als eine Verletzung der Rechte der Partei ansehen und auf Schwierigkeiten bei der Ausschließung Fabres stoßen.

Souvarine ist auch gegen die sofortige Annahme der Resolution, da in der Partei eine Atmosphäre vorherrscht, in welcher jeder Beschluß der Exekutive schlecht aufgenommen wird, und da die großen Massen der Partei nichts von den Briefen und Beschlüssen, mit denen die Exekutive sich an die Zentrale der Partei wandte, weiß. Er beantragt, daß man den Konflikt zwischen der Exekutive und der französischen Partei in einem detaillierten Brief aufklärt. Er schlägt außerdem zur Behandlung aller französischen Fragen die Einsetzung einer Kommission vor.

Sinowjew ist mit der Bildung einer Kommission einverstanden, schlägt aber vor, daß die Ausschließung Fabres sofort beschlossen wird.

Bei der Abstimmung in der Frage der Ausschließung Fabres stimmen nur die Genossen Sellier und Leiciague dagegen, Souvarine enthält sich der Abstimmung und begründet schriftlich seine Enthaltung im Sinne seiner letzten Ausführungen.

In die Kommission wurden die Genossen Trotzki, Bucharin, Jordanow (Bulgarien), Ambrogi (Italien), Brandler (Deutschland) gewählt. Die Kommission hat den Auftrag, die Resolution über den Ausschluß Fabres endgültig zu redigieren, eine Erklärung der Exekutive zu dieser Resolution auszuarbeiten und den Brief an die französische Parteizentrale fertigzustellen.

Der Ausschluß Henri Fabres aus der Kommunistischen Internationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale setzte eine Kommission ein zur Untersuchung des Falles von Henri Fabre. Diese bestand aus den Genossen Trotzki, Bucharin, Jordanow, Ambrogi, Brandler. Nachdem diese Kommission über ihre Arbeit berichtet hatte, nahm die Exekutive folgenden Beschluß an:

Die Delegation der französischen Kommunistischen Partei hat während der Sitzungen der Erweiterten Exekutive erklärt, daß sie für den Ausschluß von Henri Fabre und seiner Zeitung „Journal du Peuple" aus der Kommunistischen Partei sei. Die Erweiterte Exekutive hat dies einstimmig gutgeheißen, weil sie der Meinung war, daß die Zeitung „Journal du Peuple"

eine antikommunistische Zeitung und Fabre ein Gegner des Kommunismus ist, der die kommunistische Bewegung durch seine Tätigkeit zu demoralisieren versucht. Die Vertreter der französischen Partei auf der Erweiterten Exekutive-Sitzung haben sich verpflichtet, für den Ausschluß Fabres zu wirken. Zwei Monate sind vergangen, und dieser Fabre, der die französische Kommunistische Partei tagtäglich kompromittiert, ist noch nicht ausgeschlossen.

Der Inhalt der beanstandeten Artikel befindet sich in einem so gewaltigen Widerspruch zur kommunistischen Auffassung und Disziplin, daß die Arbeit der Konfliktkommission keine Meinungsverschiedenheiten hervorrufen sollte.

Die Exekutive ist der Meinung, daß in solchen Fällen die politische Notwendigkeit und das revolutionäre Interesse die Haltung einer Kommunistischen Partei bestimmen müssen, und nicht in erster Linie kleinliche juristisch-prozessuelle Formalitäten.

Der § 9 des Statuts der Kommunistischen Internationale gibt dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

„das Recht, von den ihr angehörigen Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen, und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, die gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen".

Auf Grund dieses erklärt das E. K. der K. I.:

Henri Fabre ist aus der Kommunistischen Internationale vom 8. Mai 1922 ab ausgeschlossen und kann somit auch keiner der Sektionen der K. I. angehören.

Die Exekutive wiederholt den Beschluß, den der III. Kongreß gegenüber Paul Levi angenommen hat: „Diejenigen Mitglieder der K. I., die sich mit Henri Fabre solidarisieren und in seiner Zeitung weiterarbeiten, werden damit mechanisch aus der K. I. ausgeschlossen."

Die Exekutive teilt diesen endgültigen Beschluß der Zentrale der K. P. F. mit zur sofortigen Publikation in den offiziellen Organen der Partei.

Die Exekutive ist überzeugt, daß die Konfliktkommission der französischen Partei, die sich mit dieser Affäre Fabre beschäftigt, zu derselben Auffassung gekommen ist wie die Exekutive der K. I. oder sich jetzt dieser Auffassung anschließen wird.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale

Erklärung der Exekutive der K. I. zum Ausschluß von Fabre.

Die Kommunistische Internationale gründet sich auf durch ihre Kongresse genau bestimmte Prinzipien, und ihre Organisation beruht auf einer durch alle ihre Anhänger gebilligten Disziplin.

Niemand ist verpflichtet, der Kommunistischen Internationale beizutreten. Dieser Beitritt bedeutet die Aufgabe aller Einzelinteressen vor dem Gesamtinteresse der Internationale, das mit dem Interesse des Weltproletariats untrennbar verbunden ist.

Die Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Internationale sind keine Klubs politischer Amateure oder zusammengewürfelte Diskussionszirkel, deren Mitglieder ihre Persönlichkeit zur Geltung zu bringen und sich eine Karriere zu sichern trachten. Sie sind Klassen- und Kampforganisationen, die von den Proletariern zu ihrer Verteidigung und ihrem Befreiungskampf gebildet wurden.

Diese Organisationen müssen auf alle die Elemente, aus denen sie sich zusammensetzen, zählen können. Die Hingabe an die gemeinsame Sache, die Arbeit im Dienst der kommunistischen Idee, die Bereitschaft, alle persönlichen Erwägungen dem Gedeihen der revolutionären Bemühungen zu opfern, dies sind die hervorstehendsten Züge der Kommunisten, die unerläßliche Gewähr, die eine kommunistische Organisation von ihren Mitgliedern zu fordern berechtigt ist.

In einen erbarmungslosen Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie verwickelt, kann die Kommunistische Partei in ihren Reihen keine zweifelhaften, ungesunden, verdächtigen oder entmutigten Elemente dulden, die Skeptizismus verbreiten und ihre Kräfte zersetzen. Sowie sie solche Elemente bemerkt, muß sie sie entschlossen ausmerzen.

Es gibt in einer Kommunistischen Partei keinen Platz für Dilettanten, Streber, Geschäftspolitiker, weder für unbewußte noch für bewußte Agenten der bürgerlichen Ideologie.

Kein Gemeinplatz über die „Freiheit des Denkens" oder die „Freiheit des Schreibens", wie sie bei den Kurpfuschern der Politik allgemein im Gebrauch sind, kann die Wahrheit verdunkeln, daß die Freiheit, gegen den Kommunismus zu denken oder zu schreiben, nur außerhalb der Kommunistischen Partei bestehen kann.

Diese Betrachtungen, die zu den ersten Anfängen der Gründung jeder Kommunistischen Partei gehören, haben der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der im Februar von der französischen Partei nach Moskau entsandten französischen Delegation den Entschluß diktiert, Fabre aus der Partei auszuschließen.

Die Erfahrung der seit dem Kongreß von Tours verflossenen 16 Monate zeigt deutlich, daß der Anschluß Fabres an die Kommunistische Partei von seiner Seite entweder Irrtum oder Berechnung gewesen ist.

Er hat seit Tours nicht aufgehört, gegen die Entschließungen von Tours zu protestieren, den Bruch mit den Reformisten zu beklagen, den Dissidenten seine Sympathie auszudrücken, die Kommunistische Doktrin, von der er klarerweise nie auch nur das Geringste begriffen hat, in phantastischer und grober Weise zu interpretieren, einen systematischen Feldzug gegen die Exekutive zu unternehmen und die Rolle und die Beschlüsse der Exekutive zu entstellen. Was hätte er noch Schwereres, der Lehre und der elementarsten Disziplin seiner Partei noch Entgegengesetzteres tun können?

In der Internationale gibt es kein Beispiel einer unter der Kontrolle einer Kommunistischen Partei stehenden Zeitung, die nicht nur persönliche Angriffe ihres Direktors gegen den Kommunismus veröffentlicht, sondern ihre Spalten den Gegnern ihrer Partei aller Art zur Verfügung stellt.

Es ist vergeblich, sich mit Recht oder mit Unrecht auf die in der Vergangenheit der revolutionären Sache geleisteten Dienste zu berufen, um den dieser Sache in der Gegenwart zugefügten Schaden zu rechtfertigen. Das Proletariat ist nur allzuoft in die Notwendigkeit versetzt, sich von Männern zu befreien, die in einem bestimmten Augenblick und übrigens aus ganz verschiedenen Gründen seinen Interessen dienen könnten. Besonders im Falle Fabre ist die Tatsache, daß er ehemals wirklichen Revolutionären gestattete, in seinem Blatt zu Worte zu kommen, keine Entschuldigung der von dieser Zeitung seit länger als einem Jahre betriebenen Tätigkeit.

Mehr als zwei Monate sind verflossen, seit die vier von der französischen Partei nach Moskau delegierten Genossen es auf sich genommen haben, die Reinigung ihrer Partei von einem ihrer schädlichsten Elemente zu verlangen.

Indem er die wirklichen Gründe dieses Ausschlußbegehrens tendenziös vorbrachte, ist es Fabre gelungen, den Protest schlecht berichteter Genossen, von denen manche verantwortliche Posten in der Organisation bekleiden, hervorzurufen und in manchen Reihen der Partei demoralisierend zu wirken.

Wollte man den Ernst der ihm zur Last gelegten Tatsachen einer Form- oder Opportunitätsfrage unterordnen, so würde dies zur Begünstigung der zerstörenden Aktion Fabres innerhalb der Partei führen, einer Partei, die vor allem verteidigt werden muß.

Die Exekutive erachtet die Verlängerung einer derartigen Situation, die den Interessen der französischen Arbeiterbewegung und der Sache der internationalen Revolution zuwiderläuft, als unerträglich. Sie zweifelt nicht, daß die Schlichtungskommission zu Schlüssen kommt, die mit den ihren übereinstimmen, und damit dem Verlangen der vier Genossen der französischen Delegation zur Februarkonferenz, das von der Zentrale der französischen Partei gebilligt wurde, Rechnung trägt. Aber in Anbetracht der Dringlichkeit hat sie beschlossen, Fabre auf Grund des Artikels 9 der Internationalen Statuten unverzüglich aus der Internationale auszuschließen.

Die Verfügungen dieses Artikels werden im übrigen bekräftigt durch eine Resolution analog der des 3. Kongresses über die Angelegenheit Levi, die den automatischen Ausschluß jedes Mitgliedes der Partei, das sich mit dem Ausgeschlossenen solidarisiert oder politisch an seinem Blatte mitarbeitet, beschließt. *Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.*

Fall Lian:

Sinowjew berichtet über die bisherige Tätigkeit Lians. Man wußte längst, daß die kommunistische Tätigkeit Ole Lian keine scharfe Kritik verträgt. Er unterzeichnete vor 4 Monaten in Moskau eine Verpflichtung für die Rote Gewerkschaftsinternationale, der er bis zum heutigen Tage nicht nachgekommen ist. Wir wissen, daß daran auch die Partei Schuld trägt. Aber jetzt haben wir einen Fall, zu welchem wir nicht schweigen können. Ole Lian ist als Expert der bürgerlichen Regierung Norwegens nach Genua gefahren, trotzdem daß er gleichzeitig Zentralvorstandsmitglied der Kommunistischen Partei Norwegens ist. Es ist nicht bekannt, ob er diese Reise mit oder ohne Einwilligung der Parteizentrale machte; wir müssen auf jeden Fall gegen diese Tatsachen energisch protestieren und der Partei vorschlagen, ihn auszuschließen. Sollte die Partei dagegen Einwendungen haben, so mögen sie sie bis zum 1. Juni zur Kenntnis der Exekutive bringen.

Kuusinen berichtet zur Information, daß in dem Falle Lian es sich nicht nur um ihn, sondern um die Einstellung der ganzen Partei handelt, die opportunistisch ist, ohne es zu ahnen. Ohne darüber Angaben zu haben, ist er überzeugt, daß die norwegische Partei die Reise Lians als eine Hilfeleistung für Sowjet-Rußland betrachtete, ebenso wie es seinerzeit bei Lians Verhandlungen mit den Amsterdamern der Fall war. Er ist dafür, daß der Ausschluß vorbereitet werde und die Initiative dafür der Partei überlassen wird.

Bucharin ist für den Ausschluß, ist aber gegen die Veröffentlichung, bevor eine Antwort der norwegischen Partei vorliegt.

Kon ist für die sofortige Veröffentlichung, da die Angelegenheit sowieso öffentlich bekannt ist.

Popow berichtet, daß, als die bulgarische Regierung mit einem ähnlichen Vorschlag an seine Partei herantrat, dieselbe das Anerbieten mit der Begründung ablehnte, daß die Vertreter des bulgarischen Proletariats in der Delegation Sowjet-Rußlands sitzen. Er ist für den sofortigen Ausschluß Lians.

Brandler ist für den Ausschluß, findet aber eine Vorbereitung der Veröffentlichung notwendig.

Die Resolution für die Ausschließung Lians wird angenommen.

Es wird beschlossen, abends noch eine Sitzung der Exekutive abzuhalten.

Aus dem Protokoll der Exekutive der K. I. vom 9. Mai 1922. Abendsitzung.

Den Vorsitz führt Sinowjew.

Anwesend: *Souvarine, Sellier, Leiciague, Doriot, Gonzales, Johnson. Sultan Sade, Heywood, Wilkinson, Brandler, Kreibich, Popow, Kon, Eberlein, Katayama, Nikolini, Prochniak, Jordanow, Losowski, Janson ,Kuusinen, Ambrogi, Nin, Budich, Wallenius, Bell, Bucharin, Rakosi.*

1. Bulgarischer Bericht.
2. Prozeß der S. R.
3. Erweiterte Exekutive.
4. Protestkundgebungen anläßlich der Ermordung des Genossen Kingissep.
5. Bericht über die Berliner Verhandlungen.

Bulgarischer Bericht:

Jordanow schildert die Lage, die nach den Gemeindewahlen, die im Februar stattfanden, entstanden ist. Die Regierungspartei, die sich ausschließlich auf die Bauernelemente Bulgariens stützt, versuchte bei diesen Wahlen die Kommunisten aus dem Felde zu schlagen und schloß einen Block mit allen Bourgeoisparteien. Dennoch erhielten die Kommunisten 120 000 Stimmen, während alle anderen Bourgeoisparteien mit den Sozialpatrioten zusammen nur 190 000 Stimmen aufbrachten. Da die ökonomische Lage sehr schlecht ist, nicht nur in den Dörfern, sondern auch in den Städten, wo viele Fabriken still stehen, ist die Unzufriedenheit der Massen groß. Es geht außerdem ein scharfer Kampf zwischen der Bourgeoisie der Städte und zwischen der Bauernregierung vor sich. Die städtische Bourgeoisie sucht in ihrem Kampfe gegen die regierende Agrarpartei die Hilfe der Ententebourgeoisie und der in Bulgarien sitzenden Reparationskommissionen. Sie versucht auch mit Hilfe der Überreste der Wrangelarmee die Regierung zu erobern. Als neulich die Reparationskommission die Höhe der Kriegsentschädigung angab, die in Gold zu entrichten wäre und die Bulgarien nicht aufbringen kann, erblickte man darin ein neues Manöver der bulgarischen Bourgeoisie, die durch die unerfüllbaren Forderungen der Ententebourgeoisie die Agrarregierung unmöglich machen will. Da die Steuern auch sonst sehr hoch sind, entstand unter den Bauern, speziell unter den ärmeren, eine Gärung. Man warf der eigenen Regierung vor, sie wäre nicht energisch genug gegen die städtische Bourgeoisie und kämpft mehr als notwendig gegen die Kommunisten.

Innerhalb der Agrarpartei entstanden 2 sichtbare Strömungen. Die eine Richtung mit Stambulinski an der Spitze vertritt die Ansichten der ärmeren Bauern, die eine Kooperation gegen die Bourgeoisie mit den Kommunisten zusammen herbeiwünschen, die andere Richtung mit Turlakow an der

Spitze verlangt ein Zusammengehen der wohlhabenden Bauern und der städtischen Bourgeoisie gegen die Kommunisten.

In dieser Situation nützte die Kommunistische Partei ihre Erfolge, die sie bei den Gemeindewahlen errungen hat, mit erhöhten Kräften aus. Man hat eine sorgfältig vorbereitete energisch geführte Kampagne gegen Wrangel entfaltet. Wrangel war eine eigene Regierung in Bulgarien, hatte eigene Kriegsgerichte gehabt, die Todesstrafen fällte und vollstreckte, die militärische Manöver durchführte, exerzierte und bis an die Zähne bewaffnet war. Wir enthüllten die Tätigkeit der Wrangelarmee, veröffentlichten ihre geheimen Dokumente, bewiesen, daß sie mit der städtischen Bourgeoisie zusammen nicht nur gegen die Kommunistische Partei, sondern auch gegen die Agrarregierung vorgehen wird, wenn die Bourgeoisie es für angebracht hält. Da wir diese Enthüllungen mit entsprechender Agitation in den Dörfern unterstrichen, sah sich die Regierung, die die Wrangelarmee, in der Hoffnung, sie im Notfalle gegen die Kommunisten verwenden zu können, bisher wohlwollend unterstützte, gezwungen, energisch gegen Wrangel aufzutreten. Man ist dabei, die Armee zu entwaffnen und die Führer aus Bulgarien auszuweisen. Es ist selbstverständlich, daß diese Vorgänge nicht nur die Wrangelarmee, sondern die mit ihr verbündete bulgarische Bourgeoisie sehr demoralisieren und die Position der Kommunisten ungeheuer stärken.

Am 28. Mai findet der Kongreß der Agrarpartei statt. Wir machen uns über Stambulinski keine Illusionen und stehen ihm trotz seiner jetzigen kommunistenfreundlichen Orientierung mit der größten Vorsicht gegenüber.

In den letzten Tagen trafen Nachrichten ein, daß die Regierung den Kommunisten das Anerbieten gemacht hat, in die Regierung einzutreten. Das scheint logische Fortsetzung der Ereignisse zu sein und ist teilweise in der Enttäuschung begründet, die die bulgarische Delegation in Genua erlebt hat. Die Kommunistische Partei wird natürlich den Kampf weiterführen und ihn bis zu Ende führen.

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Prozeß der S. R.:

Sinowjew teilt den Beschluß des Präsidiums mit, der in dieser Frage angenommen wurde. Auf Grund der Berliner Beratungen hat die Delegation der Komintern den 47 angeklagten Sozial-Revolutionären das Recht der Wahl ihrer Verteidiger zugesprochen. Die 2½. Internationale teilt jetzt mit, daß sie 10 Verteidiger hierhersenden will, darunter 3 russische sozial-revolutionäre Advokaten. Die russische Partei hat die Frage geprüft und ist der Ansicht, daß man alle 10 zulassen möge. Sie unterbreitet aber diesen Antrag zur Überprüfung der Kommunistischen Internationale. Wir sind der Ansicht, daß man sie zulassen soll. Da aber unter ihnen offene gegenrevolutionäre Russen sind, können wir sie nicht als Freunde behandeln. Wir werden sie ganz höflich behandeln, werden ihnen jede Möglichkeit geben, ihr Amt auszuüben, als Verteidiger, aber in jeder andern Beziehung muß eine gewisse Kontrolle bestehen. Wir haben hier andere Vertreter der 2. und 2½. Internationale, die in der Frage der Hungerhilfe gekommen sind und die hier als Gäste behandelt werden. Aber Leute, die sich offen mit den Sozialrevolutionären solidarisieren, können dies nicht beanspruchen.

Die Tatsache, daß die 2. und 2½. Internationale die Verteidiger aus verschiedenen Ländern zusammenstellen läßt, zeigt, daß sie nach der Beendigung des Prozesses in dieser Frage eine internationale Kampagne gegen die Kommunistische Internationale und gegen Sowjet-Rußland entfalten will.

Sie benutzen die Frage der Sozial-Revolutionäre bereits in Berlin als eine internationale Angelegenheit und versuchen jetzt in Moskau dasselbe zu tun. Dementsprechend ist das Präsidium der Ansicht, daß die Kommunistische Internationale ebenfalls regste Teilnahme an dem Prozeß zutage legen muß. Den Verteidigern der Sozialrevolutionäre müssen wir ausländische Genossen, womöglich aus denselben Ländern entgegenstellen, die teilweise als offizielle Ankläger im Namen der Kommunistischen Internationale auftreten, teilweise als Zeugen und Experten. Es wurden schon die Genossen Frossard aus Frankreich, Zetkin aus Deutschland, Bordiga aus Italien, Smeral und Muna aus der Tschecho-Slowakei, außerdem Sadoul und eine polnische Genossin eingeladen. Die Kommunistische Internationale wird durch ihre Teilnahme an dem Prozeß demonstrieren, daß die Angelegenheit der russischen Sowjet-Republik, der Hauptburg der Kommunistischen Internationale, und der Weltrevolution, ihr sehr nahe geht.

Erweiterte Exekutive.

Die Anwesenheit führender Genossen aus den wichtigsten Ländern muß dazu benutzt werden, daß die wichtigsten Fragen der Kommunistischen Internationale gründlich besprochen werden. Bis Ende Mai wird die Genueser Konferenz zu Ende sein, auch die Resultate der Berliner Konferenz werden schon vorliegen, man muß eventuell auch die französische Frage diskutieren.

Die Vorschläge des Präsidiums betreffs der Vorbereitungen zum S. R. Prozeß werden einstimmig gutgeheißen.

Protestkundgebung anläßlich der Ermordung Kingisseps.

Kuusinen teilt mit, daß am 13. Mai in Moskau und in anderen Städten Sowjet-Rußlands Protestversammlungen anläßlich der Ermordung des Genossen Kingissep stattfinden, an denen auch Mitglieder der Exekutive teilnehmen werden. Die Mitglieder der Exekutive werden ersucht, bei ihren Parteien auf Veranstaltung ähnlicher Protestversammlungen hinzuwirken.

Bericht über die Berliner Verhandlungen.

Bucharin skizziert die Stellung der 3. Internationalen zur Einheitsfront.

Die 2½. Internationale ist eine Organisation ziemlich heterogener Natur, sie ist ziemlich klein, organisatorisch schwach, hat verschiedene Strömungen in sich und spielte bei den Beratungen die Rolle des Vermittlers. Der eigentliche Kampf wurde zwischen der Kommunistischen und der 2. Internationale ausgefochten.

Das Verhalten der 2. Internationale der Einheitsfront gegenüber war durch die Furcht vor der Taktik der Einheitsfront und speziell durch die Furcht vor der Eroberung der Gewerkschaften durch die Kommunistische Internationale diktiert. Wir hatten verschiedene Mal konstatiert, wie die 2. Internationale die Eroberung der Gewerkschaften fürchtet, und deshalb kamen sie fortwährend mit der Frage der Zellentaktik in den Gewerkschaften. Da aber gleichzeitig ein sehr großer Druck seitens der Arbeitermassen auf sie ausgeübt wurde, mußten sie so tun, als ob sie für die Einheitsfront wären.

Was die allgemeine internationale Orientierung anbetrifft, entstand in den westeuropäischen Fragen, also was den Versailler Frieden, die Reparationsfrage, die Offensive des Kapitals anbetrifft, ein loser Block zwischen uns und der 2½. Internationale. Dagegen in den Fragen, die auf Rußland zugespitzt sind, Georgien, Sozial-Revolutionäre, Menschewiki usw., war ein sehr enger Block zwischen der 2. und 2½. Internationale gegen uns. Die ungleiche Natur dieser 2 Blockbildungen machte sich bei jeder Gelegenheit

bemerkbar. Im allgemeinen gab auf einen energischen Druck der 2. Internationale die 2½. ihre Stellung auf und kapitulierte vor der 2. Internationale.

In den Fragen, die durch die Genueser Konferenz behandelt worden sind, war die Stellungnahme der Parteien der 2. Internationale eine genaue Widerspiegelung der Politik ihrer Regierungen. Die frankobelgische Politik Poincarés fand ihre Verlängerung in Vandervelde mit ihrer ganzen Frechheit, Unversöhnlichkeit, Grobheit und Zynismus, während die Politik der Labour-Party, der gesamten englischen Delegation, eine Verlängerung der englischen Politik vom Schlage Lloyd Georges, mit ihren versteckten imperialistischen Bestrebungen, nicht so grob, nicht so agressiv, etwas pazifistisch verkleidet, war. Die Politik der deutschen Sozialdemokraten war die Fortsetzung der sogenannten Erfüllungspolitik der deutschen Regierung, und zwar in einem viel höheren Maßstabe, als man erwarten konnte.

Viel klarer kam dies bei den Forderungen der einzelnen Parteien zum Vorschein. Die englische Partei schrie besonders viel über Georgien, denn England ist mehr als ein anderer Staat an der Naphthafrage interessiert; die frankophile Orientierung hat ein besonderes Interesse an der inneren Desorganisation Sowjetrußlands, dementsprechend legte Vandervelde das Hauptgewicht auf die Frage der Sozialrevolutionäre und Menschewisten, gerade weil diese eine desorganisatorische Kraft in Rußland sind.

Man kann sagen, was sich in Genua abgespielt hat, war in einer modifizierten Form auch auf der Berliner Konferenz. Ebenso wie die russische Delegation in Genua die einzige proletarische Kraft der Bourgeoisie gegenüber war, so war die Komintern die einzige Kraft in Berlin gegenüber den Anhängseln der bürgerlichen Regierungen.

Was die Methoden der Taktik der 2. Internationale anbetrifft, so versuchten sie zuerst mit groben terroristischen Reden uns zu überrumpeln, und erst nachdem wir diesen Versuch unerbittlich zurückwiesen, dämpften sie ihren Ton. Bei den Verhandlungen betonten und unterstrichen wir fortwährend — und das ist besonders für die französischen Genossen wichtig —, daß wir absolut keine organisatorische Vereinigung der drei Internationalen haben wollen, daß wir eine solche für schädlich für die ganze Arbeiterbewegung ansehen. Damit ist das ganze Gerede, das in der französischen Presse über die Neunerkommission geführt wird, hinfällig.

Etwas noch über die Serrati-Partei. Die Stellungnahme Serratis war eine schlaue, auf lokale Parteierfolge abzielende Politik. Er gebärdete sich revolutionär, als absoluter Anhänger der Einheitsfront und hofft damit seine Stellung in Italien zu verstärken.

Was unsere Konzession in der Frage der Sozialrevolutionäre anbetrifft, haben wir nicht versprochen, daß keine Todesurteile gefällt werden, sondern wir sagten, daß in der Sowjetpresse und in der ausländischen kommunistischen Presse gesagt wurde, daß dem Leben der angeklagten S. R. keine Gefahr drohe.

Was die jetzige oppositionelle Haltung Frossards der Einheitsfront und der Neunerkommission gegenüber anbetrifft, war davon in Berlin nichts zu vernehmen. Er war Mitglied des politischen Büros unserer Delegation, war also an der Spitze, führte eine ganz aktive Politik, machte Vorschläge, gab Ratschläge, und unterzeichnete den gemeinsamen Aufruf.

Ob die Taktik der Delegation in Berlin richtig war, wurde teilweise schon dadurch beantwortet, daß die Exekutive die Beschlüsse ratifizierte. Bei der Beurteilung der Richtigkeit ist der Wert maßgebend, den wir der zukünftigen Konferenz aller Arbeiterorganisationen zumessen. Prinzipielle Konzessionen haben wir nicht gemacht. Die nachfolgenden Ereignisse, be-

sonders in Deutschland, in der Tschecho-Slowakei und in Schweden, wie auch die großen Demonstrationen am 20. April zeigen, daß die Tätigkeit der Delegation der Komintern auf der Konferenz sich in ganz guten Geleisen bewegte.

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Schluß der Sitzung.

Aus der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 17. Mai 1922.

Vorsitz: Sinowjew.

Anwesend: *Souvarine, Leiciague, Doriot, Piatnitzki, Ziperowitsch, Brandler, Rakosi, Ambrogi, Eberlein, Kreibich, Kon, Kuusinen, Münzenberg, Bucharin, Sellier.*

Zur Sitzung der Neunerkommission.

Das Präsidium ist mit der Resolution des Z. K. R. K. P. einverstanden und auf Grund derer unternimmt es folgende Schritte:

a) Das Z. K. R. K. P. soll noch heute telegraphisch im Namen der russischen kommunistischen Partei eine Erklärung abgeben, daß die russischen Kommunisten kein Ultimatum daraus machen, wenn die Vertreter der 2. und 2½. Internationale aus der allgemeinen Plattform die Losung der Unterstützung Sowjetrußlands ausstreichen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses werden die Genossen Sinowjew und Bucharin beauftragt.

b) Die Delegation der Komintern tritt auf der Sitzung der neun, wie bei den früheren Beratungen einheitlich auf. Die Deklaration der russischen Partei soll die Genossin Zetkin oder Gen. Frossard mit der Erklärung vorlesen, daß, falls die Vertreter der 2. und 2½. Internationale die Losung der Unterstützung Sowjetrußlands zurückziehen, die Kommunistische Internationale diese Tatsache zur Kenntnis nimmt und der entsprechenden Beurteilung unterwerfen wird.

2. *Zum Prozeß der Sozialrevolutionäre.*

Die Genosen Zetkin und Frossard werden ersucht, am Ende der Beratung der Neunerkommission sofort hierherzureisen, die anderen Genossen sollen durch Spezialtelegramme sofort hierhergebeten werden.

3. *Entwurf des Aufrufes der Komintern anläßlich des S. R.-Prozesses.*

Der Entwurf wird gutgeheißen und falls bis morgen keine Verbesserungen vorgeschlagen werden, wird er als angenommen betrachtet.

4. *Zustellung des Materials über den S. R.-Prozeß.*

Genosse Kon wird mit der rechtzeitigen Zustellung sämtlichen Materials an alle Parteien und kommunistischen Zeitungen über den S. R.-Prozeß beauftragt.

5. *Französische Frage.*

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage wird es für notwendig erachtet, im Plenum der Exekutive einen speziellen Bericht über die Tätigkeit der französischen Kommission entgegenzunehmen. Zum Berichterstatter wird Genosse Trotzki bestellt, die Sitzung wird am 19. Mai stattfinden.

6. *Norwegische Frage.*

Der Beschluß, den die Exekutive in der Frage Lians angenommen hat, wird wieder bestätigt; das Sekretariat wird beauftragt, ihn sofort in der internationalen kommunistischen Presse zu veröffentlichen.

Gen. Kuusinen soll das Z. K. der K. P. Norwegen verständigen, daß, wenn es in der Frage der Ausschließung Lians mit dem E. K. K. I. Verhandlungen zu pflegen beabsichtigt, so soll es rechtzeitig einen Delegierten hierhersenden.

7. *Vertreter des E. K. K. I. auf dem Schweizer Parteitag.*

Mit der Vertretung wird Gen. Heckert beauftragt.

8. *Bericht der Budgetkommission.*

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Zur Überprüfung der Verrechnung des Jahres 1921 wird eine Revisionskommission, bestehend aus den Genossen Sirola, Kon, Jordanow, eingesetzt.

9. *Hungerhilfe für die Ukraine.*

Es wird nicht für möglich erachtet, die Frage jetzt in der Sitzung der Neunerkommission zu stellen. Statt dessen soll in dieser Frage in entsprechender Form an die Kommunistischen Parteien der größeren Länder ein Rundschreiben mit der Unterschrift des Präsidiums und des Komitees Arbeiterhilfe, zugestellt werden.

10. Bericht über die Bukowina.

Der Bericht des Bukowinaer Vertreters soll in einer der nächsten Exekutivsitzungen erstattet werden. Praktische Vorschläge sollen zwecks Beurteilung der Balkankonferenz überlassen werden.

11. *Aufnahme der K. P. Uruguays in die Komintern.*

Vor der Aufnahme soll eine spezielle Kommission, bestehend aus den Genossen Kreibich, Ambrogi und Nin, sich eingehend mit der Lage in Südamerika und in Uruguay bekannt machen.

12. *Erklärung der Jugendinternationale.*

An Genossen Radek soll ein Telegramm geschickt werden mit dem Vorschlag, sich dafür einzusetzen, daß, falls möglich, die Frage der Jugend in der nächsten Sitzung der Neunerkommission in irgendeiner Form gestellt wird.

13. *Kongreß der Konsumvereine in Deutschland und in Frankreich.*

Es wird vorgeschlagen, außer den russischen Vertretern noch je einen deutschen und französischen Genossen mit der Vertretung der russischen Konsumvereine zu beauftragen. Aus Deutschland wird der Genosse Bittel, aus Frankreich der Genosse Henriet empfohlen.

14. *Vertreter des E. K. K. I. bei der Kooperativsektion.*

Der bulgarische Genosse Jordanow wird mit der Vertretung beauftragt.

15. *Arbeitsteilung des Sekretariates.*

Unter Teilnahme des Genossen Sinowjew soll eine vorhergehende Beratung stattfinden, deren Resultate dem Präsidium unterbreitet werden.

16. *Sitzung der Exekutive.*

Die Sitzung der Exekutive am 19. Mai soll folgende Tagesordnung haben:

1. Sitzung der Neunerkommission.
2. Französische Frage.
3. S. R.-Prozeß.
4. Bericht über die internationale Jugendkonferenz.
5. Bericht über Bukowina.

17. *Teilnahme von Genossen an den Sitzungen der Exekutive mit beratender Stimme.*

Es wird für wünschenswert erachtet, daß die Mitglieder des Zentralkomitees der angeschlossenen Parteien, die hier sind, das Recht haben, an den Plenarsitzungen der Exekutive mit beratender Stimme teilzunehmen.

Genosse Stecklow, Redakteur der Zeitung „Iswestija", hat ebenfalls die Erlaubnis, während der Plenarsitzungen anwesend zu sein.

18. *Materialsammlung über Südafrika.*

Mit Rücksicht darauf, daß Genosse Jones aus technischen Gründen nicht fahren kann, wird mit der Sammlung ein englischer Genosse beauftragt, der nach den Weisungen des Genossen Jones die Arbeit verrichtet.

19. *Ungarische Frage.*

Die Veröffentlichung des gemeinsamen Aufrufes, gezeichnet von allen drei gewesenen Fraktionen, soll für einige Zeit aufgeschoben werden.

20. *Koreanische Frage.*

Der Beschluß der koreanischen Kommission wird bestätigt.

21. *Antwort an Graßmann.*

Die bereits abgesandte Antwort wird bestätigt.

22. *Vertreter des Z. K. R. K. P. im Internationalen Frauensekretariat.*

Der Vorschlag des Z. K. R. K. P., als russische Vertreterin in das Internationale Frauensekretariat die Genossin Smidowitsch zu delegieren, wird bestätigt.

23. *Spezielle Vertretung des Frauensekretariates bei der Profintern.*

Eine spezielle Vertretung des Frauensekretariates bei der Profintern wird für überflüssig erachtet.

24. *Unterstützung des Poale-Zion.*

Die Unterstützung der Kommunistischen Elemente des russischen Poale-Zions wird für wünschenswert erachtet und das Orgbüro des Z. K. R. K. P. wird gebeten, Unterstützung zu gewähren.

Es wurden außerdem Fragen des Nachrichtendienstes behandelt.

Zum Prozeß der sogenannten „Sozialistenrevolutionäre".

An die Arbeiter aller Länder!

Am 1. Juni 1922 beginnt in Moskau der Prozeß der Sozialrevolutionäre, dem das klassenbewußte Weltproletariat seine Aufmerksamkeit schenken muß. 47 führende Mitglieder der Partei, die den stolzen Namen der „Sozialrevolutionäre" führt, kommen vors Gericht. Manche Arbeiter, die die wichtigsten politischen Parteien in Rußland wenig kennen, werden eventuell denken, daß es sich um wirkliche Sozialisten, um wirkliche Revolutionäre

handelt. In Wirklichkeit aber sind es solche „Sozialistenrevolutionäre", wie die „Radikalsozialisten" oder die „Unabhängigen Sozialisten" in Frankreich. Diese bürgerliche Partei, die sich „demokratische" oder sogar „sozialistische" nennt, führt in Wirklichkeit schon seit Jahren den bewaffneten Kampf gegen das russische Proletariat. Noch der verstorbene Plechanow, als er Marxist war, hat diese Partei „Sozialistenreaktionäre" genannt.

Die S. R. haben unzählige Verbrechen gegen die russische Revolution begangen. Schon in den ersten Tagen der Märzrevolution des Jahres 1917 lieferten die Führer der S. R. zusammen mit den Menschewikiführern die von den Arbeitern und Soldaten eroberte Macht der von Gutschkow, Miljukow, Fürsten Lwow und anderen Entente-Lakaien geführten Bande der offenen Imperialisten aus. Die S. R. und die Menschewiki verwandten ihren gesamten Einfluß auf die Soldaten, auf die Bauern und auf den Teil der Arbeiterschaft, der noch zu ihnen Vertrauen hatte, diese dahin zu bringen, die Macht der Bourgeoisie auszuliefern und den vom Zaren Nikolaus II. im Namen Rußlands begonnenen imperialistischen Krieg fortzusetzen. Im Juni 1917 beginnt Kerenski, ehemaliger Minister, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Sozialrevolutionäre — von allen Führern seiner Partei und der Partei der Menschewiki vollkommen unterstützt — den Vormarsch, der Tausenden und abermals Tausenden russischen Soldaten und Arbeitern das Leben kostete. Er tat dies auf die Weisung der englisch-französischen Imperialisten. Im Juli 1917 versuchen die S. R. und die Menschewiki, die damals der sogen. bürgerlichen Koalitionsregierung angehörten, sozusagen eine Dreyfuß-Affäre gegen die Führer der Partei der Bolschewiki zu schmieden. Die sozialistisch-revolutionären und menschewistischen Minister greifen zu der niederträchtigsten Verleumdung und beschuldigen Lenin, Trotzki, Sinowjew, Lunatscharski und eine Reihe anderer alter Revolutionäre, Agenten Kaiser Wilhelms zu sein, von dem sie die Geldmittel für ihre gegen den Krieg gerichtete Agitation angeblich bekommen haben. Dies war ein bewußter Versuch des Justizmordes, ein kaltblütig überlegter Plan, die Führer des russischen revolutionären Proletariats der damals noch gewalttätigen und von Wut betrunkenen weißgardistischen Reaktion auszuliefern. In diese Periode gehören auch die Versuche der „Sozialrevolutionäre" und der Menschewiki, die Petrograder Arbeiter zu entwaffnen. In den Julitagen des Jahres 1917 haben die S. R. Hunderte von Petrograder Arbeitern und Kronstädter Matrosen erschlagen. Die Koalitionsregierung, insbesondere Awksentjew, damaliger Minister des Innern, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Sozialistenrevolutionäre, hat Dutzende Arbeiterzeitungen der bolschewistischen Richtung eingestellt. Auf die Weisung der „Sozialistenrevolutionäre" erstürmen die weißgardistischen Offiziersbanden das Haus der Gewerkschaften. Die Arbeiterbewegung wird eine Zeitlang in die Illegalität verdrängt. Dem „Schwarze Hundert"-General Kornilow übergibt Kerenski den militärischen Oberbefehl über die gesamte bewaffnete Macht des Landes. Auf Verlangen des Generals Kornilow und Sawinkow, der damals Mitglied der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" war, führt die S. R.-, Menschewiki- und Bourgeoisie-Regierung offiziell die Todesstrafe in Rußland wieder ein. Der menschewistische Minister Zeretelli war einer der Hauptverteidiger der Wiedereinführung der Todesstrafe. Die Führer der Menschewiki Wojtinskij, Dan, Bogdanow, Liber und andere, strengten ihre ganze Kraft an, um die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Todesstrafe zu beweisen. Auf Befehl der Kerenski-Regierung werden ganze bolschewistische Regimenter erschossen.

Einige Wochen später öffnet der von der Kerenski-Regierung an die Kommandostelle berufene „Schwarze Hundert"-General Kornilow, den

deutschen imperialistischen Truppen die Front. Er unternimmt einen offenen Feldzug gegen die revolutionäre Hauptstadt. Es stellt sich heraus, daß Sawinkow, damaliges Mitglied der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", an der Kornilow-Verschwörung teilgenommen hat, und daß Kerenski selbst mit Kornilow halb verbunden war. Einige Tage nach dem großen — am 25. Oktober alten, 7. November neuen Stils — vom russischen Proletariat errungenen Siege organisiert das Zentralkomitee der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" den Aufstand der Junker gegen die Petrograder Arbeiter. A. Goz, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", einer der gegenwärtig Angeklagten, war der Hauptorganisator des Junkeraufstandes, der den revolutionären Arbeitern ungeheure Opfer kostete. Am Anfange des Jahres 1918 tritt die Partei der „Sozialistenrevolutionäre" in ein offenes Bündnis mit der Entente ein. Sie fordert in den Resolutionen ihrer Zentralinstanzen offen zur Intervention. Das Zentralkomitee der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" mit Tschernow, Awksentjew, Sensin, Minor und vielen anderen an der Spitze, tritt in ein offenes Bündnis mit den konterrevolutionären tschechoslowakischen Legionen ein, die hauptsächlich von den kriegsgefangenen tschechoslovakischen Offizieren, die sich in Rußland befanden, gebildet wurden. Die tschechischen Arbeiter wissen ausgezeichnet, woraus diese tschechischen Legionen bestanden: es waren dieselben Elemente, denen die „Besieger" der Spartakisten und die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts entstammen. Auf diese tschechoslowakischen Legionäre gestützt, ergreift die Partei der „Sozialistenrevolutionäre" die Macht in Samara und organisiert von dort aus den Bürgerkrieg gegen das russische Proletariat. Tausende und abermals Tausende mit der Sowjetmacht sympathisierende Arbeiter wurden in diesen Monaten von der mit den tschechoslowakischen Legionären verbündeten S. R.-Partei ermordet. Über 600 bolschewistische Arbeiter wurden in Samara selbst vor ihrer Räumung auf Befehl des Führers der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", Tschernow, erschossen, als die Rote Armee die S. R.- und tschechoslowakischen Truppen zur Räumung gezwungen hat. Dank den S. R. und den tschechoslowakischen Legionen ergreift Admiral Koltschak die Macht in Sibirien. Koltschak versuchte die Rolle des Generals Gallifet, des Unterdrückers der Pariser Kommune, in der russischen Revolution zu spielen. Awksentjew und Sensinow, Mitglieder des Zentralkomitees der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", waren die Waffenträger des Admirals Koltschak. Monatelang diente die Partei der „Sozialistenrevolutionäre" treu und ergeben dem Admiral Koltschak, bis er erstarkte und sie aus der Regierung hinausgeschmissen hat, wie man eine ausgepreßte Zitrone wegwirft. Nachdem er den Verrat der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" voll und ganz ausgenutzt hat, hat er Awksentjew und Sensinow ausgewiesen.

In Archangelsk organisieren die englischen Imperialisten eine weiße, von den englischen Interventionstruppen unterstützte Regierung. Zum Haupt dieser Regierung machten die englischen Imperialisten Tschaikowski, einen der Gründer des „Sozialrevolutionarismus", der der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" auch gegenwärtig sehr nahe steht. Hunderte aktivster Mitglieder der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" kämpfen mit Waffen in der Hand in den Armeen der Generale Judenitsch und Denikin gegen die russischen Arbeiter. Die führenden S. R. und Menschewiki begehen den schlimmsten Verrat in den provisorisch von Wrangel, Denikin, Judenitsch und Koltschak besetzten Gebieten und kriechen vor diesen im Staube. Nicht genug an all dem. Die Partei der „Sozialistenrevolutionäre" geht zur Taktik des individuellen Terrors gegen die bedeutendsten Führer des russischen Proletariats über. Die Mitglieder der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" ermorden den Ge-

nossen Wolodarski, den Tribun der Petrograder Arbeiterschaft. Wie die Enthüllungen des ehemaligen führenden Mitglieds der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" Semenow zeigen, handelten sie auf Grund des Beschlusses des Zentralkomitees der Partei der Sozialistenrevolutionäre. 500 000 Arbeiter und Arbeiterinnen Petrograds gingen trotz des Ungewitters an diesem Tage hinter dem Sarge ihres geliebten Führers Wolodarski. Das gesamte Petrograder Proletariat war vom Gefühl der Entrüstung gegen die sozialistisch-revolutionären Mörder durchdrungen. Student Kannegießer, Mitglied der Gruppe der „Volkssozialisten", die an die „Sozialistenrevolutionäre" angeschlossen ist, ermordet den Genossen Uritzki, den selbstaufopfernden Kämpfer für die Arbeiterrevolution, den alten Revolutionär, der unter dem Zarismus in Dutzenden von Gefängnissen gesessen hat. An demselben Tage schießt Fanny Kaplan, Mitglied der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", auf den Führer der Weltrevolution, Genossen Lenin. Sie tat es im Auftrage des Zentralkomitees der Partei der Sozialistenrevolutionäre. Dies geht aus einer Reihe Zeugenaussagen hervor und wird zweifellos in den Moskauer Gerichtsverhandlungen vollständig bewiesen. Genosse Lenin ist schwer verwundet. Einige Tage lang ringt er mit dem Tode. Die fortgeschrittensten Arbeiter Rußlands und der ganzen Welt warten in größter Unruhe den Ausgang dieses qualvollen Ringens ab und atmen erleichtert auf, als es sich herausstellt, daß das Leben Lenins gerettet ist. Die unlängst, drei Jahre nach dem Attentate, aus dem Körper Lenins herausgezogene Kugel hatte laut dem offiziellen Protokoll einiger bedeutender Chirurgen, eine Reihe von Einschnitten, um die Wunde zu vergrößern. Die S. R.-Mörder prahlten offen, daß einige der Kugeln, die beim Attentat auf Lenin benutzt werden sollten, mit „Kuraregift" vergiftet waren. Monatelang jagten die S. R.-Mörder planmäßig auch auf Trotzki, Sinowjew und andere Führer des russischen Proletariats. Und die Menschewiki, die in Worten prinzipielle Gegner des Terrors sind, wußten genau von allen diesen Handlungen der S. R.-Mörder, waren aber in der Tat im politischen Block mit diesen und sind es noch jetzt.

Dies sind die wichtigsten der Verbrechen (bei weitem aber nicht alle Verbrechen) der Partei der sogenannten „Sozialistenrevolutionäre", über die das proletarische Tribunal in Moskau richten wird. Das Programm dieser Partei der „Sozialistenrevolutionäre" ist die Wiederherstellung der Macht des Kapitals. Unter dem Namen der Demokratie verteidigt die Partei der sogenannten „Sozialistenrevolutionäre" in Wirklichkeit die Interessen der bürgerlichen Restauration. Sie ist die aktivste Partei der russischen, unter gegenwärtigen Verhältnissen also auch der internationalen Konterrevolution.

Kann man sich nach allem oben Gesagten darüber wundern, daß die Führer der Internationalen 2 und 2½ diese Partei unter ihren Schutz nehmen? Wie sollten denn Noske und Scheidemann, Wels und Ebert, die Inspiratoren der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, Goz und Tschernow, die Inspiratoren der Ermordungen Wolodarskis und Uritzkis und die Organisatoren des Attentats auf Lenin, nicht verteidigen?! Vandervelde, ehemaliger königlicher Minister, führte im Jahre 1914, am Anfang des Krieges, freundschaftliche Verhandlungen mit dem zaristischen Gesandten, Fürsten Kudaschew; er kam nach Rußland zur Zeit der Kerenski-Regierung, um zur Fortsetzung der imperialistischen Metzelei aufzufordern; er hat den verbrecherischen Versailler Vertrag unterzeichnet. Wie sollte denn Vandervelde die Partei der „Sozialistenrevolutionäre" nicht unter seinen Schutz nehmen?! Henderson, ehemaliger königlicher Minister, und Macdonald, künftiger Minister, betrachten ehrfurchtsvoll mit Engelsgeduld die von „ihrer" Regierung in den Kolonien begangenen Morde; sie protestierten mit keinem Worte gegen

die Ermordung des revolutionären Führers Konnoly. Wie sollten denn diese frommen Kleinbürger die russische konterrevolutionäre Partei nicht unter ihren Schutz nehmen?! Die russischen Menschewiki, diese treuen Freunde der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", die lettischen und die finnischen „Sozialdemokraten", die das Blut von Tausenden kommunistischen Arbeitern vergossen haben, die südslawischen „Sozialisten", die mit Hilfe der Gendarmen sich der den Kommunisten gehörenden Arbeiterhäuser bemächtigt haben, alle diese Parteien gehören der Internationale 2½ an. Wie sollten denn die Führer einer solchen „Internationale" den Schutz der konterrevolutionären S. R. nicht übernehmen?! Wie sollten denn die georgischen „Sozialdemokraten", die Tausende und abermals Tausende revolutionärer Arbeiter und Bauern während ihrer Herrschaft in Georgien ermordet haben, bei den Helden der Internationalen 2 und 2½ nicht Schutz und Hilfe suchen? Die Führer der Internationalen 2 und 2½ stellten die provokatorische Forderung an Sowjetrußland, ganze zehn Advokaten, Mitglieder der Internationalen 2 und 2½, als Verteidiger der 47 angeklagten „Sozialistenrevolutionäre" zuzulassen, um die ihnen so verhaßte, im Entstehen begriffene proletarische Einheitsfront zu zertrümmern. Für die Rolle der Verteidiger der Mörder der russischen Arbeiter haben die Führer der Internationalen 2 und 2½ die gewissenlosesten Demagogen, wie z. B. Paul Boncour, einen der französischen Sozialverräter, den gerissenen Geschäftsmann Advokaten Modigliani von den italienischen „Sozialisten", den ehemaligen königlichen Minister, Belgier Vandervelde, den bekannten holländischen Reformisten, Feind Sowjetrußlands, Oudegeest, die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", d. h. offene Anhänger des Admirals Koltschak, Suchomlin, Sensinow und Gurewitsch, ausgesucht.

Trotz des provozierenden Charakters des oben angegebenen Advokatenverzeichnisses hat die Sowjetregierung sich bereit erklärt, sogar die obengenannten Herren als Verteidiger zuzulassen. Auf Grund des auf der Berliner Konferenz der Vertreter der drei Internationalen abgeschlossenen Abkommens hat sich auch die Kommunistische Internationale mit der Zulassung der obengenannten notorischen Feinde der proletarischen Revolution als Verteidiger der Partei der „Sozialistenrevolutionäre" einverstanden erklärt. Das Weltproletariat soll wissen, daß die Kommunistische Internationale alles in ihren Kräften Stehende tut, um die Intrigen der Führer der Internationalen 2 und 2½ gegen die im Entstehen begriffene proletarische Einheitsfront zu beseitigen.

Gleichzeitig aber erklärt die Kommunistische Internationale dem Weltproletariat:

Sowjetrußland, der erste Arbeiterstaat der Welt, ist das Hauptbollwerk des Weltproletariats. Die wichtigsten Ereignisse in Sowjetrußland berühren deshalb aufs lebhafteste nicht bloß das russische, sondern auch das internationale Proletariat. Der Prozeß der Partei der „Sozialistenrevolutionäre", die die Hauptkraft der aktiven Konterrevolution in Rußland ist, gehört zweifellos zu solchen Ereignissen. Es wird ein gerichtlicher Wettkampf zwischen der proletarischen Weltrevolution und ihren Gegnern aus dem Lager des kleinbürgerlichen Sozialismus sein. Beim Prozeß in Moskau wird sich vor dem internationalen Proletariat die ganze Geschichte der großen russischen Revolution aufrollen, werden alle Versuche der imperialistischen Weltreaktion, diese Revolution zu erdrosseln, werden alle Verrätereien und Verbrechen, von den Parteien der Internationalen 2 und 2½ gegen die große Befreiungsbewegung des Proletariats begangen, zur Sprache kommen. Die Kommunistische Internationale wendet sich an die klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt,

insbesondere aber an die Arbeiter, die noch immer zu den Parteien der Internationalen 2 und 2½ Vertrauen haben, mit der Bitte: Verfolgt den Gang des Prozesses in Moskau, versäumt keine einzige Einzelheit! Die Berichte über den Prozeß in Moskau werden in der gesamten Weltpresse veröffentlicht werden. Sofort nach der Beendigung dieses Prozesses wird das ausführliche Prozeßprotokoll herausgegeben werden. Verfolgt den Wettkampf der proletarischen Revolution und der kleinbürgerlichen Konterrevolution in Moskau. Wißt: Es ist das Gericht über die russischen Noske und Hörsing, über die russischen Lakaien von Poincaré, über die Anhänger des Admirals Koltschak und des Generals Denikin; es ist das Gericht über jene „Sozialisten", die schon in einer Reihe von Ländern direkte Mörder von Arbeitern waren, und die unvermeidlich in jedem Lande auftreten werden, in dem das Proletariat gegen seine Unterdrücker aufstehen wird.

Nieder mit den Feinden der proletarischen Revolution!

Es lebe Sowjetrußland!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Aus dem Protokoll der Sitzung der Exekutive der K. I. vom 19. Mai 1922.

Vorsitz: Sinowjew.

Anwesend: *Trotzki, Johnson, Bell, Kreibich, Brandler, Poegelmann, Zchakaja, Pintos, Katayama, Lavin, Leiciague, Sellier, Souvarine, Doriot, Popow, Prochniak, Nikolini, Angaretis, Bucharin, Avigdor, Carlo, Rakosi, Jordanow, Wretling, Ziegler, Kuusinen, Stutschka, Stecklow, Sierra, Wallenius, Nin, Ambrogi, Eberlein, Sultan Sade, Kon.*

1. Bericht über die Neunerkommission.
2. Französische Frage.
3. Prozeß der S. R.
4. Arbeit der Sprachgruppen.
5. Bericht über die Internationale Jugendkonferenz.
6. Bericht aus der Bukowina.

Vor der Tagesordnung teilt Sinowjew den Beschluß des Präsidiums, wonach hier anwesende Mitglieder der Zentralkomiteen der angeschlossenen Parteien an den Sitzungen der Exekutive mit beratender Stimme teilnehmen können, mit. Auf Grund dieses Beschlusses wurde Genosse Rappoport eingeladen, ist aber aus unbekannten Gründen nicht erschienen.

1. *Bericht über die Neunerkommission.*

Sinowjew unterbreitet die Beschlüsse des Präsidiums betreffs der Neunerkommission. Die erste Sitzung wird wahrscheinlich am 21. Mai in Düsseldorf stattfinden, da die 2. und 2½ Internationale das Zustandekommen einer Sitzung während der Genueser Konferenz sabotierte. Da diese Kommission einzig und allein für das Ziel eingesetzt wurde, den Weltkongreß aller Arbeiterorganisationen vorzubereiten, ist es klar, daß sie nur dann eine Existenzberechtigung hat, wenn sie wirklich die ernste Absicht verfolgt, diesen Kongreß einzuberufen. Aus der ganzen Agitation der 2. Internationale ist es aber er-

sichtlich, daß sie dies sabotieren will. Wir haben die Frage untersucht und haben einstimmig beschlossen, daß unsere Delegation an die 2. Internationale ultimativ die Frage stellen soll, ob sie gewillt ist, in absehbarer Zeit wirklich einen Arbeiterkongreß vorzubereiten. Besteht dieser Wille nicht, so müssen wir aus der Kommission austreten, da es keinen Sinn hat, daß wir als Feigenblatt für die Sabotage der 2. Internationale in ihr bleiben.

Es liegt uns außerdem die offene Erklärung der russischen Partei vor, die folgendes besagt: Die 2. und 2½. Internationale sabotieren die Einheitsfront, indem sie sagen, daß die ganze Taktik ein Schachzug seitens der russischen Partei sei und ihr einziges Ziel, der russischen Sowjetmacht zu helfen. Nun erklärt die R. K. P., daß es ihr ganz klar ist, daß die 2. und 2½ Internationale die Losungen der Unterstützung Sowjetrußlands nur unter dem Drucke ihrer Arbeiter, contre coeur, angenommen hat. Die russische Partei ist bereit, auf diese Art Hilfe zu verzichten, die aufrichtige Unterstützung seitens der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder wird dennoch bleiben. Die Einheitsfront soll nur für den Achtstundentag, für den Kampf gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Arbeitslosigkeit, geführt werden. Trotz dieser unserer Nachgiebigkeit ist, soweit man vorhersehen kann, der Bruch unvermeidlich, da die 2. Internationale alles mögliche und unmögliche zur Sabotage tut. Der Bruch wird keinesfalls den Schiffbruch der Taktik der Einheitsfront bedeuten. Die Berliner Konferenz, die Neunerkommission sind nur Episoden auf dem Wege zur Einheitsfront, für welche wir, in anderer Form, mit Ausnutzung der Erfahrungen dieser ersten Etappe, mit erhöhter Energie weiterkämpfen werden.

Da bei der Behandlung dieser Fragen fast alle Mitglieder der Exekutive im Präsidium anwesend waren, werden die Beschlüsse ohne Diskussion bestätigt. Die nötigen Schritte nach der Sitzung der Neunerkommission werden dem Präsidium überlassen.

2. *Französische Frage.*

Trotzki: Unsere Kommission hatte den Auftrag, drei Schriftstücke auszuarbeiten: Eine Resolution über den Fall Fabre, dann eine Deklaration über denselben Fall, d. h. über die Ausschließung Fabres, seines Blattes und derjenigen, die ihn unterstützen werden; ferner einen erläuternden Brief an das Zentralkomitee, der nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist und der alle Fragen behandelt, die das Zentralkomitee unserer französischen Partei von der Kommunistischen Internationale trennen. In der Kommission war die französische Partei durch vier Genossen vertreten.

Die Resolution über die Ausschließung:

Man hat die Einwände gemacht, der Fall Fabre wäre nicht so wichtig, daß man deshalb ein „schweres Geschütz" auffahren lassen müßte. Es entspreche nicht den wirklichen Verhältnissen in der französischen Partei, die Persönlichkeit Fabre in der Weise in den Vordergrund zu rücken. Die Kommission ist dennoch der Meinung, daß der Schlag gegen Fabre und seine Gruppe richtig ist. Sein Blatt ist der Rendez-vous-Ort all jener Elemente, die die Kommunistische Partei untergraben, sie verderben, ihr feindselig gesinnt sind, die sich aber in eine kommunistische Flagge hüllen. Dort erscheinen die Artikel Verdies, der gestern noch Mitglied unserer Partei war, darüber, daß die Kommunistische Internationale an gewissen geheimen Krankheiten gestorben sei; die Artikel Besnards und anderer anarchisierender syndikalisierender Kleinbürger, die völlig dem Kommunismus feindselig gegenüberstehen. Man findet unter den Mitarbeitern Fabres Verfeuille, das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, der dort die Beschlüsse, die zu-

sammen mit der französischen Delegation hier gefaßt wurden, kritisiert, der das Märchen von dem geheimnisvollen Einfluß Souvarines auf die Exekutive dort verbreitet und das alles ohne einen Ordnungsruf seitens der Partei. Man liest keine Antwort in der „Humanité" oder in der „Internationale". Neulich übernahm Fabre auch die Verteidigung der Sozialrevolutionäre. Es ist ihm gleich, ob er nun Verfeuille, Verdier, Meric zu seinen Zwecken dienstbar macht, die Hauptsache ist, daß sie die Kommunistische Partei untergraben, verderben. Er ist ein Agent der Bourgeoisie in der Partei. Wir haben den mathematischen Punkt aufs Korn genommen, in dem sich alle dem Kommunismus feindlich gegenüberstehenden Richtungen treffen.

Der Schlag, den wir gegen ihn führten, trifft alle diese Elemente, die eine Koalition der Partei feindselig gestimmten Kräfte anstreben. Und wie ein Echo werden sie alle antworten: Hier sind wir: Deshalb besagt unser Beschluß, daß Fabre nur den Anfang bildet und daß alle Elemente, die ihn unterstützen werden, ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen werden, sobald sie ein Lebenszeichen von sich geben. Sie werden das Lebenszeichen geben und sie werden von demselben Hieb getroffen.

Bei der Durchführung der Verpflichtungen, die die französische Delegation übernommen hat, hätte man erwartet, daß es in der Zukunft einen Block des Zentrums der Partei mit der Linken geben wird und daß die grundlegenden Prinzipien in der Presse erörtert werden. Dies geschah nicht. Die einzige Erläuterung erschien im Blatte Fabres und spricht von persönlichen Motiven oder Ukasen von Moskau.

Außer dem Beschluß über die Ausschließung Fabres wurde eine Erklärung der Exekutive, verfaßt von unseren französischen Genossen, in erster Linie von unserem Genossen Sellier, durch die Kommission einstimmig angenommen.

Der Brief, in dem wir uns mit dem Zentralkomitee auseinandersetzen und ihm den einzuschlagenden Weg und die übernehmende Verantwortung bezeichnen, ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Wir zeigen darin die drei Richtungen, die im Zentralkomitee bestehen. Sie sind nicht genau bestimmt, besonders die Richtung des Zentrums, die sich sehr häufig durch ihre Abwesenheit kundgibt, wie zum Beispiel heute unser werter Genosse Rappoport, der auch dieser Richtung angehört. Was wir wollen, ist das brüderliche freundschaftliche Einvernehmen zwischen diesem Zentrum, das so notwendig für die französische Arbeiterbewegung ist, das durch unsere Genossen Frossard, Cachin, verkörpert wird, und der Linken, verkörpert durch jene Elemente, die die Führer des Komitees der 3. Internationale in Frankreich waren. Wir wollen ihre wahrhaft organische, sogar chemische Verbindung herbeiführen. Das wird die gesündeste Entwicklung der Partei bewirken, ohne große Erschütterungen und ohne große Spaltungen. Und wenn Fabre einige Elemente mit sich zieht, werden wir uns nur beglückwünschen können, der große Block der Partei wird heil und gesund bleiben. Dieses Ziel wollten wir bisher mit allen unseren Auseinandersetzungen, Briefen und Resolutionen erreichen.

Das Resultat war, daß man immer zu einem formellen Einvernehmen gelangte. Die Resolutionen, mit der einzigen Ausnahme der Einheitsfront, wurden immer fast einstimmig angenommen. Und man sieht in Frankreich dennoch, daß die Rechte, die im „Journal du Peuple", sogar in der „Internationale", ja sogar in der „Humanite", diese Resolutionen mit größter Heftigkeit gegen uns auslegt. Die Antwort des Zentrums bleibt immer aus. Schließlich erscheint verspätet der linke Flügel, und so gewinnt man den Eindruck einer Renaissance der Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei.

Wie Sie wissen, haben wir die Demission der vier Genossen vom Zentralkomitee, wenn auch freundschaftlich, aber immerhin mißbilligt. Wir erklärten im Namen der Internationale: Keine Fraktionen in der Kommunistischen Partei Frankreichs. Was wir wollen, ist die Vereinigung des Zentrums mit der Linken. Wenn aber dieser Block nicht verwirklicht ist (und er ist nicht verwirklicht worden, weil, wie es scheint, der gute Wille hierfür fehlte), dann ist natürlich die Grundlage einer Wiedergeburt einer linken Fraktion gegeben. Das ist die Gefahr, die jetzt die Zukunft der Partei bedroht.

Die wichtigste Frage, die Frage der Gewerkschaften.

Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften: das ist die Frage der ganzen Arbeiterklasse, der französischen Revolution. Der Marseiller Kongreß hat in seiner Resolution auf diesem Gebiet eine neue Aera versprochen. Die erweiterte Exekutive in Moskau hat mit voller Zustimmung unserer französischen Genossen eine These verfaßt, die noch präziser ist, als jene des Marseiller Kongresses. Die Genossen sagten: Warten Sie ein wenig, wir werden jetzt entschlossener auf diesem Wege vorwärts schreiten.

Wir sehen das Gegenteil.

In der alten Gewerkschaft (C. G. T.) konnte man noch die Arbeit der Kommunisten wahrnehmen, seitdem aber die Spaltung eine vollendete Tatsache ist, sieht man in der gewerkschaftlichen Bewegung die kommunistische Partei nicht mehr. Man sieht nur die anarchisierenden Syndikalisten und die reinen Anarchisten, die erklären, die Gewerkschaft habe mit der Partei nichts gemein, die Kommunistische Internationale sei gänzlich kompromittiert und der revolutionäre Syndikalismus sei vollkommen genüge. Andrerseits sehen wir, daß Daniel Renoult und Frossard diese Richtung akzeptieren und sanktionieren. Renoult schreibt z. B. in der „Humanite" vom 13. April, daß sich die Partei bei der Kundgebung vom 1. Mai den Absichten der Vereinigten Gewerkschaften (C. G. T.) ohne Vorbehalt fügen wird. Und Frossard sagt, das wäre nichts anderes, als die Fortsetzung der geschickten und voraussehenden Politik Jaures', die wir jetzt fortführen.

Wir sehen also, daß in der Frage der Gewerkschaften ein großer Schritt nach rückwärts getan wurde in der Aktion. Man wagt es nicht, vor die Arbeiterklasse mit der kommunistischen Flagge hinzutreten, man verbirgt sich hinter dem Syndikalismus. Auch in der Theorie wurde ein großer Schritt nach rückwärts getan. Man spricht nicht mehr über die Thesen des Kommunismus, man deckt sich mit den Traditionen Jaures, mit dem Jauresismus einer Tradition, die nicht mehr die unsere ist. Wir kennen die Bedeutung, die Persönlichkeit und das große historische Genie Jaures. Wir kennen aber auch seine Schwächen. Seine Vorstellung in der Gewerkschaftsbewegung war eine durchaus demokratisch-parlamentarische und keine revolutionäre; und wenn man diese Tradition in der französischen Bewegung fortsetzt, bedeutet dies den Tod der Kommunistischen Partei Frankreichs.

In der Frage der Einheitsfront ist in Frankreich alles gegen die Einheitsfront mobilisiert. Diese Frage ist von großer Bedeutung, aber wie Genosse Sinowjew am Anfang sagte, ist sie bloß eine Etappe des großen Kampfes zur Eroberung der Massen. Es handelt sich darum, die Massen zu erobern, und nicht um die Einheitsfront. Die große Frage der Eroberung der Massen ist die einzige große Frage von Bedeutung. Die Formen jedoch, die sie heute oder morgen annimmt, sind Dinge zweiten Ranges. Dennoch behandeln die französischen Genossen sie so, als wäre sie eine grundlegende Frage. Daniel Renoult schrieb einen Artikel, betitelt: Gegen die Entwaffnung der Revolution,

daß die Einheitsfront ein Eitergeschwür ist, das aufbrechen muß. Er will die Partei vor der durch uns beantragten „Entwaffnung der Revolution" retten, vergißt aber mit Pioch, mit Meric, und mit den übrigen tolstoianischen und christianischen Pazifisten zu polemisieren, die die tatsächliche Entwaffnung der Revolution beantragen. Die Tatsache, daß man die sekundäre Frage erörtert, statt eine radikale und gründliche Reinigung der Partei vorzunehmen, bewegt uns dazu, unserer französischen Partei zuzurufen: „Genossen, laßt die Erörterungen über die Einheitsfront, 1. weil für die Internationale diese Frage bereits abgeschlossen ist, 2. weil Ihr noch nicht das Instrument geschaffen habt, mit dem Ihr diese Frage anschneiden könntet. Ihr habt Eure Partei nicht zu einer Organisation gemacht, die fähig wäre, die Beschlüsse, die Ihr faßt, zu verwirklichen.

Je mehr man die Artikel Renoults und anderer liest, umsomehr gewinnt man den Eindruck, daß die Frage der Einheitsfront, wie man in Frankreich sie behandelt, lediglich als Sicherheitsventil dient. Man läßt das revolutionäre Gefühl der Arbeiter der Partei, die ein gewisses Unbehagen empfinden und begreifen, daß es irgendetwas zu reparieren gibt, durch dieses Sicherheitsventil des Kampfes gegen die Einheitsfront verdampfen.

Tschitscherin hat als Mitglied unserer Partei, entsprechend den Anordnungen des Zentralkomitees, trotzdem daß wir keine Pazifisten sind, die Abrüstung beantragt. Die ganze Welt hat unsere Politik natürlich begriffen und ihr Beifall gezollt. Sie sahen, daß wir Barthou entlarven. Bei den Berliner Beratungen haben die Genossen Radek und Frossard dieselbe Frage an die sogenannten Pazifisten gestellt, wie Tschitscherin in Genua den Vertretern sämtlicher bürgerlichen Staaten sie stellte. Durch das Stellen dieser Frage in Berlin kann man die Pazifisten des Sozialismus entlarven.

Vor der ganzen Arbeiterklasse ist das ein Schauspiel von ungeheurer Bedeutung. Im Zentralkomitee der französischen Partei begreift man es nicht. Man will es nicht begreifen. Die Pazifisten in der Kommunistischen Partei Frankreichs sind dafür, daß man Barthou entlarve, wollen aber nicht, daß man sie selbst in der Partei entlarve. Die Frage der Einheitsfront erscheint ihnen deshalb als „Entwaffnung der Revolution", weil man dadurch sie selbst, die Pazifisten in der Partei, entwaffnet.

Was die Organisationsfragen anbetrifft, werden die Gewerkschaften von einer Koterie von Syndikalisten und Anarchisten geführt; sie sind bloß eine Koterie, weil sie kein Programm, keine Organisation, keine Statuten und keine Kontrolle haben. Was unsere Partei anbetrifft, sagt sie dazu: Das ist nicht meine Sache, das ist nicht mein Gebiet, und überläßt dieses Gebiet frei für die politischen Konkurrenten. Diese Konkurrenten sind die syndikalistisch-revolutionären und anarchistischen Elemente, die geschickt genug sind, in diesen Kreisen zu manövrieren und den in Frankreich sehr verbreiteten Wunsch nach Autonomie ausnützen.

Auch in der Partei konstatieren wir Symptome ähnlicher Sorte. Da ist der Sekretär der Seine-Föderation, des mächtigsten Verbandes unserer Partei, George Pioch. Er schrieb einen „Moralischen Bericht", dessen Text hier vorliegt. In dem Bericht stehen Sachen wie: „Der Kommunismus ist die organisierte und friedliche Form der Liebe" . . . Das ganze ist in diesem Sinne gehalten. Man könnte noch viele Zitate anführen. Und dieser Bericht wurde im Monat Mai unterbreitet, erörtert und angenommen. Gegen diesen Bericht traten mit einer Deklaration eine Reihe von Genossen wie Marte Bigot, Dunois, Ker, Loriot, Treint, Rosmer, Tommasi, Vaillan-Couturier, auf, blieben aber in der Minorität. So ist die Lage in der Seineföderation. Und Genosse Frossard schreibt an die Seineföderation einen Brief, in dem er, statt offen

für die oben genannten Genossen einzutreten, von den Verdiensten George Piochs redet. Wir müssen in dieser Frage uns vollkommen an die Seite der Genossen Bigot, Dunois, Ker usw. stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß dies die Anfänge einer Fraktion, sogar die Gefahr einer Spaltung bedeute. Diese Gefahr läßt sich nur durch den notwendigen und heilsamen Block des Zentrums mit der Linken vermeiden.

Demgegenüber spricht Raul Verfeuille ein bischen diskret, aber sehr deutlich über eine „Neugruppierung in der französischen Bewegung". Er deutet an eine „organisatorische Verbindung mit Longuet". Das zeigt klar die Lage in Frankreich. Es gibt zwei Möglichkeiten von Blockbildungen: Entweder das Zentrum mit der Linken, oder das Zentrum mit der Rechten, letztere bereits mit den Longuetisten verbündet. In der „Humanite" oder in der „Internationale" findet man während dieser Vorbereitungsarbeit nirgends die Konzeption der Internationale; dagegen ununterbrochene Angriffe gegen die Einheitsfront.

Und wenn Genosse Rosmer es wagt, zwei oder drei Artikel zu schreiben, fragt Viktor Maric: Mit welchem Rechte schreibt, kritisiert, zensuriert Rosmer, der weder Redakteur noch Leiter noch Führer ist; woher nimmt er das Recht, uns zu zensurieren?

Wir verlangten in unserem Briefe, daß die erbitterte Polemik gegen die Internationale und gegen ihre Beschlüsse eingestellt werde. Man antwortete: Wir nahmen die Einheitsfront aus Gründen der Disziplin an. Aus Gründen der Disziplin annehmen, das bedeutet: in der „Humanite" jeden Tag erbittert angreifen. Und wenn man Frossard nach Berlin entsendet, so geschieht dies „ausnahmsweise". In der Regel also greift man die Internationale an, ausnahmsweise führt man aber ihren Beschluß durch. Und das nennt man Disziplin der Aktion.

Zuguterletzt müssen wir auf die Tatsache zurückkommen, daß man immer sagt: die Internationale ist falsch unterrichtet! Wir haben nur Bruchstücke von Artikeln, wir haben nur durch die wohlbekannte diabolische Persönlichkeit bearbeitete Zitate. Demgegenüber steht fest, daß wir alles im Beisein unserer französischen Genossen erledigen. Auf dem Kongreß wurden die Resolutionen, mit der einzigen Ausnahme der Einheitsfront, stets im Einvernehmen mit unseren französischen Genossen angenommen. Man schuf in Frankreich die Legende von der unfehlbaren Internationale, die aber falsch informiert und schlecht beraten ist.

In der Kommunistischen Partei gibt es Elemente verschiedener Herkunft. Es gibt da vorzügliche Elemente, die die 2. Internationale durchgemacht haben, die eine politische Erziehung, eine gewisse politische Erfahrung haben, was der Arbeiterbewegung sehr nottut. Es sind auch jüngere Elemente, Organisateure, Führer, Propagandisten da, die diese Fähigkeiten, diese Erfahrungen nicht besitzen. Die Internationale handelte sehr richtig, wenn sie alles aufgeboten hat, um die bereits gereiften, durch die 2. Internationale erzogenen Elemente in der neuen kommunistischen Partei zu behalten versuchte. Dies war der Fall mit Serrati in Italien, bei Levi in Deutschland, bei Smeral in der Tschechoslowakei. Die Resultate waren verschieden. In Italien erfolgte die Spaltung, aus der unsere Partei als Minderheit hervorging; in Deutschland ist Levi mit einer kleinen Gruppe Intellektueller ausgetreten und die Kommunistische Partei ist nach der Spaltung die Mehrheit der alten Partei geblieben; in der Tschechoslowakei haben wir Smeral und jene Elemente, die ihm ideologisch am nächsten stehen, der kommunistischen Bewegung erhalten, und ich glaube mit großem Nutzen für die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei. Wir sehen also, daß die Gefahr besteht, daß die Spaltung in dem einen oder anderen Lande sich in falscher Richtung

vollziehen kann und in eine Richtung geht, die trotz unseres festen Willens zur Isolierung des linken Flügels führt.

In Frankreich ist es unser höchstes Interesse, die Vereinigung zustandezubringen, den Block zwischen dem Zentrum, d. h. der Richtung Cachin, Renoult, Sellier, und dem linken Flügel.

Man sagt, daß dieser oder jener Genosse von der Linken manchmal ungeschickte Reden gehalten hat. Wenn das wahr ist, so ist es sehr bedauerlich. Alles in allem aber ist die Linke von dem Willen erfüllt, den Kommunismus, die Kommunistische Internationale zu vertreten. Das ist eine Tatsache. Und wenn die Linke Fehler macht, wird die Internationale sie schon kontrollieren, und die Linke wird sich immer unterwerfen.

Dem Zentrum gegenüber haben wir immer vorsichtig gehandelt, und ich könnte Beispiele für die wahrhaft brüderlichen und freundschaftlichen Anstrengungen anführen, die wir gemacht haben, um unser Ziel zu erreichen, ohne jemanden zu kränken und ohne scharfe Methoden anzuwenden.

Die Einheit des Zentrums mit der Rechten gegen die Linke wäre der Tod des französischen Kommunismus. Die Einheit des Zentrums mit der Linken, das ist die Zukunft des französischen Kommunismus. Das muß jetzt offen verkündigt werden, nicht in diskreter Weise.

Wir haben es bisher in diskreter Weise getan, wir haben nichts erreicht. Heute muß energischer gesprochen werden. Wenn wir unseren Brief in etwas stärkerer Tonart geschrieben haben, als dies früher der Fall war, geschah dies, weil wir die Lage in Frankreich für sehr ernst, sehr kritisch halten.

Sellier: Es kann in der Tat nicht bestritten werden, daß die Zukunft der französischen Partei auf der Vereinigung der Linken mit dem Zentrum gegen den rechten Flügel ruht. Er findet aber, daß die ungünstige Beurteilung des Zentrums davon herrührt, daß es seit Tour die Majorität und infolgedessen die Verantwortung in der Parteileitung hat, und die Linke, die sehr leichte Rolle des Kritikers spielen konnte. Unter den gegebenen Verhältnissen würde die Linke bis auf einige kleine Abweichungen dieselbe Politik führen. Dann nahmen in der Partei die persönlichen Fragen einen großen Umfang an. Es wurden außer Verfeuille, der mehr Pazifist als Kommunist ist, mehrere Genossen durch persönliche Angriffe in eine falsche Zone, in eine Art Sackgasse, abseits der internationalen kommunistischen Aktion, gedrängt. Er erwähnt, daß Pioch, trotz seiner Fehler, auch große Verdienste hat und eben durch das Komitee der 3. Internationale zum Sekretär der Seine-Föderation bestellt wurde; ebenso wie Meric, der ebenfalls aus dem Komitee der 3. Internationale kam. Wenn die persönlichen Angriffe so weitergehen, werden alle Genossen diese Reihe passieren. Daß die Angegriffenen sich zur Wehr setzen und antworten, ist selbstverständlich. Er führt Beispiele dieser Anfeindungen, deren verantwortlichen Urheber man teilweise in der Person Souvarines sieht, an. Es entsteht eine Atmosphäre, wo man gar nicht dazu kommt, die großen politischen Fragen zu erörtern.

Was die gewerkschaftliche Aktion anbetrifft, steht es fest, daß unsere Partei nicht alles tat, was sie zu tun hätte. Der Fehler liegt aber auch in der Taktik der Roten Gewerkschaftsinternationale, die das Prinzip der organischen Verbindung mit der Komintern in ihre Thesen zu einer Zeit aufnahm, wo es leicht möglich gewesen wäre, diese Verbindung ohne viel Aufhebens zustandezubringen. Wir waren im Begriffe, die Führung des französischen Gewerkschaftswesens in die Hand zu nehmen. Dies wurde dadurch zerstört, daß man das Prinzip der organischen Verbindung über die Köpfe der nichtkommunistischen, von Überbleibsel einer anarchistischen Ideologie behafteten gewerkschaftlichen Masse, als eine durchaus überflüssige Flagge gehißt hat.

Es ist noch ein großer Unterschied prinzipieller Natur. In Frankreich, wo es keinen ganz konzentrierten Kapitalismus gibt, hegt man den Gedanken, daß die revolutionäre Aktion durch die entscheidende Tätigkeit einer aktiven Minderheit beherrscht und geführt wird, daß es genügt, in Paris, im Loire-Bassin, in den Häfen, in den großen Industriestädten des Nordens, die Majorität der Arbeiter zu erobern. Das ist die Meinung der Mehrzahl der französischen Kommunisten. Wenn wir demgegenüber die große Majorität aller Arbeiter erobern müssen, ist das in Frankreich ein gar zu entmutigendes Ziel und würde in der Seele vieler Revolutionäre die wertvolle Triebfeder ihres Glaubens und ihres revolutionären Ungestüms zertrümmern. Er schlägt deshalb vor, daß die Kommission mit der eingehenden Bearbeitung der französischen Frage weiter fortfahre.

Was die Tätigkeit Verdiers, Quintons und anderer in den Gewerkschaften anbetrifft, so haben sie nie auf ihre Eigenschaft als Kommunisten sich berufen, um mit „roten Kugeln" auf die gewerkschaftlichen Thesen der Internationale schießen zu können. Der Brief Frossards an Pioch war nur eine Art Zeugnis von guter Aufführung, das man bei einer Entlassung zu geben pflegt. Pioch hat nicht nur Dummheiten gemacht, wie man sagt, seine Reden waren gut und übten auf die Arbeiter große Wirkung aus.

Souvarine: Das Leitmotiv der Rede des Genossen Trotzki, der Block des Zentrums der französischen Partei mit der Linken gegen die Rechte, wurde schon während der erweiterten Exekutive im Februar aufgestellt und als ein Übereinkommen durch die Delegation angenommen. Durchgeführt wurde es aber nicht, und dies nicht durch das Verschulden der Linken. Die Rede des Genossen Sellier war auch nicht dazu angetan, diesen Block herbeizuführen. Ist das Leben der Partei seit dem Kongreß von Tour wirklich eine Reihe niedriger Zänkereien? Nein. Die französische Partei ist im ganzen gesund; nur wurde eine große Gedankenverwirrung in ihre Reihen hineingetragen.

Das Komitee der 3. Internationale war kein Kristall, es war ein lebendiger Körper, der gewisse Elemente in sich aufnahm, andere wieder ausschied. Es wurde in ihm aber weder Meric noch Pioch irgendeine Aufgabe von irgendwelcher politischer Verantwortung anvertraut. Das Komitee der 3. Internationale war immer bestrebt, die Schwätzer und berufsmäßigen Scherzfabrikanten hinauszuwerfen und sie von jeder politischen Tätigkeit fernzuhalten. Er konstatiert noch, daß das Zentrum, das man ständig aufforderte, sich mit der Linken zu vereinigen, statt dessen die Rechte verteidigte. Es gibt in der Partei eine Krise, weil es noch Leute gibt, die nicht gerne sehen, wenn die Internationale sich in die Angelegenheiten der französischen Partei einmengt. Diese Leute können der Linken nicht verzeihen, daß diese ihren Beitritt zur Kommunistischen Internationale viel zu ernst aufgefaßt hat. Auch die Linke ist nicht frei von jedem Vorwurf; sie ist jung, sie hat keine Erfahrung und sie begeht manchmal ungeschickte Handlungen; ihr erster Fehler war, daß sie es unterließ, Energie anzuwenden und viel zu spät einschritt, als die Ausschreitungen der Rechten bereits einen unhaltbaren Zustand geschaffen hatten. Doch die Linke tut ihr Möglichstes, um dem Geist der Kommunistischen Internationale treu zu bleiben, was man von den andern Fraktionen nicht behaupten kann.

Er ist mit dem Vorschlag Selliers einverstanden, bittet aber um keine Verschleppung der Sache, da die Krise sich in Frankreich außerordentlich rapid verschärft.

Leiciague findet, daß die Frage der Einheitsfront in dem Briefe nicht eingehend genug behandelt wird. So auch die Tätigkeit der Neunerkommission. Sie schlägt vor, in dem Briefe eingehend auf die Erfahrungen und

Probleme der Einheitsfront einzugehen und dem Briefe eine Fassung zu geben, die seine Anwendung für das Zentrum erleichtert. Sie ist ebenfalls für den Block des Zentrums mit der Linken, warnt aber, sich nur auf die Linke zu stützen, deren Kräfte man selbst hier für nicht ausreichend betrachtet. Sie findet auch, daß die Einteilung in eine Linke, ein Zentrum und eine Rechte zu mathematisch ist. Es sind sehr wertvolle aktive Elemente, die sich in diese Einteilung nicht eingliedern lassen.

Jordanow findet, daß das Übel in der französischen Partei schlimmer sei, als manche denken. Es handelt sich keineswegs um Personen, sondern um die ganze Zusammensetzung und um die ganze Organisation der Partei. Es genügt nicht, im Falle Fabre nur die Person auszuschließen, man muß auch die Idee, die Fabre vertritt, und die in der französischen Partei stark vertreten ist, bekämpfen. Es war von jeher in der französischen Partei ein Fehler, den Personenfragen zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Jetzt ist eine Lage entstanden, in der, wenn wir die Arbeiterbewegung in Einklang mit den Ideen der Kommunistischen Internationale bringen wollen, keine Angst davor haben dürfen, 10, 15, 20 oder mehr Personen aus der französischen Partei zu entfernen, wenn wir dadurch den Werdegang einer wirklich proletarischen revolutionären kommunistischen Partei erleichtern. Er ist für sofortige Absendung des Briefes.

Trotzki: Die sehr interessante Rede des Genossen Sellier trachtete die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich zu erklären. Marx sagte einst, daß es sich nicht bloß darum handelt, die Welt zu erklären, sondern auch darum, sie zu ändern. Dies trifft vollkommen auf diese Lage zu. Die Meinung, daß die Linke auch keine andere Politik treiben könnte als das Zentrum, ist etwas fatalistisch, und besagt, daß die Politik des gegenwärtigen Zentralkomitees das Maximum kommunistischen Wollens und kommunistischer Aktivität darstellt. Das ist aber nicht der Fall. Was wir eben dem Zentralkomitee vorwerfen, ist seine Passivität, sein Fatalismus. Die Entwicklung wird nicht nur durch eine molekularische Arbeit der inneren Kräfte der Partei bewirkt, sondern auch durch Krisen, durch Erschütterungen, in denen in hohem Maße von dem Willen von 3, 4, 5 Mitgliedern abhängt, die Zukunft der letzteren auf Jahre hinaus zu bestimmen. In einem solchen Moment, wo die Wahl zwischen 2 oder 3 Richtungen getroffen werden muß, gewinnt das Zentralkomitee, die Männer, die durch das Proletariat in der Vergangenheit an die Spitze der Partei gestellt wurden, bedeutende Wichtigkeit. Dieser Augenblick ist für die französische Partei eben da. Da genügt es nicht, Erklärungen zu geben. Da ist eine Taktik, eine Stellungnahme, eine politische Richtung notwendig. Es wurde uns gesagt: Man darf nicht die Partei mathematisch in eine Rechte, in ein Zentrum und in eine Linke einteilen. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Es bestehen natürlich verschiedene Schattierungen. Wenn wir jedoch diese Schattierungen einer politischen Beurteilung unterziehen, finden wir, daß sie sich um drei Punkte gruppieren. Augenblicklich gibt es ein Zentrum, in dem Fall Pioch von Frossard vertreten, eine Rechte und eine Linke. Was die höfliche Verabschiedung Piochs bei seiner Demission anbetrifft, müssen wir darauf hinweisen, daß die Höflichkeit in Frankreich eine starke und gefährliche politische Macht ist. Für die Bourgeoisie ist die Höflichkeit das Mittel, mit dessen Hilfe sie die aus der Masse hervorgehenden revolutionären Elemente einlullt. Es ist typisch die Höflichkeit des Parlamentes, wo gute Arbeiter, die hineinkamen, um den Schmerz, den Haß der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker kundzugeben, durch die im Laufe der Sitzung herausgebildete Höflichkeit jedoch eingelullt, man könnte sagen, gelähmt wurden.

In dem Falle Pioch war es die Linke, die die Richtung der Internationale vertrat, und sie vertrat sie in vorzüglicher Weise. Die Aufgabe des Genossen Frossard wäre gewesen, statt ihm Höflichkeiten zu sagen, seine Politik zu billigen oder zu mißbilligen, und das tat er nicht. Durch unseren Brief wollen wir es erzwingen, daß die Genossen ihre Meinung endlich sagen. Bisher schwiegen sie, wie unser Genosse Rappoport, der sich der Teilnahme an der Sitzung enthält. Man sagt, Pioch hat nicht nur Dummheiten gesprochen. Darin liegt eben die Gefahr. Wenn Pioch nur Blödsinn sprechen würde, bestände keine Möglichkeit, ihm eine Stelle anzuvertrauen. Er ist aber beredt, spricht in vielen Versammlungen, hat die Flagge der Partei über sich, die Arbeiter gewöhnen sich daran, ihn als Vertreter der Partei anzusehen. Und in dem Augenblick, da er sich über Fragen von Leben und Tod zu äußern haben wird, wird er seine Autorität dazu gebrauchen, die Arbeiter auf Abwege zu führen.

Die Behauptung, daß die Rechte nur die Angriffe abwehrt, scheint nicht stichhaltig zu sein. Das Zentrum der Partei hat die „Humanite" und die „Internationale" in seinen Händen und für die Linke, ja selbst für die Kommunistische Internationale ist es eine schwierige Sache, mit ihren Gedanken in die Spalten der „Humanite" einzudringen. Gegen die Bourgeoisie, gegen den Militarismus kämpft die „Humanite" gut, aber in den Fragen, die durch den Werdegang der Partei hervorgerufen worden sind, schweigt sie, und die Antwort erteilt die Rechte. Weder Cachin noch Frossard äußerten sich über die Hauptfragen. Verfeuille ist es, der sich äußert. Er nützt die Autorität aus, die er den Artikeln Cachins dadurch verdankt, daß er derselben Partei angehört wie Cachin. Wenn sich Cachin über das Verhalten Verfeuilles, über das Verhalten Piochs nicht äußert, überläßt er das Feld der Rechten, und wir müssen gegen das Zentrum die Anklage erheben, daß es durch seine Art, sich in den dringendsten Fragen Enthaltsamkeit aufzuerlegen, das Feld der Rechten überläßt.

Die persönlichen Mißverhältnisse kennen wir selbst. Man ist auch bei uns menschlich. Die persönlichen Angelegenheiten müssen sich jedoch in einer gewissen politischen Bahn entwickeln. Man muß zunächst diese politische Bahn feststellen, denn bei allen Richtungen, die sich politisch nicht klar äußern, erlangen die persönlichen Angelegenheiten eine vorherrschende Bedeutung.

Was die Rolle der Tradition in den Gewerkschaften anbetrifft: Die Bedeutung dieser Traditionen anerkennen oder sich vor ihnen andächtig verbeugen, sind zwei durchaus verschiedene Dinge. Man findet in der „Humanité" Resolutionen, Artikel von Syndikalisten, die gegen uns gerichtet sind und ohne Kommentar veröffentlicht werden. Warum antwortet die Partei nicht? Um die Syndikalisten nicht zu verletzen? Das ist doch aber die beste Art, ihre Vorurteile, die Überbleibsel der Vergangenheit aufrecht zu erhalten und ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung sicherzustellen.

Wenn man die Ausschließung der dazu reifen Elemente immer verschiebt, so riskieren wir, sie bis zum Augenblick der Revolution zu verschieben. Es besteht die Gefahr, daß man bis zu diesem Augenblick Autoritäten, Berühmtheiten unterstützt, die sich im entscheidenden Moment gegen uns wenden. Im entscheidenden Augenblick wird dieser Umstand dem Feind als offene Türe dienen.

Man spricht auch von unseren Regierungsfehlern. Meric, Verfeuille argumentieren gerne damit, daß wir Bolschewiken selbst zugeben, viele Regierungsfehler begangen zu haben und können dementsprechend auch bei dem Eingreifen in die Politik der Internationale Fehler begehen.

Es gibt aber verschiedene Fehler.

Unsere Regierungsfehler sind die Fehler der ersten proletarischen Regierung. Es ist kein Beispiel vorhanden, das uns lehren würde, sie zu vermeiden. Eben deshalb verkünden wir aber, daß es Fehler sind, damit die Arbeiter in Frankreich, in Deutschland, überall sie erfahren und aus ihnen lernen. Die Fehler aber, die jetzt in der französischen Partei begangen werden, sind nicht neue Fehler. Sie sind bekannt, sehr bekannt. Sie sind schon registriert, katalogisiert, und wir beantragen nur Heilmittel gegen diese wohlbekannten Fehler.

Es ist richtig, daß der Brief nicht die Frage der Einheitsfront genügend analysiert. Wir glaubten die Streitfragen behandeln zu müssen. Die Frage der Einheitsfront ist dagegen bereits entschieden, die Taktik wird jetzt durchgeführt. Daher ist in dem Briefe von der Frage der Einheitsfront nur nebenbei die Rede. Man kann der Ansicht der Genossin Leiciague vollkommen zustimmen, daß ein zweiter Brief verfaßt werden müsse, ein Schriftstück, das die auf dem Gebiete der Einheitsfront gemachten Erfahrungen analysiert, jene internationalen Erfahrungen, die die richtige Interpretierung möglich machen, die die in Frankreich gegebene falsche Interpretierung korrigieren. Man kann dem Briefe hinzufügen, daß die Einheitsfront in einem künftigen Briefe behandelt wird.

Es stimmt, daß die Ausschließung Faores nicht alle Fragen löst. Sie stellt aber Fragen, auf die die Arbeiter klare Antwort verlangen, und diese Antwort wird erst gegeben sein, wenn die Massen der Partei einen vollkommen klaren Begriff, eine klare Vorstellung über die Lage erhalten haben.

Nach dem Schlußwort des Genossen Trotzki beschließt die Exekutive einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen der französischen Genossen, die sofortige Absendung des Briefes, sowie die Verfassung eines zweiten Briefes in der Frage der Einheitsfront. Es wird auch beschlossen, das Referat Trotzkis als eine Broschüre herauszugeben.

Prozeß der Sozialrevolutionäre.

Sinowjew berichtet, daß die drei Advokaten aus der Partei der Sozialrevolutionäre auf die Verteidigung verzichtet haben und nur sechs Verteidiger, unter ihnen Kurt Rosenfeld, Theodor Liebknecht und Vandervelde, kommen werden. Die Verteidiger legten bei der russischen Sowjetgesandtschaft in Berlin einen Protest dagegen ein, daß man sie in der „Roten Fahne" und in der „Prawda" angreift. Sie fordern, daß man sie nicht angreife, daß eine ruhige Atmosphäre geschaffen werde usw. Die Herren Advokaten sind gestern bereits aus Berlin abgereist.

Die Mitteilung wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Sprachgruppen.

Sinowjew: Wie Sie wissen, wurden bei der Exekutive Sprachgruppen ins Leben gerufen. Sie sind seit einigen Wochen in Tätigkeit und bewährten sich bis jetzt sehr gut, haben eine große Zukunft, und wir müssen alles Mögliche tun, um sie wirklich zu unterstützen. Sie sollen nicht nur zur gegenseitigen Information dienen, sondern zum Studium der Fragen der Taktik, vielleicht auch der Theorie dienen. Es ist notwendig, daß die Genossen, die in den Sprachgruppen präsidieren, alle dem Präsidium der Exekutive angehören. Jetzt sind zwei Genossen, Bell und Jordanow, die Vorsitzende von Sprachgruppen sind, aber nicht Mitglieder des Präsidiums, und so nicht die Möglichkeit haben, ihre Gruppen sofort über die Beschlüsse des Präsidiums zu orientieren.

Wir hoffen außerdem, daß Genosse Trotzki in der romanischen Sprachgruppe mitarbeiten wird, vielleicht auch Lunatscharski, Stecklow und andere, in der englischen Radek, in der deutschen Bucharin.

Die Exekutive beschließt, daß die Genossen Bell und Jordanow dem Präsidium zugeteilt werden sollen und daß die Arbeit der Sprachgruppen außer organisatorischen Fragen das Studium der Theorie und der Taktik umfaßt.

Aufrufe.

Sinowjew: Das Präsidium schlägt vor, zur Beendigung der Genueser Konferenz einen Aufruf zu erlassen.

Es wurde außerdem beschlossen, gegen die Verfolgung der französischen Genossen in Tunis und gegen die Verfolgung der rumänischen Genossen einen Aufruf zu erlassen, bei welchem die französischen und rumänischen Genossen mitarbeiten werden.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Bericht über die Bukowina und über die Jugendkonferenz wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit verschoben.

An die Arbeiter aller Länder!

Die Lehren der Genueser Konferenz.

Die bürgerliche Entente zerfällt — Sowjetrußland erstarkt.

Die Genueser Konferenz ist zu Ende. Nach der Absicht ihrer Einberufer sollte sie nicht weniger als das durch den imperialistischen Weltkrieg „zerstörte wirtschaftliche Gleichgewicht Europas wiederherstellen". Die Pralhänse! Niemand kann aus seiner Haut heraus. Das imperialistische Bürgertum kann Europa nicht von dem wirtschaftlichen Ruin retten, dasselbe Europa, das zum Tummelplatz des imperialistischen Gemetzels gemacht und volle vier Jahre verwüstet und gebrandschatzt wurde.

Das Bürgertum hat in Genua seine vollständige Ohnmacht, seine absolute Impotenz bewiesen. Man machte einen Riesenradau, die Premierminister der reichsten bürgerlichen Staaten mußten herhalten, sogar der König von Italien, der Genueser Erzbischof, der Papst selbst und wie die Heilände der Menschheit sonst heißen, wurden aus ihrer Ruhe gerissen. Und das Fazit davon? Mehrere Wochen lang redete man hin und her, sachlich wie die Katze um den Brei und rührte sich nicht vom Fleck. Und nun ist man schließlich glücklich dahin gelangt, nach Haag zu übersiedeln. Die kleinlichen Scharmützel und Zänkereien der „Siegerstaaten" unter sich haben der ganzen Welt gezeigt, was für tiefe Gegensätze zwischen England und Frankreich, zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich, den Siegerstaaten und Deutschland usw. existieren. Der Völkerbund ist ein Kadaver, den die Genueser Konferenz nicht einmal verstanden hat, aus dem Wege zu räumen. Aber auch die Entente kracht in allen Fugen. Ein moderner Kram, der in die Rumpelkammer gehört. Je mehr Lloyd George und Barthou uns mit dem Brusttone der Überzeugung erklären, die Entente sei bei voller Gesundheit, desto mehr pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß es eine abgekartete Heuchelei ist und daß die berüchtigte Entente am Ende ihres Lateins angelangt, sanft im Gotte entschlafen ist.

Noch nie ist die Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft so klar vor aller Augen getreten, wie jetzt. Der Verfall und die Zersetzung des bürgerlichen Staates schreiten mit Meilenstiefeln vorwärts. Der äußere Glanz der bürgerlichen Regierungen ist wie die hektische Röte auf den Wangen eines

Schwindsüchtigen. Eine untergehende Klasse — dieses Urteil wird jeder aufmerksame Beobachter fühlen müssen, der den Gang der Arbeiten der Genueser Konferenz verfolgt hatte. Der Stern des Bürgertums geht unter — das ist die Hauptlehre Genuas.

Die Arbeiterklasse aber strebt empor. Sie ist ein aufsteigender Stern. Die Kraft des Proletariats wird unaufhaltsam wachsen — zuerst langsam, dann aber immer rascher. Das Proletariat wird das Bürgertum der ganzen Welt von der Macht ablösen. Am augenscheinlichsten ist es durch die Rolle der russischen Delegation in Genua bewiesen worden. Die russische proletarische Revolution befindet sich in einer schwierigen Lage. Vier Jahre lang wurde Sowjetrußland von Interventionen, Verschwörungen und weißem Terror gequält und gepeinigt. Eine schwere Hungersnot traf das Land. Trotz alledem ist die russische Revolution — die siegreiche Revolution —. Diese erste in der Weltgeschichte siegreiche proletarische Revolution stand nun mit stolz erhobenem Haupte vor dem internationalen Areopag des Bürgertums. Dies ist auch der Grund, weshalb ein festes Programm, eine vollendete Weltanschauung, die große historische Perspektive, der Gedankenschwung nur bei der Sowjetdelegation zu finden waren, die die Interessen nicht nur des proletarischen Rußlands, sondern des Proletariats der ganzen Welt verteidigten. Sie allein vertrat in Genua die Zukunft der Menschheit, während alle bürgerliche Delegationen die morsche Vergangenheit vertraten.

Der erste Vorschlag der Sowjetdelegation in Genua war — die Abrüstung.

Ihr sagt, daß ihr das durch euren imperialistischen Krieg zerstörte wirtschaftliche Gleichgewicht Europas wiederherstellen wollt. Nun gut, macht doch den ersten Schritt dazu, gehen wir an die Abrüstung. So erklärte die Sowjetdelegation allen den bürgerlichen Kanonenfutterspekulanten. Der Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie Frankreichs, Barthou, erblickte hierin ganz natürlich eine persönliche Beleidigung. In einer „delikateren Form" wurde dieser Antrag von den englischen und auch allen übrigen Imperialisten abgelehnt.

Welche Schlußfolgerung haben die Arbeiter aller Welt hieraus zu ziehen.

Sie kann nur lauten: Die Abrüstung ist eine Sache der Unmöglichkeit, so lange das Bürgertum am Ruder bleibt. Die Abrüstung ist ohne die siegreiche proletarische Revolution unmöglich.

Der Abrüstungsvorschlag der Sowjetdelegation hat auch bei den Vertretern der 2. und 2½. Internationale ins Schwarze getroffen. Diese kleinbürgerlichen Spießer haben jahrzehntelang den Arbeitern ihre lauwarmen, pazifistischen Phrasen vorgeleiert, predigten ihnen Tugend und Friedfertigkeit. Hört man ihnen zu, so ist die Kluft zwischen Kapital und Arbeit ganz einfach aus der Welt zu schaffen. Man braucht nur zu dem Allheilmittel der Führer der 2. und 2½. Internationale zu greifen, und siehe da, das Bürgertum rüstet ab, es finden keine Kriege mehr statt, die Wölfe schließen Freundschaft mit den Ländern.

Was aber zeigte sich in Genua? Haben die Führer der 2. und 2½. Internationale die Abrüstungsforderung der Sowjetdelegation unterstützt? Selbstverständlich nein. Sie wären nicht die Leibdiener des Bürgertums, wenn sie nicht im entscheidenden Moment das täten, was ihnen ihr Herr befiehlt. Die 2. und 2½. Internationale erwiesen sich in dieser Frage tatsächlich auf Seiten des Bürgertums. Und nochmals wird sich jeder klassenbewußte Arbeiter sagen müssen: Willst Du die Abrüstung, so hast Du für die prole-

tarische Revolution zu kämpfen. Willst Du die Abrüstung, so mußt Du die Diktatur des Proletariats erkämpfen. Zu diesem Zwecke aber hast Du die Kommunistische Partei zu unterstützen.

Als man in Genua den Versuch unternahm, Sowjetrußland, die erste proletarische Republik, auszurauben, hat das Bürgertum die „Einheitsfront" gebildet. „Restitutionen" — das war das Schlagwort der Bourgeoisie in Genua. Es leben die Restitutionen, ½ Restitutionen über alles! Restitutionen — der letzte Weisheitsspruch, der letzte Schrei der Zivilisation! Kein Heil ohne Restitutionen!

Was verstand man unter diesen berüchtigten „Restitutionen"? Deutsch gesprochen handelt es sich darum, von der russischen proletarischen Revolution die Wiedereinsetzung der ausländischen Kapitalisten, die vor der Revolution 1917 Eigentum in Rußland besaßen, in ihre heiligen Eigentumsrechte zu erzwingen. Es ist dies eine Handvoll Börsenbarone, wahrscheinlich nicht mehr als ein paar Hundert. Man kann diese an den russischen Restitutionen „interessierten" belgischen, französischen, englischen Großkapitalisten an den Fingern abzählen. Aber die tatsächlichen Gewalthaber der bürgerlichen Gesellschaft sind eben die Milliardäre. Wie schon Marx gesagt hatte, sind die bürgerlichen Regierungen nichts anderes, als die Ausführungsorgane des Geldsackes. Und wie diese paar Hundert Millionäre und Milliardäre pfiffen, so tanzten auch alle die Lloyd Georges und Barthous.

Ihr werdet von uns keine „Restitutionen" bekommen. Die proletarische Revolution in Rußland wird die Eigentumsrechte der euch so ans Herz gewachsenen Börsenwölfe nicht wieder aufrichten. So erklärte Sowjetrußland der in Genua versammelten gierigen Clique. Und ungefähr dieselbe Antwort bekam das Bürgertum auch in den Anleihefragen.

Zunächst drohte man der russischen proletarischen Revolution mit Tod und Teufel. Man keifte und kreischte. Nachher aber beruhigte man sich und machte sogar eine sehr zufriedene Miene. Die Weltbourgeoisie war noch stark genug, um der russischen proletarischen Revolution, die sie selbst im Laufe von vier Jahren auf die schamloseste Weise ruinierten und ausraubten, die Gewährung von Anleihen zu verweigern. Aber zum Glück für das internationale Proletariat erwies sich das bürgerliche Europa bereits entkräftet genug, um nicht imstande zu sein, der ersten proletarischen Republik neue Verpflichtungen aufzuzwingen bzw. die alte Zwingburg des fremden Privateigentums wieder aufzurichten. Die Zähne des bürgerlichen Europas sind faul und wacklig geworden, sie konnten Sowjetrußland nicht mehr beißen. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo sie ganz herausfallen werden.

Sowjetrußland hat den Vertrag mit der bürgerlichen deutschen Republik abgeschlossen. Die in Deutschland am Ruder stehenden Herren „Demokraten" und „Sozialdemokraten" widersetzten sich lange Zeit dem Bündnis mit Sowjetrußland, obwohl die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands während zwei Jahren schon einmütig dieses Bündnis verlangte. Nur die absolute Unerbittlichkeit eines Wucherers, die die Siegerstaaten in Genua Deutschland gegenüber zeigten, vermochte erst die jetzige deutsche Regierung dazu zu bringen, einen Vertrag mit Sowjetrußland abzuschließen. Der in Rapollo zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossene Vertrag hat eine kolossale historische Bedeutung. Das große Rußland mit seiner hundertfünfzig Millionen-Bevölkerung und seinem überwiegend agrarischen Charakter im Bunde mit Deutschland, mit seiner erstklassigen Industrie, dies wird eine so mächtige wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben, die sich über alle Hindernisse hin-

weg Bahn brechen wird. Von deutscher Seite wurde dieser Vertrag von der gegenwärtigen bürgerlich-menschewistischen Regierung unterzeichnet. Aber alle begreifen, daß die Zusammensetzung der jetzigen Regierung Deutschlands vorübergehend ist, die deutsche Arbeiterklasse aber bleiben wird. Die deutsche Arbeiterklasse wird einmal unvermeidlich die Gewalt in ihrem Lande erobern. Deutschland wird eine Sowjetrepublik werden. Und dann wird der deutsch-russische Vertrag, der zwei große Sowjetrepubliken verbindet, eine solche unerschütterliche Grundlage für den wirklichen kommunistischen Aufbau ergeben, daß das alte, verbrauchte Europa dem nicht einmal einige Jahre wird standhalten können. In diesem Sinne werden die Geschicke der Menschheit in den nächsten Jahren von den Erfolgen der deutschen Arbeiterklasse bestimmt. Der Sieg des deutschen Proletariats über „seine" Bourgeoisie wird einen nie dagewesenen Umsturz in der sozialen Struktur ganz Europas bedeuten. Wenn das deutsche Proletariat in seinem Lande den Einfluß der 2. und 2½. Internationale zunichte macht, wird ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit beginnen.

Die klägliche konterrevolutionäre Rolle der 2. und 2½. Internationale ist noch nie so klar gewesen, wie in jenen Wochen, als in Genua die Weltkonferenz stattfand. Die Führer der 2. und 2½. Internationale haben alles Mögliche und Unmögliche getan, um das Weltproletariat daran zu hindern, seinen Kongreß einzuberufen und namens des Weltproletariats sein proletarisches Programm der Wiederaufrichtung Europas und der ganzen Welt aufzustellen. Die Führer der 2. und 2½. Internationale haben alles Mögliche und Unmögliche getan, um den Führern der Bourgeoisie, den Lloyd Georges und Barthous, das Ausrauben der ersten proletarischen Republik zu erleichtern. Auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen weigerten sich die deutschen Sozialdemokraten, die Forderung der Revision des räuberischen Versailler Vertrages zu unterstützen. Schon dadurch allein hat sich die verräterische Sozialdemokratie Deutschlands auf immer mit Schmach und Schande bedeckt. Statt die Arbeiter zum Proteste aufzurufen, statt die Gemüter der unterdrückten Klasse aufzurütteln und sie zum Kampfe gegen die Machthaber des bürgerlichen Europas zu organisieren, zerflossen die Führer der 2. und 2½. Internationale in Genua vor Demut und Unterwürfigkeit jeder vor dem bürgerlichen Minister. Den Finger an die Lippen, beschworen sie die Arbeiter, ja nicht das Schweigen zu brechen, damit, Gott behüte, das derbe proletarische Wort der Wahrheit und der Empörung nicht die edlen Ohren der in Genua versammelten Herrschaften erreichen. Der Minister, die zusammengekommen sind, um Sowjetrußland auszurauben und neue imperialistische Kriege vorzubereiten. Die fortgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt werden die schändliche Rolle der 2. und 2½. Internationale in Genua nie vergessen und nie verzeihen. Die Stellungnahme der 2. und 2½. Internationale zur Zeit der Genueser Konferenz hat es mit absoluter Sicherheit bewiesen, daß, wenn im Juli 1922 die Ereignisse vom Juli 1914 sich wiederholen sollten, die Herren sozialdemokratischen Führer aus der 2. und 2½. Internationale die Arbeiter wieder zum „Schutze des Vaterlandes", d. h. zum gegenseitigen Abschlachten aufrufen würden, wie es die Scheidemänner und Vandervelde zu Beginn des ersten imperialistischen Weltgemetzels getan haben.

Zum Schlusse der Genueser Konferenz haben die Vertreter der Entente nochmals den frechen Versuch unternommen, die „verderbliche Propaganda" der Kommunisten aufs Tapet zu bringen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale erklärt: die Internationale Genossenschaft der in der Komintern organisierten Arbeiter-Kommunisten hat sich und wird sich durch keinerlei

Verpflichtungen binden. Wir sind Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. Jeder ehrliche Kommunist wird bis zu seinem letzten Atemzuge mit Wort und Tat und wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand gegen die bürgerliche Gesellschaft kämpfen. Ja, die Propaganda der Kommunistischen Internationale wird für Euch „verderblich" sein, Ihr Herren Imperialisten. Die geschichtliche Aufgabe der Kommunistischen Internationale ist nun einmal so: Der Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft zu werden. Nichts für ungut ihr Herren Imperialisten. Solange ihr durch eure Existenz die Gefühle jedes klassenbewußten Arbeiters beleidigt, solange euer fauler Odem die Welt verpestet, solange eine Hand voll Milliardäre fortfährt, ihren Wohlstand auf den Knochen der Arbeiterklasse aufzubauen, kurzum, solange eure gesegnete kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht — wird die „verderbliche" Propaganda der Kommunisten nicht aufhören.

Arbeiter Frankreichs! Ihr habt das Wort! Macht alles, was in eurer Macht liegt, um die Regierung Barthous zu stürzen, die dem werktätigen Frankreich zur Schande gereicht! Verlangt Rechenschaft von der reaktionären Bande, die Frankreich zu Grunde richtet und Sowjetrußland ausrauben möchte!

Arbeiter Englands! Jahrelang erstrebt ihr die Anerkennung Sowjetrußlands und jahrelang streut euch eure Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialverräter Henderson, Mac Donald und Compagnie Sand in die Augen. Hat euch die Genueser Konferenz denn nicht die Augen geöffnet?

Arbeiter Japans! Sogar die räuberischen Regierungen Europas sahen sich gezwungen, den Vertrag zu unterzeichnen, indem sie sich verpflichten, Sowjetrußland nicht zu „überfallen". Nur die Vertreter euerer blutrünstigen Regierung verlangten dafür für sich eine Ausnahmestellung: sie wünschen ihre täglichen Raubzüge gegen die werktätigen Massen der Republik des fernen Ostens fortzusetzen. Japan befindet sich jetzt in einer vorrevolutionären Periode. Sogar ein bedeutender Teil des japanischen Bürgertums steht in der Opposition zum gegenwärtigen Regime. Arbeiter Japans, versteht es, euch an die Spitze der heranreifenden Revolution zu stellen! Packt die japanische Monarchie an der Gurgel und setzt ihr den Fuß auf die Brust!

Arbeiter Deutschlands! Versteht es möglichst schnell, die Gewalt in eurem Lande zu erobern, ihr werdet dadurch den Stein von der Seele des Weltproletariats abwälzen und den geschichtlichen Fortschritt mit unerhörter Gewalt beschleunigen. In euren Händen liegt das Schicksal der proletarischen Revolution. Euer Losungswort sei: Nieder mit den verräterischen Sozialdemokraten, nieder mit der Macht des Kapitals: Es lebe die Arbeiterregierung!

Arbeiter und Rotarmisten Rußlands! Wären euch noch Beweise dafür notwendig, daß nur die Sowjetregierung die Interessen der Proletarier aller Länder verteidigt, so habt ihr dafür einen unanfechtbaren Beweis in Genua erhalten. Ihr erlebt eine schwere Zeit, aber das Schwerste ist doch schon vorüber. Behütet wie den Augapfel eure Sowjetregierung. Ihr steht auf dem Vorposten der proletarischen Weltrevolution. Die proletarischen Armeen anderer Länder werden euch zu Hilfe kommen. Der Sieg ist nicht mehr fern. Mit mehr Eintracht als je rufen die Arbeiter aller Länder aus:

Nieder mit der Bourgeoisie! Nieder mit ihren Leibdienern, den Sozialverrätern! Es lebe Sowjetrußland!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Aus dem Protokoll des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 2. Juni 1922.

Vorsitz: Sinowjew.

Anwesend: *Bucharin, Ziegler, Bell, Eberlein, Kon, Safarow, Kuusinen, Rakosi, Leiciague, Rappoport, Sellier, Jordanow, Kreibich, Brandler, Zetkin, Ambrogi, Souvarine, Sirola, Gramsci, Stecklow.*

1. Prozeß der S. R.

Die Information wird zur Kenntnis genommen. Den Genossen wird vorgeschlagen, sich mit den wichtigsten Dokumenten, in erster Linie mit der Anklageschrift bekanntzumachen. Die andern Fragen werden bis zum Eintreffen der erwarteten Genossen verschoben.

2. Norwegische Frage:

Die Frage wird bis zur Ankunft des Genossen Friis verschoben. Das Sekretariat soll die wichtigsten einschlägigen Dekumente, darunter die Angaben über das Zwangsschlichtungsgesetz den Mitgliedern der Exekutive zustellen.

3. K. P. Luxemburgs.

Das Sekretariat soll die Frage für eine der nächsten Sitzungen des Präsidiums vorbereitet stellen.

4. K. P. Ägyptens.

Zur Überprüfung der Frage wird eine Kommission, bestehend aus den Genossen Bell, Safarow (Stellvertreter Bricke) und Gramsci, bestellt.

5. Ostabteilung.

a) Die Organisationskommission soll die Lage in der Ostabteilung dringend untersuchen.

b) Zum Leiter der Ostabteilung wird Genosse Safarow, zu seinem Stellvertreter Genosse Bricke bestellt.

c) Die Abteilung soll eine Materialsammlung von 6 Druckbogen ausgeben.

6. Syndikalistenkongreß in Berlin.

a) Den russischen Genossen wird vorgeschlagen, Vertreter zum Kongreß der Syndikalisten nach Berlin zu schicken.

b) Eine Kommission, bestehend aus den Genossen Brandler, Sinowjew, Sellier, Zetkin und Gramsci, soll in drei Tagen für die Delegation schriftliche Direktiven ausarbeiten.

7. Bericht der Revisionskommission.

Die Revisionskommission, bestehend aus den Genossen Sirola, Kon und Jordanow, berichtet über die Revision der Finanzabteilung. Der Bericht wird gebilligt.

Aus dem Protokoll des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 5. Juni 1922.

Vorsitz: Sinowjew.

Anwesend: *Trotzki, Souvarine, Ambrogi, Gramsci, Graziadei, Stecklow, Münzenberg, Eberlein, Kuusinen, Kreibich, Sadoul, Leiciague, Rakosi, Bordiga, Frossard, Doriot, Ziegler, Jordanow, Radek, Rappoport, Bell, Kon, Cartier, Jilek, Zetkin.*

1. Tagesordnung der Erweiterten Exekutive.

Die Erweiterte Exekutive soll am 7. Juni um 12 Uhr im Kreml eröffnet werden. Der Exekutive wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Genua und Berlin.
2. Französische Kommunistische Partei.
3. Italienische Kommunistische Partei.
4. Tschechoslowakische Kommunistische Partei.
5. Deutsche Kommunistische Partei.
6. Norwegische Kommunistische Partei.
7. Verhältnis zu den Syndikalisten.
8. Einberufung des 4. Kongresses der Komintern.

2. Prozeß der Sozialrevolutionäre.

In die politische Kommission für den Prozeß der S. R. werden die Genossen Brandler und Frossard als Vertreter geschickt.

3. Prozeß des polnischen Genossen Dombal.

a) Von den polnischen Regierungssozialisten soll verlangt werden, daß sie bei der polnischen Regierung das Recht für uns erwirken, kommunistische Vertreter zum bevorstehenden Prozeß des Genossen Dombal zu entsenden, mit der Begründung, daß die russische Regierung auch die Vertreter der 2. und 2½. Internationale zum Prozeß der S. R. zuläßt.

b) Die Vorbereitung dieser Frage wird den Genossen Kon und Radek übertragen.

Aus der Sitzung des Präsidiums der Exekutive der K. I. vom 6. Juni 1922.

Vorsitz: Sinowjew.

Anwesend: *Kon, Souvarine, Eberlein, Brandler, Doriot, Leiciague, Rappoport, Kuusinen, Schatzkin, Bucharin, Smeral, Muna, Frossard, Jilek, Cartier, Kreibich, Sirola, Rakosi, Bell, Sadoul, Friis, Ambrogi, Gramsci, Graziadei. Bordiga, Stecklow, Radek, Piatnitzki.*

1. Prozeß der S. R.

Zu offiziellen Anklägern im Namen des E. K. der K. I. in dem Prozeß der rechten S. R. werden die Genossin Zetkin, Muna und Bokanyi bestimmt.

Als Verteidiger werden aufgestellt: für Semjonow Gen. Sadoul; für Konoplewa ein italienischer Genosse; für Ussow Gen. Kon.

Als politische Zeugen und Experten: aus der Tschechoslowakei Smeral, aus Frankreich Frossard und Sadoul, aus England Bell, aus Bulgarien Jordanow.

Genosse Souvarine wird beauftragt, die Führung der ganzen Angelegenheit zu organisieren.

Die Presse soll über diesen Beschluß durch Radio verständigt werden.

2. *Über die Erweiterte Exekutive.*

a) Die Sitzung wird am 7. Juni um 12 Uhr eröffnet.

b) Der Entwurf der Geschäftsordnung wird bestätigt.

c) Ins Präsidium sollen die Genossen Sinowjew, Zetkin und Frossard gewählt werden.

d) Folgende Kommissionen werden eingesetzt:

1. für französische Fragen: Trotzki, Sinowjew, Bordiga, Kreibich und Zetkin. Sekretär der Kommission: Kreibich;
2. für norwegische Fragen: Kuusinen, Smeral (sein Stellvertreter Jordanow), Bucharin. Sekretär der Kommission: Kuusinen;
3. für tschechoslowakische Fragen: Radek, Brandler, Gramsci und Friis. Sekretär der Kommission: Brandler;
4. für italienische Fragen: Souvarine, Sinowjew, Jordanow, Radek und Muna. Sekretär der Kommission: Souvarine;
5. für die Fragen der Syndikalisten: Brandler, Gramsci, Frossard, Sinowjew, Zetkin. Sekretär der Kommission: Brandler.

e) Genosse Sellier wird gebeten, bis zur Beendigung der Sitzungen der Erweiterten Exekutive nicht abzureisen.

3. *IV. Kongreß der Komintern.*

a) Der Kongreß wird auf den 7. November 1922 einberufen.

b) Es wird für nützlich erachtet, daß die Nationalkongresse erst nach dem Weltkongreß stattfinden sollen. Ausnahmen werden mit der Zustimmung des E. K. der K. I. zusammen mit den Parteien der betreffenden Länder zugelassen.

c) Tagesordnung der Exekutive:

1. Bericht der Exekutive.
2. Taktik der Komintern.
3. Programm der Komintern und ihrer wichtigsten Sektionen (deutsche, französische, tschechoslowakische, italienische, japanische, nordamerikanische, einer Balkan- und einer skandinawischen Sektion).
4. Agrarfrage.
5. Gewerkschaftsfrage.
6. Erziehungsarbeit.
7. Jugend.

Der Erweiterten Exekutive wird vorgeschlagen, eine Kommission zur Vorbereitung des Programmes einzusetzen.

Den entsprechenden Sektionen wird vorgeschlagen, ihrerseits ebenfalls eine Programmkommission einzusetzen.

Die zentrale Programmkommission wird beauftragt, die Frage über die Möglichkeit der Organisierung einer Unterabteilung in Berlin zu behandeln.

d) Das Sekretariat wird beauftragt, dem Präsidium einen Vorschlag der Vertretungen zum 4. Kongreß zu unterbreiten, mit den Direktiven, daß die wichtigsten Sektionen nach Möglichkeit keine kleinere Vertretung haben sollen, wie am 3. Kongreß, damit die wichtigsten aktiven Arbeiterzentren vertreten werden können.

Der Profintern wird vorgeschlagen, ihren Kongreß unmittelbar nach dem Kongreß der Komintern abzuhalten.

4. Erziehungs- und Verlagsfragen der Jugend.

Eine Kommission, bestehend aus den Genossen Rappoport, Sirola und Bronski soll zusammen mit dem Vertreter der Jugend-Exekutive ein diesbezügliches Programm ausarbeiten.

Aus der Sitzung der Erweiterten Exekutive.
1. Sitzung: 7. Juni 1922, mittags.

Sinowjew eröffnet die Sitzung und liest die Liste der Anwesenden vor:

Es sind anwesend:	mit beschließender Stimme	mit beratender Stimme
1. Bulgarien: Jordanow	1	—
2. Deutschland: Zetkin, Brandler, Eberlein, Heinrich; Bartz	4	1
3. England: Bell	1	—
4. Finnland: Sirola, Kuusinen	2	—
5. Frankreich: Frossard, Souvarine, Sellier, Leiciague, Cartier, Rappoport	6	—
6. Holland: Jansen	1	—
7. Italien: Bordiga, Graziadei, Gramsci, Ambrogi	4	—
8. Japan: Taguchi	1	—
9. Jugendinternationale: Schatzkin, Schönhaar, Ziegler, Doriot	4	—
10. Lettland: Stutschka	1	—
11. Nordamerika: Cook	1	—
12. Norwegen: Friis	1	—
13. Österreich: Grün	1	—
14. Profintern: Brandler, Melnitschanski, Misiano, Nin	4	—
15. Polen: Prochniak	1	—
16. Rußland: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Stalin, Kamenew, Pokrowski, Lunatscharski, Tomski, Rudsutak	11	—
17. Spanien: Sierra	1	—
18. Tschechoslowakei: Jilek, Muna, Kreibich, Smeral	4	—
19. Ukraine: Kon	1	—
20. Ägypten: Avigdor	—	1
21. Estland: Pögelmann	—	1
22. Georgien: Zchkaja	—	1
23. Island: Wallenius	—	1
24. Litauen: Angaretis, Kapsukas	—	2
25. Persien: Sultan Sade	—	1
26. Südafrika: Jones	—	1
27. Uruguay: Pintos	—	1
	50	10

Insgesamt 27 Delegationen mit 60 Delegierten, 19 Delegationen mit beschließender Stimme.

Als Präsidium werden die Genossen Zetkin, Frossard und Sinowjew gewählt.

Nach Annahme der Geschäftsordnung wurde das Stimmrecht der einzelnen Länder festgestellt. 4 Stimmen haben folgende Delegationen:

Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, Tschechoslowakei, Jugend-E. K., R. G. I.

Je 2 Stimmen haben:

Bulgarien, England, Finnland, Holland, Japan, Lettland, Norwegen, Österreich, Ukraine, Nordamerika, Polen, Spanien.

Beratende Stimme haben:

Ägypten, Estland, Georgien, Litauen, Persien, Südafrika und Uruguay.

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

1. Informationen über den Prozeß der S. R.;
2. Berliner Beratungen über die Einheitsfront;
3. Die K. P. der Tschechoslowakei und ihre Probleme;
4. Die K. P. Frankreichs und ihre Probleme;
5. Die K. P. Norwegens und ihre Probleme;
6. Die K. P. Italiens und ihre Probleme;
7. Die K. P. Deutschlands und ihre Probleme;
8. Unser Verhältnis zu den Syndikalisten;
9. Bericht über die Märzbürositzung der Jugendinternationale;
10. Vorbereitungen zum IV. Weltkongreß.

Aufruf für Irland.

Sinowjew schlägt der Tagesordnung vor, mit Rücksicht auf den sich neu einsetzenden Bürgerkrieg in Irland einen Aufruf zu erlassen.

Genosse Bell, Vertreter der K. P. Englands, wird beauftragt, einen Entwurf zu unterbreiten.

Prozeß der S. R.

Sinowjew berichtet über die Beschlüsse, die das Präsidium und die Exekutive anläßlich des bevorstehenden Prozesses der S. R. gefaßt haben.

Die Erweiterte Exekutive billigt einstimmig diese Beschlüsse.

Prozeß des Gen. Dombal.

Prochniak, Vertreter der K. A. P. Polens, schlägt vor, im Namen der Exekutivé an die Polnische Sozialistische Partei, an die Bruderpartei der russischen Sozialrevolutionäre, heranzutreten, damit sie als Regierungspartei die Zulassung von Vertretern der Komintern als Verteidiger zu dem Prozeß unseres Genossen, des Abgeordneten Dombal, der ganz willkürlich verhaftet würde und einer unerhörten Behandlung unterworfen wird, gestattet.

Die Exekutive stimmt diesem Vorschlag zu, und beauftragt die Genossen *Prochniak* und *Frossard,* durch Vandervelde an die P. P. S. in dieser Frage heranzutreten.

Berliner Beratungen.

Berichterstatter: *Radek.* Die Gegner der Einheitsfront, und zwar nicht nur die 2., sondern die 2½ Internationale, erklären nach dem Bruch der Neunerkommission, daß die ganze Taktik der Einheitsfront nur ein Versuch war, die internationale Arbeiterklasse während der Genuakonferenz zur Unterstützung der Sowjetdiplomatie zu mobilisieren, und nachdem diese nun

zu Ende und so außerordentlich gut verlaufen ist, indem die Sowjetregierung einen Burgfrieden mit dem internationalen Kapital geschlossen hat, verzichtet sie auf die Hilfe des internationalen Proletariats. Die Vertreter der Komintern stellten dementsprechend ein Ultimatum und traten aus der Neunerkommission aus.

Natürlich ist die Sache nicht so. Die Taktik der Einheitsfront wurde schon im Januar des Jahres 1921 ganz empirisch durch uns angewendet, als wir mit einem Offenen Brief in Deutschland den Versuch machten, zusammen mit den Gewerkschaften und mit den politischen Parteien den Aufmarsch der Arbeiter für naheliegende, konkrete Ziele möglich zu machen. Der 3. Weltkongreß hat diese Taktik ausdrücklich begrüßt und sagte sogar, daß diese vorbildlich sein kann auch für alle anderen Läuder. Die Thesen, die Genosse Sinowjew über die Einheitsfront der Exekutive vorgelegt hatte, waren schon Ende November Gegenstand breiter Verhandlungen; der Beschluß der Exekutive fiel lange vorher, ehe irgendein Hahn nach der Genuakonferenz krähte. Die Taktik der Einheitsfront wurde von uns aufgestellt und propagiert auf Grund des Bildes der Weltlage, die wir im Laufe des letzten Jahres erhielten, auf Grund der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse in die Defensive gedrängt worden sei, und daß man versuchen müsse, auch die Schichten der Arbeiter, die nicht mit uns einig sind, zu einer großen Massenaktion gegen das Vordringen des Kapitals zu gewinnen.

Es versteht sich von selbst, daß die Konferenz von Genua, auf die breite kleinbürgerliche und zum Teil auch Arbeitermassen große Hoffnungen setzten, benutzt werden mußte, um wenigstens den Versuch zu machen, in dem Moment, wo die kapitalistische Diplomatie zusammenkam, um wieder einmal über die Geschicke der Arbeiter zu entscheiden, die Aufmerksamkeit der Arbeiter darauf zu lenken.

Der soziale Sinn der Bedingungen der 2. Internationale auf unseren Vorschlag war eine vollkommene Verkehrung des Zweckes der Einheitsfront. Wir schlugen ihnen den einheitlichen Kampf gegen das Kapital vor. Sie stellte demgegenüber Forderungen, daß wir den Parteien, die offen und klar die Losung aufstellen „Zurück zum Kapital", ökonomisch und politisch die Freiheit geben, damit sie zum Kristallisationspunkte des Angriffes in Sowjetrußland werden.

Die 2. Internationale schob die Frage der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre auch deshalb in den Vordergrund, weil sie darauf spekulierte, daß die Menschewiki und die S. R. ein Teil der 2½. Internationale sind, und wenn wir kategorisch die diesbezüglichen Forderungen ablehnen, die 2½. Internationale in die Arme der 2. treiben. Wir sahen in den Forderungen bezüglich des S. R.-Prozesses natürlich eine unerhörte Provokation; wir konnten aber diesem Antrag sachlich zustimmen, da wir wußten, daß der Prozeß Vandervelde trotz seiner Künste mit Tatsachen erdrücken wird und mit einer Niederlage der 2. und 2½. Internationale endet. Lenin hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß es ein hoher Preis war, zu erklären, daß die Führer der S. R. ihre Taten nicht mit ihrem Kopf bezahlen werden. Wir brachten aber dieses Opfer, damit unsere Gegner nicht vor den zurückgebliebenen Massen damit argumentieren können, daß sie mit so blutdürstigen Menschen keine Einheitsfront schließen können. Und nach dem Auffliegen der Neunerkommission müssen die Arbeiter sich sagen, daß die Kommunisten alle Zugeständnisse, die gefordert wurden, auch machten, und daß die Gegner die Konferenz kraß brachen mit Vorwänden, an die niemand mehr glauben wird.

Die Genuakonferenz war ein Prüfstein dessen, daß die Führer der 2. und 2½. Internationale heute, wie vor vier Jahren, wie während des ganzen

Krieges, auf der Seite der Bourgeoisie stehen. Selbst ein kapitalistisches Organ wie die „Kölnische Zeitung" sagte über Genua: „Zwei Welten kämpfen dort, eine hungrige mit der satten." Und in dieser Lage waren alle Bemühungen der 2. Internationale darauf gerichtet, unter keinen Umständen den Weltkongreß der Arbeiter während der Tagung der Genuakonferenz zusammentreten zu lassen. Sie zeigte damit, daß sie tausendmal mehr der Bourgeoisie, als dem Proletariat nahesteht.

Die 2. Internationale war dementsprechend von Anfang an gegen einen Weltarbeiterkongreß. Die 2½ Internationale war bei der ersten Konferenz der drei Internationalen scheinbar für eine Einheitsfront. Und wenn sie ihre Stellung bis zur Sitzung der Neunerkommission so gründlich veränderte, so mußte zwischen diesen beiden Konferenzen etwas vor sich gegangen sein. Am Tage, wo die Neunerkommission zusammenkam, am 23. Mai 1922, brachte die „Freiheit" ein Telegramm, daß die Longuetisten zusammen mit der belgischen Arbeiterpartei und der Labour-Party beschlossen haben, einen Kongreß ohne die Kommunisten abzuhalten. Dieser Entschluß bedeutete schon eine Entscheidung über die Berliner Konferenz. Die Labour-Party steht vor Wahlen und fürchtet sich, durch die Einheitsfront mit den Kommunisten vor den konservativen Teil ihrer Wählerschaft kompromittiert zu werden. Die Longuetisten hängen materiell von Vandervelde ab. Sie bereiten außerdem in Frankreich den Block der Linken vor. Sie lassen ihre Kandidaten als antikommunistische Sammelkandidaten aufstellen. Ihre Erfolge bei den letzten Wahlen haben ihnen das Rückgrat gestärkt. Sie beginnen, sich jetzt wieder als eine Kraft zu fühlen.

Ihr Beschluß wurde entscheidend für die Haltung der deutschen Unabhängigen, die sich in erster Linie nach der französischen Partei der 2½ Internationale richten.

In der Sitzung der Neunerkommission war die bezeichnende Stichprobe für die bereits gefällte Entscheidung, als Fritz Adler und Wels zusammen gegen den Empfang von Arbeiterdelegationen stimmten. Unter diesen Umständen blieb uns nichts anderes übrig, als die Bilanz der Dinge zu ziehen und zu erklären, daß wir für die Einheitsfront nach wie vor kämpfen werden.

Wir müssen aber feststellen, daß wir für die Einheitsfront des Proletariates kämpften, ohne selbst die kommunistische Einheitsfront zu haben. Wir hätten ganz anders auftreten können, wenn unsere Gegner aus dem Verhalten der französischen und teilweise der italienischen Bruderpartei nicht Material und Argumente gegen uns hätten schöpfen können. Und die Aufgabe der Exekutive ist es jetzt zu sagen, daß wir mit einer formellen Disziplin uns nicht mehr abspeisen lassen, und daß wir auf eine innere Disziplin bestehen, die wirklich ausführt, was beschlossen wurde.

Viele Genossen haben, nachdem die Neunerkommission aufgelöst wurde, gesagt, daß die ganze Taktik der Einheitsfront sich als unsinnig erwiesen hat. Wer so spricht, ist — wie Sinowjew sagt — ein Kindskopf. Wir haben diesen Versuch der Einigung von oben gemacht, und die Massen haben gesehen, daß dieser Versuch nicht an uns, sondern an unseren Gegnern gescheitert ist. Der Kampf um die Einheitsfront wird jetzt in jedem Lande erst beginnen. Es muß aber davor gewarnt werden, daß wir nach dem ersten mißlungenen Versuch überhaupt jede Verhandlungen mit den Führern der 2. und 2½. Internationale überall ablehnen. Wir sollen auch Verhandlungen, wo sie möglich sind, führen und werden mit ihnen große Einbuchtungen in die Front des Gegners verursachen.

In der nächsten Kampagne wird es aber notwendig sein, den Nachdruck nicht auf die Losung der Einberufung des Weltarbeiterkongresses, sondern auf die konkreten Forderungen der konkreten Lage eines jeden Landes in dem Kampfe um die Einheitsfront zu legen.

Einheitsfront.

Referent: Sinowjew:

Bevor wir die Aufgaben der Zukunft untersuchen, muß kurz der jetzt abgeschlossene erste Akt des Kampfes für die Einheitsfront noch einmal geprüft werden. Es soll festgestellt werden, ob wir dabei gewonnen haben und wenn ja, was denn eigentlich.

Ein großer Gewinn besteht unzweifelhaft darin, daß wir Kommunisten jetzt nicht mehr als die sogenannten Spalter vor den Massen dastehen. Unsere Gegner werden uns natürlich weiter als Spalter hinstellen, aber vor dem Durchschnittsarbeiter stehen wir nach einem halben Jahr Kampf um die Einheitsfront nicht mehr im Lichte der Spalter. Und dies ist ein ungeheurer Erfolg. Wir mußten die alten sozialdemokratischen Parteien spalten, damit wir die besten revolutionären Elemente der Arbeiterklasse retten und einen Sammelpunkt für die kommunistischen Parteien in allen Ländern bilden. Die Spaltung war historisch notwendig, sie war ein großer Schritt vorwärts. Aber nachdem überall sich unsere festen Parteien gebildet haben, müssen wir so arbeiten, daß darauf auch der einfachste Arbeiter versteht, daß für uns die Spaltung kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Sammlung und Erfassung der revolutionären Massen war. Und das ist jetzt meines Erachtens nach halbwegs erreicht. Bei den Massen setzt eine neue Stimmung ein, da sie jetzt einsehen, daß wir die einzigen sind, die wirklich zur Einheit der revolutionären Massen rufen und dafür ehrlich arbeiten. Auch große moralische Erfolge haben wir errungen. Die beiden Reden des Gen. Radek in den Beratungen der drei Internationalen waren zweifellos solche.

Das haben wir gewonnen; es ist freilich ein Sieg, dessen Früchte nicht sofort sichtbar werden, wie zum Beispiel bei einer Wahl, aber dessen Resultate sich nach einer gewissen Zeit unbedingt zeigen werden.

Die Richtigkeit der Taktik der Einheitsfront hat sich auf dem ganzen Gebiete erwiesen. Man muß aber nachträglich feststellen, daß das Tempo unseres Kampfes um die Einheitsfront vielleicht etwas zu rasch war. Das hing aber nicht nur von uns allein ab, sondern vom Gang der Geschichte. Die Genua-Konferenz war, und das versteht jetzt ein jeder, keine russische, sondern eine internationale Angelegenheit, bei welcher wir alles aufbieten mußten, damit wir einen Druck auf die in Genua versammelte Bourgeoisie auszuüben versuchen.

Mit dem Aufhören der Neunerkommission stellte sich bei manchen Genossen eine gewisse Enttäuschung ein, aber nur bei denen, die die Taktik der Einheitsfront nicht verstanden haben oder darin eine organische Verbindung sahen. Was ist die Einheitsfront? Sie ist der Kampf um die Gewinnung der Massen für den Kommunismus. Die Form des Kampfes wird sich ändern. Die Neunerkommission war nur eine Episode. Jetzt werden wir andere Formen versuchen, aber die Taktik der Einheitsfront in dem Kampfe um die Gewinnung der Massen, die noch nicht zum Kommunismus gehören, wird weiter fortdauern und in jedem Lande besondere Formen annehmen.

Meines Erachtens nach wurde die Bedeutung der russischen Erklärung, die vor der Neunerkommission abgegeben wurde, unterschätzt und in unserer

Agitation zu wenig bewertet. Die Erklärung wurde nach eingehender Beratung mit den Vertretern unserer wichtigsten Sektionen abgegeben und besagt, daß wir bereit sind, die spezifisch russischen Losungen auszumerzen und nur die Losungen, wie Kampf gegen die Offensive des Kapitals, für den Achtstundentag, für die Arbeitslosen, bestehen lassen, wenn dadurch der einheitliche Kampf gegen das Kapital gefördert wird.

Daß die 2. und 2½. Internationale den Kampf für den Achtstundentag annehmen mußte, zeigt, daß diese Forderungen ihnen nur durch den Druck der Massen aufgezwungen waren. Wir wissen alle, daß in den gegebenen Verhältnissen der Kampf für den Achtstundentag mit reformistischen Mitteln nicht aufrecht zu erhalten ist und zu einer revolutionären Forderung wird. Wenn die Reformisten diese Losung dennoch annahmen, war das ihrerseits ein unehrlicher Schachzug, ein armseliges Manöver.

Wir werden aber in der Zukunft noch dutzendemale sehen, daß die 2. und 2½. Internationale durch den Gang der Geschichte, durch den Druck der Massen gezwungen wird, solche Losungen aufzustellen, bolschewistisch oder halbbolschewistisch zu sprechen, wie es bei den russischen Menschewisten der Fall war, von denen Plechanow einmal sagte, sie seien Halbleninisten.

Die Einheitsfront ist der Ausfluß der gegebenen Kräfteverhältnisse zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Und da die grundlegenden Erscheinungen, die diese Taktik notwendig machen — die Offensive des Kapitals usw. — weiter bestehen, ohne Rücksicht darauf, ob eine Neunerkommission besteht oder nicht, so muß und wird der Kampf um die Einheitsfront weiter gehen. Wir müssen im Laufe des Kampfes auf neue Schwankungen der beiden uns gegenüberstehenden Internationalen gefaßt sein, die sie unter dem Druck der Ereignisse durchmachen werden, was sie nicht davon abhalten wird, daß sie in gewissen Momenten offen reaktionär auftreten als die einzigen ernsten Retter der Bourgeoisie. Das muß klar vorausgesehen werden.

Die Teilforderungen sind jetzt der Auftakt zu den Massen und zu der Einheitsfront. Wer das nicht versteht, wird niemals zum Führer einer großen Massenpartei taugen. Dabei bleibt unsere Perspektive des Endzieles bestehen. Wir haben einerseits die kleinen Teilforderungen, andererseits die Diktatur des Proletariats. Ist es nicht notwendig, zwischen der grauen Prosa der kleinen Teilforderungen und der Poesie der Diktatur des Proletariats ein Bindeglied zu schieben? Genosse Smeral hat mich auf die Notwendigkeit eines solchen Bindegliedes aufmerksam gemacht und wir glauben, daß es dieses Bindeglied geben muß. Die Masse fängt jetzt an zu kämpfen. Sie ist noch nicht kommunistisch, nicht revolutionär genug, um für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, eine Revolution zu machen. Aber sie will auch eine weitere Perspektive haben, ein Ziel sehen, das mehr oder weniger erreicht werden kann und ich glaube, daß wir hier wirklich auch solche Losungen haben, die als naheliegende Ziele aufgestellt werden können. Die Parole der Arbeiterregierung ist ein solches Bindeglied, das zwischen den beiden Phasen: graue Teilforderungen und Diktatur des Proletariats dienen kann. Das sollen unsere Genossen, auch die französischen, endlich verstehen. Wir haben in Ländern wie Italien, Tschechoslowakei, Deutschland, — wir werden noch ganz speziell über diese Länder sprechen — eine Situation, wo die Macht der Arbeiterschaft verhältnimäßig so groß ist, daß man Forderungen wie die politische Forderung einer Arbeiterregierung aufzustellen wagen darf und muß.

Einheitsfront will keineswegs besagen, daß sie das ist, was in Sachsen vorgeht. Das ist eine Erscheinungsform der Taktik der Einheitsfront, sie deckt sich aber nicht mit der Einheitsfront. Es ist eine Ausnahmelage, was

wir dort haben. Unsere französischen Freunde wollen das nicht verstehen und sehen in Sachsen und Thüringen eine Art Militarismus. Gewiß ist diese Taktik nicht überall brauchbar. Aber man soll durch die ganz konkreten Erscheinungen nicht versuchen, die Taktik der Einheitsfront zu verdunkeln.

Die wichtigste Lehre aus dieser Etappe ist, daß wir zwischen den heißen Kämpfen um die täglichen kleinen Teilforderungen und der Propaganda um die Diktatur des Proletariats in den Ländern, wo die Arbeiterklasse verhältnismäßig stark genug ist, größere Forderungen, wie die Parole der Arbeiterregierung, Parole der Kontrolle der Poduktion, aufstellen sollen.

Was unsere Fehler anbetrifft, hat sich bei uns ein Mangel an organisatorischer Schlagfertigkeit herausgestellt. Wir haben nicht verstanden, die Massen aufzurütteln, alle Parteien wirklich zu mobilisieren, in allen Fabriken, Betrieben usw. unsere Kämpfe zu einem Kampf der Massen zu machen.

Und noch mehr: Wir haben das tragische Schauspiel erleben müssen, daß die Kommunistische Internationale als keine einheitliche Organisation dastand. Es ist meines Wissens zum erstenmal in der Geschichte der Kommunistischen Internationale, daß, nachdem ein Beschluß durch die Internationale gefaßt wurde, ganze Parteien nicht das getan haben, was ihre kommunistische Pflicht ihnen auferlegt hatte. Die Kommunistische Internationale war bisher eine zentralistische disziplinierte Organisation. Das war unser Ruhm, unser Stolz, unsere Ehre. Wir sind nicht wie die 2. und 2½. Internationale und dennoch haben wir hier große Mängel an Einigkeit bewiesen. Wenn wir einmal einen Aufstand oder einen Generalstreik beschließen und einen solchen Mangel an Disziplin an den Tag legen, dann ist die Kommunistische Internationale verloren. Das muß man sagen. Es handelt sich nicht um Kleinigkeiten. Die französischen und italienischen Genossen müssen einsehen, daß, wenn die Kommunistische Internationale einen Beschluß gefaßt hat, die eine oder andere Sektion diesen nachher nicht sabotieren kann. Sie müssen einsehen, daß dadurch die Kommunistische Internationale nicht eine Kampforganisation wird, sondern zu bloßer Propagandagesellschaft heruntersinkt.

Die Taktik der Einheitsfront hat uns nicht nur ermöglicht, das Kräfteverhältnis zu der 2. und 2½. Internationale zu sehen, sondern auch in die tiefsten Tiefen unserer eigenen Parteien hineinzublicken. Wir müssen offen sagen, daß wir dabei ziemlich traurige Erfahrungen gemacht haben. Sie erinnern sich, daß wir auf der Erweiterten Exekutive mit großer Mehrheit — es waren nur drei Parteien dagegen, die aber auch im allgemeinen zugestimmt haben — die Taktik der Einheitsfront fortzuführen beschlossen haben. Auf Grund dieses Beschlusses unternahmen wir eine Aktion, die zwar keine bewaffnete war, aber doch eine sehr wichtige politische und internationale Aktion, wo die Arbeiterschaft alles aufmerksam verfolgte, wo unsere Feinde alles aufmerksam verfolgten, — und was hat sich dabei gezeigt? Daß einzelne Parteien tatsächlich abgefallen sind, diese Aktion nicht nur nicht mitmachten, sondern sie durchkreuzten und dadurch auf Schritt und Tritt unseren Feinden Argumente lieferten. Auf den Vorwurf, daß die 2. Internationale die Einheitsfront sabotiert, war überall die Antwort: Ja, aber Ihre französische Partei, macht sie nicht dasselbe? Man kann nicht zulassen, daß bei der K. I. eine Tradition entsteht, daß man hier Beschlüsse faßt und man es in Wirklichkeit anders macht. Es wird sich auch einmal um Beschlüsse handeln, wo es wirklich um Kopf und Kragen geht und wir müssen deshalb unsere Parteien, die noch in der Mehrzahl jung sind, in dem Sinne erziehen, daß die

Entscheidungen der Internationale von ungeheurer Bedeutung sind. Eine andere Tradition darf sich bei uns nicht einschleichen.

Die Kampagne für die Einheitsfront erlaubte uns eine Sondierung unserer eigenen Parteien. Bei dieser Sondierung haben wir gesehen, daß auch in Norwegen eine Strömung vorhanden ist, die sich mehr oder weniger gegen die Einheitsfront wendet. Die Genossen sind dort der Meinung, daß sie schon die Majorität der Arbeiterklasse hinter sich haben und nicht notwendig haben, durch die Einheitsfront den noch nicht eroberten Teil zu gewinnen. Das ist ein Irrtum. Wir haben dort höchstens nur die Majorität der Avantgarde und wir haben die großen Arbeitermassen höchstens dazu, daß sie für uns einen Stimmzettel abgeben, aber noch nicht dazu, für den Kommunismus zu kämpfen. Noch größer ist der Irrtum unserer französischen Genossen, die ebenfalls glauben, die Mehrheit zu haben. Das ist eine große optische Täuschung. Würden die französischen Genossen die Majorität der politischen Avantgarde haben, so wäre es unmöglich, daß die vulgärsten Anarchisten, die Zwillingsbrüder der Scheidemänner, die Mehrheit in den einheitlichen Gewerkschaften (C. G. T. U.) haben. Die letzten Wahlen des Generalrates haben bewiesen, daß im Norden, im industriellen Teil Frankreichs, die reformistische Partei Renaudels mehr Stimmen erhielt als wir. Das beweist nicht, daß wir dort die Majorität haben. Die Einheitsfront ist eben dazu da, um die wirkliche Mehrheit in den konkreten Arbeitermassen zu erlangen.

Ich komme nun zu Italien. Es kam dort eine Organisation, die „Alleanca del Lavoro" zustande, eine Organisation, die bei ihrer Gründung auch unsere italienische Bruderpartei zur Mitarbeit einlud. Unsere Genossen lehnten aber die Teilnahme mit der Begründung ab, daß dies die Einheitsfront auch auf politischem Gebiete bedeuten würde. Die „Alleanca del Lavoro" ist selbstverständlich noch kein Einheitskampforgan des Proletariates und die Reformisten sind bestrebt, alles aufzubieten, daß sie es auch nicht werde. Die Massen wollen aber in ihr einen Sammelpunkt haben. Das erste, was wir brauchen, ist, daß wir in der Alleanca auch etwas zu sprechen haben. Durch die Strategie unserer Partei entstand aber eine Lage, daß, trotzdem wir 500 000 Anhänger in den Gewerkschaften haben, wir kein Wort in der Führung der Alleanca sprechen können, da wir unterließen, sie rechtzeitig mitzumachen. Unsere Partei macht jetzt einen Kampf dafür durch, was sie anfangs ohne jeden Kampf erhalten hätte. Dieses ganze Verfahren ist theoretisch und politisch genommen, sehr hilflos, und beweist, daß unsere Genossen in Italien die Taktik der Einheitsfront nicht gut begriffen haben, aber auch einen Mangel an Disziplin an den Tag legten.

Auf der Erweiterten Exekutive im Februar hat man uns erklärt, wir sind zwar gegen die Einheitsfront, aber wir fügen uns als disziplinierte Soldaten der Revolution. Das sagten wörtlich die französischen Genossen. Bei der Ausführung schreiben sie dann 20 Artikel gegen die Einheitsfront, man sagt, sie wäre Millerandismus, man setzt die Massen gegen die Kommunistische Internationale in Bewegung und man spricht dann von Disziplin. Haben die französischen Genossen wirklich eine so schlechte Meinung von uns, daß sie denken, es genügt, uns das Wort Disziplin vor die Nase zu halten und wir sagen: Welche disziplinierte Partei! Als wir zusammen mit den Menschewiki in einer Partei waren, vor 20 Jahren, und wir waren die Minderheit, da haben wir dieselbe Taktik angewandt. Wir sagten immer, wir fügen uns aus Disziplin; wir haben immer die ganze Lage unterminiert, und wir waren im Recht. Es ist aber etwas anderes, dies gegen die Kommunistische Internationale zu machen.

Nun was weiter? Ist die Einheitsfront jetzt zu Ende? *Nein, erst am Anfang.* Wir werden eventuell noch eine ganze Anzahl von Jahren diese Taktik anwenden müssen, bis wir die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert haben. Die Form wird verschieden sein und ich kann dem Genossen Radek leider keine Garantie geben, daß er nach einer gewissen Zeit nicht wieder mit Vandervelde zusammensitzen muß.

Wir haben den Kampf um die Einheitsfront von oben und von unten angefangen. Nun, es ist ganz klar, daß wir von oben her keine großen Resultate erzielen konnten. Was wir bisher hatten, war eine kleine Vorrede. Der Eintritt in den wirklichen Kampf um die Einheitsfront wird jetzt erst stattfinden, von unten herauf, in den Fabriken und Werkstätten, wo die Massen sich befinden. Wir werden die kleinen Teilforderungen, die Kämpfe um den Achtstundentag, unterstützen, um dann später zur Parole der Arbeiterregierung und zur Diktatur des Proletariates überzugehen.

Zur Führung dieses Kampfes ist aber eine größere innere Festigung, nicht nur in Worten, sondern in Taten für die Einheitsfront einzutreten, notwendig. Die französische, italienische Partei sind absolut notwendige Bestandteile der Kommunistischen Internationale. Wir müssen alles tun, um diese Parteien möglichst fest und innig an die Kommunistische Internationale anzuschließen, aber wenn dies nur möglich wäre um den Preis, wie wir ihn in dieser Etappe bezahlt haben, so wäre dies eine Tragödie. Diesen Preis kann die Kommunistische Internationale nicht zahlen.

Unsere Parole muß jetzt sein: Durch die wirkliche Einheit der Kommunisten zur Einheitsfront der Arbeiterklasse, durch die Einheitsfront der Kommunistischen Internationale zur Einheitsfront der Arbeiterklasse, und durch diese zum Sieg über die Sozialpatrioten und damit zugleich zum Siege über die Bourgeoisie.

Schluß der Sitzung.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 7. Juni 1922, nachmittags.

Vorsitz: Clara Zetkin.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

Der 1. Berichterstatter *Jilek* schildert die Entwicklung der K. P. Tsch. bis zum Vereinigungsparteitag im November 1921, wo einmütig alle Nationalsektionen der Tschechoslowakei entsprechend dem Beschlusse des 3. Kongresses sich vereinigt haben. Die Arbeit wurde nach den Bedürfnissen einer internationalen Partei, die erst aktionsfähig werden soll, eingeteilt. Man traf neue Organisationen, die den strategischen Bedürfnissen des Klassenkampfes entsprechen. Kaum wurden diese Arbeiten in Angriff genommen, da kamen schon die großen Lohnkämpfe der Landarbeiter, Bergarbeiter, Glasarbeiter und Metallisten, die das ganze Land umfaßten. Momentan steht die Partei vor einem großen politischen Kampf. Die Gemeindefunktionäre sollen neu gewählt werden. Da man aber große Furcht vor dem Sieg der Kommunisten und vor Niederlage der Sozialdemokraten hat, versucht man das Mandat der Gemeindefunktionäre ohne Wahl zu verlängern. Die Kommunisten beabsichtigen für diesen Fall als Protest ihre Funktionen niederzulegen.

In allen Lohnkämpfen und Protestkundgebungen bezeugten die Arbeiter eine gute revolutionäre Stimmung; ihre Kampfbereitschaft ist im Steigen. Es fehlt aber eine systematische Führung, die speziell in der Arbeit in den

Gewerkschaften sich fühlbar macht. In den Händen der Kommunisten befinden sich schon die Verbände der Landarbeiter, Maurer, Steinarbeiter, chemischen Arbeiter und Schuharbeiter. In anderen geht die Eroberung gut vor sich.

Der größte Mangel der K. P. Tsch. besteht darin, daß sie noch keinen direkten Einfluß auf die Arbeitermassen besitzt, ja sie beherrscht nicht einmal die in der Partei organisierten Massen. Es ist bisher nicht gelungen, daß wenigstens die Mehrheit der Parteimitglieder die Parteipresse abonnieren. Die Beschlüsse des 3. Kongresses sind nicht durchgeführt. Es wurden weder Zellen noch Arbeitsgruppen organisiert. Von einer illegalen Arbeit und agitatorischer oder organisatorischer Tätigkeit im Heere kann nicht gesprochen werden, da eine solche nicht durchgeführt wurde. Der Arbeit steht teilweise ein Mangel an geschulten Kräften im Wege, andrerseits aber Ansichten, die in der neuen Wendung einen Rückzug sehen, die soziale Revolution erst in 15—30 Jahren erwarten und die Hauptaufgabe der Partei für diese Zeit in der Erhaltung des Apparates und nur in propagandistischer Arbeit erblicken. Sie sind nicht für die illegale Arbeit und ließen die Organisation der kommunistischen Legionäre und gewesenen Rotarmisten zerfallen.

Finanziell sind die Mitglieder durch die vielseitigen Sammlungen sehr in Anspruch genommen. Vom 1. Oktober 1920 bis zum 1. April 1922 hat die Partei mehr als 12 Millionen Kronen eingesammelt. Die materiellen Schwierigkeiten beeinflußten oft die Tätigkeit der Partei und waren die Quelle von Streitigkeiten, die in der Führung der Partei sich fühlbar machten.

Die Folge der Streitigkeiten ist eine Zersetzung in der Führung der Partei, so daß man sagen kann, daß die Partei durch das Fehlen einer Führung nicht aktionsfähig ist.

Es soll seitens der Exekutive mehr Aufmerksamkeit und eine direkte Kontrolle der Partei gegeben werden.

Es ist auch notwendig, daß die Verbindung zwischen der Partei und der Exekutive sich verbessere. Die dringendste Aufgabe besteht darin, daß die Exekutive ihren Standpunkt zu den Erscheinungen in der K. P. Tsch. sagt und den Weg, der weiterhin einzuschlagen ist, zeigt.

Der 2. Berichterstatter *Smeral* weist die Behauptung zurück, daß die Partei noch keinen direkten Einfluß auf die Massen hätte. Was den Vorwurf des Mangels der illegalen Arbeit anbetrifft, so ist in erster Reihe Jilek dafür verantwortlich, da er doch bis zum März dieses Jahres Zentralsekretär der Partei war. Auch die Wirkung der finanziellen Nöte ist übertrieben. Die ganze Krise ist vorläufig nicht so groß, sie kann aber, wenn man sie nicht rechtzeitig schlichtet, zu schweren Konflikten auswachsen. Er konstatiert, daß alle drei Richtungen, die als solche auf dem Vereinigungsparteitag noch sichtbar waren, jetzt prinzipiell vollständig einig sind. Dabei hatte die Partei in dem letzten Jahr wirkliche große Erfolge erzielt. Es ist wahr, daß man die Stärke der Partei etwas überschätzte, da man sie nach der Schwächung der sozialdemokratischen Partei maß, und nicht mit dem Teil rechnete, der indifferent nach der Spaltung geblieben ist. Die Partei ist aber auch so die größte aller politischen Organisationen, die Arbeiter in sich vereinigen. Dabei wurden die Erfolge der Partei nicht durch ein Schwanken, sondern bei Einhaltung der Taktik der Kommunistischen Internationale erfochten. Wir sehen, daß die Partei keine großen Fehler begangen hat, die eine natürliche Grundlage zur scharfen Kritik oder zur Bildung einer Richtung geben könnten. Die Resolutionen und Thesen, die bei der letzten Reichskonferenz über die Taktik, über die Einheitsfront, Gewerkschaftsfrage vorgelegt wurden, wurden

einstimmig angenommen. Und dennoch besteht eine Opposition, die fast die Hälfte in den führenden Körperschaften innehat. Wir haben wiederholt versucht, diese Opposition dahin zu bringen, daß sie ihren Standpunkt präzis festlegt. Wir konnten aber nie erreichen, daß sie sich konkret äußern und es ist sehr schwer, gegen eine Opposition, die nicht klar auftritt, klar Stellung zu nehmen. Der Ursprung der Unzufriedenheit der Opposition ist verschiedener Natur und die Konferenz der Exekutive würde ein gutes Werk begehen, wenn sie präzis feststellt, worin die abweichenden Ansichten der Opposition bestehen.

Die Massen sind durch die Opposition noch nicht berührt. Es besteht aber die Gefahr, daß bei der weiteren Entwicklung die persönlichen Gegensätze sich auf die Massen übertragen werden. Die Führung der Partei ist dadurch sehr erschwert, daß in ihr drei Genossen dieser und drei Genossen der anderen Richtung sitzen. Die Opposition stimmt manchmal mechanisch in kleinen Sachen gegen unsere Vorschläge, nur aus Opposition. Das führt zur Passivität und erschwert jede Entscheidung und Diskussion.

Die Gewerkschaftsfrage. Vor dem Kriege waren in der Tschechoslowakei 200 000 Arbeiter organisiert. Nach dem Kriege kamen noch 600 000 neue dazu, die früher indifferente Masse waren. Jetzt, wo die Offensive des Kapitals einsetzt, sind diese Massen schon ungeduldig. Sie haben den Eindruck, daß sie ihre Beiträge bisher umsonst zahlten und es herrscht eine starke Tendenz vor, aus den Gewerkschaften auszutreten. Und diese Unzufriedenen argumentieren in diesem Stadium kommunistisch, sie übernehmen unsere Argumente gegen die Führer. Es finden sich Genossen, die sagen: Die Arbeiter wollen die Spaltung und wenn wir sie vor dem Indifferentismus retten wollen, da müssen wir ihnen nachgeben. Dazu kommt noch, daß die alten Gewerkschaftsführer ebenfalls gerne eine Spaltung sehen würden. Unser Standpunkt ist gegen jede absichtliche Spaltung gerichtet, trotzdem, daß wir bei einer Spaltung eine große Anzahl von Arbeitern mit herüberziehen könnten.

Die Taktik der Einheitsfront hat sich bei uns auf dem ganzen Gebiet bewährt und zu großen Erfolgen geführt. Unsere Partei ist im Verhältnis zu dem Umfang des Landes eine sehr starke. Dabei ist der Staat überindustrialisiert. Er hat fast alle wichtigsten Industriegebiete der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Industrie kann 65 Millionen Konsumenten versorgen, im Lande selbst sind nur 14 Millionen Einwohner. Daraus folgt, daß hier verhältnismäßig zur Gesamtbevölkerung mehr Arbeiter sind als in andern Ländern. Die Bourgeoisie ist national gespaltet. Die ganze Last der Regierung liegt auf der tschechischen Bourgeoisie, die aber nicht einmal die Mehrheit der wirtschaftlichen Machtmittel hinter sich hat, da die Kapitalien bis 70 % in den Händen der Deutschen sich befinden. International ist die Lage des Landes auch widersprechend. Der tschechische Staat kam durch militärisch-konspirative Politik der nationalen Emigration zustande, und ist heute militärisch von Frankreich abhängig und kann sich militärisch nur in Verbindung mit Frankreich halten. Die militärischen Interessen des Staates führen direkt nach Westen, die wirtschaftliche Notwendigkeit drängt ihn nach Osten, nach Rußland. Durch diesen Gegensatz ist die tatsächliche Basis der Macht der regierenden Bourgeoisiegruppe noch vermindert. Ihre größte Regierungspartei und Stütze sind die Sozialdemokraten, die durch Erschütterungen von unten immer mehr geschwächt und beunruhigt werden. Die Bourgeoisie ist ihrer Schwäche bewußt und sie übernimmt formell als Klasse nicht die Führung. An der Spitze der Regierung

stehen zwei Intellektuelle mit ziemlich großen Namen, die aber de fakto sozial entwurzelt, isoliert sind, keine politische Partei hinter sich haben, keine soziale Macht repräsentieren.

Bei diesen Verhältnissen kann bei den nächsten Wahlen die Mehrheit den Arbeiterparteien zufallen, wobei die Kommunisten die stärkste Partei sein können. Jeder größere Streik zeigt die Unhaltbarkeit der jetzigen Lage. Bei dem Metallarbeiterstreik waren unter dem Drucke ihrer Opposition selbst die national-sozialistischen Führer gezwungen, mit uns wegen der gemeinsamen Führung des Streikes zu verhandeln. Dabei warren sie den Gedanken der Arbeiterregierung auf, selbst als eine Minoritätsregierung, die dann das Parlament auflösen und mit einem entsprechenden Druck Neuwahlen ausschreiben sollte. Die Partei ist für die Aufnahme dieser Perspektiven nicht vorbereitet. Die Exekutive soll aber sich mit diesen Fragen, die als eine Konsequenz der Einheitsfront sich ergeben können, beschäftigen und sie beantworten, da sie in absehbarer Zeit in der Tschechoslowakei praktisch akut sein können.

Kreibich analysiert die sogenannte Opposition der Partei. Er stellt fest, daß die Opposition eigentlich prinzipiell nie klar auftrat, selbst wenn sie mit der Parteiführung oder mit der Politik Smerals nicht einverstanden war. Ein gewisser Unterschied entstand speziell nach dem 3. Weltkongreß, wo Smeral durch erklärliche Gründe sich passiv in der Frage des Aufbaues der einheitlichen kommunistischen Partei verhalten hat, wogegen die Genossen der Opposition eifrig an diesem Aufbau arbeiteten. Diese Passivität Smerals und die Aktivität der anderen Genossen bewirkte, daß letztere zu einer historischen Rolle innerhalb der Bewegung kamen. Auf dem Vereinigungskongreß wurde ein Parteivorstand gewählt, der gewissermaßen eine Spitze in seiner Zusammensetzung gegen Smeral und seine sogenannte Richtung hatte. Nun waren aber die Genossen, die so die Führung der Partei in die Hände bekamen, nicht immer den Aufgaben einer so kritischen Lage gewachsen und es ergab sich öfters, daß die Führung der Partei nach außen hin eben durch Smeral erfolgte, was dann zur Quelle persönlicher Anfeindungen wurde.

Natürlich hat die Opposition auch sachliche Ursachen und ist der Ausdruck gewisser Stimmungen. In den Massen, die von der Demokratie sich immer mehr abwenden, aber den Weg der Diktatur noch nicht fanden, ist das Gefühl einer gewissen Unsicherheit. Man sieht nicht das Bindeglied, von dem auch Sinowjew sprach und das klar den Weg von der Demokratie zur Diktatur zeigt. Was in der Unsicherheit der Opposition zum Ausdruck kommt, ist 1. eine persönliche Unzulänglichkeit, die durch gewisse historische Umstände hervorgerufen ist und die auch durch die Schuld des Gen. Smeral hervorgerufen wurde, und 2. die Unsicherheit in den Massen und in den eigenen Reihen.

Die Unsicherheit der Massen muß in der Partei auch ihren Ausdruck haben, sie kann aber nicht die Parteileitung in der Hand haben. Was notwendig ist, ist ein Parteitag, der eine Führung wählt. Das will natürlich keine Eliminierung der oppositionellen Genossen aus der Parteileitung bedeuten. Sie sind gute Kommunisten, die durch die Umstände in einen Irrtum geraten sind; sie werden die Linie der Komintern wieder einhalten. Es ist aber auf die Dauer unmöglich, daß sie die Mehrheit in dem Parteivorstand haben. Ihre Opposition ist teilweise kommunistisches Bedenken gegen die Politik der Partei, sie ist aber besonders in der Gewerkschaftsfrage nicht klar. Das zeigt sich am besten in den Auslegungen von Bolein, der einer der Führer der Opposition ist.

Die Opposition ist ein mechanisch fortlebender Gegensatz, dessen Ursachen längst nicht mehr vorhanden sind. Wir müssen dies und die Personenstreitigkeiten eliminieren und dazu ist ein neuer Parteitag notwendig, der dann die Krise überwinden wird.

Schluß der Sitzung.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 8. Juni 1922, nachmittags.

Vorsitz: Sinowjew.

1. Bericht über die Bureausitzung der Jugendexekutive.
2. Französische Frage.

1. *Bericht über die Jugend.*

Kreibich erstattet den Bericht über die Bureausitzung der Jugendinternationale, die im März stattfand. Sein Eindruck ist, daß die kommunistischen Parteien sich viel zu wenig um die Jugend kümmern und zeigt darauf hin, daß eine Vernachlässigung der Jugendorganisationen eine ernste Gefahr für die ganze Bewegung bedeutet.

Mit dem Abflauen der proletarischen Revolution nahm selbstverständlich das politische Interesse der Arbeiterjugend stark ab. Dazu kam noch, daß die Arbeiterjugend die Faust des wieder erstarkten Kapitalismus mehr noch als die erwachsene Arbeiterschaft zu fühlen hat. Die kommun. Jugendorganisation mußte in dieser Situation ihre politische Einstellung, die auf einen raschen Sieg der proletarischen Revolution rechnete, ändern und einen neuen Weg zu den Massen der Arbeiterjugend finden. Dies war die eine Aufgabe, die der 2. Weltkongreß der Jugendinternationale im vorigen Jahr lösen mußte. Außer der Formulierung der notwendig gewordenen neuen Taktik mußte man das Verhältnis der Jugendorganisationen zu den entstandenen festen kommunistischen Parteien auch regeln. Unter diesen Umständen waren die Beschlüsse des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Jugend in manchen Beziehungen einschneidendere als die des 3. Weltkongresses der Komintern. Ihre Durchführung hatte fast in allen Ländern Krisen in den Jugendorganisationen verursacht, und es ist eine große Leistung der Jugendexekutive, daß es ihr gelang, trotz aller Schwierigkeiten die Kommunistische Jugendbewegung auf eine einheitliche Linie zu bringen.

Die erweiterte Bureausitzung zeigte, daß die Jugendinternationale auf dem besten Wege ist, diese Krisen zu überwinden. Es fehlt nur eines: daß sie in allen Ländern von den kommunistischen Parteien besser als bisher unterstützt wird.

Was die Einheitsfront anbetrifft, zeigten die Jugendorganisationen dieselben Symptome, wie die kommunistischen Parteien derselben Länder. Die erweiterte Bureausitzung behandelte die Frage der Einheitsfront besonders vom Standpunkte der Jugend und war der Ansicht, daß, weil die Offensive des Kapitals die Arbeiterjugend besonders schwer trifft, ist es unbedingt erforderlich, die gesamte arbeitende Jugend aller Richtungen in die gemeinsame Kampffront aller Arbeiter zu bringen.

Sehr schwer war es für die Jugendorganisationen, nach der anfänglichen ausschließlich politischen Einstellung den Übergang zur Arbeit auf dem wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Gebiete zu finden. Es wurde als selbstverständlich erachtet, daß, wo jugendliche Gewerkschaftsorganisationen vorhanden sind, die Kommunisten in ihnen in unserem Sinne zu wirken haben.

Es wurden die Fragen der Erziehung der Jugend, des Sportwesens, der Jugendpresse, des Kampfes gegen den Militarismus eingehend behandelt, ebenso wie die Bekämpfung der Jugendorganisationen unserer Gegner. Als spezieller Punkt wurde die russische Jugendorganisation behandelt, die mit ihren 400 000 Mitgliedern eine prominente Stellung in der Jugendinternationale einnimmt. Die Krise, die durch den neuen ökonomischen Kurs in der Organisation verursacht wurde, wird jetzt mit Hilfe der russischen kommunistischen Partei überwunden.

Seit der Bureausitzung hat sich der Kongreß der französischen Jugend mit großer Majorität für die Einheitsfront ausgesprochen. Die italienische Jugend hat auf ihrem Kongreß in allen wichtigsten Fragen ebenfalls ihre vollkommene Einigkeit mit der Linie der Jugendinternationale bewiesen. In der Jugend Nordamerikas ist es gelungen, die Widerstände gegen eine legale Betätigung zu überwinden. Diese Erfolge zeigen, daß die Jugendexekutive es versteht, im Sinne der Beschlüsse der Bureausitzung erfolgreich zu arbeiten.

Zum Schluß wiederholt er die Notwendigkeit einer erhöhten Unterstützung der Jugendorganisationen seitens der einzelnen Sektionen und der Komintern.

2. *Französische Frage.*

1. Berichterstatter *Frossard* konstatiert eine gewisse Krise des Vertrauens, zumindest einen Zustand des Unbehagens und der Uneinigkeit. Das beste Mittel zur Beseitigung dieser Krise ist eine loyale vollständige Aussprache mit der Exekutive.

Er behandelt der Reihe nach die Fragen der französischen Partei, zuerst die Stockung der Mitgliederbeitritte. Zur Zeit des Versailler Kongresses hatte die Partei 120 000 Mitglieder, was um so mehr zu schätzen ist, als die vereinigte Partei nie mehr als 90 000 zählte. Diese Zahl fiel bis März auf 60 000. Der Grund dieses Rückganges ist teilweise darin zu suchen, daß Elemente, die in der Hoffnung des leichten Sieges oder aus Mode mit uns kamen, bei dem langsameren Gang der Ereignisse abfielen. Die Spaltung der Gewerkschaften, die Uneinigkeit innerhalb der Partei, schließlich die Verdoppelung der Mitgliederbeiträge spielten dabei auch eine Rolle. Es herrscht auch ein Mangel an führenden Genossen, die die Mitglieder zusammenhalten. Seit März wurde eine Werbekampagne eingeleitet und bis Mai ist die Mitgliederzahl auf 90 000 erhöht worden und wird sich weiter erhöhen.

Die Bezirkswahlen erstreckten sich auf 2500 Bezirke, wo wir 400 Kandidaten aufstellten, die 500 000 Stimmen auf sich vereinigten. In die Generalräte wurden 30, in die Bezirksräte 40 Kommunisten gewählt.

Die Wahlergebnisse entsprachen nicht den Hoffnungen, die wir auf die Wahlen setzten. Wir mußten konstatieren 1. daß der Einfluß der Kommunisten in den städtischen Kreisen stockt oder sogar hie und da zurückgeht, während sie in den Feldarbeiterkreisen Fortschritte machten. 2. Daß in den wichtigen Arbeitergegenden des Nordens die Wahlkraft der Sozialisten der unsrigen überlegen ist. 3. Daß die nunmehr sichere Niederlage des nationalen Blocks zugunsten des Blocks der Linken verlaufen wird. 4. Der Block der Linken als Wahlkartell übt einen Zauber aus, gegen den wir gewisse unserer Mitglieder im voraus wappnen müssen.

Unsere Niederlage erklärt sich ungefähr aus denselben Gründen, wie die Stockung der Mitgliederzahl. Unser Fortschritt auf dem Lande ist ein Erfolg unserer Agrarpropaganda. Die Stimmen und Mandate der Sozialisten sind auch den Machenschaften des Blocks der Linken zuzuschreiben, es ist

aber nicht zu leugnen, daß ihre Stimmen im Norden in ihrer überwiegenden Majorität von Arbeitern herrühren. Die Sozialisten haben im Norden einen Stab politischer und gewerkschaftlicher Funktionäre, die bei der Spaltung bei ihnen blieben und denen wir bisher nicht einen gleichen entgegenstellen konnten. Dagegen ist unsere Stellung in Paris und in den benachbarten Gegenden glänzend.

Alles in allem haben die Bezirkswahlen unsere Schwächen gezeigt und wir müssen anerkennen, daß wir den Einfluß der Sozialisten in gewissen Departements unterschätzt haben.

Der Fall Fabre. Die Exekutive hat dem Fall Fabre eine Bedeutung beigemessen, die wir für übertrieben halten müssen. Er wurde zusammen mit seiner Zeitung vor die Konfliktkommission gestellt mit der Weisung, ihn auszuschließen. Es ist zweifellos beklagenswert, daß die Arbeit der Kommission ein langsames Tempo aufweist, dem Zentralkomitee steht aber das Recht nicht zu, selbst die Stelle der Konfliktkommission einzunehmen. Die Meinung der Partei ist, daß die Exekutive durch die Anwendung des Artikels 9 einen ganz besonders schwerwiegenden Präzedenzfall geschaffen hat. Es handelt sich hier um ein wesentliches Prinzip, dem das Zentralkomitee nicht gleichgiltig gegenüberstehen kann.

Bei der Wiedereinsetzung der vier abgedankten Mitglieder der Zentrale fand die Exekutive, daß sie durch ein „rein formelles Votum" zustande kam, das hinter den Kulissen der Partei vorbereitet wurde. Es muß konstatiert werden, daß die Vorbereitung nicht hinter der Partei, sondern in der Partei offen vor sich ging.

Die Hoffnung, daß nach der Wiedereinsetzung der demissionierten Genossen der Kampf der Richtungen aufhört, hat sich nicht bestätigt. Dieser Kampf wird mit erhöhter Heftigkeit fortgesetzt und wird die Bildung rivalisierender Fraktionen nach sich ziehen, die die Partei sehr schädigen werden.

Was von der Partei auf dem Gebiet der Gewerkschaften verlangt wird, ist die Anwendung des Geistes und des Buchstabens der bereits in Marseille angenommenen Resolution über die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaften. Bei dieser Arbeit muß man sich immer an die besonderen Verhältnisse erinnern, die sich in den Gewerkschaften entwickelt haben und welche sich gegen jeden Eingriff der politischen Parteien wehren wollen. Vor der Spaltung gingen unsere Bemühungen zur Verhinderung dieser Spaltung. Nachdem sie aber doch zustandekam, boten wir alles auf, damit die Gewerkschaften sich an die C. G. T. U. anschließen. Die Kommunisten haben in der C. G. T. U. sehr wichtige Posten. Sie haben die Führung in den Verbänden der Verkehrsarbeiter (70 000 Mitglieder), der Textilarbeiter (35 000), der Grubenarbeiter (35 000), der öffentlichen Angestellten (13 000), der chemischen Arbeiter, der Angestellten der Beleuchtungsarbeiten, der Arbeiter des Unterrichtswesens, im Kleingewerbe, beim Post- und Telegraphenwesen usw. Von 80 Departementsvereinigungen werden 50 von Kommunisten geleitet.

Wir haben trotz unserer Anstrengung bisher nicht erreichen können, daß die ausschlaggebende Bedeutung der Syndikalisten und Anarchisten in der C. G. T. U. sich zu unseren Gunsten ändert. Man wirft uns vor, wir hätten die Polemik mit diesen Elementen unterlassen. Mit unserer Polemik hätten wir in der Bildungsperiode der C. G. T. U. nur erbitterte Kämpfe hervorgerufen, die sie schwer ertragen hätte. Die Verfassung und Richtung der C. G. T. U. wird erst auf dem Kongreß von Saint Etienne festgestellt. Die Gewerkschaftskommission der Partei hat mit der Gruppe der „Vie Ouvrière", die ihr am nächsten steht, ein Übereinkommen zustandegebracht, das voraussichtlich von der Mehrheit der französischen revolutionären Gewerkschaft gut-

geheißen wird. Dem Kongreß liegen zwei Anträge zum Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale vor. Der eine Antrag, ausgearbeitet von unserer Kommission, verlangt die bedingungslose Vereinigung mit der R. G. I.; der zweite Antrag will den Beitritt unter Vorbehalt der Umgestaltung des Artikels über die organische Verbindung mit der K. I. Letzterer hat die größte Aussicht, angenommen zu werden. Dieser Erfolg wird in der gegenwärtigen Lage der französischen Arbeiterbewegung von bedeutender Tragweite sein.

Was die Einheitsfront anbetrifft, ist es klar, daß ihre Grundlagen nicht ernstlich bestritten werden können. Aber ihrer sofortigen Verwirklichung stellen sich in Frankreich zwei Arten von Betrachtungen entgegen. Unsere Parteikämpfer begreifen nicht, daß man an sie die Forderung stellt, sich in Verhandlungen mit denjenigen einzulassen, die sie für ihre gefährlichsten Gegner halten. Die frische Spaltung der Gewerkschaften macht für die C. G. T. U. gemeinsame Aktionen mit der C. G. T. unmöglich. Wir haben zu wählen, entweder mit den revolutionären Gewerkschaften ohne die Reformisten und alten Gewerkschafter gemeinsame Aktionen zu unternehmen, oder aber ohne die revolutionären Gewerkschaften zusammen mit den Reformisten und mit den Sozialdemokraten. Da es uns nicht möglich ist, die vollständige Einheitsfront zu verwirklichen, haben wir gleichzeitig den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und den Interessen unserer eigenen Politik entsprechend, getrachtet, die revolutionäre Einheitsfront zu verwirklichen.

Wir zögern nicht, zu erklären, daß wir gegenüber der Einheitsfront mit unseren reformistischen Gegnern starke Vorbehalte aufstellen würden. Bei der mangelhaften Vorbereitung unserer Partei bestände die Gefahr, daß uns die Taktik von der Einheit der Aktion zur Einheit der Organisation führt. Wir fürchten es nicht zu betonen, daß die Partei in ihrer Gesamtheit noch nicht die genügende kommunistische Reife erlangt hat, die einen solchen Versuch gestatten würde.

Es handelt sich bei uns nicht um die Absicht, uns gegen die Beschlüsse der Exekutive aufzulehnen. Wir wollen nicht durch eine, zumindest frühreife Taktik, das Leben der Partei verderben.

Die Partei hat diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Landeskongresses gestellt. Wir sind der Ansicht, daß es ihre Pflicht sei, ihre früheren Beschlüsse einer ernsteren Revision zu unterziehen. Wir glauben, daß die Partei den revolutionären Wert der Taktik der Einheitsfront anerkennt, daß sie aber die Internationale bittet, ihr zu gestatten, die Anwendung dieser Taktik in Frankreich den Möglichkeiten anzupassen, die sich der Partei bieten.

In jedem Falle aber wird sie sich dem ausgesprochenen Willen der Internationale fügen und wir begreifen, daß die Beschlüsse der letzteren, wenn ihre Autorität nicht zerstört werden soll, sowohl ihrem Geiste, sowie ihrem Buchstaben nach in der Zukunft praktisch durchgeführt werden müssen.

Zum Schluß behandelt er den Vorwurf, daß die Partei einen Mangel an Einheitlichkeit habe. Das ist eine Anklage, von der wir wissen, wie wohlbegründet sie ist. Die Partei ist die alte einheitliche Partei, die in Tour in eine kommunistische verwandelt wurde. Ihre Mitglieder waren nicht durch die Solidarität einer Vergangenheit revolutionärer Aktionen eng miteinander verbunden. Der Beitritt zu der III. Internationale macht sie nicht mit einem Schlage zu einer wirklichen kommunistischen Partei. Diese notwendige Entwicklung wird sich nur nach und nach und nur etappenweise vollziehen.

Die Frage ist, wie dies bewerkstelligen. Wir denken, die Aufgabe der nächsten Monate und besonders des nächsten Kongresses muß darin be-

stehen, die französische kommunistische Bewegung mit einem entsprechenden politischen Programm zu versehen.

Die nächste Etappe kann aber nur erfolgreich durchgemacht werden, wenn der Kampf der Fraktionen das Leben der Partei nicht vergiften wird und nur bei vollstem Einvernehmen der der kommunistischen Idee ergebensten Elemente der Partei. Wir sind bereit, mit Unterstützung der Internationale an der Herstellung dieses Einvernehmens zu arbeiten.

Der 2. Referent *Souvarine* sieht den größten Fehler der Partei darin, daß sie die Verpflichtungen, die sie bei ihrem Anschluß an die K. I. auf sich nahm, nicht einhielt. Die Partei hat zwar ihren Ton geändert und auch ihre Terminologie, sie hat mit der Bourgeoisie gebrochen und nahm ihr gegenüber eine deutliche Kampfstellung ein, sie hat sich rückhaltslos mit der bolschewistischen Revolution solidarisiert. Das ist aber auch alles, was sich seit der Bildung der Kommunistischen Partei in Frankreich geändert hat.

Die Partei ist eine Propagandaorganisation geblieben. Sie hält Versammlungen ab, sie gibt Zeitungen heraus, sie betreibt eine ziemlich oberflächliche Agitation. Sie dringt aber nicht in die Massen, zieht sie nicht in den Kampf, stellt sich nicht an ihre Spitze.

Einen neuen Typus proletarischer Organisation, die neue Struktur der Arbeiterpartei, die sehen wir nicht. Der schwerste Fehler ist jedoch, daß die Partei sich nicht einmal anschickt, ihn zu schaffen. Sie hat ihre Form von territorialen Gruppen, wie sie in der alten Partei bestanden haben, beibehalten, die dem früheren Zustand, wo sie ausschließlich zur Besorgung der Wahlgeschäfte dienten, entsprachen, jedoch nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen.

In den Gewerkschaften fühlen sich die Mitglieder der Partei vollkommen frei, handeln dort nach eigenem Gutdünken, zuweilen sogar gegen die Beschlüsse der Partei und gegen die Beschlüsse der Internationale. Es ist wahr, daß an der Spitze einer großen Anzahl von gewerkschaftlichen Organisationen heute Kommunisten stehen, das war aber fast immer so. Es ist aber eine Erscheinung, daß Genossen, die zugleich Kämpfer der Partei und der Gewerkschaften sind, eher Syndikalisten als Kommunisten sind. Und die unentschlossene, zögernde, schüchterne Haltung der Partei ist nicht dazu angetan, dies zu ändern. Die Zellenbildung und die Vorbereitung zu den zukünftigen Betriebsräten hat die Partei auch unterlassen.

Die Partei hat keine Disziplin. Ein jeder kann in sie hineintreten, und es ist sehr schwer, die ungeeigneten vor die Tür zu setzen. Das Zentralkomitee entspricht nicht dem kommunistischen Begriff von Zentralisierung. Es hat kein Ausschließungsrecht, da eine Organisation über dem Zentralkomitee steht, nämlich die Schlichtungskommission, die die Macht hat, der Partei Mitglieder aufzudrängen, die das Zentralkomitee für politisch unerwünscht erklärt. Aber auch die Zentrale der Partei hat kein Verständnis für den propagandistischen und beispielgebenden Wert, den eine in einigen Minuten beschlossene Sanktion in den Augen der Massen des Proletariates darstellt, wenn die Angelegenheit in politischer Hinsicht jeden Zweifel ausschließend klar ist.

Die Partei verhält sich in ihrer Aktion den wirtschaftlichen Forderungen des Proletariates gegenüber gleichgültig. Sie bleibt von dem Irrtum der alten Partei befangen, hält sich von den Wirtschaftsbewegungen, die sie den Gewerkschaften überläßt, fern und behält sich das Gebiet, das sie politisch nennt, vor. Daraus ist erklärlich, daß die Partei sich am 1. Mai der Initiative der C. G. T. U. unterordnete oder daß ein Mitglied der Zentrale die Pflege der

Traditionen Jaurès für die Partei vorschreibt. Demgegenüber versteckt man sich hinter eine revolutionäre Intransigenz der Worte, und man spricht von dem Kampf für die täglichen Forderungen als vom Reformismus.

Die Presse gibt keine politischen Losungsworte. Sie gibt auf die brennendsten Fragen, auf die die Arbeiter von uns, den Kommunisten, eine Antwort erwarten, keine solche. Sie spielt nicht ihre Rolle als Vorkämpferin, weicht jeder Verantwortung aus, befaßt sich nicht mit den auftauchenden schwierigen Fragen. Diese Enthaltsamkeit begünstigt die demagogischen Elemente, die immer eine fertige Antwort haben, wenn sie auch wertlos ist und die diese Antwort immer in einem sehr energischen, sehr entschiedenen Tone abfassen. Man kann sich den außerordentlichen Einfluß der Anarchisten, die bereits mehrere Jahre hindurch vollkommen verschwunden waren, nur durch diesen Umstand erklären.

Die Mentalität der Partei ist unverändert geblieben. Wenn man eine Kritik übt, sucht man nach persönlichen Gründen, wenn man Disziplin verlangt, so schreibt man über Verfolgung. Interveniert die Internationale, so spricht man von Ukasen, dann sagt man, die französischen Kommunisten seien keine Muschiks usw. Und die Parteileitung läßt sie reden. Wenn man von der Arbeit in den Gewerkschaften spricht, wird gleich über die Verletzung eines heiligen Grundsatzes geschrieen.

In der Partei ist eine reaktionäre Strömung, die die Beschlüsse der Internationale, die ganze Spaltung in Frage stellt. Und die Parteileitung läßt ihr freien Lauf. Es ist auch eine Richtung von einer sogenannten Linken, eine demagogische Störung, die von einigen unverantwortlichen und schädlichen Wirrköpfen geführt wird, die ebenfalls freie Bahn haben und in den wesentlichen Fragen durchdringen. Die Parteileitung enthält sich davon, auf den schädlichen Einfluß dieser Demagogen zu reagieren. Anstatt den Gedanken der Kommunistischen Internationale zu verfechten, zieht die Parteileitung es vor, eine Gleichgewichtspolitik zu betreiben. Sie sieht mit Genugtuung das Bestehen einer rechtsseitigen Strömung der äußersten Linken, weil sie findet, daß jede der andern das Gleichgewicht hält. Unter diesen Umständen können die zweifelhaften Elemente, die in die Partei der Avantgarde hineinschlüpfen, ihre zersetzende Arbeit unbestraft fortsetzen.

Es ist kein Wunder, daß die Partei unfähig war, den Vorschlag der Internationale in der Einheitsfront geistig aufzuarbeiten, und daß sie sogar mit solcher Heftigkeit gegen diesen Vorschlag reagierte. Man konnte sehen, wie die rechtsstehenden Elemente plötzlich als Vorkämpfer der absoluten Intransigenz und als Professoren der kommunistischen Doktrin sich gebärdeten, und Leute, die keine kommunistische Partei in ihren Reihen dulden würde, erteilen der Kommunistischen Internationale Lektionen. Die Parteileitung gestattet es ihnen, diese Rolle zu spielen, ebenso wie sie zusieht, daß Leute die Einheitsfront als einen Verzicht der Internationale auf all das, was sie seit ihrem Entstehen gemacht hat, verkünden.

Angesichts dieser Situation war die Demission auf dem Marseiller Kongreß nur der Ausdruck der Opposition gegenüber der falschen Orientierung der Partei, und als das Zentralkomitee plötzlich seine Energie bei der Unterdrückung der Kritik an der Orientierung der Partei wiederfand, begann sich ein oppositioneller Kreis zu bilden. Niemand, der, auch diese Gruppe, den Verpflichtungen, die die Partei in Tours der Internationale gegenüber übernommen hat, treu bleiben will, behauptet eine Fraktion zu bilden. Aber zur Verhinderung der Fraktionsbildung müssen die Gründe beseitigt werden, die diesen Fraktionsembryo herbeigeführt haben. Und das hat die Exekutive bisher versucht.

In der französischen Partei gibt es eine Fraktion, die der Internationale und der kommunistischen Bewegung im allgemeinen feindselig gesinnt ist. Es gibt eine Fraktion, die die Partei in völligen Einklang mit der 3. Internationale bringen will. Zwischen diesen beiden Fraktionen ist ein Zentrum, das, wie jede Zentrumsfraktion, schwankt und die eine Fraktion mit Hilfe der andern neutralisiert. Und so bleibt die Partei unbeweglich, stampft mit den Füßen auf einer Stelle. Die Lage ist schematisch dieselbe, wie sie vor Tours bestanden hat, mit dem Unterschied, daß das Kräfteverhältnis nicht dasselbe ist, und sie macht einen neuen Kongreß von Tours notwendig.

Die Lösung dieser Krise besteht in der unverzüglichen Durchführung sämtlicher übernommenen Verpflichtungen, sämtlicher Beschlüsse, die im Interesse der Partei gefaßt worden sind. Wenn die Internationale von der Partei die Durchführung ihrer Beschlüsse wünscht, wird gewiß dafür eine große Majorität in der Partei zu finden sein, und damit wird auch die Krise gelöst sein.

Die Partei muß jetzt eigentlich das tun, was sie eigentlich sofort nach dem Kongreß von Tours hätte tun müssen. Die Kommunistische Internationale muß der französischen Partei zeigen, in welcher Situation sie sich fast zwei Jahre nach dem Kongreß von Tours befindet.

Wenn die Elemente, die Frossard soeben die „ernstesten Elemente der Partei" genannt hat, sich einigen werden, um die Partei in die richtigen Bahnen zu lenken, die sie nie hätte verlassen sollen, ist die Partei gerettet. Wenn jedoch das Zentrum seine Politik der Isolierung der Linken und Gefälligkeit der Rechten gegenüber fortsetzt, ist es sicher, daß die Internationale auf dem nächsten Kongreß eine Partei weniger besitzen wird.

Trotzki: Die Lage des französischen Kommunismus ist eine äußerst schwierige. Sie wird nicht zum ersten Male in internationalen Sitzungen behandelt. Nach jeder Etappe unserer internationalen Arbeit zeigt sich aber die Lage noch verschlimmert und noch komplizierter, und es ist der Zeitpunkt gekommen, in dem wir endlich entscheidende Beschlüsse fassen müssen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs befindet sich in schwerem Konflikt mit der Internationale. Die Resolutionen, die gemeinsam mit den sehr qualifizierten Vertretern der französischen Partei angenommen worden waren, wurden in Frankreich nicht durchgeführt. Die hier übernommenen Verpflichtungen wurden nicht erfüllt.

Die Presse unserer französischen Partei gibt in den brennendsten Fragen nicht den Geist der Kommunistischen Internationale wieder. Das Zentralkomitee unserer französischen Partei befolgt in seiner Aktion nicht die Richtlinien der Kommunistischen Internationale. Die bedeutendste Organisation der französischen Partei, der Seine-Verband, stellt vom organisatorischen Standpunkt einen durchaus bizarren, ganz abgesonderten, autonomen Organismus dar. Dem Zentralkomitee, zusammengesetzt aus drei oder vier ziemlich auseinandergehenden Tendenzen, fehlt es vollkommen an Einheitlichkeit. In der Parteipresse liest man unterzeichnete Leitartikel, die persönliche Nuancen und Tendenzen vertreten. Die Stimme der Partei vernimmt man über die brennendsten Fragen nicht.

Genossen, das sind Tatsachen.

Der ganze Ernst der Lage wurde durch den Genossen Daniel Renoult nach seinem Moskauer Aufenthalt in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, den ich bereits in der Exekutive zitierte. Dieser „Gegen die Entwaffnung der Revolution" betitelte Artikel ist gegen die Einheisfront gerichtet und sagt: „Die Polemik gegen und für die Einheitsfront lebt mit größter Kraft wieder

auf. Beklagen wir dies nicht, das Eitergeschwür muß aufbrechen, die Angelegenheit muß gründlich erledigt werden." Das sagt Daniel Renoult, mit dem wir alle Fragen hier eingehend erörtert haben, der uns informierte und den wir informierten.

Auch wir sind für diese Entscheidung. Jawohl, das Eitergeschwür muß aufbrechen! Wir haben den Anfang mit dem Eitergeschwür „Journal du Peuple" gemacht. Wir sagten unsererseits: dieses Eitergeschwür muß aufbrechen, und nachher werden wir sehen, wo das Übel liegt, wer protestieren, wer schreien wird. Man hat uns geantwortet: das ist ja eine ganz und gar unbedeutende Frage, wir werden sie erledigen.

Sie wurde nicht erledigt.

Im „Journal du Peuple" arbeiten — wie man sagt, vorübergehend — einige französische Genossen, die zufällig dem Zentralkomitee der Partei angehören. Wenn aber Mitglieder des Zentralkomitees, wie Verfeuil und Meric, auch nach dem Ausschließungsbeschluß der Exekutive für dieses Blatt gearbeitet haben, so wird die Sache sehr ernst.

Wenn die französischen Genossen die Bedeutung der Tatsache nicht begreifen wollen, daß, nachdem die Exekutive die Mitarbeit an dem Blatte untersagt hat, und zwei Mitglieder des Zentralkomitees weiter ihre Mitarbeit fortsetzen, wenn diese Tatsache von gar keiner Bedeutung ist, dann verliert man wahrhaftig jeden Begriff über politische Proportionen.

Das „Journal du Peuple" berichtet — natürlich in ganz illoyaler Form — über alles, was im Zentralkomitee und in der Partei vorgeht. Neulich schrieb dort Raoul Verfeuil, Mitglied des Zentralkomitees, einen Artikel darüber, daß Frossard „die Eventualität einer Umgruppierung der in Tours verschobenen sozialistischen Kräfte" ins Auge faßt. Nun, wir haben von Frossard die kategorische Erklärung gehört, daß er an die Wiederherstellung der Einheit mit den Dissidenten oder mit einem Teil der Dissidenten gar nicht denkt. Ein Dementi darüber in der „Humanité" haben wir nicht gelesen. Man sagt uns, seine Zeitung wird von niemand gelesen, aber solche Nachrichten verbreiten sich sofort, weil sie von einer gewissen Bedeutung sind.

Im Zentralkomitee befinden sich Vertreter der Rechten, d. h. des Pazifismus, des Reformismus, des Zentrismus; dann sind Vertreter der Linken in ihm und es ist ein Zentrum da. Es sind noch sehr gefährliche andere Tendenzen im Zentralkomitee. Die Auffassung des Genossen Renoul Jean z. B. ist der Anfang der Richtlinien der Lehren der russischen Sozialrevolutionäre. Viel klarer als er spricht Auclaire. Ich zitiere aus der „Humanité": Auclaire bekämpft den wirtschaftlichen Kampf der Jugend. Seiner Ansicht nach ist man von der Hypnose der Arbeiterklasse befangen, „in einem Lande, dessen Viersiebentel der Bevölkerung aus Bauern besteht, ist die erste Aufgabe, die Reformismus wieder aufrichtet. Der Reformismus ist also der Kampf um den Satz jener These, die bloß die Rückkehr zur Vergangenheit fordert und den Reformismus wieder aufrichtet." Der Reformismus ist also der Kampf um die Tagesbedürfnisse des Proletariats, die nächste Aufgabe ist, die bäuerlichen Schichten zu gewinnen!

Das ist einfach die Theorie der Sozialrevolutionäre, und der Reformismus an und für sich. Und das Gefährlichste ist, daß man diese „kleinbürgerliche" Ideologie — denn die Bauern sind ja landwirtschaftliche Kleinbürger — vertritt, indem man sie in revolutionäre Worte hüllt.

Die jüngsten Kantonalwahlen bestätigen — sagt Frossard —, daß wir in Frankreich Arbeiterstimmen verloren und bäuerliche Stimmen gewonnen haben. Das ist aber eben das gefährlichste Symptom in der Entwicklung der

Partei. Es wäre eine schwere Unterlassungssünde, wenn wir nicht rechtzeitig auf das Problem des „bäuerlichen" Opportunismus hinweisen würden.

Wenn wir hier Beschlüsse fassen, wo die ganze Internationale vertreten ist, wo eine überaus repräsentative französische Delegation vorhanden ist, wie vor einigen Monaten, wie vor einem Jahre, und selbst wenn wir diese Beschlüsse einstimmig annehmen, werden wir nachher in der französischen kommunistischen Presse lesen, daß die Beschlüsse auf Grund einer durchaus unvollständigen, mangelhaften Information, auf Bruchstücke von Artikeln usw. zustande kamen. Viktor Meric, Auclaire u. a. verbreiten gerne diese Legende. Und wir müssen die französischen Genossen bitten, die hier zugegen sind, den französischen Arbeitern zu sagen, daß man sie in unanständiger Weise täuscht. Wir lesen die Artikel von Anfang bis zu Ende, selbst auf die Gefahr hin, darin nichts zu finden, wie in den Artikeln Viktor Merics. Wir informieren uns nicht nur aus den kommunistischen Zeitungen; wir erhalten Berichte des Zentralkomitees, Berichte der französischen Delegierten, Berichte der Delegierten der Exekutive; wir sprachen mit Frossard, mit Cachin, mit Sellier und mit Renoult und anderen Genossen. Wenn wir wollen, daß unsere Beschlüsse in der Zukunft in Frankreich irgendeine Autorität besitzen, dann müssen wir die ganz und gar illoyale Legende, die den französischen Arbeitern die hier gefaßten Beschlüsse so darstellt, als wären sie in leichtfertiger Weise angenommen worden, zerstören.

Nach all dem, was in dieser Frage geschrieben wurde, muß man sich über die große Geduld der französischen Arbeiter, die Moskau nicht mit der Faust bedrohen, wundern.

Veufeuil spricht gerne über die Fehler, die die russische Partei in der Regierungspolitik begangen hat, und will damit beweisen, daß ähnliche Irrtümer in der internationalen sozialistischen Aktion gemacht werden können.

Aber es ist ein großer Unterschied zwischen den Regierungsfehlern der Partei, die als e r s t e die Macht an sich gerissen hat, und den rituellen Fehlern, den wohlbekannten Fehlern, den numerierten und sogar katalogisierten Fehlern, die seit Dekaden in der französischen Partei begangen werden.

Wer die Lage in Frankreich besser beurteilt hat, das sehen wir jetzt in der Einschätzung der Kraft der Dissidenten. Ich bereitete zu der Diskussion über die Einheitsfront Thesen vor, in denen ich eingehend über die Kräfte der Dissidenten schrieb: „Die Dissidenten können unter gewissen Umständen im Inneren der Arbeiterklasse selbst ein viel bedeutenderer konterrevolutionärer Faktor werden, als es scheint, wenn wir sie nach der Schwäche ihrer Organisation, der Auflage und des ideologischen Inhalts des „Populair" beurteilen."

Die französischen Delegierten haben behauptet: auf politischem Gebiete haben wir eine Stellung von beherrschender Kraft inne, die Dissidenten existieren nicht mehr. Das sagten Cachin, Renoult und auch Genosse Sellier. Das war auch ihr Hauptargument gegen die Einheitsfront.

In den Thesen, die ich auf Grund von Besprechungen mit einigen Freunden aus der Exekutive, und nicht bloß nach meinen individuellen Gedanken abgefaßt habe, erklärte ich, daß die Dissidenten keine quantité négligable sind. Als ich mit Genossen Sinowjew Rücksprache pflog, sagte er mir: „Es ist sehr schwer, zu behaupten, daß die Dissidenten eine reale Macht sind, wenn dies die französischen Genossen verneinen." Ich habe daher die Thesen nicht vorgeschlagen, nur unter meiner Verantwortung und unter meinem Namen im „Bulletin Communiste" veröffentlicht.

Nun haben aber die Tatsachen die Richtigkeit dieser Thesen erwiesen. Ich wiederhole, was Genosse Frossard hier zugegeben hat, daß er und seine

Genossen die in der Arbeitermasse bestehende Macht der Reformisten nicht genügend eingeschätzt haben. Im Norden haben die Dissidenten in der Arbeiterbevölkerung mehr Stimmen erzielt als wir. Das beweist, daß das gewichtigste Argument der französischen Genossen gegen die Einheitsfront, mit den Dissidenten, die eine quantité négligable darstellen, wollen wir nichts zu tun haben, durchaus falsch ist. Sie haben sich getäuscht.

Die Behauptung von Genossen, die sagen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Exekutive und der französischen Partei ihre Erklärung in den schlechten Informationen und leichtsinnigen Beschlüssen der Internationale finden, lockern die Disziplin von oben bis unten.

Am Ende der Diskussion über die Einheitsfront erklärte in diesem Saale Renoult: wir sind disziplinierte Soldaten der Internationale, wir werden uns den Beschlüssen unterwerfen, wie es unsere kommunistische Pflicht vorschreibt. Derselbe Daniel Renoult läßt aber keine Gelegenheit vorübergehen, wo er gegen die Einheitsfront schreiben kann, solche Zitate aus dem „Journal du Peuple" in seine Zeitung übernimmt, Kundgebungen dagegen provoziert. Es ist keinesfalls die Situation eines Mitgliedes des Zentralkomitees, Mitglied der nach Moskau entsendeten Delegation der Partei, das eine Verpflichtung auf sich nahm, welche es nicht durchführen kann, da in der Partei dagegen eine feindliche Stimmung vorherrscht. Nein, Renoult ist der Initiator dieses Feldzuges gegen uns, die das französische Proletariat entwaffnen wollen. Die Erklärung darüber, warum wir es entwaffnen wollen, finden sie in dem „Journal du Peuple". Dieses Blatt sagt, daß nicht die Komintern auf die Idee der Taktik der Einheitsfront kam, sondern der russische Staat, den die Not und die nationalen Bedürfnisse auf diese Idee gebracht haben.

Genossen, ich wundere mich darüber, daß die französischen Arbeiter unter solchen Umständen hinnehmen, unserer Internationale anzugehören. Ich bewundere ihre Geduld; es ist jedoch klar, daß auch diese Geduld ihre Grenze hat.

Es ist eine Logik in all dem. Da ist z. B. eine Resolution, die im Mai im Seine-Verband angenommen wurde, die in einer Kommission ausgearbeitet wurde, deren Mitglieder u. a. Meric, Vertreter der ausgesprochenen Rechten, Renoult, das Zentrum, und Heine, die äußerste Linke vertrat. Diese Resolution findet, daß die Krise in der Partei „mit den oft sehr plötzlichen Änderungen der durch die Exekutive der Internationale verkündeten Taktik verknüpft ist, deren Gründe den Massen zuweilen entgehen".

Nun hat aber die Krise schon begonnen, bevor man noch den Gedanken der Einheitsfront entwickelt hatte. Man kann sogar sagen, daß im Gegenteil das Stocken der Mitgliedsbeitritte bei der französischen Partei und auch bei anderen Parteien die Internationale dazu bewogen hat, den Gedanken der Einheitsfront zu entwickeln, denn die Einheitsfront bedeutete die Möglichkeit, eine breitere politische Straße zu betreten.

Über die Seine-Föderation, die auf föderativem Grundsatz aufgebaut ist, d. h. jede Sektion ohne Rücksicht auf ihre zahlenmäßige Stärke durch einen Delegierten vertreten ist und über deren Untauglichkeit alle Mitglieder der früheren französischen Delegation, mit Ausnahme des Genossen Metayer, gleicher Ansicht waren, sagt die Resolution: „Diese von sowjetistischen Grundsätzen durchsetzte Organisation . . . führt ihren Ursprung auf die russische Revolution zurück."

Nun ist Sowjetrußland föderalistisch. Der Staatsföderalismus ist eine notwendige Konzession einerseits an gewisse Forderungen der Schule, der Kultur, der Sprache und andererseits an die nationalen Vorurteile der Kleinbürgerschaft des Landes. Die Ukraine, Aserbeidschan, Georgien sind unab-

hängig. Aber die Kommunisten dieser Länder sind nicht unabhängig, sie sind ebenso der Parteidisziplin unterworfen, wie die Moskauer Kommunisten. Unsere Organisation ist im höchsten Maße zentralisiert. Glauben Sie, daß wir ohne diese Zentralisation Widerstand leisten könnten? Man sollte den Arbeitern den prinzipiellen Unterschied zwischen der Verfassung der Partei und jener des Staates erklären, und daß die erstere den letzteren schaffen muß. Daniel Renoult tut aber das, trotzdem er es versteht, nicht. Er hatte hier zugegeben: das ist eine vollkommen unannehmbare, unhaltbare Organisation, die das kommunistische Leben in Paris zerstört. In seiner Resolution sagt er jedoch das Gegenteil, nur um mit der Rechten und mit der äußersten Linken gegen die kommunistische Linke auftreten zu können. Die Resolution verurteilt die Einheitsfront, „den Neureformismus, den uns gewisse Genossen als Anwendungsart der Einheitsfront vorlegen". „Gewisse Genossen" sind diejenigen, die zur Zielscheibe beim Angriffe gegen die Komintern werden, weil sie die Gedanken der Internationale verteidigen.

Der Einheitsfront gegenüber propagiert die Seine-Föderation die Bildung der Arbeiterräte, wo die reformistischen Führer keinen Zutritt haben, und wo die Einheit der Arbeiterklasse, wie in den russischen Sowjets 1905 und 1917, zustandekommen kann. Nun waren wir aber in den Sowjets am Anfang nur eine kleine Minorität. Wir hatten es dort sehr schwer, zu Wort zu kommen. Die Majorität war in den Händen der reformistischen Führer. Und wie will man Sowjets ins Leben rufen, zu denen die reformistischen Führer keinen Zutritt haben? Kann man den Arbeitern verbieten, in die Sowjets jene Leute zu entsenden, denen sie ihr Vertrauen entgegenbringen? Man sagt ferner: Wie handeln die Russen in den Jahren 1905 und 1917. Sie befinden sich aber nicht in den Jahren 1905 und 1917, sondern in der Zwischenzeit zwischen diesen beiden Jahren. Zu dieser Zeit gab es in Rußland keine revolutionären Sowjets, es waren nur unsere Organisationen und unsere Versuche, die Einheit der Aktion, die Einheit der proletarischen Front herzustellen. Das war unsere Vorbereitungsarbeit zur großen Einheit für den entscheidenden Augenblick, in dem die Sowjets entstanden. In dem Moment, wo die Masse den historischen Stoß bekommen wird, werden sie in Frankreich die Einheitsfront auch nicht vermeiden können. Sie wird trotz allem zustande kommen, sie wird unvermutet für Sie zustande kommen, Sie werden gezwungen sein, sich damit abzufinden, ohne darauf vorbereitet zu sein. Statt sich durch die Ereignisse überraschen zu lassen, ist es natürlich besser, Vorläufer dieser Idee, dieser Aktion, als ihr Befolger zu sein. Die Resolution betont die Disziplin, „die jedoch nicht in engsichtiger Weise kompromittiert werden darf, indem sich die Parteien darauf beschränken, die Beschlüsse der Exekutive zu registrieren". Mit anderen Worten: die Disziplin ist im allgemeinen eine ausgezeichnete Sache, aber nicht in unserem Haus, nicht in der 3. Internationale.

Am Ende drückt die Resolution ihre Hoffnung aus, daß der IV. Kongreß sich nach links orientiert und die Beschlüsse über die Einheitsfront revidieren wird. Es gibt also eine Orientierung nach rechts, das ist jene der Komintern, und eine Orientierung nach links, jene Viktor Merics, des Mitarbeiters Fabres!

Zur Gewerkschaftsfrage hat Genosse Frossard ein ziemlich optimistisches Prognostikum aufgestellt. Ich habe aber von Frossard einen Artikel gelesen, der die Gewerkschaftstaktik der Partei als eine Wiederaufnahme der Politik Jaurès bezeichnet. Das ist aber eine Richtung, die den Resolutionen der Internationale und dem Marseiller Kongreß ganz zuwiderläuft. Die Taktik Jaurès war der durch den patriotisch und national angehauchten reformisti-

schen Sozialismus einerseits und durch den anarchisierendem Syndikalismus andererseits geschaffenen Lage vollkommen angemessen. Damals hatte keine Möglichkeit bestanden, unsere Taktik zu befolgen. Es war ein stillschweigendes Einvernehmen zwischen den syndikalistischen Elementen und der parlamentarischen Sozialistenpartei über die Arbeitsteilung im Parlament und in den Gewerkschaften. Unsere Aufgabe aber besteht darin, den Kampf der ganzen Arbeiterklasse zu führen. Und wir dürfen nie sagen: wir teilen die Arbeit, die gewerkschaftliche Organisation ist autonom. Wir müssen überall in den Gewerkschaften, im Parlament, in der Presse der kommunistischen Partei, der kommunistische Revolutionswille bleiben. Wir können nicht die jaurèsistische Tradition akzeptieren.

Genosse Frossard sagt uns, daß an der Spitze wichtiger Gewerkschaftsorganisationen Kommunisten stehen. Werden sie aber durch die Partei in ihrer Arbeit unterwiesen? In den Gewerkschaften sind zwei Fraktionen: die Fraktion Rosmer und die Fraktion Monmousseau. Die letztere blickt auf eine lange anarchistisch-syndikalistische Überlieferung zurück, dennoch nähert sie sich uns. Die besten Anhänger Monmousseaus sind jedoch zum größten Teil Kommunisten, Mitglieder unserer Partei. Es gibt Kommunisten, die nach ihrem Eintritt in die Gewerkschaften ihre Ideen ändern. Sie werden Syndikalisten. Und ich weiß nicht, ob auf diese Weise wir die gewerkschaftliche Bewegung erobern werden, oder ob der revolutionäre Syndikalismus unsere Partei erobern wird. Diesem Zustande müssen wir ein Ende bereiten. Auf dem bevorstehenden Kongreß von St. Etienne müssen wir unter der Leitung der Vertreter des Zentralkomitees der Partei die kommunistische Fraktion des Kongresses zusammenberufen, Aktionsprogramm feststellen und gegen diejenigen Kommunisten, die gegen den Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale stimmen, vorgehen.

Gehen wir zur Einheitsfront über! Wir gehen in Frankreich der Epoche des Blockes der Linken entgegen. Das Durchdringen dieses Blockes in Frankreich wird den demokratischen und pazifistischen Vorurteilen in tiefen Schichten des Proletariats wieder großen Einfluß verschaffen. Das ist eine grundlegende Tatsache. Unsere Bewegung schreitet mit großen Erschütterungen vorwärts. Sie hatten zu Beginn des Krieges die Epoche der patriotischen Illusionen der nationalen Verteidigung erlebt. Dann kam der Beginn der Enttäuschung; dann die Morgenröte der Revolution von 1917; dann der Sieg und seine Illusionen, die von großem Einfluß auf die Arbeiterklasse waren. Dann eine neue Enttäuschung und der Beginn einer kurzen Epoche revolutionärer Illusionen. Ich sage Illusionen, weil keine klare Vorstellung der Revolution vorhanden war. Der Ausstand der Eisenbahner war der Ausdruck dieser revolutionären Illusionen. Und die revolutionäre Kommunistenpartei selbst ist das beste Produkt dieser Epoche. Seither wurde eine Art Rückgang konstatiert, die den revolutionären Illusionen notwendigerweise auf dem Fuße folgt.

Daraus erfolgte eine Krise der Mitgliedsaustritte. Gleichzeitig aber wickelt sich in der Masse, sowohl in der kleinbürgerlichen, wie auch in der proletarischen Masse, ein molekularischer Prozeß ab: das ist die Unzufriedenheit mit dem nationalen Block. Auch erscheint der Block der Linken am Horizont. Wie denkt ein einfacher Arbeiter in einem solchen Augenblick? Nehmen wir einen Arbeiter, der kein Kommunist ist, der mit der Partei und mit der sozialen Revolution sympathisiert; dieser Arbeiter sagt sich: der Block der Linken ist im Vergleich zum nationalen Block doch vorteilhaft. Die Kommunisten sind ausgezeichnete Leute; sobald sie Revolution machen werden, gehe ich mit ihnen. Bis sie sie vorbereiten, ziehe ich einen Wechsel vor. Ich

ziehe es mit vielen anderen vor, auf Longuet zu stimmen, dessen Partei eine fortgeschrittene Regierung bilden wird.

Dieser Arbeiter ist Demokrat, sein Demokratismus ist jedoch von Skeptizismus durchdrungen. Er ist revolutionär. Für den Augenblick ist sein revolutionäres Wesen jedoch abwartend.

Und Ihr französischen Kommunisten, Ihr sagt, Ihr wiederholt: Einheitsfront? Nein, wir sind für die hochheilige Revolution. Und wir flößen den Arbeitern den Gedanken des Blockes der Linken ein. Ist das eine reformistische Idee, wenn Ihr den Arbeitern sagen würdet, wir müssen dem nationalen Block und dem Block der Linken den Block des Proletariats gegenüberstellen? Sie wollen eine bürgerliche Regierung bilden, wir hingegen wollen eine Proletarierregierung. Frossard sagte uns, wir begrüßen den Block der Linken, weil dieser Block die Partei der Dissidenten enthalten wird, die sich kompromittieren wird, und dann werden wir ihre Nachfolger sein und ihre Erbschaft antreten. Nein, das ist nicht unsere Politik!

Ihr sagt einem französischen Arbeiter: marschiere mit uns und nicht mit den Bourgeois. Er antwortet Euch: Jawohl, ich bin ein Arbeiter, ich will nicht mit den Bourgeois marschieren, aber ich habe zu Jouhaux Vertrauen. Ihr müßt ihm antworten: Gut, marschiere mit ihm, jedoch auf dem Wege, den ich Dir gegen die Bourgeoisie vorschlagen werde.

Wenn dieser Arbeiter Jouhaux mit sich zu ziehen versucht und ihm dies nicht gelingen wird, wird letzterer dadurch kompromittiert werden. Auf diese Weise kann die Hälfte, das Drittel der Anhänger Jouhauxs für uns gewonnen werden.

Der bürgerlichen Regierung die Idee einer Arbeiterregierung gegenüberzustellen, ist ein Gedanke, der geeignet ist, die Anhänger der Syndikalisten und der Anarchisten an sich zu ziehen.

Es sind große Änderungen der Richtung und der Methoden in der französischen Partei notwendig. Man muß ein vollkommen klares Programm ausarbeiten und taktische Thesen, die den Pazifismus, den Zentrismus, den Reformismus, die Disziplinlosigkeit unerbittlich verurteilen und die Vertreter dieser Richtungen aus der Partei verjagen. Die Partei muß ein Statut schaffen, das das Zentralkomitee in die Lage versetzt, die Partei zu führen. Das Zentralkomitee muß den Fall Fabre in politischem Sinne liquidieren, d. h. es muß den Arbeitern erklären, daß wir gegen unsere inneren Feinde einen politischen Schlag geführt haben. Die Stimme der Partei muß in der Presse ertönen. Die „Humanité" muß die Richtlinie der Internationale vertreten. Es kann nicht weiter geduldet werden, daß ein Parteiblatt, wie jenes, das unter der Leitung unseres Genossen Daniel Renoult steht, zum Werkzeug der Entfernung der Partei von der Internationale werde.

Unter solchen Umständen kann man auch fordern, daß keine Fraktionen in der französischen Partei bestehen. Wenn aber durch den Gang der Ereignisse und durch die Passivität der Partei eine Lage zustande käme, daß die Internationale in einem halben Jahre oder in einem Jahre vor die Notwendigkeit gestellt wird, die Wahl zwischen einer entschlossenen Rechten und einer in Bildung begriffenen Linken zu treffen, dann wird der Internationale nichts anderes übrig bleiben, als ihre Autorität der Linken zu verleihen.

Diese Perspektive erscheint uns allen sehr traurig, das französische Proletariat verdient es, daß seine Partei einen besseren Weg einschlage. Wir hatten etwas Ähnliches in Italien. Frankreich kann die Lehren dessen, was in Italien vorgefallen ist, verwerten. Wenn wir uns darauf beschränken würden, zu wiederholen, was sich in Italien zugetragen hat, wozu diente dann

die Internationale, die die Erfahrung des einen Landes verallgemeinern muß, um damit die anderen zu bereichern?

Deshalb müssen wir uns mit der französischen Delegation über die wichtigsten, entscheidendsten Fragen verständigen und genau bestimmte und vollkommen akzeptierte Resolutionen verfassen und ihre in jeder Hinsicht vollkommene Durchführung fordern.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 9. Juni 1922, mittags.

Vorsitz: Clara Zetkin.

Norwegische Frage.

Friis erstattet den Bericht über die norwegische Lage. Die Kommunistische Partei Norwegens ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes die größte Partei der Komintern. Bei den letzten Wahlen hat sie große Erfolge errungen und 29 Mandate erobert, und ist damit einer der größten politischen Faktoren auch im Parlament geworden. Die linksbürgerliche Regierung hängt von den Stimmen der Kommunisten ab. Dieser Stärke auf politischem Gebiet steht die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisationen auf ökonomischem Gebiete gegenüber. Im letzten Sommer hatte man fünf Wochen lang einen Generalstreik, an dem 110 000 Arbeiter teilnahmen, und der ungünstig für die Arbeiter endete. Dieser Streik hat die Abwehrkassen der Gewerkschaften sehr erschöpft, so daß die Gewerkschaften den neuen Anstürmen der Kapitalisten kaum Widerstand leisten konnten, und jeder Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete mit der sicheren Niederlage drohte.

In dieser Situation brachte die Regierung ein zeitweiliges Zwangsvergleichsgesetz ein. Die Ansichten über den Wert dieses Gesetzes waren ziemlich geteilt. Ein Teil der Genossen dachte, daß in einer Situation, wo die Gewerkschaften fast wehrlos dastehen, dagegen eine starke politische Partei vorhanden ist, die Annahme eines solchen Gesetzes eine gewisse Schwächung der kapitalistischen Offensive bedeuten könnte. Zuerst waren die Verfechter dieser Ansicht sowohl im Gewerkschaftsvorstand, wie in der Parteizentrale in der Minorität. Nach langen Debatten war aber die Mehrhei der gewerkschaftlich Organisierten für ein solches Gesetz, und die Parteizentrale hat sich der Stimmung innerhalb der Gewerkschaften untergeordnet. Dementsprechend wurde der Reichstagsfraktion die Weisung erteilt, auf ein Jahr das Gesetz anzunehmen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das Gesetz unter keinen Umständen zu reaktionären Zwecken exploitiert werden solle.

Die Urteile, die die auf Grund des Gesetzes eingesetzten Kommissionen fällten, waren schlechter für die Arbeiter, als man dies erwartet hatte, zwar sind die Meinungen auch diesbezüglich innerhalb der Führerschaft der Gewerkschaften sehr geteilt. Unter diesen Umständen ist die Kritik der Genossen, die von Anfang an gegen die Annahme des Gesetzes waren, schärfer geworden; sie nahm an Schärfe mehr gegen die Reichstagsfraktion und die Gewerkschaftsführer, als gegen das Gesetz selbst zu. Selbst das Zentralorgan der Partei verfolgte diese Art der Kritik und verstärkte damit die Krise in der Partei.

Was die Einheitsfront betrifft, so sind ungefähr dieselben Genossen, die gegen das Zwangsvergleichsgesetz waren, auch gegen die Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Als die Thesen der Exekutive in Norwegen bekannt wurden, war die oben geschilderte Krise bereits im Gange. Die Thesen riefen

eine starke Opposition hervor; seltsamerweise wurden sie speziell von den Genossen als reformistisch aufgefaßt, die gegen die Thesen des 2. und für die Thesen des 3. Kongresses waren. Nachdem man mit der Theorie dieser Taktik eingehender bekannt wurde, hat der ganze Zentralvorstand nichts dagegen einzuwenden gehabt. Die bewußten Widerstände kamen erst bei der praktischen Durchführung und speziell bei den Demonstrationen am 1. Mai, wo die Sozialdemokraten an uns und an die Gewerkschaften mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Demonstration herantraten. Die Partei hat diesen Vorschlag nicht beantwortet und hat dadurch die Initiative aus den Händen gegeben. Unser Versuch, in der im Arbeiterverein zu Kristiania abgehaltenen langen Diskussion die Genossen für eine konsequente Durchführung der Einheitsfront umzustimmen, endete mit einer Niederlage. Unsere Resolution wurde abgelehnt und die Resolution des Genossen Tranmael angenommen, der die Einheitsfront in der politischen Sammlungsarbeit der norwegischen (kommunistischen) Arbeiterpartei sieht. Seine Resolution wurde mit 236 Stimmen gegen 15 angenommen. Diese Genossen sind der Ansicht, daß wir bereits die Mehrzahl der Arbeiter hinter uns haben. Bei den letzten Wahlen haben wir 200 000 Stimmen, die Sozialdemokraten 83 000 Stimmen erhalten. Es ist zweifelsohne speziell unter den sozialdemokratischen Arbeitern eine starke Einheitsstimmung. Die Gegner der Einheitsfront sagen aber, daß diese Taktik in anderen Ländern ganz gut sein kann, aber in Norwegen nicht verwendbar ist. Diese Meinung stört stark die Erfolge unserer schwedischen Genossen, denen die Branting-Sozialdemokraten das Verhalten der norwegischen Kommunisten als Argument entgegenhalten.

Die Debatte über die Einheitsfront geht weiter. Im August wird ein Parteitag stattfinden, der hoffentlich die Lösung bringen wird. Auch wird es möglich sein, im Zusammenhang mit der Einheitsfront die Parole der Arbeiterregierung aufzustellen. Vorläufig wird diese Parole in unserer Partei nicht, oder irrtümlich verstanden.

Was den Fall Lian anbetrifft, ist er Vorsitzender der Gewerkschaften und reiste als Sachverständiger der Regierung nach Genua. Er hat das getan, ohne mit dem Zentralvorstand der Partei zu konferieren. Es wurde beschlossen, daß, wenn er zurückkommt, ihm eine strenge Rüge erteilt wird, da er, ohne den Zentralvorstand zu befragen, reiste. Hätte er die Erlaubnis des Parteivorstandes eingeholt, dann hätte man ihm die Reise sowieso erlaubt, da man darin eine Kontrolle der bürgerlichen Delegation und eine Hilfeleistung für Sowjetrußland erblickte. Sein Benehmen auf dem Kongreß der Amsterdamer in Rom war korrekt, was Genosse Rudsutak, der russische Vertreter, auch bestätigt, und nach seiner Rückkehr erklärte er, nun endlich vollkommen mit den Amsterdamern zu brechen. Die verschiedenen Gewerkschaftsverbände halten jetzt ihre Verbandstagungen ab. Die Erklärung Lians hatte den Sieg der Anhänger der Profintern sehr gefördert, und der allgemeine Landeskongreß der Gewerkschaften, der im nächsten Jahre abgehalten wird, wird sich auch gegen Amsterdam aussprechen. In dieser Situation würden die Genossen in der Partei und in den Gewerkschaften den Ausschluß Lians schwer verstehen.

Kuusinen unterstreicht die Tatsache, daß Norwegen das einzige Land ist, wo eine bürgerliche Regierung mit der Unterstützung der Kommunisten existiert. Es wäre auch eine eigentümliche Rüge von einem Zentralkomitee gewesen, das ohne weiteres Lian die Erlaubnis für die Reise gegeben hätte. Was das Zwangsvergleichsgesetz anbetrifft, so behaupten die Genossen, es stände mit den Thesen des 3. Kongresses in Übereinstimmung. Die Genossen haben die Lehren des 3. Kongresses etwas merkwürdig begriffen. Sie haben

es so ausgelegt, daß, da der 3. Kongreß so viel Gewicht auf die Tagesforderungen der Arbeiterschaft legte, die Kommunistische Partei verpflichtet ist, überhaupt für die Tagesinteressen der Arbeiter einzutreten.

Als das Gesetz das vorige Mal gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde, waren die Bürgerlichen gezwungen, mildere Gerichtsurteile zu fällen. Unsere Genossen haben jetzt angenommen, daß, wenn sie das Gesetz unterstützen, als Belohnung dafür die Gerichtsurteile milder ausfallen werden. Das war ein großer Irrtum. Die bürgerliche Regierung hat die Arbeiterpartei betrogen, und dennoch setzen unsere norwegischen Freunde die regierungsfreundliche Politik fort. Ein Motiv für die Annahme des Gesetzes war auch die Furcht, daß seine Ablehnung eine Mißstimmung gegen unsere Partei und eine Verstärkung der Position der Rechtssozialisten verursachen wird. Das Gegenteil ist eingetreten: eine große Mißstimmung gegen unsere Partei.

Der Parteivorstand der Kommunisten hat seinen Mitgliedern in den Gewerkschaften keine Direktiven in dieser wichtigen Frage erteilt, und auch nicht seine Ansicht ausgesprochen. Das ist charakteristisch.

Eine Opposition gegen die Einheitsfront tut uns natürlich leid. Es muß aber konstatiert werden, daß es teilweise die Anhänger der Einheitsfront waren, die Wasser auf die Mühle der Opposition gegossen haben. Dasselbe betrifft auch die Parole der Arbeiterregierung. Wenn die Genossen es nicht verstehen, die Arbeiterregierung in einer Form zu propagieren, daß die Arbeiterschaft sie als eine revolutionäre Parole auffaßt, so ist der Fehler in ihnen, nicht in der Parole. Wie sollen die Genossen diese Forderung verstehen, wenn sie sehen, daß die Kommunisten nicht einen einzigen Versuch unternehmen, um die liberale Regierung zu stürzen. Die Bourgeoisie hat großen Vorteil aus dem jetzigen Benehmen der Kommunistischen Partei; ein revolutionärer Parlamentarismus würde ihr viel teurer kommen.

Was den Genossen Lian anbetrifft, so ist er ein Opportunist; darüber besteht kein Zweifel. In der Partei sind aber viele Opportunisten, und mit seinem Ausschluß wird es nicht besser. Er hat außerdem durch seine Äußerungen und Stellungnahme darauf hingewirkt, daß die Mehrheit in den norwegischen Gewerkschaften für die Profintern gewonnen wurde. Wäre Lian gegen die Profintern aufgetreten oder hätte laviert, so wären vielleicht auch gute Kommunisten mit ihm gegangen. Und das ist keine kleine Frage.

Die „strenge Rüge", die die norwegische Parteizentrale gedachte dem Genossen Lian zu erteilen, sollen wir jetzt im Namen der Exekutive erteilen, aber nicht nur dem Genossen Lian, sondern der ganzen Parteizentrale, vielleicht sogar der ganzen Partei. Eine Rüge haben nicht nur die Genossen verdient, die teilweise gegen die Einheitsfront auftreten, sondern auch unsere Freunde Friis und Schefflo, die eine verfehlte parlamentarische Politik geführt haben. Solch einer Politik muß ein Ende gemacht werden.

Friis rechtfertigt die Annahme des Zwangsvergleichsgesetzes damit, daß mit der Ablehnung des Gesetzes die Regierung gestürzt worden und an ihre Stelle eine rechtsstehende Regierung gekommen wäre, die mit viel schärferen Mitteln gegen die ökonomisch geschwächten Arbeiter vorgegangen wäre. Wenn in Sachsen und in Schweden erlaubt ist, die rechtssozialistische Regierung zu unterstützen, kann man in Norwegen eine Regierung, die mehr radikal-bürgerliche Politik treibt, als die sozialdemokratische Regierung in Norwegen sie getrieben hätte, ebenfalls unterstützen. Die Arbeiter hätten unsere radikale Politik, die sofort die Regierung gestürzt hätte, nicht verstanden.

Ende der Sitzung.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 9. Juni 1922, abends.

Fortsetzung der Diskussion über die französische Frage.

Bordiga sieht die Vorbedingung einer wahrhaft revolutionären Tätigkeit der französischen Kommunistischen Partei in der Bildung eines Gewerkschaftsapparates. Es handelt sich nicht um sofortige und plötzliche Änderungen. Man verlangt nur die Anerkennung der marxistischen Grundsätze, die die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften regeln und die Ausarbeitung eines praktischen Aktionsplanes. Die Ereignisse seit Marseille bestärken uns in der Ansicht, daß in der Partei und in ihren führenden Elementen ein gewisses Maß von Mangel an Willen und an Initiative in diesen Fragen vorhanden ist.

Aus dem Bericht des Genossen Frossard geht hervor, daß seiner Ansicht nach die Plattform der Agitation für konkrete Forderungen der Arbeiterschaft der Verschlimmerung der Aussichten auf die Revolution entspringen. Es handelt sich jedoch um das Gegenteil: In jeder Lage, auch in einer Perspektive der nahenden Revolution, bilden die materiellen Interessen des Proletariats die natürlichtse Grundlage der revolutionären Aktion.

In der Gewerkschaftsfrage scheinen die französischen Genossen ihr Augenmerk mehr auf den Übertritt des entschlossenen Proletariats in die revolutionären einheitlichen Gewerkschaften zu richten und befassen sich nicht genügend damit, dort den Einfluß ihrer Partei zu organisieren. Sie haben noch nicht verstanden, ihre Mitglieder, die in den Gewerkschaften arbeiten, für ihre eigenen Zwecke zu disziplinieren.

Ein krasses Beispiel dafür ist der Fall Totti, der als offizieller Delegierter der französischen Gewerkschaften und gleichzeitig Mitglied der K. P. F. auf dem Kongreß der Syndikalisten in Italien gegen diejenigen Stellung nahm, die für die R. G. I. waren. In der Kommission, die die Partei zur Behandlung der Frage der Beziehungen zwischen der R. G. I. und den Syndikalisten bestellte, waren die Genossen bereit, große Zugeständnisse in der Frage der Verbindung zwischen der Komintern und der R. G. I. zu machen, und vielleicht auch auf die gegenseitige Vertretung zu verzichten. Der bloße Gedanke einer solchen Änderung ist schon eine ernste Gefahr, und die italienische Delegation betrachtet dies als eine prinzipielle Frage, und würde gegen jede Abänderung jener Formen der Verbindung energisch Stellung nehmen.

Die Internationale muß die französische Partei dazu veranlassen, die gewerkschaftliche Aktion mit mehr Initiative und Energie zu betreiben, sonst wird die Partei zu einer Art revolutionärer Hilflosigkeit verdammt.

Die Partei muß eine Struktur besitzen, die ihrer Rolle als Kommunistische Partei entspricht. Sie muß sich des komplizierten Disziplinarapparates entledigen.

Die Taktik der Einheitsfront kann sich nicht in nützlicher Weise entwickeln, wenn die Partei, die sie in Anwendung bringt, nicht bereits über entsprechende Erfahrung und auch über einen Apparat verfügt. Es ist unmöglich, von der französischen Partei zu erwarten, daß sie den Kampf um die Einheitsfront erfolgreich führe, solange sie nicht imstande ist, die gewerkschaftliche Arbeit zu sichern. Ebenfalls müssen die Mängel, die wir in der Partei feststellen, die Internationale vor der Forderung der Losung der Arbeiterregierung abraten.

Die Internationale und die anderen Kommunistischen Parteien müssen der französischen Bruderpartei dazu helfen, aus der ungünstigen Lage, in der sie sich jetzt befindet, herauszugelangen.

Kreibich konstatiert, daß einige französische Genossen gewissermaßen nervös werden, wenn sie das Wort „französische Frage" hören. Sie sehen dabei einen Eingriff in die Partei von außen her. Das Eingreifen der Komintern bei den Schwierigkeiten der Partei liegt nicht nur in ihrem, sondern auch im Interesse aller anderen Parteien, denn jede Krise hat etwas Gemeinsames. Und jede Partei in einer Krise kann auf einer solchen Besprechung von den Genossen der anderen Partei sehr viel Lehrreiches für sich hören, weil die heutige Krise ihrer Partei die gestrige Krise mancher anderen Partei ist.

Für die tschechische Partei, wie für alle Parteien der Staaten der Kleinen Entente, ist die Lage der kommunistischen Bewegung in Frankreich und die Krise in der französischen Partei von ganz besonderer Bedeutung, und ihre Fehler werden bei uns von unseren Feinden in dem Kampfe gegen uns gründlich ausgenutzt.

Man muß auch darin einen Fehler sehen, daß die französische Partei in einer allzu engen Verbindung mit jenen Kreisen der bürgerlichen Intelligenz steht, die mit dem Kommunismus sympathisieren, und daß diese Kreise einen ganz ungewöhnlichen großen Einfluß auf die Parteipresse haben.

In der Tschechoslowakei existiert auch eine ähnliche, für die russische Revolution begeisterte Intelligenz. Eine solche Intelligenzgruppe leistet ganz vorzügliche Dienste; sie neutralisiert, desorientiert und desorganisiert gewisse kleinbürgerliche Kreise, zu denen wir sonst keinen Zugang haben. Aber diese guten Dienste können sie nur leisten, wenn sich die Partei sie vom Leibe hält, und ihnen keinen Einfluß auf die Leitung der Partei gewährt.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei ist ein warnendes Beispiel dafür, welche Gefahren dadurch entstehen, wenn die Partei es unterläßt, die Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften systematisch zu organisieren. Unser Zögern auf diesem Gebiet, daß wir unsere Mitglieder in den Gewerkschaften lange Zeit ohne die Führung der Partei arbeiten ließen, ist im großen und ganzen die Ursache unserer jetzigen Schwierigkeiten.

Was die Einheitsfront anbetrifft, so hat die französische Partei und ihre Presse viel zu wenig den Charakter der gegenwärtigen ökonomischen Periode aufgeklärt. Bei der heutigen ökonomischen Lage können Forderungen, die vor dem Weltkriege nur eine Reform bedeuten konnten, den Kapitalismus in die tödlichste Verlegenheit bringen und können zum Ausgangspunkt zu revolutionären Kämpfen werden.

Gen. Frossard brachte hier ein gefühlsmäßiges Argument gegen die Einheitsfront vor; er sagte, der Haß gegen die Reformisten sei zu groß, um gemeinsam arbeiten zu können. In Deutschland, aber auch in der Tschechoslowakei haben die Kommunisten viel mehr Grund, die Reformisten zu hassen und dennoch, wenn man die Bedeutung der Einheitsfront den Arbeitern vor Augen führt, kann man sie schon zu einem Opfer des Gefühls bewegen.

In der Erweiterten Exekutive im Februar sagten die französischen Genossen: Die Einheitsfront wäre eine Mariage mit den Sozialdemokraten. Nun, es handelt sich nicht um eine Mariage, es ist nur ein Rendez-vous mit den Sozialdemokraten, das notwendig ist, um zu einer Mariage mit den proletarischen Massen zu kommen.

Rappoport stimmt in allen grundlegenden Fragen mit Trotzki vollkommen überein.

Was die Berichte anbelangt, ist Frossard sehr geschickt über die großen Schwierigkeiten hinweggeglitten und hat mit seiner Rede den Glauben erweckt, als ginge in der französischen Partei alles am besten. Anderer-

seits hat Souvarine über die Lage ein viel zu düsteres Bild entworfen. Trotzki hat ein Bild zusammengestellt, das nicht pessimistisch, daß aber dennoch ziemlich ernst ist.

Was die Angelegenheit Fabres und seiner Zeitung anbetrifft, findet er, daß dieser Frage größere Bedeutung zugeschrieben wurde, als ihr zukommt.

Die schlimme Lage entstand daraus, daß Frankreich ein in seiner sozialen und wirtschaftlichen Struktur vornehmlich kleinbürgerliches Land geblieben ist. In der Rolle, die die französische Partei in allen Internationalen gespielt hat, äußerte sich der kleinbürgerliche Charakter des Landes. Die Rolle der französischen Sektion in der 1. Internationale war ein ewiger Kampf zwischen Marxisten und Proudhonisten. In der 2. Internationale war es die französische Sektion, die mit der Frage des Millerandismus, des Jaurèssismus, der Frage des Syndikalismus kam. Und jetzt ist zu befürchten, daß die französische Partei denselben kleinbürgerlichen Charakter auch in der 3. Internationale beibehält.

Ein Teil der jetzigen Schwierigkeiten findet seine Erklärung in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs. Als das Komitee der 3. Internationale dabei war, die Majorität der Partei in schweren Kämpfen zu erobern, da kamen die Genossen Cachin und Frossard aus Moskau zurück und verhalfen den Anhängern der 3. Internationale zu einem gewaltigen Siege. Damit entstand aber eine Lage, daß die Parteileitung nicht auf jene Männer überging, die mit Aufgebot aller Opfer für die 3. Internationale gekämpft hatten, sondern daß die ehemaligen Rekonstrukteure, die ehemaligen Zentrumsleute die hohe Leitung der „Humanité" und der Partei erhielten und sie noch heute innehaben. Die Anhänger des Komitees der 3. Internationale haben zwar den Sieg davongetragen, sie verfügten aber über kein Personal zur Leitung der Partei, und waren sehr glücklich, Männer von großem moralischem und politischem Wert zu finden, die jetzt die Partei leiten. Dazu kam noch, daß diese an und für sich schwache Linke noch gespalten wurde.

Was die Einheitsfront anbetrifft, war Rappoport von Anfang an für diese, und jetzt, da die Frage der von oben zu verwirklichenden Einheitsfront nicht mehr besteht, wird weder Frossard, noch die anderen den Gedanken der Einheitsfront, der seiner Ansicht nach der revolutionärste Gedanke dieser Epoche ist, bekämpfen können.

Was die Gewerkschaftsfrage anbetrifft, so hat darin Gen. Frossard eine Meistertaktik bewiesen, und mit seiner Geschicklichkeit wird er auf dem Kongreß von St. Etienne dieser Frage ungeheure Dienste erweisen. Es ist aber notwendig, daß neben Frossard eine Organisation besteht, die frei von der Leber weg sagen kann, wie marxistische Kommunisten über die Beziehungen, die eine Kommunistische Partei mit den Gewerkschaften aufrecht erhalten muß, denken.

Die Kommunistische Partei wird in dem Maße, wie sie sich zu einer revolutionären Kommunistischen Partei entwickeln wird, den anarchistischen Konfusionisten, den Berufspolitikern der Anarchie, jeden Vorwand entziehen, unter dem sie Mißtrauen gegen die Kommunistische Partei ausstreuen. Die französischen Massen sind von einem gesunden Geist beseelt. Sie müssen aber eine festorganisierte Partei haben, die ihre revolutionäre Flamme ausnützen kann.

Die italienischen Genossen haben sich gegen die Losung der Arbeiterregierung ausgesprochen. Gen. Rappoport glaubt auch, daß dieses Losungswort in dieser Form nicht anwendbar ist.

Gen. Sinowjew erklärte bereits, daß unser Verfahren bei der Taktik

der Einheitsfront übereilt war, daß der Boden bei den einzelnen Landessektionen nicht genügend vorbereitet war. Diese Tatsachen haben es ermöglicht, die Einheitsfront besonders in Frankreich in einer Gestalt darzustellen, die nicht die wirkliche Gestalt dieser Taktik war.

Rappoport bemühte sich von Anfang an, in Frankreich die Frage ins richtige Licht zu rücken.

Zum Schluß bittet er um schonende Behandlung der französischen Sektion.

Clara Zetkin: Die französische Partei ist in Tours weit weniger zur 3. Internationale gekommen dank der geschichtlichen Einsicht ihrer führenden Elemente — von einigen wenigen abgesehen, wie Cachin, Frossard und der Gruppe des Komitees der 3. Internationale —, sondern sie trat in Tours der Komintern bei unter dem Druck großer Massen des Proletariats. Unter diesen Umständen war in Frankreich zweierlei gegeben: 1. daß die großen Massen des Proletariats noch nicht mit ihrer Erkenntnis, ihrem Willen und ihrer Tatbereitschaft hinter der Partei standen, als diese sich der 3. Internationale anschloß. Sie mußten erst für den Kommunismus gewonnen und zum Kommunismus erzogen werden. 2. Daß auch die Partei selbst innerlich nach ihrer grundsätzlichen und taktischen Auffassung und äußerlich nach ihrer Organisation noch nicht vorbereitet war, als Kommunistische Partei zu handeln.

Ein riesiges Stück Arbeit war zu leisten. Und man muß anerkennen, daß die französische Partei keineswegs nur Posten auf der Seite des Schuldkontos hat, sondern auch recht ansehnliche auf dem Konto ihrer positiven Leistungen. Sie hat die Einheitsfront mit der Bourgeoisie zerrissen und sammelte planmäßig das Proletariat auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Sie betrieb eine Propaganda zur revolutionären Sammlung und Erziehung der breitesten Massen.

Trotzki hat zwar gestern bemängelt, daß die Agitation und Propaganda der K. P. F. teilweise noch oberflächlich ist. Dieses Urteil jedoch trifft auch andere Parteien, die der Komintern angegliedert sind. Die Propaganda, die unsere französische Bruderpartei unter den Kleinbauern intensiv betreibt, ist außerordentlich wichtig. Allein bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Bauernagitation ist es notwendig, daß diese wirklich streng kommunistisch eingestellt ist. Und durch und durch kommunistisch eingestellt ist sie in Frankreich noch nicht.

Was jede Partei, die zur 3. Internationale gehört, auf das schmerzlichste berührt hat, ist das Verhalten, das Versagen unserer französischen Bruderpartei in der Frage der proletarischen Einheitsfront. Man muß der französischen Bruderpartei zum Vorwurf machen, daß sie nicht bloß auf die Agitation für die Einheitsfront verzichtet hat, sondern daß sie den Kampf dagegen aufnahm, indem sie den Gedanken der Einheitsfront entstellt vor die Massen brachte. Sie behauptete, proletarische Einheitsfront bedeute Einheit der Organisation, auch wenn wir es nicht wünschen, da in Frankreich die Logik der Dinge stärker sein wird, als unsere Wünsche. Gerade die proletarische Einheitsfront trägt die Bedingungen in sich, daß die Massen, die sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen, sich politisch und organisatorisch nicht vermengen und die Unterschiede nicht verschwinden lassen.

Die richtige Aufklärung der Partei, des Proletariats darüber ist in Frankreich nicht erfolgt. Dagegen ist etwas anderes geschehen: Daniel Renoult, der Vertreter der französischen Partei, hatte hier in Moskau bei der Sitzung der Erweiterten Exekutive im März das feierliche Versprechen

gegeben, daß die Partei sich in Solidarität und Disziplin dem Beschluß der Einheitsfront fügen wird. Derselbe Renoult hat die Einheitsfront in heftigster Weise bekämpft, hat sie lächerlich gemacht. Pflicht der französischen Parteileitung wäre es gewesen, zwischen der Partei und zwischen den Äußerungen des Genossen Renoult einen dicken Strich zu ziehen.

Die Genossen aus Frankreich dürfen nicht vergessen, wie schädigend für die Einheitsfront und für die Aktion der Komintern ihr Verhalten auswirkte. Es hat in der Entwicklung in Norwegen, in Italien und in anderen Ländern mithineingespielt. Es ist ganz wesentlich von Einfluß gewesen, auf das Verhalten der Parteien der Internationalen 2 und 2½ zu unserem Vorstoß für die proletarische Einheitsfront und darüber hinaus für die Einschätzung der Einheitlichkeit und Aktionsfähigkeit der Komintern im allgemeinen.

Wenn die französische Partei nicht die Notwendigkeit empfindet, im Interesse der Ausgebeuteten Frankreichs, das Proletariat über die Grenzen der Parteien und Gewerkschaftsorganisationen hinweg als einheitliche Macht zusammenzuschließen, so muß sie das aus internationalem Solidaritätsbewußtsein tun.

Die Verschärfung der Ausbeutung und Knechtschaft des deutschen Proletariats, wie sie durch den Versailler Vertrag und die Reparationsbedingungen gegeben ist, wird zu einer Verschlechterung der Lage der französischen Arbeiterschaft führen. Deshalb ist für das französische Proletariat die proletarische Einheitsfront sowohl in nationaler, wie in internationaler Beziehung eine absolute Notwendigkeit.

Was die Gewerkschaftsfrage anbetrifft, so ist es von höchster Dringlichkeit, daß die französische Partei endlich mit aller Schärfe und Klarheit grundsätzlich dazu Stellung nimmt, daß sie die notwendigen Organe schafft, die in den Betrieben kommunistische und gewerkschaftliche Arbeit leisten, daß sie die kommunistische Zellenbildung in den Gewerkschaften durchführen. Gerade weil die Schwierigkeiten für die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften Frankreichs so außerordentlich groß sind, ist es notwendig, daß die Kommunisten den Kampf für die Politisierung und Revolutionierung der Gewerkschaften mit höchster Klarheit und Entschlossenheit führen. Zu der kommunistischen Zellenbildung muß sich eine kraftvolle, planmäßige Betätigung der Partei auf allen Gebieten für die Lebensinteressen, die Tagesforderungen der breitesten, ausgebeuteten Massen anschließen.

Die Leitung der französischen Bruderpartei muß des weiteren auch den Schein vermeiden, als ob sie irgendwie schützend die Hand halte über die reformistischen Tendenzen, auf der Rechten der Partei und über die anarchistischen und anarchistelnden Konfusionisten in den Gewerkschaften. Sie muß ebenfalls vermeiden, daß man den Eindruck erhält, als ob sie für die Rechten in der Partei nur das Samtpfötchen habe, für die Linke aber stets und unter allen Umständen die starke Faust.

Die sogenannte Linke hat bisher oft mit Ungeschick gehandelt. Besonders unglücklich und unpolitisch muß es gehalten werden, daß unsere französischen Freunde auf der Linken von Anfang an die organisatorischen Fragen so weit in den Vordergrund geschoben haben. Die straffe Organisation kann nicht brüsk von außen an die Partei hineingebracht werden; sie muß organisch herauswachsen aus der politischen Arbeit, aus dem politischen Kampf, aus den täglichen Bedürfnissen und Erfahrungen der Partei. Es ist nicht die Organisation, die den revolutionären Geist und die revolutionäre Aktion schafft, sondern umgekehrt. Der revolutionäre Geist, der revolutionäre Wille müssen die Organisation schaffen.

Für die gesunde Entwicklung der Partei ist eine umfassende Kontrolle der Parteipresse durch die Parteileitung notwendig. Man hat sehr häufig den Eindruck, daß die „Humanité" kein kommunistisches Organ ist, und die „Internationale" ist manchmal sogar ein antikommunistisches Organ. Die Presse ist eines der wichtigsten Erziehungs- und Kampfmittel. Das kann sie nicht sein, wenn auf die gelegentlichen und häufigen Entgleisungen Einzelner nie ein Protest, nie eine Bekundung der grundsätzlichen und faktischen Einstellung der Partei durch ihre Zeitung erfolgt. Die Presse darf nicht länger betrachtet werden als ein Tummelplatz für mehr oder weniger geistreiche Journalisten. Die kommunistische Presse Frankreichs muß aufhören, Journalismus zu treiben, sie muß Politik machen.

Die für die französische Frage eingesetzte Kommission muß in wahrhaft kameradschaftlichem Geist, in dem vollen Bewußtsein der Verdienste, die sich unsere französischen Genossen bis jetzt schon erworben haben, und in dem festen Vertrauen auf ihren Willen, in Zukunft noch weit größere Leistungen aufzuweisen, beraten.

(Schluß der Sitzung.)

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 10. Juni 1922, mittags.

Vorsitz: Sinowjew.

Fortsetzung der Diskussion über die französische Frage.

Brandler teilt nicht die Ansicht Rappoports, daß bei den kleinbürgerlichen französischen Verhältnissen die Führung einer anderen Politik nicht möglich sei. Der Krieg hatte die Industrialisierung Frankreichs beschleunigt, und es muß möglich sein, anknüpfend an die revolutionären Traditionen der Arbeiterschaft, die Grundlagen für eine kommunistische revolutionäre Bewegung zu schaffen.

In den Artikeln der französischen kommunistischen Presse kann man ein gewisses Ausruhen auf den Lorbeeren der Vergangenheit feststellen; andererseits stellt sich die Partei in ihrer Tagespolitik auf die Erfolge ein, die sie künftig einmal erreichen wird. Dadurch, daß sie an den Fragen, an denen das Proletariat unmittelbar interessiert ist, keinen aktiven Anteil nimmt, überläßt sie dieses Gebiet mit der Redensart: dies sei Opportunismus, den Reformisten und kleinbürgerlich-anarchistischen Querköpfen — und daraus scheint die Ohnmacht der französischen Partei zu stammen.

Wenn die Partei nicht lernt, anknüpfend an die Tagesnöte sie zum Ausgangspunkt weiterer revolutionärer Aktionen zu machen, so scheidet sie als tatsächlicher revolutionärer Faktor aus.

Genosse Trotzki schlägt eine Politik des Kaiserschnittes gegenüber der französischen Partei vor. Man kann der französischen Partei nicht helfen, wenn man plötzlich vor dem Kongreß von St. Etienne mit der Forderung eines straffen Fraktionszwanges kommt, und wer sich nicht sofort fügt, wird hinausgeschmissen. Das ist rein mechanisch gehandelt, damit ändern wir die Zustände nicht. Wenn wir zwei Jahre lang duldeten, daß die Fraktionen nicht gebildet wurden, dann kann man nicht verlangen, daß Frossard, wenn er vielleicht vier Tage vor dem Kongreß zurückkommt, plötzlich mit solchen Maßnahmen einsetzt.

Eine Möglichkeit, die französischen Genossen zu kommunistischem Handeln zu führen, schaffen wir, indem wir ihnen bewußt noch einmal Konzessionen machen, aber nicht allgemeiner Art, sondern in bestimmten Fragen, und unseren Genossen nicht mehr zumuten, als wie es ihren Kräften entspricht. Wir sollen bewußt für eine Übergangszeit noch einmal eine Konzession machen in der Frage der Verbindung der Komintern mit der Profitern und darin, daß die französischen Syndikalisten für eine Übergangszeit sich der jetzigen Kommunistischen Partei noch nicht unterordnen. Ehe wir in Frankreich eine Kommunistische Partei haben, die den besten revolutionären Arbeitermassen die Überzeugung einflößt, daß sie wirklich eine revolutionäre Partei ist, werden wir ihnen nicht beibringen können, daß sich die Gewerkschaften dieser Partei unterordnen.

Es geht nicht an, daß man bei der Passivität der Exekutive gegenüber der französischen Partei unvermittelt die schärfsten Maßnahmen anwendet. Wir haben bisher mit einigen internen Briefen die französische Zentrale zu beeinflussen versucht. Aber die französischen Arbeitermassen wissen nichts davon. Diese Maßnahmen würden den französischen Arbeitermassen wie ein Dachziegel auf den Kopf fallen, weil sie nicht vorbereitet sind. Wenn wir jetzt in aller Öffentlichkeit die Frage durchsprechen, werden wir zum IV. Kongreß die scharfen Maßnahmen durchführen können. Wenn es uns gelingt zu erzwingen, daß die französischen Massen unsere kommunistischen Ideen unverfälscht erklärt bekommen, genügt das für den Anfang.

Trotzki: Im Verlauf der Diskussion wurde ein bischen zu viel versucht, die Situation zu erklären; nicht erklären, sondern ändern müssen wir jetzt die Lage in der französischen Partei. Auch unser Genosse Rappoport hat in seiner Rede durch wiederholte Versuche, die Lage zu erklären, gesündigt. Das ist eben die Mentalität, die die 2. Internationale charakterisiert hat: sie erklärten die Ereignisse als gute Marxisten und handelten als gute Opportunisten. Die Stimmung des Genossen Rappoport ist ein bischen fatalistisch, seine Schlußfolgerungen ganz und gar pessimistisch. Seiner Meinung nach hat die französische Partei in den verschiedenen Internationalen stets eine sehr traurige Rolle gespielt.

Ich teile diese Ansicht nicht. Während der 1. Internationale hat das französische Proletariat das Geschichtsblatt der Commune geschrieben. Während der 2. Internationale sah die französische Partei der deutschen ähnlich, nur wurde dieselbe opportunistische Politik in Deutschland durch ein wenig marxistische Theorie verhüllt, während man in Frankreich dieselbe opportunistische Politik auffallender und offener betrieb, da man sich ja in einem republikanischen Lande befand.

Und jetzt in der 3. Internationale sehe ich gar keinen Grund, weshalb das französische Proletariat nicht eine Rolle spielen könnte, die seines, im Laufe der Geschichte erworbenen revolutionären Bewußtseins würdig wäre.

Man darf die Kräfte der Kleinbürgerschaft nicht überschätzen. Nehmen sie einmal die englische Arbeiterpartei! In England gibt es keine Kleinbürgerschaft, dort gibt es nur eine Großbourgeoisie. Ist die Vergangenheit des englischen Sozialismus glänzender, als jene des Sozialismus in Frankreich? Doch nicht!

In Frankreich, ebenso wie in England und wie in den zivilisiertesten Ländern überhaupt, ragt die Mauer der kapitalistischen Zivilisation der Zukunft entgegen. Diese Hindernisse, deren sich die Bourgeoisie so vortrefflich bedient, müssen um jeden Preis überwunden werden. Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der Vorbereitungsarbeit zur Nutzbarmachung einer reichen

Vergangenheit, die wohl zur Stunde ein Hindernis bildet, die jedoch morgen die Gewähr einer Aktion von in der Geschichte bisher unbekannter Spannweite bieten wird.

Genosse Rappoport nähert sich an Renaud Jean und Auclair, die sich ihrerseits auf die Kleinbürgerschaft der Bauern berufen und beständig sagen, die Bauern machen Viersiebentel der französischen Bevölkerung aus. Aber wie soll man dann die Revolution in Rußland erklären, wo das Proletariat ein viel unbedeutenderer Teil der Bevölkerung ist, als in Frankreich. In Frankreich ist das Proletariat ein viel größerer Teil der Bevölkerung, als in Rußland und hat eine reichere Vergangenheit, ein höheres politisches Niveau; die notwendigen Vorbedingungen zur Bildung einer Partei sind also vorhanden.

In der Vergangenheit war auf der einen Seite die parlamentarische Partei, auf der anderen der Syndikalismus. Der Syndikalismus hat die Arbeitermassen angezogen, weil er, wenn auch in sachlich falscher Weise, den revolutionären Gefühlen der Arbeiter der parlamentarischen Politik gegenüber Ausdruck verliehen hat. Er hat den energischsten Elementen des französischen Proletariats die Möglichkeit gegeben, sich an die Spitze des Proletariats zu stellen.

Die syndikalistische Bewegung war von den Arbeitern geführt. Das ist der große Unterschied zwischen der Partei und den Gewerkschaften. In der Partei, da konnten sie nur Professoren der Beredsamkeit, Journalisten, Advokaten an der Spitze sehen.

Die Lage muß geändert werden. Die Arbeiter müssen überall in der Partei die ihrigen an der Spitze sehen. In dieser Richtung ist bei der Zusammensetzung des Zentralkomitees der Wahlkandidaten noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Frage ist von entscheidender Wichtigkeit. Zwei oder drei geschickte oder ungeschickte Arbeiter, die in das Parlament oder in den Munizipalausschuß mit einem neuen Geist eintreten werden, werden den Kommunismus größere Dienste erweisen, als Dutzende von Intellektuellen. Die Höflichkeit ist ein politisches Werkzeug der konterrevolutionären Bourgeoisie; dieses Werkzeug muß zertrümmert werden, und zu diesem Zwecke müssen wir frische und robuste Arbeiter in allen unseren Organisationen unterbringen.

Brandler sagt, Ihr hattet Unrecht, diese Lage zwei Jahre hindurch zu dulden. Jetzt wollt Ihr sie in schroffer Weise lösen. Statt dessen schlage ich Euch vor, sie auch noch ein drittes Jahr zu dulden. Das ist der Sinn seiner Rede.

Was verlangen wir denn? Wir verlangen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften Kommunisten seien; wir fordern, daß die Liste der kommunistischen Delegierten zum Kongreß von St. Etienne festgestellt werde; daß man sie als Fraktion der Partei zur Versammlung einberufe; daß man untersuche und erörtere, was die Kommunisten zu tun haben. Dieser erste Schritt ist unbedingt notwendig.

Es ist unrichtig, daß die französischen Arbeiter keine Annäherung zwischen der Partei und den Gewerkschaften wollen. Das wollen bloß die Gewerkschaftsbürokraten nicht, weil sie vor der Konferenz der Intellektuellen der Partei Angst haben.

Was wollen die Arbeiter? Die Revolutionäre wollen ein Werkzeug der Revolution haben. Die einen erblicken es in der Gewerkschaft, die anderen erblicken es in der Partei. Sobald sich diese Organisation mit revolutionären Zielen und aus Intransigenz nicht bloß in Worten einander nähern werden, werden die Arbeiter zugleich die Partei und die Gewerkschaft

begrüßen. Sobald die Partei als Arbeiterpartei auftritt, und ihren Gedanken, ihren Willen Ausdruck verleiht, wird sich die Clique, die Bürokratie, zwischen dem physischen Druck der Massen und dem ideologischen Druck der Partei befinden. Marschiert sie nicht mit der Masse, so wird sie zermalmt.

Die Tatsache, daß die Kommunisten eine Fraktion bilden, schließt natürlich einen Block mit Monmousseau nicht im geringsten aus. Um die Majorität zu ändern, werden wir den Syndikalisten von der Färbung Monatte-Monmousseau's Zugeständnisse machen. Wir werden sie aber als Partei machen, nachdem wir in der Kommunistischen Fraktion des Kongresses alle Modalitäten, alle Möglichkeiten erwogen und präzisiert haben.

Die Auffassung des Gen. Brandler finde ich viel zu pessimistisch. Die französische Arbeiterbewegung ist nicht derart krank, daß man halblaut sprechen muß, daß man außerordentliche Vorsichtsmaßregeln treffen muß; das trifft nicht zu. Die Arbeiterbewegung und die revolutionärsten Elemente, die diese führen, sind vollkommen gesund und sehr ernst. Sie werden, besonders mit der Unterstützung der Internationale, gute Arbeit machen. Und das ist alles, was wir verlangen.

Man machte mir den Vorwurf, die Frage des Seine-Verbandes in den Vordergrund gerückt zu haben. Man hat mir gesagt, diese Frage kann nicht hier erledigt werden, das ist ja eine lokale Frage. Nun, Genossen, ich glaube, daß es ohne Änderung des Geistes und der Organisation des Seine-Verbandes in Frankreich niemals eine Revolution geben wird. Man macht in Frankreich keine Revolution außerhalb Paris; und deshalb muß der Kommission die Frage des Seine-Verbandes vorgelegt werden.

Was jetzt not tut, ist, daß diesmal die angenommenen Beschlüsse für jedermann bindend seien. Wenn man findet, daß wir nicht genügend informiert sind, so möge man uns informieren, möge man diese Diskussion fortsetzen, damit nachher niemand auszurufen wage: Die Internationale war mangelhaft unterrichtet! Wir wollen ganz, wir wollen gründlich unterrichtet sein.

Aber sind diese Beschlüsse einmal gefaßt, werden wir fordern, daß sie auch ganz und gründlich durchgeführt werden.

Frossard erklärt, daß er die von revolutionären Defaitismus strotzenden Rede, die Rappoport zur Verteidigung der französischen Partei gestern abend hier gehalten hat, nicht auf seine Rechnung übernehme. Er konstatiert noch, daß Rappoport — entgegen seiner jetzigen Stellungnahme — in der Frage der Einheitsfront früher ebenfalls gegen die Verbindung mit den Führern der Sozialistischen Parteien war.

Wenn das Bild, was Souvarine über die Lage in der Partei entworfen hat, richtig ist, dann müssen jene Männer, die es verschuldet haben, daß diese Situation entstehen und sich entwickeln konnte, unverzüglich aus der Leitung der Partei verjagt werden.

Wir befanden uns nach dem Kongreß von Tours in der Lage, daß wir überall im Zentrum und in den Verbänden verlassen und verraten waren. Fast die Gesamtheit unserer regulären Propagandisten, der Verwalter unserer Verbände, ließen uns im Stich. In dieser schwierigen Lage mußten wir eine in allen Teilen neue Organisation schaffen, allen Forderungen dieser schwierigen Periode standhalten, mußten zugleich Verwalter, Propagandisten, Journalisten sein und alle Verantwortung übernehmen. Wie kann man sagen, die Resultate, die wir erreicht haben, seien nichts, als eine Änderung des Tones in unserer Partei, ein Abbrechen der Verbindungen mit der Bourgeoisie, eine energischere und entschlossenere Verteidigung der rus-

sischen Revolution? Aber, Genossen, die Exekutive selbst begrüßte mit Freuden in ihrem Briefe, den sie uns zum Marseiller Kongreß gesandt hat, die Resultate, die wir erreicht haben, und selbst die Erweiterte Exkutive im Februar stellte uns ein ähnliches Zeugnis aus.

In der Partei bestehen Überbleibsel der reformistischen und parlamentarischen Vergangenheit der Partei. Das hat ein jeder zugegeben. Aber wenn Vorwürfe gemacht werden können, so gelten diese nicht nur den Vertretern der Mehrheit der Partei, sondern sie gelten in derselben Weise den Vertretern der Minderheit. Das konstatierte auch unsere Jugend, die auf ihrem letzten Kongreß in ihrer Resolution folgendes sagt: „Die Jugendverbände wissen, daß es seit Tours stets schwierig war, die Tätigkeit eines Mitgliedes des Komitees der 3. Internationale von jener eines „Rekonstrukteurs" zu unterscheiden."

Man wirft uns vor, daß wir die Stimme der Partei nicht laut genug ertönen lassen, daß in unserer Presse Kundgebungen des rechtsseitigen Opportunismus auftauchen. Wir haben wiederholt in der „Humanité" die Tatsachen richtiggestellt und den Standpunkt der Partei auseinandergesetzt. Das geschah auch in der Frage der Berliner Konferenz.

Unter der Einwirkung der Erinnerung an die Umstände, unter denen die Partei seinerzeit von der Einheit der Aktion zur Einheit der Organisation gebracht wurde, glaubte Daniel Renoult, daß die Neunerkommission ebenfalls eine Art organischen Bandes zwischen den drei Internationalen schaffen müsse, ähnlich wie das in Frankreich im Jahre 1899 zwischen den vier französischen sozialistischen Organisationen geschaffen wurde. Wir haben ihm schon am nächsten Tag geantwortet, daß er die Gefahr übertreibt und darauf hingewiesen, daß es keinem ernsten Parteikämpfer auch nur einfallen darf, daß die Männer der russischen Revolution bei der praktischen Durchführung der Einheitsfront zu den alten, verschwundenen Organisationen zurückkehren wollen.

Was Renaud Jean anbetrifft, ist er eine große, neue, gesunde Kraft für die Partei. Es ist ganz natürlich, daß dieser Propagandist, der selbst Bauer ist und den Boden der Feldarbeiterbevölkerung urbar macht, seiner Tätigkeit als Bahnbrecher des Agrarkommunismus eine große, vielleicht sogar übergroße Bedeutung beimißt. In der Tat richtet sich die ganze Sorge Renaud Jean's darauf, die Wiederkehr einer Situation zu verhindern, wie diejenige war, in der wir uns im Mai 1920 befunden hatten, und in der den streikenden Arbeitern die Bauern gegenübergestanden sind.

Die Resultate der letzten Kantonalwahlen beweisen, daß für die Partei, die den Glauben hatte, daß sie sich in den Arbeitermassen eine vorherrschende Stellung erobert hat, noch viel zu tun übrig ist, und daß die Dissidenten-Sozialisten noch eine ernste Kraft bei den Wahlen, in der Politik und in gewisser Hinsicht auch eine proletarische Kraft darstellen, daß es folglich nicht genügt, das Losungswort der Einheitsfront beiseite zu schieben, um die Schwierigkeiten der Gegenwart zu lösen, daß wir die Mittel und Wege prüfen müssen, durch die wir zur Eroberung der Massen gelangen können.

Wir haben es nicht versucht, uns auf die Wirklichkeit stützend, die Massen zu erobern. Wir haben uns damit begnügt, dieselben schablonenhaften Reden zu halten, die wir schon während des Krieges verwendet haben, und unser Arbeiterpublikum wurde dieser Reden überdrüssig; sie verlangen mehr von uns. Deshalb stimmen wir mit Souvarine und Trotzki der Notwendigkeit zu, unserer Partei ein politisches Programm zu geben, unserer Partei konkrete Ziele für die Massen vorzuschlagen.

In Frankreich ist vorauszusehen, daß sich der Zusammenbruch des nationalen Blocks zugunsten des Blocks der Linken vollziehen wird. Nach der Ansicht unseres Genossen Trotzki müßte man sich gegen den Block der Linken und seine Gefahren durch Verwirklichung des Arbeiterblockes wappnen, indem man unserem Proletariat das Losungswort der Arbeiterregierung verkündet. Man hat das Gefühl, daß die Arbeiter, die zwischen dem Block der Linken und dem Arbeiterblock schwanken, schließlich für den letzteren sich entscheiden werden.

Es wäre aber dies für unsere Partei eine außerordentlich bedenkliche Lage. Der Pariser Arbeiter wird sich, wenn der Arbeiterblock zustande kommt, sagen: Da sind nun Leute, die sich seit zwei Jahen beschimpft haben, die seit zwei Jahren den heftigsten Kampf gegeneinander geführt haben. Es schien, daß eine unüberbrückbare Kluft sie voneinander trennt. Und jetzt, da Wahlinteressen auf dem Spiele und Sitze im Parlament zu erobern sind, finden sie sich wieder und führen einen gemeinsamen Kampf. Er wird sich sagen, daß es wahrhaftig nicht der Mühe wert sei, zwischen den Kommunisten und den Sozialisten zu wählen. Eine derartige Aufmachung ist nicht geeignet, die Autorität der Kommunistischen Partei und ihrer Vorkämpfer zu fördern.

Das Interesse der französischen kommunistischen Arbeiterbewegung erfordert, daß ein Block der Linken zustande komme, und sich dadurch die Dissidenten-Sozialisten gänzlich bloßstellen.

Wenn wir die Politik des Arbeiterblocks betreiben, werden wir ihnen dadurch — ob wir wollen oder nicht — einen Teil der verlorenen Autorität zurückgeben.

Die Anwendung der Einheitsfront ist uns jetzt in Frankreich infolge der gewerkschaftlichen Spaltung äußerst erschwert worden. Es ist vollkommen unmöglich, auch daran zu denken, daß die Führer der C. G. T. U. irgendeine gemeinsame Aktion mit den reformistischen Gewerkschaftsführern unternehmen würden.

Die Tätigkeit der Partei in den Gewerkschaften beeinflußt der Umstand, daß vor zwanzig Jahren ein Bruch zwischen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Bewegung zustande kam, und seit zwanzig Jahren eine ganze Tradition der Autonomie, der vollständigen Unabhängigkeit sich entwickelte, die sorgfältig gepflegt wurde und gegen die sich nichts machen läßt. Das war ersichtlich auf dem Kongreß, der die famose Charte d'Amiens votiert hatte, und wo eine schüchterne Resolution, die eine Annäherung zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vorschlug, mit einer Majorität von mehr als Fünfsechsteln der Gewerkschaften abgelehnt wurde. Wir haben dennoch versucht, die Lage zu unseren Gunsten abzuändern, doch gestalteten einige Genossen, die zu brutalen Äußerungen über die Notwendigkeit der Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die kommunistische Bewegung sich hinreißen ließen, die Lage noch schwieriger.

Jetzt, vor dem Kongreß von St. Etienne, ist es unmöglich, daß wir diejenigen Kommunisten, die nicht vorbehaltlos für den Anschluß an die R. G. I. stimmen, ausschließen. Die Delegierten werden in St. Etienne durch die Beschlüsse ihrer Organisationen bereits gebunden sein, und es ist vollkommen unmöglich, die Beschlüsse ihrer Organisationen auf diese Weise zu ändern. Wir werden demgegenüber die Mitglieder der Partei versammeln, sie organisieren, daran arbeiten, ihre Disziplin herzustellen. Das Wichtigste in St. Etienne ist, daß der Beitritt zur R. G. I. die Mehrheit erlange, daß die Männer, die mit uns ausschließlich zusammenarbeiten wollen, die Führung in

die Hände bekommen. Wenn das uns gelingt, dann werden wir in der Gewerkschaftsbewegung das vollbringen können, was wir in den Genossenschaften bereits vollbracht haben, wo wir die entsprechenden kommunistischen Organisationen bereits ausgebaut haben. Bei den Genossenschaften konnten wir es deshalb vollbringen, weil wir dort den Kampf zusammen mit den revolutionären Syndikalisten gegen die Reformisten führen konnten, was in den Gewerkschaften der C. G. T. U. nicht der Fall ist.

Die Disziplinierung kann leichter erreicht werden, wenn wir sie nicht brutal aufzwingen, sondern wenn wir die Notwendigkeit dieser Disziplin unseren Arbeitern begreiflich zu machen trachten. Und sie sind auch vollkommen fähig, diese Notwendigkeit zu begreifen. Wir haben eine gewisse Anzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, die eine neue Aera in der Partei eröffnen können. Wir müssen ein neues politisches Programm haben, wir müssen die Revision unserer organischen Verfassung durchführen und eine geordnetere und methodische Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zur Pflicht machen. Wir haben, um mehr Arbeiter in das Zentralkomitee zu bringen, beschlossen, daß das Zentralkomitee in seiner Mehrheit aus Gewerkschaftlich-Organisierten sich zusammensetzen muß. Die Auswahl jener Männer, die mit der Führung der Partei betraut werden sollen, soll nicht dem Zufall einer Wahl nach Sympathien überlassen bleiben, sie muß auf dem Kongreß durch eine engere Kommission vorgenommen werden. Der Gebrauch von „Leaders", die das Recht haben, zweimal monatlich in der „Humanité" ohne Kontrolle der Partei schreiben, was sie wollen, ist mit den Anforderungen unseres kommunistischen Lebens offenbar unvereinbar, und wir können in der Kommission die Möglichkeiten der Abänderung dieses Regimes prüfen.

Die Hauptbedingung der Entwicklung und des Aufblühens der Partei ist, daß keine Fraktionskämpfe entstehen.

Sinowjew: Derjenige, der jetzt vorschlägt, wichtige Beschlüsse zu verschieben, wie es Brandler getan hat, leistet der französischen Partei einen schlechten Dienst. Es ist eine Lage, in der man uns jeden Vorwurf machen kann, nur den nicht, daß wir zu übereilt gehandelt haben; eher das Gegenteil. Am Anfang haben wir eine große Anzahl von Problemen verschoben, da die Partei damals wirklich zu jung war. Wenn wir aber heute eine etwas derbere Sprache sprechen, kommt es daher, daß die französische Partei nicht mehr minderjährig ist und sie das gleiche Recht innerhalb der Kommunistischen Internationale erworben hat, kritisiert zu werden, wenn es notwendig ist.

Es wird von den französischen Genossen Mißvergnügen darüber geäußert, daß wir die Mehrheit kritisieren und die Minderheit schonen, und sie meinen, man könne gleichmäßig die Kritik verteilen. Nun, die Mehrheit muß, eben weil sie die Mehrheit ist, auch die Mehrheit der Vorwürfe bei der Kritik der Partei auf sich nehmen.

Die Kommunistische Internationale hat alles getan, um ein Fraktionswesen in der Kommunistischen Partei Frankreichs nicht zuzulassen. Trotz der Bedenken einzelner Genossen war der erste Beschluß nach dem 3. Weltkongreß die Auflösung des Komitees der 3. Internationale. Wir haben der Mehrheit noch nie eine öffentliche Rüge erteilt, wie wir diese den vier abgedankten Mitgliedern der Zentrale erteilten. Wer objektiv ist, wird die Exekutive nicht beschuldigen können, sie habe die Minderheit begünstigt. Daß die Linke gespalten ist, bedeutet, daß sie ihre historische Mission darin sieht, die ganze Partei zu befruchten und darin aufzugehen.

Wir müssen ganz klar den französischen Arbeitern sagen: Die Kommunistische Internationale will keine Minderheit bevorzugen, sie will keine

Wiedergeburt der Fraktionen zulassen; die Kommunistische Internationale hat sich der Minderheit gegenüber ganz offen ausgesprochen, daß sie sich keinesfalls mit allen Einzelheiten der Vertreter der früheren Linken einverstanden erklärt, aber sie sagt auch offen, daß die früheren Linken der französischen Partei gezeigt haben, daß sie die Probleme der Kommunistischen Internationale richtig aufgefaßt haben.

Die Stockung in der Mitgliederzahl bedeutet noch keine Krise, ist keine so große Gefahr; manchmal ist ein Rückgang der Mitgliederzahl sogar gesund. Nicht darin besteht die Krise, daß wir zehn- oder zwanzigtausend Mitglieder, die vielleicht nur Mitläufer waren, verloren haben. Die Krise besteht darin, daß die Partei in ihrer Zusammensetzung sehr bunt ist und sich nicht als eine Arbeiterpartei fühlt. Wenn die Partei nicht das Gefühl hat, daß sie die Arbeiterklasse vertritt, so hat sie nicht die kommunistische Seele, und ich glaube, daraus folgt die ganze unrichtige Einstellung der Partei in der Gewerkschaftsfrage. Gewissermaßen blicken unsere Genossen in der Partei zu dem syndikalistischen Olymp von unten nach oben; dort sitzen die wahren Proletarier, wir sind ein bißchen Politikaster, geben Zeitungen heraus, aber die Arbeiter befinden sich dort.

Durch unsere abwartende Politik auf dem Gebiete der Gewerkschaftsfrage haben wir seit dem 3. Kongreß einen großen Schritt rückwärts gemacht. In den Gewerkschaften ist seit dieser Zeit der Einfluß der Syndikalisten größer geworden und der unsrige hat sich vermindert.

Wir müssen gestehen, daß wir Schwäche zeigten, als wir uns dazu überreden ließen, in Frankreich auf die offene Zellenbildung zu verzichten. Wir haben damit einen Bärendienst unseren französischen Genossen geleistet. Genosse Frossard sagte, dieser Taktik steht eine feste, zwanzig Jahre alte Tradition gegenüber. Aber je fester diese Tradition ist, je länger sie besteht, um so energischer müssen wir sie bekämpfen, sonst ist eine proletarische Revolution in Frankreich unmöglich.

Die schwankenden Elemente, die der Kommunistischen Partei nahestehen, können nur dadurch gewonnen werden, wenn die Kommunistische Partei eine feste, zielklare Organisation zeigt. Wer nicht den Mut aufbringt, gegen die syndikalistischen Schreihälse aufzutreten und zu sagen, ja, wir werden Zellen bilden, denn unserer Partei gehört die Zukunft, unsere Partei weist den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, wir sind die Vorkämpfer des Proletariats, wer das nicht tut, der beweist damit die Schwäche seiner Partei.

Genosse Brandler sagte, es gibt in Frankreich keinen Gewerkschafter, der die kommunistische Linie vertritt. Ich glaube das nicht. Ich weiß, daß es eine solche Gruppe gibt, die Gruppe Rosmer, wenn sie auch noch klein ist. Das Gewerkschaftsgebiet ist für uns das wichtigste Gebiet. Wenn wir hier den Weg ebnen, haben wir die größten Schwierigkeiten überwunden. Darum dürfen wir nicht kleinmütig sagen: ja, wir haben dort nur eine kleine Minderheit, sondern: sie repräsentieren dort die Zukunft der Kommunistischen Partei Frankreichs. Die Partei muß es sich zur Aufgabe machen, nur die zu Rosmer stehenden Genossen zu unterstützen und sich mit ihnen zu verbünden.

Nun zur Presse. Man muß klar aussprechen, das Blatt „Internationale" ist auf dem besten Wege, ein „Journal du Peuple" Nr. 2 zu werden, und die „Humanité" ist im kommunistischen Sinne farblos, um höflich zu sprechen. Es handelt sich darum, daß unsere Zeitungen wirklich Arbeiterzeitungen werden und die Linie der Kommunistischen Internationale verfolgen. Die Diskussion in der Frage der Einheitsfront soll in den Tageszeitungen aufhören. Man kann die Diskussion in der Zeitschrift „Kommunistische Inter-

nationale" führen, und wir können diese Zeitschrift vor dem 4. Kongreß öfters erscheinen lassen.

Der Fall Fabre scheint noch nicht vollkommen geregelt zu sein. Genosse Trotzki sagte, der Fall muß politisch liquidiert werden. Frossard hat leider nicht gesagt, wie er sich diese Sache vorstellt. Liquidieren heißt, vor der Arbeiterklasse auszusprechen, worin der Fall bestand, und diejenigen Elemente auszuschließen, die in tiefster Seele für Fabre sind. Wir hatten in der russischen Vergangenheit einen ganz ähnlichen Fall mit der Zeitung, die sich „Tovarischtsch" nannte. Diese Zeitung war eine Zeit lang der Hauptfeind der Bolschewiki. Wir haben den Fall politisch liquidiert, indem wir ein heißes Gefecht gegen die Zeitung aufnahmen und der ganzen Partei klarmachten, daß sie das Zentrum der kleinbürgerlichen Ideen ist.

In der schwierigen Übergangsperiode, in der wir uns befinden, kann ein kleiner Fehler ganz leicht zu einem großen Fehler und zum Verrat führen, wie wir das beim Fall Levi sehen, der jetzt für die Sozialrevolutionäre als die einzigen Vertreter der Arbeiterklasse in Rußland eintritt. Wir sehen jetzt öfters, daß Halbreformisten und Halbanarchisten sich zusammenfinden und gewissermaßen in einer Synthese eine Plattform gegen die Kommunistische Internationale schaffen. Wir haben keinen Anlaß, Mißtrauen gegenüber dem Genossen Daniel Renoult zu hegen, aber er verkörpert die traurige Synthese des Reformismus und Anarchismus und kann die ganze Partei auf diesem Wege mitschleppen.

In der Leitung der Partei müssen wir einen Stamm von wirklichen kommunistischen Genossen schaffen, die verstehen, den Reformismus und Anarchismus zu bekämpfen. Wir, die russische Kommunistische Partei, sind in den Kämpfen gegen die Anarchisten reinsten Wassers und gegen die Halbreformisten, die eine Zeit lang sogar in unserer Partei blieben, geboren.

Wir haben in der Exekutive der Internationale schon Situationen gehabt, wo wir über das Schicksal der italienischen und deutschen Partei zu entscheiden hatten. Die Erfahrungen eines Jahres zeigen, daß wir — von kleinen Fehlern abgesehen — die Spaltung in Italien richtig durchgeführt hatten. In Deutschland hatten wir vor einem Jahre eine Lage, wo die Kommunistische Internationale die deutsche Frage fast jede Woche behandeln mußte. Es kamen Delegationen, dann Gegendelegationen, scharfe Diskussionen fanden statt, es wurden Offene Briefe geschrieben, und wir können jetzt ohne Überhebung sagen, daß die Exekutive viel dazu beigetragen hat, unserer deutschen Partei aus der Krise herauszuhelfen und ihr den richtigen Weg zu zeigen. Die Exekutive ist zwar jung, aber sie besitzt die Erfahrung ihrer fünfzig Parteien und in erster Linie die Erfahrungen der russischen Partei, die die Reformisten besiegt hat. Darum müssen uns die französischen Genossen auch erlauben, daß wir uns jetzt mit ihrer Frage beschäftigen. Sie sollen das nicht als Mißtrauensvotum auffassen, sondern ganz umgekehrt. Es handelt sich nicht darum, daß wir Mangel an Vertrauen haben, sondern darum, daß wir unsere Erfahrungen mit den französischen Genossen austauschen wollen.

Und da muß ich sagen, daß die verschiedenen Reden des Genossen Frossard, besonders die letztere — von der ersten gar nicht zu sprechen —, uns nicht befriedigen können. Wir verstehen ganz gut, daß er, der alle seine Kräfte der Partei widmet und die Partei mitbegründet hat, sich ärgert, wenn viel kritisiert wird; aber ein klares Programm haben wir doch von ihm nicht gehört. Es handelt sich darum, daß man radikal die Einstellung der Partei ändert, selbst auf die Gefahr hin, einige Genossen dabei zu verlieren. In der deutschen Partei handelte es sich nicht nur um die Person Levis, sondern auch

um seine Gruppe, die versuchte, ihre Anhänger in der Partei zu belassen und in unserer Partei Zellen zu bilden. Es ist möglich, daß Fabre und seine Freunde in Frankreich ebenfalls versuchen werden, die Taktik Levis fortzusetzen, Zellen in der Partei zu bilden, die Presse zu gewinnen. Frossard sagte, daß die gegenwärtige Zentrale umgeändert werden muß, nur sagte er nicht, in welcher Linie diese Änderung vor sich gehen soll. Es handelt sich nicht um Personen, sondern um Politik. Wir müssen eine Zentrale haben, die aus den Vertretern des Zentrums und der Linken zusammengesetzt ist, deren Spitze sich gegen die rechten Pazifisten, gegen die Poeten, gegen die Tolstoianer, Vegetarianer usw. in der Partei richtet. Wir hatten vom Genossen Frossard erwartet, daß er uns viel klarer sagt, was sein Zukunftsprogramm ist.

Die Exekutive hat am Anfang des 3. Kongresses die übertriebene Kritik einiger Genossen der französischen Partei gegenüber energisch abgewiesen, und die Exekutive wird alles tun, um eine normale Entwicklung der Partei zu erreichen; aber auch die französischen Genossen müssen uns die Bürgschaft geben, daß sie eine neue Aera entfalten werden, und daß sie nicht weinen werden, wenn Verfeuil und eine ganze Anzahl ähnlicher Elemente aus der Partei in die Wüste des Reformismus gehen.

Es ist eine ganze Anzahl von Maßregeln notwendig, und wenn sie nicht durchgeführt werden, besteht die große Gefahr, daß die Kommunistische Partei Frankreichs, die mit so vieler Mühe zustande gekommen ist, diese große Partei mit ihrer großen Zukunft, verloren gehen kann. Es handelt sich wirklich nicht darum, daß wir leichtfertig an der französischen Partei herumkritisieren, sondern daß wir ihr Hilfe leisten wollen und die dazu nötigen Maßregeln treffen.

Brandler gibt eine persönliche Erklärung ab. Er will die Entscheidungen nicht verschieben, ist nur gegen Maßnahmen, die er mechanisch und undurchführbar hält.

Ende der Sitzung.

Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 11. Juni 1922, abends.

Vorsitz: Sinowjew.

Resolution zu den Berliner Beratungen.

Sinowjew schlägt vor, daß die Erweiterte Exekutive die Tätigkeit unserer Delegation in Berlin billigt und das Präsidium beauftragt, im Namen der Anwesenden ein Manifest über die weitere Taktik in dem Kampfe für die Einheitsfront zu erlassen.

Frossard erklärt im Namen der Mehrheit der französischen Delegation, daß sie sich infolge ihrer besonderen Stellungnahme in dieser Frage dem Vorschlag nicht anschließen kann.

Rappoport ist für den Vorschlag.

Der Vorschlag wird gegen die Stimmen der Mehrheit der französischen Delegation angenommen.

Bericht der tschechischen Kommission.

Brandler: Die Kommission, die sich mit der tschechischen Frage beschäftigt hat, kam zu einem einstimmigen Beschluß. Es handelte sich nicht um eine schwere Parteikrise, sondern um Wachstumserscheinungen. Wir

konnten in der Kommission keine Meinungsverschiedenheiten über die politischen Richtlinien innerhalb der tschechischen Partei feststellen. Die ernsteste Gefahr besteht in der Frage der Gewerkschaften, wo die Arbeit zögernd und schwankend vor sich geht. Deshalb müssen wir sagen, daß die Partei ihre ganzen Kräfte darauf konzentrieren muß, das Versäumte in den Gewerkschaften nachzuholen, systematisch und intensiv den Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften aufzunehmen.

Auch in dem Aufbau der Parteiorganisationen ist nicht genügend getan worden, und wir stellen auch da die Arbeiten zusammen, die notwendig sind.

Was die Arbeit der Zentrale anbetrifft, hatten wir den Eindruck, daß die Abteilungen in der Zentrale eigentlich nebeneinander und dadurch ab und zu vielleicht auch gegeneinander arbeiten. In der Person eines Vorsitzenden oder Generalsekretärs soll eine gewisse Kontrolle geschaffen werden, um zu kontrollieren, ob die Beschlüsse auch wirklich durchgeführt werden.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hat nichts getan, um in der Armee zu agitieren, obgleich sie die besten legalen Möglichkeiten hatte. Wir fordern sie deshalb auf, die Propagandamöglichkeiten in der Armee auszunutzen und auch mehr Aufmerksamkeit der illegalen Arbeit zu widmen.

Die Auffassung, wie sie Genosse Jilek formuliert, zeigt, daß, wenn auch unklar, in der K. P. Tsch. eine K. A. P.-Stimmung vorhanden ist, und das Vorhandensein dieser Stimmung beweist, daß in der Partei nicht alles in Ordnung ist. Überall, wo wir eine ernsthafte K. A. P.-Stimmung haben — am besten wissen wir es aus der deutschen Erfahrung — beweist das, daß die Linie der Partei zu passiv ist.

Wir empfehlen die Annahme folgender Resolution:

Das Erweiterte E. K. K. I. hat die schriftlichen und mündlichen Berichte der Delegationen eingehend geprüft und kommt zu folgender Beurteilung der Sachlage:

I.

Das Erweiterte E. K. K. I. stellt fest, daß Meinungsdifferenzen über die politische Haltung der Partei, die die Bildung der einheitlichen Kampffront des gesamten tschechoslowakischen Proletariats anstrebt, nicht bestehen.

Zu der von der Gruppe Jilek/Houser geäußerten Kritik der organisatorischen Mängel der Partei erklärt das Erweiterte E. K. K. I. folgendes:

Die K. P. Tsch. ist eine junge Kommunistische Partei, die trotz der tüchtigen, im wesentlichen richtigen Arbeit der Parteiorganisationen die Mängel ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit noch nicht alle überwunden hat. Die Partei ist organisatorisch noch nicht befestigt genug, um alle gestellten Aufgaben rasch und entschieden genug durchzuführen.

II.

Was die Arbeit in den Gewerkschaften anbetrifft, so ist diese noch sehr schwach. Die kommunistische Fraktionsbildung und Fraktionsarbeit ist erst in den Anfängen. Sie muß planmäßig und gut organisiert und intensiver wie bisher durchgeführt werden. Das Erweiterte E. K. K. I. ist der Meinung, daß die Partei nicht alles getan hat, was bisher hätte schon getan werden können. Dieser Vorwurf trifft nicht die in der Parteizentrale für die Gewerkschaftsarbeit verantwortlichen Leiter für das tschechische und deutsche Sprachgebiet, sondern die Partei im allgemeinen und die Zentrale als Ganzes im besonderen.

Die nicht genügende Aktivität für die Eroberung der Gewerkschaften hat die Tendenzen gestärkt, die an der Eroberung der Gewerkschaften verzweifeln und deshalb für die Spaltung der Gewerkschaften eintreten, einerseits ist die mangelnde kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften die Ursache der verstärkten Tendenzen, die auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten, anderseits muß doch festgestellt werden, daß die Strömung, die in der Jilek-Houser-Gruppe, wenn auch unklar zum Ausdruck kommt, der Tendenz der Spaltungsarbeit der Gewerkschaften Vorschub leistet, und dadurch die zielklare und planmäßige Eroberung der Gewerkschaften gehemmt hat. Die Partei muß deshalb mit ihrer ganzen Kraft die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften für die Eroberung der Gewerkschaften im verstärkten Maße fortsetzen, überall Fraktionen bilden, auch in den Gewerkschaften, wo bereits eine kommunistische Leitung besteht, um in diesen den kommunistischen Einfluß zu verstärken und in den anderen die Mehrheit zu erobern. Nur wenn die Partei die Bedeutung dieser Arbeit in ihrem ganzen Ernst erfaßt und alle Kräfte einsetzt, um sie zielklar und planmäßig durchzuführen, wird sie imstande sein, mit ihrer ganzen Autorität den Spaltungsbestrebungen entgegenzutreten. Die Partei muß mit allem Nachdruck, und wenn nötig, mit der größten Schärfe allen Spaltungsversuchen der Gewerkschaften entgegenwirken. Als Richtlinie für die kommunistischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei muß die organisatorische Verschmelzung der tschechischen und deutschen Gewerkschaft in den Vordergrund gerückt werden.

Das Erweiterte E. K. K. I. hält es für dringend erforderlich, zur Durchführung einer systematischen kommunistischen Gewerkschaftsarbeit eine Wochenzeitschrift in tschechischer Sprache herauszugeben, wie die Osternkonferenz beschlossen hat, wo den in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten die Richtlinien und das Material für diese Arbeit geliefert wird. In den Gewerkschaften, wo die Kommunisten die Mehrheit haben, sind die Gewerkschaftszeitungen der eroberten Verbände in den Dienst einer systematischen und sachkundigen kommunistischen Gewerkschaftsarbeit zu stellen.

III.

Der Ausbau der Parteiorganisationen muß im Geiste einer straffen Zentralisation fortgeführt werden. Die planmäßige Einführung der Arbeitsteilung nach den Erfordernissen der Arbeit in den Betrieben und Betriebsräten, Gewerkschaften und Genossenschaften, Turn- und Sportvereinen, der Kommunalpolitik und Kleinbauernagitation, der Frauen- und Jugendarbeit, sowie die Durchführung des Zehnergruppen-Systems ist zur Festigung und Hebung der Schlagkraft der Partei mit aller Kraft zu betreiben. Die gesamte Partei muß laufend politisch über alle Vorkommnisse instruiert werden. Mit Hilfe der Fraktionen und der Zehnergruppen muß eine systematische politische Beeinflussung der nichtkommunistischen Arbeitermassen, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Sportvereinen durchgeführt werden. Die ganze Partei muß zu einem aktiven Organismus ausgebaut werden, der imstande ist, in kürzester Frist die breitesten Arbeiterschichten zu beeinflussen und zu erfassen, um sie in geeigneten Augenblicken nach gründlicher Vorbereitung in Kämpfe gegen die Offensive des Kapitals zur Beseitigung der Tagesnöte und zur Eroberung der Macht zu führen.

Große Aufmerksamkeit muß die Partei auch der Agitation in der Armee widmen. Die Partei hat nicht alles getan, um alle legalen Möglichkeiten zur Propaganda für den Kommunismus unter den Soldaten auszunützen. Die Partei muß systematisch die Parteipresse in der Armee verbreiten, leicht verständlich geschriebene Flugblätter für die Soldaten herausgeben, in denen den Soldaten die kommunistische Auffassung zu den konkreten Fragen verständlich gemacht wird. Die legalen Möglichkeiten müssen unbedingt ausgenützt werden, um die Soldaten für ihre proletarischen Aufgaben vorzubereiten. Die tschechoslowakische Armee, die das allgemeine Wahlrecht hat, bietet für eine solche breite legale Propaganda die besten Möglichkeiten. Wenn diese Arbeit geschickt durchgeführt wird, kann die Partei zu allen Fragen Stellung nehmen, wenn sie auch auf die direkte Schlußfolgerung bei dieser legalen Propaganda des öfteren wird verzichten müssen.

Zur Information über die Kräfte des Gegners und jenen Maßnahmen, die die Gegner im geheimen gegen die Arbeiterklasse vorbereiten, ist die Zusammenfassung aller Kommunisten in der Armee, in den Behörden, in den gegnerischen Organisationen vorzubereiten und die Zentralisation des Nachrichtendienstes in Angriff zu nehmen.

Der Kurierdienst muß organisiert werden, um in solchen Fällen die Verbindung der Parteizentrale mit den Parteiorganisationen und dieser untereinander zu organisieren, wo Eisenbahn, Post und Telegraph für diese Verbindung nicht benützt werden kann.

Die Parteiorganisationen müssen verpflichtet werden, für illegale Druckmöglichkeiten zu sorgen für den Fall, daß die bürgerliche Regierung die Preßfreiheit aufhebt.

Die Arbeit der Parteizentrale muß einheitlicher gestaltet und von der nörgelnden Kritik über Kleinigkeiten befreit werden. Die einzelnen Abteilungen arbeiten jetzt zu viel nebeneinander, statt miteinander. Die politischen und organisatorischen Fragen aller Abteilungen müssen in der Zentrale gemeinsam beraten und beschlossen werden unter Verantwortung aller Zentralmitglieder. Für die Durchführung muß den Abteilungen im Rahmen der gefaßten Beschlüsse die notwendige Bewegungsfreiheit gewahrt werden. Ein Mitglied der Zentrale muß bestimmt werden, um die Abteilungen in bezug auf die Durchführung der gefaßten Beschlüsse laufend zu kontrollieren, um seinerseits über alles informiert zu sein, was in den einzelnen Abteilungen geschieht, um dadurch die gegenseitige Information der Abteilungen untereinander durchzuführen.

Diese Kontrolle bedeutet natürlich das Gegenteil von kleinlicher Kritik an Nebensächlichkeiten. Sie muß vielmehr die geistige Verbindung der Abteilungen untereinander neben der gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung durch sachkundige Initiative fördern und erhöhen.

IV.

Die K. P. Tsch. ist eine große Massenpartei, die die Mehrheit des aktiven Teils des Proletariats in der Tschechoslowakei bereits erfaßt. Die politische Orientierung der Partei in der Richtung der Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur Gewinnung der Mehrheit des tschechoslowakischen Proletariats ist richtig. Die Abstellung der gerügten Mängel und die Durchführung der erteilten Ratschläge wird die Partei in den Stand setzen, mit größter Aktivität und Kraft entscheidend einzugreifen, um die Geschicke der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates im

kommunistischen Sinne zu lenken. Die Niederbruchskrise des Weltkapitalismus zeitigt in der Tschechoslowakei Zustände, die für das Proletariat und die besitzlose Bevölkerung kaum erträglich sind. Je rascher und intensiver die K. P. Tsch. es verstehen wird. ihre Organisation zu festigen und auszubauen, um so rascher wird sie die Kampfkraft der tschechoslowakischen Arbeiterklasse zu organisieren imstande sein, um ihr den Sieg über die Bourgeoisie zu bringen.

Moskau, den 11. Juni 1922.

Das Erweiterte E. K. K. I.

Genosse Kreibich forderte die rasche Zusammenberufung des Parteitages, um die Parteizentrale von nörgelnder Kritik zu befreien. Die Kommission war jedoch dagegen, da sie der Ansicht war, daß, wenn die beiden Teile sich verpflichten, diese Ratschläge durchzuführen und der Parteitag erst nach dem Internationalen Kongreß stattfindet, dann diese Spannungen bereits durch die intensive Arbeit beseitigt wären, und der Parteitag könnte sich dann ganz den Aufgaben der Partei widmen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Italienische Frage.

Sinowjew erklärt, warum die italienische Frage nicht im Plenum diskutiert wurde. Die italienische Kommission hatte zwei Sitzungen, in denen man sich überzeugt hat, daß bei den italienischen Genossen ohne Ausnahme der aufrichtigste Wille besteht, die Anregungen der Komintern auch wirklich durchzuführen. Darum hat man in der Kommission beschlossen, die Frage im Plenum nicht zu diskutieren, sondern dem Präsidium das Mandat zu geben, die noch bestehenden kleinen Meinungsverschiedenheiten mit der italienischen Delegation zu liquidieren.

Wie Sie wissen, hat unsere italienische Bruderpartei als eine der ersten den Kampf um die Einheitsfront auf ökonomischem Gebiete angefangen. Auf politischem Gebiete wollten sie aber diese Taktik nicht anwenden. In der Diskussion hatten wir das Gefühl, daß die Praxis unserer italienischen Partei schon bewiesen hat, daß ein solcher Unterschied unmöglich ist. Jetzt hat unsere Partei auf eine neue Einladung seitens der anderen Arbeiterparteien mit einem Ja geantwortet. Unsere Forderung an die italienische Partei besteht jetzt darin, daß sie ihren ziemlich schwachen Widerstand aufgibt und zweckmäßiger und planmäßiger die Taktik der Einheitsfront nicht nur annimmt, sondern auf allen Gebieten des Arbeiterkampfes anwendet. Wir fordern auch, daß unsere italienische Bruderpartei die Parole der Arbeiterregierung aufstellt. Wir haben in Italien eine Lage, wo weder die bürgerliche Regierung, noch die reformistischen Arbeiterparteien, die vorläufig noch die Mehrheit haben, stabil sind. Es ist eine fortwährende Krise, die einen Ausfluß sämtlicher Krisen bildet. Dazu kommt ein sich hinschleppender Bürgerkrieg, eine unerhörte Offensive des Kapitals — im allgemeinen objektiv gesagt —, eine revolutionäre Lage, eine große Gärung innerhalb der Arbeiterklasse. Es sind zwei Gruppen innerhalb der Sozialisten: die eine mit Turati ist für die Koalition mit dem Bürgertum, die andere mit Serrati an der Spitze pendelt hin und her, ist gegen eine offene Koalition, hat aber kein anderes Programm. Die Reformisten schlagen in dieser Situation eine Linkskonzentration, eine Koalition mit der Bourgeoisie vor. Wir sagen den italienischen Arbeitern: Turati wünscht eine Kollaboration mit der Bourgeoisie, wir wünschen dagegen eine Koalition aller Arbeiter.

Es handelt sich dabei um keine parlamentarische Kombination, es han-

delt sich um einen revolutionären Kampf. Wir wollen kein Mittel, um eine parlamentarische Kombination auszuklügeln, sondern ein Mittel zur Sammlung der revolutionären Arbeiter zum Kampf, zum Sturz der bürgerlichen Regierung. In Sachsen und in Thüringen haben wir eben eine parlamentarische Kombination. Sagen wir z. B., daß in einer italienischen Provinz die Wahlen ein Ergebnis gezeitigt haben, daß die zwei Gruppen der Serratianer und Turatianer die Mehrheit haben, und es von den Kommunisten abhängt, ob dort eine faszistische oder serratianische Regierung gebildet wird! Wir werden dann natürlich nicht der faszistischen Regierung die Macht überlassen, sondern durch unsere Stimmen dort vorläufig eine solche Arbeiterregierung unterstützen.

Plechanow hat einmal eine Definition gegeben; er sagte: Propaganda ist, wenn eine Anzahl von Ideen einem ganz kleinen Kreis von Menschen auseinandergesetzt wird; Agitation ist, wenn nur eine einzelne Idee vielen Menschen erklärt wird. Die Parole der Arbeiterregierung ist eine solche einzige Parole, um große Massen von Menschen zu sammeln. Wir glauben, daß wir mit dieser Parole am besten den Reformismus in Italien bekämpfen und die großen Massen um unsere Fahne sammeln können. Dazu ist nötig, daß wir in dem Kampf gegen die Faszisten die Initiative ergreifen und in jedem Arbeiterzentrum lokale gemeinsame Komitees zur Bekämpfung der Faszisten zusammen mit den anderen Arbeiterparteien und -Organisationen vorschlagen. Es handelt sich dabei gar nicht um Konzessionen an die Sozialisten. Im Gegenteil: die Taktik der Einheitsfront schließt nicht die Verschärfung unseres Kampfes aus. Man kann behaupten, je erfolgreicher sie angewandt wird, desto schärfer wird auch unser Kampf den Sozialisten gegenüber.

Die Arbeiterregierung ist dasselbe, was die Diktatur des Proletariats ist. Sie ist ein Pseudonym der Sowjetregierung, sie ist bequemer für die einfachen Arbeiter, und darum wollen wir diese Formel gebrauchen.

Wenn die Erweiterte Exekutive unserem Antrag zustimmt, werden wir die besten Resultate erreichen, ohne unserer italienischen Bruderpartei Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Gewerkschaftsfrage.

Sinowjew: Die Kommission, die zur Behandlung der Gewerkschaftsfrage und unser Verhältnis zu den Syndikalisten eingesetzt wurde, ist der Meinung, daß diese als allgemeine Prinzipienfrage bis zum 4. Kongreß zurückgestellt werden soll. Was den Internationalen Kongreß der Syndikalisten in Berlin anbetrifft, so soll die Kommission beauftragt werden, im Einverständnis mit der Profintern hier Richtlinien zu geben.

Französische Frage.

Trotzki: Die Resolutionen, die wir unterbreiten, zeigen mit genügsam scharfen Zügen den Weg, den die Kommunistische Partei Frankreichs zu beschreiten hat. Die Beschlußanträge sind folgende:

Resolution über die Kommunistische Partei Frankreichs.

Die Hauptaufgabe des nächsten Parteikongresses muß darin bestehen, ein Programm, eine Taktik und ein inneres Reglement anzunehmen, die der Rolle der Partei in der gegenwärtigen Epoche der Vorbereitung der Weltrevolution vollkommen entsprechen. Es muß unverzüglich an die Ausarbeitung von entsprechenden Entwürfen und die Veröffentlichung dieser Entwürfe in den Organen, nicht nur der französischen Partei, son-

dern auch der ganzen Internationale geschritten werden, damit die Gedankenarbeit und die Erfahrung sämtlicher kommunistischen Parteien und des Exekutivkomitees bei der Prüfung und der Ausarbeitung jener grundlegenden Schriftstücke verwendet werden können, die dazu bestimmt sind, der Partei der Arbeiterklasse das Maximum an Einigkeit und Kampfwert zu sichern.

Struktur der Partei.

1. Das Zentralkomitee.

Die Konstituierung eines einheitlichen Zentralkomitees, das imstande ist, das Verhalten der Partei den Entschlüssen der internationalen und nationalen Kongresse entsprechend zu sichern, muß von jetzt an den Gegenstand einer sorgfältigen Vorbereitung bilden und sodann auf dem nächsten Kongreß der Partei durchgeführt werden.

Es muß die unbedingte Notwendigkeit dessen anerkannt werden, daß der größere Teil des Zentralkomitees aus Arbeitern bestehe, die sich entweder der Parteiarbeit oder der Gewerkschaftsarbeit widmen, oder aber durch ihren Beruf mit dem Leben der Arbeitermassen verknüpft sind.

Entsprechende Kandidaten wählen, die diesen Bedingungen entsprechen, ihre Vergangenheit und ihre politische Festigkeit prüfen, in irgendeiner Form die Verbände in die Lage versetzen, sie kennen zu lernen: das ist der wesentlichste Teil der vorbereitenden Arbeit, die selbstverständlich allen Mitgliedern des gegenwärtigen Zentralkomitees zufällt, die die Resolution der Kommunistischen Internationale vollinhaltlich annehmen und entschlossen sind, die Verwirklichung dieser Resolution im Wege der Organisation zu sichern.

Die Mehrheit der Mitglieder des auf die Weise zusammengesetzten Zentralkomitees wird die Verbindung des Komitees mit den lokalen Verbänden, den Gewerkschaften, der Presse usw. verwirklichen. Gleichzeitig muß innerhalb des Zentralkomitees ein permanentes politisches Büro errichtet werden, das seinen Sitz in Paris hat, die ganze Leitung der Parteiaktion in seinen Händen zusammenfaßt, alle notwendigen Daten vorbereitet, die es dem Zentralkomitee in seiner Gesamtheit möglich machen, die wichtigsten Beschlüsse zu fassen, und die praktische Durchführung dieser Beschlüsse durch das Generalsekretariat des Zentralkomitees überwacht.

Disziplin.

Das Zentralkomitee muß das Recht haben, gewisse Mitglieder oder Gruppen von Mitgliedern als außerhalb der Partei versetzt zu erklären, so oft dieses aus politischen Gründen notwendig wird.

In solchen Fällen, die eine eingehende Untersuchung einer Disziplinverletzung oder anderer Vergehen oder Verbrechen gegen die Interessen der Partei erfordern, kann das Zentralkomitee die Frage zur Prüfung an die Schlichtungskommission verweisen.

Jedes Mal aber, wenn sich alle politischen Faktoren darüber einig sind, daß die Frage keinerlei Zweifel zuläßt und die elementarsten Interessen der Partei den Ausschluß erfordern, beschließt das Zentralkomitee selbst den Ausschluß. Gegen diesen Beschluß kann nur an den Parteikongreß appelliert werden.

2. *Der Seineverband.*

Der Seineverband ist von ganz ausnahmsweiser Wichtigkeit für die Geschicke des französischen Kommunismus und folglich des internationalen Kommunismus. Von dieser Feststellung ausgehend, erachtet es die Internationale für notwendig, die Kommunisten dieses Verbandes sowie auch jene der ganzen französischen Partei aufzufordern, die gegenwärtigen Organisationsgrundlagen des Seineverbandes in radikaler Weise abzuändern.

Der Grundsatz des Föderalismus ist mit den wahren Interessen einer revolutionären Organisation vollkommen unvereinbar. Jede Berufung auf die föderative Verfassung der Sowjetrepublik ist völlig verfehlt, da die Struktur der Kommunistischen Partei mit der Struktur des Sowjetstaates in keiner Hinsicht verglichen werden kann. Die Partei der Kommunisten ist in sämtlichen föderierten Republiken ein und dieselbe Partei und ist streng zentralisiert. Die Kommunisten der Ukraine, Georgiens, Aserbeidschans usw. sind mit den Kommunisten Moskaus, Petrograds verbunden verbunden nicht durch die Bande des Föderalismus, sondern durch den strengen demokratischen Zentralismus. Allein die Einigkeit dieser zentralistischen Organisation der Arbeiterklasse Rußlands hat es der Partei möglich gemacht, ihre Existenz unzähligen Feinden gegenüber siegreich zu verteidigen. Die Internationale verurteilt auf das kategorischste die Anwendung der Grundsätze des Föderalismus und des Autonomismus in einer revolutionären Partei, die der mächtige Hebel der revolutionären Aktion sein muß.

Eine Organisation, an deren Spitze man ein hundertköpfiges Komitee stellt, wird hierdurch jeder festen und konsequenten Richtung beraubt.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen, nach denen die Struktur der Kommunistischen Internationale aufgebaut ist, muß an der Spitze des Seineverbandes ein aus wenigen Mitgliedern bestehendes Komitee stehen, dessen Mitglieder — auf Grund des demokratischen Zentralismus erwählt — für das politische Verhalten und die innere Organisation des Verbandes vollkommen verantwortlich sind.

Zugleich muß infolge der oben bezeichneten ganz besonderen Wichtigkeit des Seineverbandes als unumgänglich notwendig erkannt werden, daß zwei oder drei Mitglieder des Zentralkomitees gleichzeitig auch Mitglieder des Komitees des Seineverbandes sind (sei es durch Wahl von Mitgliedern des Seineverbandes in das Zentralkomitee, sei es — auf Grund eines Beschlusses des Seineverbandes — durch die Wahl von Mitgliedern des Zentralkomitees in das Komitee des Seineverbandes). Auf diese Weise wird die notwendige Verbindung zwischen dem leitenden Zentrum der Partei und dem Hauptverbande dieser letzteren gesichert.

Gewerkschaftsfrage.

Die Internationale stellt die unermeßliche Gefahr fest, die die kleinbürgerlichen individualistischen, dem Geiste der proletarischen Disziplin feindselig gesinnten Elemente, die geschickt genug sind, um jeder Kontrolle ihrer persönlichen Tätigkeit durch die Organisationen auszuweichen, für die Arbeiterbewegung und besonders für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten. In der Person der Verdier, Quinton und der anderen schen wir Leute, die den Mund mit Phrasen über die gewerkschaftliche Autonomie vollnehmen, um kleine Koterien im Innern der Gewerkschaften organisieren zu können und um es zu versuchen, sich der Führung der Bewegung

zu bemächtigen, ohne der Arbeiterbewegung irgendwelche Gewähr einer richtigen Leitung, oder auch nur dessen zu geben, die Interessen des Proletariats in einfach bürgerlich-treuer Weise zu wahren. Die Umtriebe dieser kleinbürgerlichen Individualisten sind um so gefährlicher, als Verdier, Quinton und die anderen bis in die Reihen unserer Partei hineindringen und — sich in die Autorität der Partei hüllend, ohne sich ihrer Kontrolle zu unterwerfen — eine Aktion von tiefgehend zerstörender Wirkung führen, die die Gewerkschaften der Partei gegenüberstellt und die gegenseitigen Beziehungen zueinander vergiftet.

Die Gastfreundschaft der Partei für ihre Zwecke ausnützend, sind diese Elemente bereit, die Reihen der Partei später zu verlassen, da eine Folgerichtigkeit in den Gedanken, die Disziplin, die Verantwortlichkeit, mit einem Wort, die Parteiordnung dem Geiste dieser Wilddiebe der Arbeiterbewegung unerträglich sind.

Die Internationale ist der Ansicht, daß es die unbedingte Aufgabe aller selbstbewußten und der Avantgarde der Arbeiterklasse angehörigen Elemente, vor allem aber der führenden Organe der Kommunistischen Partei ist, diese Erscheinung und alle diejenigen, die ihr Vorschub leisten, ohne Erbarmen zu bekämpfen. Die Kommunistische Partei muß von den geistigen Brüdern Verdiers und Quintons, sollten sie sich noch in den Reihen der Partei befinden, vollkommen befreit werden.

Daher muß der Kongreß von Saint-Etienne, die kommunistische Fraktion und ihr Büro zur Enthüllung und Entlarvung der Pseudo-Kommunisten beitragen, die die Partei und die Gewerkschaften als freien Tummelplatz unverantwortlicher Koterien betrachten. Diese Pseudo-Kommunisten müssen aus unseren Reihen erbarmungslos verjagt werden, damit sie in Zukunft der Arbeiterklasse nicht mehr den unermeßlichen Schaden zufügen können, den sie ihr in der Vergangenheit zugefügt haben und den sie ihr heute noch zufügen.

Da sich in den Gewerkschaften, die der C. G. T. angeschlossen geblieben sind, Kommunisten befinden, die Mitglieder der Partei sind, hat die Partei die unbedingte Pflicht, mit diesen Genossen die normale organische Verbindung aufrecht zu erhalten.

Die Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften müssen kommunistische Zellen organisieren, die regelmäßig funktionieren und mit den entsprechenden Organen der Partei in enger Verbindung stehen. Wie sich auch die Entwicklung der Beziehungen der C. G. T. und der C. G. T. U., welch letztere durch die Partei in ihrem Kampf gegen die Reformisten unterstützt wurde und auch weiter hierin unterstützt werden wird, gestalte, müssen die Kommunisten ihre Aktion auf die Eroberung aller Organe der C. G. T. von innen her richten.

Die Einheitsfront.

Die Internationale konstatiert, daß die Presse und die führenden Organe der Kommunistischen Partei Frankreichs die Partei über den Sinn und die Bedeutung der Taktik der Einheitsfront in vollkommen unrichtiger Weise informiert haben. Die Internationale weist die oberflächlichen Urteile von Journalisten, die dort eine Wiedergeburt des Reformismus erblicken wollen, wo es sich um eine Vertiefung der Kampfmethoden gegen den Reformismus handelt, rundweg zurück.

Wer die Neunerkommission als ein höchstes leitendes Organ der drei Internationalen hinstellt, begreift nichts vom Geiste und vom Cha-

rakter der Kommunistischen Internationale; er verwechselt die K. I. mit den rein parlamentarischen und reformistischen Organisationen, in denen die Delegierten und ihre Vertreter sich über die organisierte Arbeitermasse stellen und dieser ihren Willen diktieren. Aus dem Charakter der Kommunistischen Internationale und dem Geiste der proletarischen Disziplin folgt, daß die drei in die Neunerkommission entsandten Delegierten nur zeitweilig im Dienste eines bestimmten Ziels und unter vollständiger Kontrolle der Kommunistischen Internationale handeln konnten.

Das ruhmreichste Blatt der Geschichte des französischen Proletariats, die französische Kommune, war nichts anderes als ein Block sämtlicher Organisationen und Richtungen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Daß die Kommune trotz der Verwirklichung dieser Einheitsfront rasch zerschmettert wurde, geschah vor allem deshalb, weil sich auf dem linken Flügel dieser Front keine wahrhaft revolutionäre, disziplinierte und entschlossene Organisation befand, die imstande gewesen wäre, im Feuer der Ereignisse rasch die Führung zu ergreifen.

In diesem Sinne war die Kommune eine Arbeiterbewegung, ein Block der der Bourgeoisie gegenüberstehenden Arbeiterparteien und Gruppen. In ihrer Eigenschaft als Arbeiterregierung stellte die Kommune eine Etappe auf dem Wege zur Aufrichtung der sozialistischen Herrschaft dar. Dem klassenbewußten Proletariat Frankreichs sollte es genügen, sich mit dem Beispiel der Kommune vollkommen vertraut zu machen, um in seiner heroischen Vergangenheit alle notwendigen Argumente für die wahrhaft revolutionäre Taktik der Einheitsfront mit der daraus folgenden Forderung der Arbeiterregierung aufzufinden.

Der Gedanke des Blocks der Linken kann unter den gegebenen Verhältnissen auf eine große Anzahl von politisch wenig erfahrenen Arbeitern einen Bann ausüben. Die Kommunistische Partei Frankreichs muß diese Perspektive als eine sehr ernste Gefahr betrachten. In der täglichen Propaganda muß die Partei der Idee des Blocks der Linken systematisch die Idee des Blocks sämtlicher Arbeiter gegen die Bourgeoisie gegenüberstellen. Es versteht sich von selbst, daß die Partei im Augenblick der Wahlen mit unabhängigen kommunistischen Listen auftreten muß. Das ist die einzige Taktik, die, wenn sie auf allen Gebieten (Wirtschaft, Politik usw.) in folgerichtigem Geiste angewendet wird, geeignet ist, die Zahl der in dem Bannkreis des Blocks der Linken gezogenen Arbeiter auf das Minimum herabzudrücken und den Einfluß der Partei auf Tausende von Arbeitern auszudehnen, die von diesem Einfluß bis dahin noch nicht erreicht werden konnten.

Die Ordnung der Presse.

Zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus der Masse der Parteimitglieder ist es unumgänglich notwendig, daß die führende Presse der Partei ihre brüderlich-journalistischen Sitten und Gebräuche endlich aufgebe und ihre Spalten nicht diesem oder jenem Journalisten, der seine persönliche Richtung entfaltet, sondern der Partei selbst zur Verfügung stelle, die ihre Gedanken und ihren Willen durch die Feder ihrer Journalisten systematisch und methodisch ausdrückt. Daher müssen die täglichen Artikel, die die Ereignisse des inneren oder internationalen wirtschaftlichen und politischen Lebens von streng prinzipiellen Gesichtspunkten aus beleuchten, ohne Unterschrift erscheinen, nicht als die Ansicht dieses oder jenes Individuums, sondern als die Stimme der Partei selbst.

Das leitende Komitee muß im Wege seiner entsprechenden Organe eine Kontrolle und ständige Überwachung der Presse ausüben, muß der Presse bestimmte Angaben zuweisen, die aus den politischen Verhältnissen folgen und hierdurch die vollkommene Einigkeit der Aktion der Presse mit ihrer eigenen Tätigkeit sowohl im Innern der Partei als auch im ganzen politischen Kampf sichern. Keinesfalls aber sollen oder dürfen — und sei es mit der Unterschrift des Verfassers — Leitartikel veröffentlicht werden, die die bereits gefaßten und zur Ausführung gelangenden Beschlüsse der Kommunistischen Internationale oder der französischen Partei kritisieren. Wenn die leitenden Organe der Partei dennoch die Veröffentlichung derartiger Artikel als nützlich erachten sollten, um irgendeine Frage endgültig zu beleuchten, dann dürfen diese Artikel nur ausdrücklich als Diskussionsartikel, mit einer genauen Anmerkung der Redaktion, die den bereits gefaßten Beschluß der Partei bezeichnen, abgedruckt werden; solchen Artikeln müssen unbedingt Leitartikel folgen, die diesen Beschluß energisch verteidigen.

Die Angelegenheit der Fraktionen.

Die Internationale konstatiert in der französischen Partei außer anderen Krisenerscheinungen auch die Wiedergeburt der Fraktionen.

Die äußerste Rechte der Partei, deren Konzentrationspunkt das „Journal du Peuple" war, hat in der Partei und in der Presse eine Bedeutung erlangt, die in keinem Verhältnis zu ihrem theoretischen und politischen Wert steht. Das Fehlen von entscheidenden Maßnahmen durch das Zentralkomitee gegen diese Rechte hat notwendigerweise zu Wiedergeburtsversuchen der Fraktion der Linken geführt. Der Kampf zwischen diesen beiden Fraktionen mußte den Kampfwert der Partei unvermeidlich untergraben und kann in der Zukunft ihre Einigkeit gefährden.

Die Internationale gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß ausschließlich der vollkommene Zusammenschluß der überwiegenden Majorität der Partei gegen ihren minderwertigen rechten Flügel und die energische Durchführung aller Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz dem Fraktionswesen den Boden entziehen kann.

Gleichzeitig fordert die Internationale den linken Flügel auf, sich, indem er auch weiterhin für die Prinzipien des revolutionären Kommunismus eintritt, niemals als selbständige Fraktion zu konstituieren, sondern seine Tätigkeit im Rahmen der gemeinsamen Institutionen und Organisationen der Partei auszuüben und gemeinsam mit dem zentralen Kern der Partei an jeder praktischen Arbeit und insbesondere am Kampfe gegen die reformistische pazifistische und anarcho-syndikalistische Zersetzungsarbeit aktiv mitzuwirken.

Die „Internationale" und ihr Leiter, Genosse Daniel Renoult.

Genosse Daniel Renoult, Mitglied des Zentralkomitees und Leiter des Abendblattes „L'Internationale" hat an den Arbeiten der Februarsession der Erweiterten Exekutive sehr aktiven Anteil genommen. Mit Ausnahme der Frage der Einheitsfront hat die Exekutive das vollkommene Einverständnis sämtlicher Mitglieder der französischen Delegation, auch des Genossen Renoult erzielt.

In der Frage der Einheitsfront erklärte der Genosse Renoult, der Berichterstatter war, und der sodann mit der Mehrheit der französischen

Delegation gegen die Taktik der Einheitsfront stimmte, in der kategorischsten und feierlichsten Weise, daß sich die französischen Kommunisten als getreue Soldaten der Revolution, der als Ergebnis einer eingehenden und loyalen Diskussion gefaßten Resolution ohne Vorbehalt unterwerfen werden.

Die durch die Delegation des Zentralkomitees übernommenen Verpflichtungen sind in ihren wesentlichen Teilen infolge der zu geringen Aktivität und Entschlossenheit, mit der das Zentralkomitee an ihre Durchführung ging, unerfüllt geblieben. Die Hauptursache der Nichtausführung der gefaßten Beschlüsse und der Gespanntheit der Beziehungen zwischen der Internationale und ihrer französischen Sektion erblickt die Konferenz jedoch im Verhalten des Blattes „L'Internationale" und seines Leiters.

Im direkten Widerspruch zu den übernommenen Verpflichtungen und seinem feierlichen Versprechen hat Genosse Daniel Renoult, anstatt die Beschlüsse zu erläutern und ihre einmütige Durchführung zu verlangen, gegen die Taktik der Einheitsfront und gegen die Politik der Kommunistischen Internationale im allgemeinen eine erbitterte Kampagne eingeleitet. Mit dieser Preßpolemik nicht zufrieden, hat Genosse Daniel Renoult in so einflußreichen Versammlungen, wie im Kongreß des Seineverbandes, das Wort ergriffen und diesen aufgefordert, in demonstrativer Weise gegen die Politik der Einheitsfront zu stimmen.

Indem die Konferenz feststellt, daß Genosse Daniel Renoult seine Pflichten als Mitglied der Kommunistischen Internationale offenkundig verletzt und die übernommenen und durch ihn selbst feierlich verkündeten Verpflichtungen mit Füßen getreten hat, spricht sie gegen Genossen Daniel Renoult als Delegierten der französischen Partei in Moskau und als Leiter der „L'Internationale" ihre Mißbilligung aus.

Gleichzeitig fordert die Internationale das Zentralkomitee und dessen Generalsekretär auf, alle Maßnahmen zu treffen, damit in den Monaten bis zum Parteikongreß das Blatt „L'Internationale" zu einem, der praktischen Verwirklichung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale dienenden Instrument werde.

Die Angelegenheit Fabre.

Der Ausschluß Fabres und seines Journals ist eine Etappe des Kampfes gegen diesen intellektuellen anarcho-journalistischen Bohêmegeist, der besonders in Frankreich nach und nach alle Formen, alle Farben des Anarchismus und des Opportunismus annimmt und schließlich das Messer in den Rücken der Arbeiterklasse stößt. Aus dieser Hexenküche sind die Briand, die Hervé und Hunderte andere hervorgegangen. Die Internationale rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß das Zentralkomitee und die Parteipresse den Arbeitermassen die politische Bedeutung des Ausschlusses Fabres erläutern werden. Nur unter dieser Bedingung wird die getroffene Maßnahme tatsächlich ein Todesurteil des Fabrismus in der Partei bedeuten und der kommunistischen Überzeugung jene revolutionäre Elastizität sichern, die notwendig ist, damit die Abenteurer des Journalismus immer automatisch und ohne Schwierigkeit aus den Reihen der Partei entfernt werden können.

Der nächste Parteikongreß.

Die Vorbereitungen für den nächsten Parteikongreß müssen eine Kampagne für die theoretische und organische Befestigung der franzö-

sischen Partei sein gegen alle Tendenzen des kleinbürgerlichen Pazifismus, des Anarcho-Syndikalismus, die nur redenden Revolutionäre, gegen jene Theorien, die die Aktion des Proletariats der Reife und dem Willen der Bauernklasse unterordnen und damit den Klassencharakter der Partei fälschen usw. Da diese verschiedenen Tendenzen bereits äußerste Verwirrung in das Bewußtsein der Partei gebracht haben, muß die kommunistische Presse volle Klarheit in alle diese Fragen bringen, indem sie den Parteimitgliedern die entsprechenden Resolutionen der Kommunistischen Internationale ins Gedächtnis ruft, besonders die 21 Bedingungen des Beitritts zur Internationale. Alle diese Beschlüsse müssen durch die Erfahrungen des letzten Jahres beleuchtet oder durch die Beispiele der mit diesen Resolutionen unvereinbaren literarischen und politischen Kundgebungen illustriert werden, die sich manche verantwortliche Parteikämpfer erlaubt haben.

Das Datum des Kongresses muß im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee der französischen Partei und dem Präsidium der Exekutive festgesetzt werden.

Manifest des Zentralkomitees.

Da sich die Notwendigkeit einer radikalen Änderung der inneren Politik der französischen Partei ergeben hat, welches Resultat nur durch die bewußte Mitarbeit der überwiegenden Majorität ihrer Mitglieder erreicht werden kann, erachtet es die Internationale für wünschenswert, daß das Zentralkomitee an die ganze Partei ein feierliches Manifest richte, in dem es die Natur der durch die gegenwärtige Konferenz gefaßten Beschlüsse erläutert, um hierdurch im Leben der Kommunistischen Partei Frankreichs eine neue Aera zu eröffnen.

Frossard erklärt vor der Abstimmung im Namen der Majorität, daß sie die Resolutionen, die sich auf die Hauptaufgaben des nächsten Kongresses beziehen, die auf die Struktur der Partei, auf die Rolle des Zentralkomitees, auf die Revision der Statuten des Seine-Verbandes, auf die Regelung der Presse, auf die Disziplin der Partei und auf das Manifest des Zentralkomitees sich beziehen, vorbehaltlos annehme.

Im Wesentlichen akzeptieren sie auch den Schlußantrag in der Gewerkschaftsfrage; sie können aber nicht die Anträge annehmen, die die Tätigkeit der Partei und der Zentrale untersuchen und kritisieren, und ganz besonders protestieren sie auf das entschiedenste gegen die Mißbilligung Daniel Renoults. Renoult hat in seiner Tätigkeit den Ansichten der großen Mehrheit der Partei Ausdruck verliehen, und sie fühlen sich durch die Mißbilligung, die gegen Renoult gerichtet ist, getroffen und können ihr in keiner Weise zustimmen.

Wir werden uns den angenommenen Beschlüssen fügen, nicht aus Gründen einer Art automatischer Disziplin, nicht, weil die Statuten der Komintern das fordern, sondern wir fügen uns, weil wir wissen, daß die Autorität der Internationale, diese Autorität, die zu gleicher Zeit ihrer doktrinären Richtung und ihren revolutionären Erfahrungen entspringt, welche immer unsere Vorbehalte in diesem Augenblick auch sein mögen, auf alle Parteien, darunter auch auf die französische Partei, nur in ersprießlicher Weise wirken kann.

Bordiga stimmt für die Gesamtheit der durch die Kommission vorgelegten Anträge mit dem Vorbehalt, daß unter den Schwierigkeiten, in denen sich die französische Partei jetzt befindet, es nicht ratsam ist, das Losungs-

wort der Arbeiterregierung und des Arbeiterblockes in Frankreich herauszugeben.

Ziegler versteht nicht die Bedeutung der Erklärung Frossards zu den Resolutionen. Wenn er gegen eine große Anzahl der Resolutionen Protest einlegt, dann heißt das, daß er für viele Beschlüsse nicht eintreten wird.

Brandler stimmt den Resolutionen zu, wünscht aber, daß die Exekutive das Präsidium beauftragt, mit der französischen Delegation das taktische Verhalten der Kommunistischen Fraktion auf dem Kongreß in St. Etienne zu besprechen.

Sinowjew teilt mit, daß eine Subkommission zur Prüfung dieser Frage eingesetzt ist und das Präsidium, wenn man ihm die Frage überweist, die Möglichkeit hat, im Einvernehmen mit den französischen Genossen die Frage zu prüfen.

Mit der Erklärung, die im Namen der Mehrheit der französischen Genossen abgegeben worden ist, wurden die französischen Resolutionen einstimmig angenommen.

Norwegische Frage.

Smeral begründet die ruhige Form, in der die Mißstände behandelt werden, damit, daß die Kommission konkrete Anzeichen dafür sah, daß die norwegische Partei sich in einem Zustand befindet, eben jetzt diese Fehler gutzumachen.

Die Kommission hat folgende Resolution gefaßt:

Resolution der Erweiterten Exekutive zur norwegischen Frage.

Die Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die Lage in der Norwegischen Arbeiterpartei geprüft und folgende Resolution angenommen:

1. In ihrem Streben, eine realpolitische parlamentarische Tätigkeit zu beginnen, ist die Norwegische Arbeiterpartei teilweise in das Geleise einer bedingten Unterstützung der liberalen Regierung geraten. Diese Politik hat solche Erscheinungen gezeitigt, wie die Reise eines Mitgliedes des Parteivorstandes, des Genossen Lian, als Experten der Regierung zur Genueser Konferenz, die Annahme des provisorischen Zwangsvergleichsgesetzes und die Unterstützung der Regierung in einigen anderen ihrer Vorhaben.

Diese Erscheinungen sind kaum von der alten reformistischen Politik zu unterscheiden. Sie sind zwar durch die Rücksichtnahme auf gewisse Arbeiterinteressen motiviert worden, doch sind sie letzten Endes geeignet gewesen, andere, wichtigere Arbeiterinteressen preiszugeben. Die für diese Politik verantwortlichen norwegischen Genossen haben ohne Zweifel erstrebt, den Interessen des revolutionären Klassenkampfes Rechnung zu tragen. Ihre in der Praxis begangenen Fehler haben aber diesen Interessen widersprochen. Mit Befriedigung hat die Erweiterte Exekutive die Versicherung zur Kenntnis genommen, daß die Norwegische Partei aus eigener Erfahrung und eigener Überzeugung zu der Erkenntnis kommt, es sei nötig, die bisherige parlamentarische Politik der Partei zu revidieren. Die Erweiterte Exekutive spricht die Hoffnung aus, daß dies in der kürzesten Zeit geschieht.

2. Der Fall Lian ist also im Zusammenhang mit den oben angeführten Tatsachen der bisherigen Politik der Norwegischen Arbeiterpartei

zu beurteilen. Es ist festgestellt worden, daß gegen die Reise Lians nach Genua in der Partei kein Protest erhoben wurde. Dadurch hat sich die gesamte Partei mit diesem Schritte solidarisiert. Dieser Schritt war nach Ansicht der Erweiterten Exekutive fehlerhaft und schädlich. Aber in Anbetracht des jetzt festgestellten Umstandes, daß nicht Genosse Lian allein für diesen Schritt verantwortlich gemacht werden kann, beschließt die Erweiterte Exekutive, den früheren Beschluß des E. K. der K. I., der Lian als Person betraf, zu annullieren und damit diesen persönlichen Fall als liquidiert zu betrachten.

3. Die Annahme des Zwangsvergleichsgesetzes im norwegischen Parlament war ein Fehler. Sie hatte nicht, wie die norwegischen Genossen annahmen, zur Folge, daß die Kampfstellung der eigenen Partei gegenüber der Kapitalistenklasse verstärkt wurde, vielmehr rief sie in den eigenen Reihen Meinungsverschiedenheiten hervor. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Lage der norwegischen Arbeiterbewegung versteht die Erweiterte Exekutive zwar zu würdigen die Bestrebungen der verantwortlichen norwegischen Genossen, die Arbeiter durch gesetzliche Maßnahmen vor frühzeitigen, allzuschweren Kämpfen zu schützen. Ein unverantwortlicher Scheinradikalismus, der bestrebt ist, die Kampfeskraft der Arbeiterorganisationen jeden Tag in unbesonnenen Kämpfen preiszugeben und aus diesem Grunde gegen jeden gesetzlichen Schutz der Arbeitsbedingungen Opposition macht, kann auf keine Unterstützung der K. I. rechnen. Etwas ganz anderes ist aber die Verteidigung der Kampfesfreiheit der Arbeiter gegenüber der gesetzlichen Beeinträchtigung des bürgerlichen Staates; diese Verteidigung ist die Pflicht der Kommunisten, und mit Rücksicht darauf ist eben das betreffende Zwangsvergleichsgesetz von Anfang an äußerst bedenklich gewesen. Die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis der Zwangsvergleichsgerichte in Norwegen haben gezeigt, daß es vergeblich war, zu hoffen, daß die Vorteile des Schutzes durch das Zwangsvergleichsgesetz größer für die Arbeiterschaft sein würden, als die Nachteile der Fesselung ihrer Handlungsfreiheit. Zu dieser Erfahrung und Einsicht sind auch die norwegischen Genossen nunmehr selbst gekommen. Dies wird jetzt seitens der früheren Verteidiger des Gesetzes ziemlich allgemein anerkannt, und keiner von ihnen hat die erneute Bestätigung dieses provisorischen Gesetzes befürwortet. Mit Rücksicht darauf sieht die Erweiterte Exekutive keinen Grund mehr, in dieser Angelegenheit einzugreifen.

4. Die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung widerspricht der Taktik der proletarischen Einheitsfront, weil sie einerseits Mißtrauen revolutionärer Arbeiter zur kommunistischen Partei erweckt, andererseits das Zutrauen der zurückgebliebenen Arbeiterkreise zur Bourgeoisie stärkt, also nicht geeignet ist, die Sammlung der Arbeiterklasse zur einheitlichen antibürgerlichen Kraft zu fördern. Die Taktik der Einheitsfront ist in Norwegen, wie überall, im Kampfe gegen alle bürgerlichen Parteien und gegen alle Kapitalistenkreise anzuwenden. Es gilt, zu diesem Klassenkampf die breitesten Massen des Proletariats zu sammeln und zu diesem Zwecke sowohl die Sozialdemokraten der 2. und 2½. Internationale, wie auch die Syndikalisten usw. aufzufordern, im Bündnis mit uns den Kampf für gemeinsame Parolen, für die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu führen.

Es sind in Norwegen ohne Zweifel große Aussichten vorhanden, durch diese Taktik Erfolge für den revolutionären Klassenkampf des

Proletariats zu erzielen. Natürlich nicht in dem Sinne, daß die bewußten Rechtssozialisten und Syndikalisten sich etwa zu echten revolutionären Klassenkämpfern verwandeln würden. Nein, einer solchen Illusion braucht man sich nicht hinzugeben. Im Gegenteil, früher oder später werden sich sicher viele von ihren Führern als Deserteure, Verräter oder als schwankende Feiglinge an der proletarischen Einheitsfront entlarven. Aber die große Mehrheit ihrer Anhänger kann durch unsere ernstgemeinten Aufforderungen zu gemeinsamen Kämpfen und durch diese Kämpfe selbst dauernd für uns als treue und tüchtige Bundesgenossen der proletarischen Revolution gewonnen werden. Andererseits gibt die vorherrschende Stellung unserer norwegischen Bruderpartei in der Arbeiterbewegung ihres Landes größere Garantien als in vielen anderen Ländern dafür, daß die Anpassung der Taktik der proletarischen Einheit nicht die Selbständigkeit oder die revolutionäre Führerrolle der kommunistischen Partei gefährdet.

Trotzdem ist in Norwegen, gleichwie in einigen anderen Ländern, linksradikale Ängstlichkeit und unklare Opposition gegen die Taktik der Einheitsfront vorgekommen. Die Opposition findet in der offiziellen Adressierung der Aufforderung unserer Partei an die sozialdemokratische Partei oder an die syndikalistischen Organisationen ein unzüchtiges „organisatorisches Zusammenwirken". Das braucht aber tatsächlich nicht der Fall zu sein. Die erfolgreiche Durchführung der Taktik der Einheitsfront erfordert von der Kommunistischen Partei den politischen Mut, wenn wichtige Lebensinteressen des Proletariats das gemeinsame Auftreten aller Arbeiterorganisationen erheischen, sich an die gegnerischen Arbeiterorganisationen zu wenden, mit ihren Vertretern oder leitenden Organen Beratungen zu führen, unter Umständen sogar ein vorübergehendes Bündnis zur Durchführung der gemeinsamen Aktion zu schaffen; ohne im mindesten dadurch die organisatorische oder politische Selbständigkeit der Partei beeinträchtigen zu lassen. Noch weiter auf dieser Linie fortschreitend, soll unsere Partei bereit sein, unter gewissen Umständen sogar zur Bildung eines Kampfbündnisses zum Zwecke des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und dann zur Bildung eines regierenden Blocks aus den Vertretern aller Arbeiterparteien und anderer Arbeiterorganisationen zur Teilnahme an der Arbeiterregierung zu gehen, um dann durch diese Zwischenstufe auf dem Wege der weiteren Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes zur Diktatur des Proletariats zu gelangen. Durch eine mutige und zielbewußte Durchführung dieser Taktik kann unsere Partei, ohne Preisgabe ihrer festen, revolutionären Führung oder Mäßigung ihrer Kritik gegenüber den nicht revolutionären Arbeiterführern, die besten Möglichkeiten erhalten, um diese in ihrem Wankelmut und Verrat gründlich und anschaulich zu entlarven und sie von ihren Arbeiter-Anhängern zu trennen. Eine kommunistische Opposition, die diese echte Taktik des revolutionären Marxismus durch ihre unklare, linksradikale Ängstlichkeit desavouiert und stört und das Vertrauen der Arbeiter zur eigenen Parteileitung bei der Anpassung dieser Taktik erschüttert, erweist dem Proletariat in der erfolgreichen Durchführung des revolutionären Klassenkampfes einen unverzeihlichen Bärendienst.

5. Die Erweiterte Exekutive verpflichtet alle norwegischen Kommunisten, sich auf dem bevorstehenden Kongreß der Gewerkschaften für den sofortigen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale einzusetzen.

6. Die Erweiterte Exekutive fordert, daß der schon früher gefaßte Beschluß über die Veränderung des Namens des Zentralorgans und

mehrerer anderer Zeitungen der Norwegischen Arbeiterpartei sofort ohne jede Verzögerung ausgeführt wird.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Kuusinen fügt zu diesem Bericht noch hinzu, daß die Kommission natürlich die bisherige parlamentarische Politik der norwegischen Genossen nicht gutheißen konnte; besonders was das Zwangsvergleichsgesetz anbelangt, war man darüber einig, daß die Annahme dieses Gesetzes ein Fehler der norwegischen Genossen war. Diese Meinung der Kommission bedeutet keinesfalls eine Solidarisierung mit der Opposition, die ganz leichtfertig und unverantwortlich die Kampfkraft der Arbeiterorganisation jeden Tag in unbesonnenen Kämpfen preisgeben will und aus diesem Grunde jede gesetzliche Maßnahme zum Schutze der bestehenden Arbeitsbedingungen verwirft.

Mit Befriedigung kann die Kommission mitteilen, daß die norwegischen Genossen zur Überzeugung gekommen sind, daß vieles an ihrer bisherigen parlamentarischen Politik zu ändern ist.

Eine weniger erfreuliche Erscheinung ist die Opposition gegen die Einheitsfront. Diese Opposition ist umso schädlicher, da in keinem Lande die Taktik der Einheitsfront so große Aussichten vor sich haben dürfte, wie gerade in Norwegen.

Wir müssen von der Partei den politischen Mut verlangen, daß sie auch vor dem Schritt nicht zurückschreckt, sich an die Organisationen der Rechtssozialisten oder der Syndikalisten zu wenden.

Er weist noch darauf hin, daß trotz unseres Beschlusses das Zentralorgan der Partei noch immer „Socialdemokraten" heißt.

Sinowjew ist auch der Ansicht, daß die Vorschläge der Kommission das Minimum dessen darstellen, was notwendig ist, und fordert, daß der Name des Zentralorgans in kürzester Zeit geändert wird.

Sein Vorschlag, den Bericht der deutschen Genossen schriftlich entgegenzunehmen, wird angenommen.

IV. Weltkongreß.

Sinowjew: Die Frage des IV. Kongresses wurde im Präsidium in Anwesenheit vieler Exekutive-Mitglieder vorbesprochen, so daß wir sie ohne Diskussion beschließen können.

Wir schlagen vor, den IV. Kongreß am 7. November, dem 5. Jahrestag der russischen Revolution, in Moskau zu eröffnen. Die Tagesordnung, die wir vorschlagen, ist folgende:

1. Bericht der Exekutive.
2. Taktik der Komintern.
3. Programm der Komintern und der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei, Amerikas, Japans, einer skandinavischen und einer Balkanpartei.
4. Agrarfrage.
5. Rote Gewerkschaftsinternationale.
6. Erziehungsarbeit.
7. Jugendfrage.
8. Ostfragen.

Wie Sie sehen, wird hier der Punkt 3 einer der wichtigsten sein. Unsere wichtigsten Parteien haben bisher kein formuliertes Programm. Es ist Zeit, jetzt ihre Programme festzustellen und die Prinzipien der Komintern in ihren Ländern anzuwenden. Wir werden hier heute noch eine Programmkommission bestimmen, die das alles zusammenfassen soll, die den betreffenden Parteien behilflich sein soll und vielleicht auch einen Entwurf für die Komintern ausarbeiten soll. Wir glauben, daß es ein großer Schritt vorwärts ist, wenn wir dies jetzt vorbereiten und dann vom Kongreß bestätigen lassen.

In der Agrarfrage wurde schon von der Exekutive eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten verrichtet.

Was die Vorbereitungen zum 4. Kongreß anbetrifft, so waren wir im Präsidium der Meinung, daß er diesmal nicht zu groß werden soll, aber auch nicht zu klein; er soll sich nicht nur auf die Mitglieder der Zentrale beschränken, sondern es sollen Arbeiter aus den wichtigsten Bezirken der wichtigsten Parteien daran teilnehmen.

Die Kongresse der nationalen Parteien sollen nach dem IV. Weltkongreß stattfinden. Es ist gut, wenn die Internationale als solche die Initiative in der Hand hat und die wichtigsten prinzipiellen Fragen beschließt, die dann die Nationalkongresse übernehmen.

In einzelnen Fällen, wo eine Ausnahme notwendig sein wird, wird die Exekutive von Fall zu Fall ein Übereinkommen mit den betreffenden Parteien schließen.

Eberlein macht darauf aufmerksam, daß, wenn der Kongreß gut vorbereitet sein soll, die Parteien nicht nur Berichte über die politische Lage senden, sondern auch den organisatorischen Stand der einzelnen Sektionen der Exekutive vorlegen müssen.

Radek schlägt folgende Programmkommission vor:

Rußland: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Radek.
Deutschland: Clara Zetkin, Thalheimer, Ludwig, Meyer.
Frankreich: Frossard, Cachin, Souvarine, Paul Louis, Rappoport, Renauld Jean.
Italien: Bordiga, Graziadei.
Tschechoslowakei: Smeral, Kreibich, Burian, Skalak.
Finnland: Kuusinen.
Ungarn: Kun, Rudas, Varga.
Bulgarien: Kabaktschieff.
Norwegen: Friis.
Lettland: Stutschka.
Österreich: Strasser.
Polen: Warski.
Japan: Katayama.
England: Mac Manus.
Nordamerika: Cook.

Der Kommissionsvorschlag wird angenommen.

Clara Zetkin resumiert die Tätigkeit der Erweiterten Exekutive. Die Krisen der meisten Parteien, die hier behandelt worden sind, sind Wachstums-

erscheinungen und mit den Konflikten, die hier zutage treten, erleben wir den Prozeß des Zusammenwachsens der 3. Internationale selbst. Dieses Zusammenwachsen geht nicht vor sich ohne Konflikte, ohne gelegentliche Zusammenstöße.

In treuer Solidarität stehen die Kommunistischen Parteien aller Länder zusammen und sind mehr, als je bestrebt, alle ihre Kräfte in der 3. Internationale zu vereinigen.

Sie werden in dieser schweren und gefahrvollen Periode der revolutionären Entwicklung geschlossen hinter Sowjetrußland stehen und je mehr die Feinde sich gegen Sowjetrußland verbünden, umso entschlossener wird unsere Losung sein: Für Sowjetrußland! Hoch die 3. Internationale! Hoch die Weltrevolution!

Die Sitzung schließt mit dem Gesang der Internationale.

Sprechregister.

Ambrogi 37.
Bell 41.
Bordiga 104, 130.
Brandler 9—10, 11—12, 40, 109, 131.
Bucharin 48—50.
Doriot 41.
Eberlein 26.
Friis 101—103.
Frossard 89, 112.
Jilek 84—88.
Jordanow 46—47, 65.
Kon 50.
Kreibich 87, 88—89, 105.
Kuusinen 45, 48, 102, 134.
Leiciague 35, 42, 64.
Losowski 40.
Moore 10.
Nagler 12.
Nin 37.
Pogany 7.
Popow 45.
Prochniak 77.
Radek 5—7, 77.
Rappoport 107, 118.
Saar 12.
Sellier 38, 42, 63.
Serpow 12.
Sinowjew 15—21, 24, 31, 36, 41, 45, 47, 57, 67, 68, 80, 115, 122, 123, 131, 134.
Smeral 85, 131.
Souvarine 33, 42, 64, 92.
Trotzki 58, 65, 94, 109, 110, 123.
Zetkin, Clara, 107, 135.
Ziegler 131.

Namenregister.

Adler, Fritz 131.
Ambrogi 13, 14, 26, 42, 51.
Auclaire 96, 111.
Barthou 69.
Bell 13, 26, 67, 68, 73, 74, 77.
Besnard 58.
Bettelheim 6, 7.
Bigot, Marthe 61, 62.
Bittel 51.
Bokanyi 74.
Bolein 87.
Bordiga 4, 5, 23, 25, 48, 75, 135.
Borodin 8.
Böttcher 4.
Brandler 1, 3, 4, 7, 9, 10, 13, 14, 26, 41, 42, 46, 73, 74, 75, 111, 112, 116, 118.
Bricke 73.
Bronski 76.
Bucharin 4, 5, 22, 24, 26, 27, 42, 45, 50, 67, 75, 135.
Burian 135.
Cachin 2, 4, 5, 59, 63, 66, 96, 106, 135.
Carr 3, 4, 5, 9.
Chan Men She 4.
Cook 4, 135.
Dalin 17.
Dombal 74, 77.
Doriot 31.
Dunois 34, 61, 62.
Eberlein 13, 14, 23, 26, 135.
Fabre 33, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 58, 59, 65, 67, 90, 106, 118, 129.
Farget 34.
Friis 75, 101, 103, 135.
Frossard 4, 5, 22, 25, 31, 32, 33, 36, 39, 41, 48, 49, 50, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 74, 75, 77, 95, 96, 97, 98, 99, 104, 105, 106, 109, 118, 130, 131, 135.
Gramsci 73, 75.
Grassmann 52.
Graziadei 135.
Heckert 22, 51.
Henriet 51.
Hevesi 14.
Hirossek 7.
Humbert-Droz 1, 2, 3.
Jansen 31.
Jaurès 60, 93, 98.
Jilek 86—88, 119, 120.
Jones 8, 52.
Jordanow 42, 51, 67, 68, 73, 74, 75.
Jouhaux 100.
Kabaktschieff 135.
Katayama 4, 5, 135.
Ker 61, 62.
Kin-Don-Shan 4.
Kingisepp 30, 31, 48.
Kolarow 2, 3.
Kon 30, 31, 45, 50, 51, 73, 74.
Kreibich 1, 2, 3, 4, 13, 14, 26, 27, 30, 35, 51, 75, 122, 135.
Kun, Béla 7, 135.
Kuusinen 1, 7, 9, 14, 26, 27, 30, 31, 51, 75, 135.
Lafond, Ernst 36, 37, 38.
Landler 7.
Leiciague 30, 31, 33, 67.
Lenin 15, 21, 25, 26, 27, 41, 135.
Levi 36, 43, 62, 117.
Lian 14, 37, 45, 46, 51, 102, 103, 131, 132.
Liebknecht 67.
Longuet 62.
Loriot 34, 61.
Losowski 2, 13, 35.

Ludwig 135.
Lunatscharski 67.
Lloyd George 49.
Louis, Paul 135.
Marx 65.
Mac Donald 24, 26.
Mac Manus 4, 5, 135.
Marshall 9—10.
Matwejew 17.
Méric 33, 36, 62, 63, 66, 95, 96.
Meyer 135.
Monatte 33, 39.
Moore 9—10.
Monmousseau 99, 112.
Muna 48, 74, 75.
Münzenberg 3.
Nagler 12.
Nin 37, 51.
Piatnicki 7, 23.
Pioch 61, 62, 63, 64, 65, 66.
Plechanow 19, 123.
Pogany 7.
Poincaré 2, 35, 39, 49.
Popow 3, 13.
Prochniak 8, 77.
Quinton 34, 39, 64,125.
Radek 2, 4, 5, 7, 22, 24, 26, 27, 30, 51, 67, 74, 75, 80, 135.
Rakosi 2, 4, 9.
Rappoport 57, 59, 66, 75, 105, 106, 107, 109, 111, 118, 135.
Reinstein 5.
Renaud, Jean 34, 39, 95, 111, 113, 135.
Renoult, Daniel 36, 37, 38, 39, 41, 60, 61, 63, 94, 95, 96, 97, 100, 107, 108, 113, 117, 128.
Rosenfeld 67.
Rosmer 5, 61, 62, 99, 116.
Rubiner 1.
Rudas 135.
Saar 12.
Sadoul 48, 74, 75.
Safarow 2, 3, 14, 73.
Schefflo 103.
Schljapnikow 21.
Schüller 14.
Sellier 2, 13, 14, 39, 40, 41, 59, 63, 64, 65, 67, 75, 96.
Serpow 12.
Serrati 36, 49, 62, 123.
Shan-Men-She 7.
Shaw, Tom 24.
Sinowjew 3, 4, 5, 7, 10, 12, 22, 27, 39, 42, 50, 51, 57, 60, 73, 75, 77, 80, 96, 106, 118, 134, 135.
Sirola 51, 73, 75.
Skalak 135.
Smeral 4, 5, 48, 62, 75, 81, 135.
Smidowitsch 52.
Souvarine 4, 10, 13, 14, 23, 30, 34, 59, 75, 112, 113, 135.
Stambulinski 47.
Stanitsch 4, 5.
Stekloff 52, 67.
Strasser 135.
Struwe 23.
Stutschka 135.
Szabados 7.
Terracini 3.
Thalheimer 2, 135.
Tommasi 61.
Toti 37, 104.
Treint 34, 61.
Trotzki 2, 4, 14, 27, 33, 36, 42, 50, 64, 67, 75, 105, 107, 113, 114, 135.
Tschitscherin 61.
Turati 36, 122, 123.
Unger 6.
Unschlicht 7.
Vaillant Couturier 61.
Valecki 3, 4, 13, 14.
Vandervelde 49, 67, 77.
Varga 135.
Verdier 34, 64, 125.
Verfeuille 33, 41, 58, 62, 66, 95, 118.
Vujovits 3, 4.
Warski 4, 5, 135.
Wels 25.
Wompe 3.
Zetkin, Clara 2, 4, 5, 7, 22, 48, 50, 73, 74, 75, 77, 135.

Sachregister.

Arbeiterregierung 82, 123.
Agrarkommission 14, 27, 75, 135.
Agrarkonferenz 8.
Alleanza del Lavoro 83.
Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale 22, 26.
Anarchisten 23, 61, 83, 117.
Balkanfrage 2, 3, 51.
Budgetkommission 31, 51.
Bukowinaer Bericht 51, 68.
Einheitsfront 28, 29, 38, 40, 49, 60, 61, 64, 65, 77, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 91, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 120, 123, 126.
Erziehungsarbeit 75, 76.
Erweiterte Exekutive 14, 42, 48, 74.
Fascisten 123.
Französische Frage 30, 42—46, 75, 89—101, 104—109, 109—118, 123 bis 131.
Frauensekretariat 1, 52.
Georgien 14, 48, 49.
Gewerkschaften in Norwegen 101 bis 103.
Gewerkschaften in der Tschechoslowakei 85, 86, 119, 120.
Gewerkschaftskongreß in St. Etienne 90, 99, 109, 114, 126, 131.
Gewerkschaftsfrage in Frankreich 13, 23, 33, 39, 60, 66, 75, 83, 89, 90, 91, 92, 93, 97, 104, 106, 108, 114, 116, 125.
Gewerkschaftsinternationale, Rote 22, 26, 37, 40, 45, 62, 63, 91, 99, 104, 114, 123.
Genueser Konferenz 4, 23, 26, 27, 28, 49, 68—72, 74, 78, 80.
Humanité 40, 41, 59, 60, 62, 66, 115.
Hungerhilfe 3, 21, 51.
Irländischer Bürgerkrieg 77.
Inprekorr 2, 3, 8.
Internationalen, Drei 22, 24, 27—30, 48.
Internationale II. 22, 28, 49, 58, 69, 132.
Internationale II½. 5, 22, 29, 47, 58, 69, 78, 132.
Iswestija 52.
Jahrbuch der K. I. 1.
Jauresismus 60.
Journal de Peuple 42, 59.
Jugendfrage 4, 68, 75—76, 88, 113.
Jugendinternationale 23, 51, 77.
Jugendverband Frankreichs 14.
Jugoslavische Frage 3.
Kanadische Sozialistische Partei 2.
Konsumvereine 51.
Korea 4, 14, 52.
Kommunistische Partei Ägyptens 73.
Kommunistische Partei Amerikas 1, 9—10.
Kommunistische Arbeiterpartei Polens 77.
Kommunistische Partei Bulgariens 46.
Kommunistische Partei Deutschlands 1, 3, 74.
Kommunistische Partei Englands 41.
Kommunistische Partei Estlands 30, 31, 48.
Kommunistische Partei Frankreichs 2, 31—33, 50, 58—67, 84—88, 89—101, 104—109, 109—118, 123—131.
Kommunistische Partei Irlands 77.
Kommunistische Partei Italiens 2, 3, 23, 74, 75, 84, 122—123.
Kommunistische Partei Luxemburgs 73.

Kommunistische Partei Norwegens 14, 45, 51, 73, 74, 75, 101—103, 131 bis 134.
Kommunistische Partei Palästinas 11, 12.
Kommunistische Partei Österreichs 1.
Kommunistische Partei Rußlands 10, 13, 15, 27, 50, 52, 58.
Kommunistische Partei der Schweiz 51.
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 23, 74, 75, 84, 105, 118 bis 122.
Kommunistische Partei Ungarns 4, 5, 23, 54.
Kommunistische Partei Uruguays 51.
Labour Party 26, 49, 79, 110.
Longueisten 41.
Maiaufruf 4, 13, 14.
Maifeier in Rußland 24, 27.
Menschewiki 14, 23, 48, 78.
Neue ökonomische Politik 15—21.
Neunerkommission 49, 50, 51, 57, 64, 77, 113, 118, 126.
Ostabteilung 73.
Naphthafrage 49.
Panamerikanische Konferenz 1.
Parteitag, Italienischer 2.
Schweizer Parteitag 51.
Poale Zion 4, 10—12, 52.
Polnische Sozialistische Partei 77.
Programm der Kommunistischen Internationale 75.
Prawda 67.
Revision der Finanzabteilung 73.
Rote Fahne 67.
Rumänische Frage 3, 68.
Sekretariat 7, 51.
Sozialrevolutionäre 7, 14, 23, 30, 47, 48, 49, 52—57, 67, 73, 74, 77, 78.
Spanische Frage 2.
Sportverbände 14, 89.
Sprachgruppen 67.
Südamerika 51.
Südafrika 8, 52.
Syndikalisten 61, 75, 77, 110, 111, 112, 123, 132, 133, 134.
Syndikalistenkongreß in Berlin 73.
Ungarische Redaktion 10.
Ungarische Frage 4, 5, 23, 52.
Ukraine 51.
Versailler Frieden 48, 71, 103.
Vierter Weltkongreß 3, 74, 75, 134.
Wiener Büro 3.
Wrangelarmee 47.
Weltarbeiterkongreß 29, 57, 80.

Druck von H. S. Hermann & Co. in Berlin.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

1. ***Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses.*** — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß.
2. ***Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale*** (Manifest des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale).
3. ***Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale.***
4. ***L. Trotzki:*** Terrorismus und Kommunismus. — Anti-Kautsky (2. Aufl.).
5. ***Karl Radek:*** Theorie und Praxis der 2½-Internationale.
6. ***W. Newski*** und ***S. Rawitsch:*** Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland.
7. ***Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.***
8. ***E. Varga:*** Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (2. Aufl.).
9. ***N. Lenin:*** Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.
10. ***A. Losowski:*** Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam).
11. ***Karl Radek:*** Die auswärtige Politik Sowjetrußlands.
12. ***W. P. Miljutin:*** Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland.
13. ***N. Bucharin*** und ***E. Preobraschenski:*** Das ABC des Kommunismus.
14. ***S. I. Gussew:*** Die Lehren des Bürgerkrieges.
15. ***O. W. Kuusinen:*** Die Revolution in Finnland.
16. ***J. Larin*** und ***L. Kritzmann:*** Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917—1920.
17. ***M. Tomski:*** Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.
18. ***Karl Radek:*** Der Weg der Kommunistischen Internationale.

VERLAG CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

19. *G. Sinowjew:* Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale.
20. *Thesen und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.*
21. *Berichte zum Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.*
22. *Protokoll des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.*
23. *Protokoll des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.*
24. *L. Trotzki:* Die neue Etappe. — Die Weltlage und unsere Aufgaben.
25. *E. Varga:* Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zweite vermehrte Auflage).
26. *G. Sinowjew:* Die Taktik der Kommunistischen Internationale.
27. *Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals* (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau vom 24. Februar bis 2. März 1920).
28. *G. Sinowjew:* Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront.
29. *Clara Zetkin:* Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg.
30. *L. Trotzki:* Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale.
31. *L. Trotzki:* Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
32. *Zur Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs.*

Weitere Bände in Vorbereitung.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

VERLAG CARL HOYM NACHF
LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8

VEROEFFENTLICHUNGEN DES VERLAGES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Protokoll des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Berichte zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Protokoll des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale (Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale).

Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale.

Manifest, Richtlinien und Beschlüsse des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der K. I.)

Thesen und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der K. I.

E. BRAND und *H. WALECKI:* Der Kommunismus in Polen.

CH. KABAKTSCHIEFF: Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens.

N. LENIN: Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

S. MARCOWIC: Der Kommunismus in Jugoslawien.

KARL RADEK: Der Weg der Kommunistischen Internationale.

G. SINOWJEW: Alte Ziele — neue Wege.

G. SINOWJEW: Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale.

G. SINOWJEW: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront.

G. SINOWJEW: Die Taktik der Kommunistischen Internationale.

Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Washingtoner Konferenz.

L. TROTZKI: Die neue Etappe. — Die Weltlage und unsere Aufgaben.

L. TROTZKI: Die Fragen der Arbeiterbewegung Frankreichs und die Kommunistischen Internationale.

C. ZETKIN und *H. WALECKI:* Dem Reformismus entgegen.

E. VARGA: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

VERÖFFENTLICHUNGEN DES VERLAGES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

N. BUCHARIN: Theorie des historischen Materialismus.

N. BUCHARIN: Die Ökonomik der Transformationsperiode.

N. LENIN: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.

N. LENIN und *G. SINOWJEW:* Gegen den Strom.

Z. LEDER: Die Offensive des Kapitals und die Einheitsfront des Proletariats.

KARL LIEBKNECHT: Reden und Aufsätze.

E. PAWLOWSKI: Der Bankrott Deutschlands.

M. N. ROY: Indien.

E. VARGA: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

E. VARGA: Die Niedergangsperiode des Kapitalismus.

E. VARGA: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

ALMANACH DES VERLAGES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

mit Beiträgen von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, N. Lenin, L. Trotzki, G. Sinowjew, N. Bucharin, Karl Radek, John Reed, Arthur Ransome, E. Varga, Upton Sinclair, O. Kuusinen, S. Gussew, A. Kataja, Paul Werner u. a. mit vielen Dokumenten der Oktober-Revolution und der Weltkongresse der Kommunistischen Internationale.

331 Seiten mit 31 ein- und mehrfarbigen Illustrationen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

H. S. Hermann & Co., Berlin